



# AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788



vom 22. April 2021

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.  
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin  
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von rund 1.800 Konten

[www.ostmitteleuropa.de](http://www.ostmitteleuropa.de)

[www.westpreussen-berlin.de](http://www.westpreussen-berlin.de)

**Anschrift der Redaktion:** [agom-westpreussen.berlin@gmail.com](mailto:agom-westpreussen.berlin@gmail.com)

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin  
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

## *Inhaltsverzeichnis*

*Seiten I - X*

**Editorial:** 2021 – *Wir sind im Wahljahr!*

*(Seite 1)*

2021 – Wir sind im Wahljahr! Von Reinhard M. W. Hanke

## *Themen, die uns auch bewegen*

*(Seiten 2 – 37)*

- 01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden
- 02) Kampf um die Weltherrschaft. Von András Kosztur
- 03) Die EMA und die Pharmaindustrie: Abgeordneter Gerald Hauser im österreichischen Nationalrat
- 04) Ex-Pfizer-Vizepräsident: „Die Regierungen lügen euch an und bereiten eine Massenentvölkerung vor“
- 05) „Impfungen werden neue Weltordnung etablieren“
- 06) Big Pharma hat bereits 150 Milliarden mit der Pandemie verdient
- 07) Great Reset durch Negativzinsen ab dem ersten Euro?
- 08) Katalin Novák (Fidesz): Ich sehe eine ernstzunehmende rechte Kraft am Horizont
- 09) Fidesz schließt sich Konservativen im Europarat an
- 10) Alptraum droht: Deutschland auf dem Weg zum grünen Staat
- 11) Bündnis 90 / Die Grünen - Koalitionspartner für Konservative? Von Anonymus Austria
- 12) "Bausteine einer anderen Gesellschaftsordnung": BDI identifiziert den totalitären Charakter der Grünen. Von Anonymus Austria
13. a) Deutschland steuert mit voller Wucht auf Rot-Rot-Grün zu. Von Anonymus Austria
13. b) Korrektiv Faktenscheck zu Robert Habeck: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen...“

- 14) Rangliste der Pressefreiheit: Diese Zeitung ist mit seiner weitgehend einseitigen Berichterstattung und Kommentierung Teil des Problems

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?  
Von Dr. Jürgen Martens
- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?  
Von Dr. Jürgen Martens  
<[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Krockow\\_Regionalmuseum.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf)>

**Aufruf zur Unterstützung**

**(Seiten 38 – 40)**

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56

(Seite 41)

Du musst denken ....

(Seite 42)

**Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee**

**(Seite 43)**

**Angebote**

**A. a) Leitgedanken**

**(Seite 44)**

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!  
*Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)*

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

**A. b) Forderungen und Grundsätze**

(Seite 45)

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Forderungen-Grundsätze.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf)

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

**A. c) Mitteilungen**

(Seiten 46 - 61)

- 01) Gedenktafeln für Hugo Conwentz, dem Begründer der staatlich organisierten Naturdenkmalpflege. Antrag der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin an die zuständige Historische Kommission zu Berlin
- 02) Der A. E. Johann-Preis 2022 startet a sofort
- 03) Der Georg Dehio-Kulturpreis 2021 geht an die Kulturgemeinschaft Borussia und an das Institut für angewandte Geschichte
- 04) Zum Amtsantritt der neuen Heimatpflegerin Mag. Christina Meinusch: „Heimat ist nicht nur ein Ort, Heimat ist vor allem ein Gefühl“
- 05) Eduard Heger neuer Ministerpräsident der Slowakei
- 06) Aramäer: 8. Jahrestag der Entführung der Erzbischöfe

**A. d) Berichte**

(Seiten 62 - 96)

- 01) Eine Warnung nicht nur für Heimatsammlungen: Junkie-Diebe aus Berlin Plünderten ein Heimat-Museum in Sachsen. Ein Teil der Beute im Wert von 30 000 Euro ist noch immer verschwunden
- 02) AfD als führende Arbeiterpartei: Sahra Wagenknecht rechnet gnadenlos mit Linken ab
- 03) Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen
- 04) Rabe, Eckart und Reitschuster sind Sprachwahrer des Jahres 2020
- 05) Mut zu mehr Mitteleuropa. Von Dr. Bence Bauer
- 06) Die europäische Heimat der Konservativen. Von Katalin Novák
- 07) „Deutscher Liederabend“ von Heino sollte untersagt werden, da „rassistisch“
- 08) Polen verlegt Truppen an die weißrussische Grenze
- 09) „Terroristischer Angriff“: Prag weist Diplomaten aus
- 10) 30 Jahre Restitution – Gerichtsverfahren werden bis heute geführt
- 11) Ihr einziges Vergehen war ihre Geburt als Ungarn
- 12) Meinungsfreiheit: Aufregung in Ungarn. Von Rainer Ackermann
- 13) Freiheit, wie sie es meinen. Von Irén Rab
- 14) Rumänien zahlt Entschädigung für Hinterbliebene von Verfolgungsopfern

**A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen**

(Seiten 97 - 120)

- 01) Was wussten die Deutschen? Von Prof. Dr. Alfred de Zayas
- 02) Eine NS-Altlast? Das Deutsche Institut für Normung (DIN) will die Norm DIN 5009 und damit die Buchstabiertafel reformieren
- 03) Ist der Neoliberalismus am Ende?
- 04) Der Mehrheit der Deutschen ist die Auslöschung ihrer Identität gleichgültig  
Von Werner Olles
- 05) Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin: Unser Vorschlag eines Gedenkortes für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs in Berlin-Mitte

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der  
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen(S. 121 - 137)**

- 01) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu gelernt.  
Noch einmal: Maerckerweg
- 02) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden
- 03) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in  
Tempelhof-Schöneberg
- 04) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin. Kommentar von Götz Aly im  
Wortlaut
- 05) Anwohner lehnen Inge-Meyssel-Straße ab. Von Hildburg Bruns

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:

Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere  
Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von  
Gallwitz, Georg Maercker

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-  
Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Geschichtslandschaft\\_Straßen\\_Gede  
nktafeln\\_%20Ehrengraeber.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Straßen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf)

**A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe**

(Seiten 138 - 150)

- 01) Kann das christliche Erbe Europas geschützt werden? Von János Latorcai
- 02) Auguste Viktoria – „Kaiserliche Sozialarbeiterin“. Vor 100 Jahren starb  
Die populäre Monarchin. Ihr christlicher Glaube war Grundlage für ihr wohltätiges  
Engagement, Von Erik Lommatzsch

**A. g) Fördermöglichkeiten**

**(Seite 151)**

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Foerdermoeglichkeiten.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf)

**A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde**

**(Seiten 152 - 195)**

- 01) Deutsch in Mitteleuropa: Die meistgesprochene Sprache der Region  
Von Nelu Bradean-Ebinger
- 02) Deutschland und die V4-Gruppe: Neue Dimension der deutschen Mitteleuropapolitik  
Von Maren Schoening
- 03) Ratifizierung des EU-Wiederaufbaufonds spaltet Polen. Von Olivier Bault
- 04) 140 Jahre Telefon in Tschechien
- 05) Pottenstein: Burg, Schloss, Sommerfrische und Schatz-Mythos in einem
- 06) „Vindobona“ soll nach 30 Jahren zurückkehren
- 07) Kloster Seelau ist der „Kraftort des Monats“
- 08) Luthers Echo in Siebenbürgen: 500 Jahre seit dem Reichstag zu Worms  
Von Ulrich A. Wien
- 09) Slowenische Diplomatin vertritt ihr Heimatland in Nationaltracht
- 10) Kroatien verkauft den Hafen Rijeka nicht an China. Von Goran Andrijanić
- 11) Neuordnung des Balkans? Von Zoltán Kottász

**A. i) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa  
(Seiten 196 – 201)**

- 01) Westpreußen: Heimatkreis Marienwerder
- 02) Heimatkreis Schneidemühl

**B. a) Vortragsveranstaltungen**

**(Seiten 202 – 217)**

- 01) DtKultForumÖstlEur: Kaliningrad und Berlin überlagern sich in einem fantastischen Instantopia. Ein Film von Maurice de Martin. Mit Live-Chat. »Sound of Vast and Empty Spaces«. YouTube-Premiere
- 02) Podcast online ab sofort, DtKultForumÖstlEur: Heimat ist eine Wundertüte. Roland Begenats späte Liebe zur Memel
- 03) DtKultForumÖstlEur: Drinnen oder draußen? Bedeutung religiöser und ethnischer Zugehörigkeiten in der frühen Neuzeit. Zernack-Colloquium online

- 04)** UTB: Wieviel Populismus steckt im Regime von Viktor Orban. Vortrag: Dr. Dominik Héjj
- 05)** Wo liegt Oberschlesien?  
Online-Präsentation Jahrbuch Polen 2021 Oberschlesien am 19.04.2021. Mit Marcin Wiatr, Jan Opielka und Andrea Polanski / Moderation: Andrzej Kaluza und Julia Röttjer
- 06)** Deutsches Polen-Institut, Fritz-Bauer-Institut: Beteiligung der polnischen Polizei des Generalgouvernements am Holocaust. Quellen, Fragen, Kontroversen.  
Online-Vortrag von Prof. Dr. Jan Grabowski (Ottawa) in englischer Sprache
- 07)** Deutsches Polen-Institut: Das Bild der Krise. Wie schrieben die deutsche und die polnische Presse über das jeweilige Nachbarland im ersten Halbjahr 2020?  
Es diskutieren online: Dr. Prof. Dr. Waldemar Czachur, Universität Warschau, Dr. Agnieszka Łada, stv. Direktorin des Deutschen Polen-Instituts, Bastian Sendhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Polen-Instituts; Moderation: Małgorzata Kopka-Piątek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP)
- 08)** Katholische Akademie Berlin: 150 Jahre Deutsches Reich. Im Streit der Interpretationen zwei nach zwölf. Gespräch über Gott und die Welt
- 09)** Literaturhaus Berlin: »ausgesprochen – von Plaudereien und Plappereien«.  
LesArt im jungen Literaturhaus digital: Erlesene Sonntage · Mit Kathleen Rappolt
- 10)** Literaturhaus Berlin: PARATAXE.  
Li-Be digital LIVE · Hila Amit und Ali Abdollahi im Gespräch mit Martin Jankowski.  
Lesung der deutschen Passagen: Bastienne Voss und Karim Chérif.
- 11)** Topographie des Terrors Berlin: Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht. Ausstellungseröffnung im Livestream

**B. b) Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.**

**(Seiten 218– 220)**

- 01)** Nachwuchsworkshop der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission DUHK  
„Genozid in Geschichte und Recht“  
Veranstalter Deutsch-Ukrainische Historikerkommission / Німецько-українська комісія Істориків. Gefördert durch DAAD / Німецька служба академічних обмінів  
Von Lena Lopatschow, Historisches Seminar, Abt. Geschichte Ost- und Südosteuropas, Ludwig-Maximilians-Universität München

**C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland**

**(Seiten 221 - 230)**

- 01)** 20.04. bis 20.06.2021, Kommunale Galerie Berlin-Wilmersdorf: Time Out | Leere Läden in Berlin : revisited
- 02)** 27.04. bis 13.06.2021, Eröffnung 25.04.2021, Kommunale Galerie Berlin-Wilmersdorf: co:exist - ein multilog aus stadt, mensch und natur. Digitaler Ausstellungsbesuch
- 03)** Brandenburg-Preußen Museum: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“  
Brandenburg-Preußen Museum Wustrau: Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021
- 04)** 30.03.2021 bis 30.04.2021, DtKultForumÖstlEur in Europäische Akademie Mecklenburg-Vorpommern e.V. Waren (Müritz): Ausstellung: Adeliges Leben im

**C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin**  
(Seiten 231 - 238)

- 01) 22. April bis 20. Juni 2021, Westpreußischen Landesmuseum: Augenblicke«. Gemälde und Zeichnungen von Rolf Löhrmann
- 02) ab 20.03.2021 digital, Oberschlesisches Landesmuseum, Ratingen: Oberschlesien am Scheideweg. Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien
- 03) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

**E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt**  
(Seiten 239 – 254)

**A. Besprechungen**

- 01) Visual Culture and Politics in the Baltic Sea Region, 1100-1250 by Kersti Markus. Translated [from Estonian] by Aet Varik. (134 Abb. in Schwarz-Weiß und mehrfarbig). Leiden, Boston: Brill (2020). XVIII, 411 Seiten.  
= East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450-1450.  
Volume 63.  
ISBN 978-90-04-42616-0 (hardback). € 139,00; \$ 167,00  
ISBN 978-90-04-42617-7 (e-book).  
*Rezensent: Prof. Dr. Sven Ekdahl, Berlin*
- 02) Wilfried Heller: Rumänien. Bilder aus einer verlorenen Zeit. Eine fotografische Landeskunde Rumäniens vor und nach der Wende.  
Hermannstadt – Bonn: Schiller Verlag 2020. 255 Seiten.  
ISBN 978-3-946954-77-4. € 24,80.  
*Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin*

**B. Besprechungen in Arbeit**

- 01) Maria Werthan (Hrsg.): Starke Frauen gestalten. Tagungsband 2019. (4 Abb. in SW). (Berlin) Osteuropa Zentrum Berlin-Verlag (2020). 298 Seiten.  
ISBN 978-3-89998-336-4. € 9,90.  
*Rezensentin: Frau Sibylle Dreher, Berlin*
- 02) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz  
(Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.  
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.  
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.  
*Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin*

### **C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen**

- 01) Klaus Benesch: Mythos Lesen. Buchkultur und Geisteswissenschaften im Informationszeitalter. (Bielefeld) [transcript] (2021). 94 Seiten.  
= Wie wir lesen – Zur Geschichte, Praxis und Zukunft einer Kulturtechnik. Band 2.  
ISBN 978-3-8376-5655-8. € 15,00.  
PDF-ISBN 978-3-8394-5655-2.
- 02) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.  
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.  
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 03) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).  
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975).  
(Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.  
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 05) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.  
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.  
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
- 06) Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.  
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).  
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.  
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.  
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.  
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 07) Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.  
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.  
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
- 08) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).  
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

- 09) Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.  
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 10) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.).  
(Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
- 11) Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).  
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.  
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42. ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 12) Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).  
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.  
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.  
*Rezensionsexemplar als e-Book liegt vor.*
- 13) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).  
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.  
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
- 14) Belarus-Reisen. Empfehlungen aus der deutschen Wissenschaft. Herausgegeben von Thomas M. Bohn und Marion Rutz. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2020. IX, 270 Seiten.  
ISBN 978-3-447-11559-9. € 19,80.  
Ebook ISBN 978-3-447-39058-3.

**Seite X zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788 vom 22.04.2021**

**Impressum**

Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“

2 Karten zur Geschichte Westpreußens

Westpreußen in Physisch-geographischen Karten

Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920

(Seite 256)

(Seite 256)

(Seite 257)

(Seite 258)

(Seite 259)

(Seite 260)

(Seite 260)

**Seite IX zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788 vom 22.04.2021**

**Redaktionsschluss für AWR-Nr. 788:**

**22.04.2021, 22:00 Uhr**

**Der Rundbrief Nr. 789 erscheint voraussichtlich am 06.05.2021**

**(Redaktionsschluss: 04.05.2021, 12:00 Uhr)**

**Editorial: 2021 – Wir sind im Wahljahr!**

Liebe Leser,

die Mitglieder der Landsmannschaft Westpreußen und der Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa vertreten u.a. vor allem Interessen, die sich auf einen bestimmten geographischen Raum beziehen. Viele Lebensschicksale wurden durch geschichtliche Vorgänge in diesem Raum geprägt. Die Mitglieder- und Interessentenstruktur schlägt sich auch darin nieder, dass unsere Organisationen überparteilich sind, d.h. aber nicht, dass die Aussagen der politischen Parteien nicht aus unserer Perspektive gewertet werden. Und wir hoffen darüber hinaus, dass Menschen aus unserem Kreis engagiert in ihren Parteien ihre, also unsere Interessen vertreten und die von uns vielfach genannten Versuche von politischen Parteien begegnen, unsere Organisationen auszugrenzen.

Sicherlich sind wir nicht die einzigen, die durch Nichtantworten, Warteschleifen u.a.m. keine Chance haben, in der Öffentlichkeit gehört zu werden. Es ist jedoch in letzter Zeit immer deutlicher geworden, dass unsere Organisationen gezielt ausgegrenzt werden. Beispiele haben wir in den letzten Monaten auf bezirklicher Ebene erleben müssen. Und die Ausgrenzungen gehen auch schon so weit, dass es nicht opportun erscheint, mitzuteilen, wer uns dann doch antwortet und unsere Anliegen ernst nimmt.

Wir sehen dadurch die Demokratie gefährdet. Was helfen uns demokratische Strukturen, wenn sie von Personen, Parteien, Institutionen usw. genutzt werden, um Bürger und ihre Organisationen auszugrenzen. Die Schlagworte sind bekannt, die zur Etikettierung von angeblichen Demokratiegegnern genutzt werden. Und zunehmend werden auch Zuwanderer missbraucht, um uns „unsere Geschichte“ zu erklären, die nicht unsere Geschichte ist.

Vielfach wird bei uns und in Partnerorganisationen gefordert: „Junge Menschen müssen herangezogen werden!“ Dass ist richtig. Doch „junge Menschen“ sollten die vorhandenen Mitstreiter ergänzen, nicht ersetzen. Und noch eins: Die politisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen schnellen und umfassenden Erfolg einer solchen Werbung um junge Menschen fordern umfassendes, nachdrückliches, langfristiges Handeln. Denn – machen wir uns doch nichts vor: Unsere Präsenz in der politischen Landschaft wird nur geduldet, aber nicht gefördert. Schauen wir auf die Entwicklungen im Bildungsbereich, die Rahmenpläne für den Schulunterricht, die Lehrstühle an den Hochschulen, die finanzielle und personelle Ausstattung der ostdeutschen Landesmuseen...

In den letzten drei Tage habe ich - parallel zu den Arbeiten am AGOMWBW-Rundbrief und der laufenden Büroarbeit - die Debatten im Deutschen Bundestag verfolgt. Über diese wird in den Medien zumeist wenig berichtet. Es gibt aber die Möglichkeit, über [www.bundestag.de/](http://www.bundestag.de/) die Debatten „1 zu 1“ zu verfolgen. Wer keinen Rechner hat, der kann zumindest einen Teil der Debatten u.a. bei PHOENIX erleben. Es lohnt sich! Auch hier spielt Ausgrenzung eine große Rolle. Keine Frage, wir sind im Wahljahr. Engagieren Sie sich. Sprechen Sie Personen an, die angeblich oder tatsächlich unsere Interessen vertreten! Schreiben Sie uns darüber, unsere Seiten für Leserbriefe könnten voller sein!

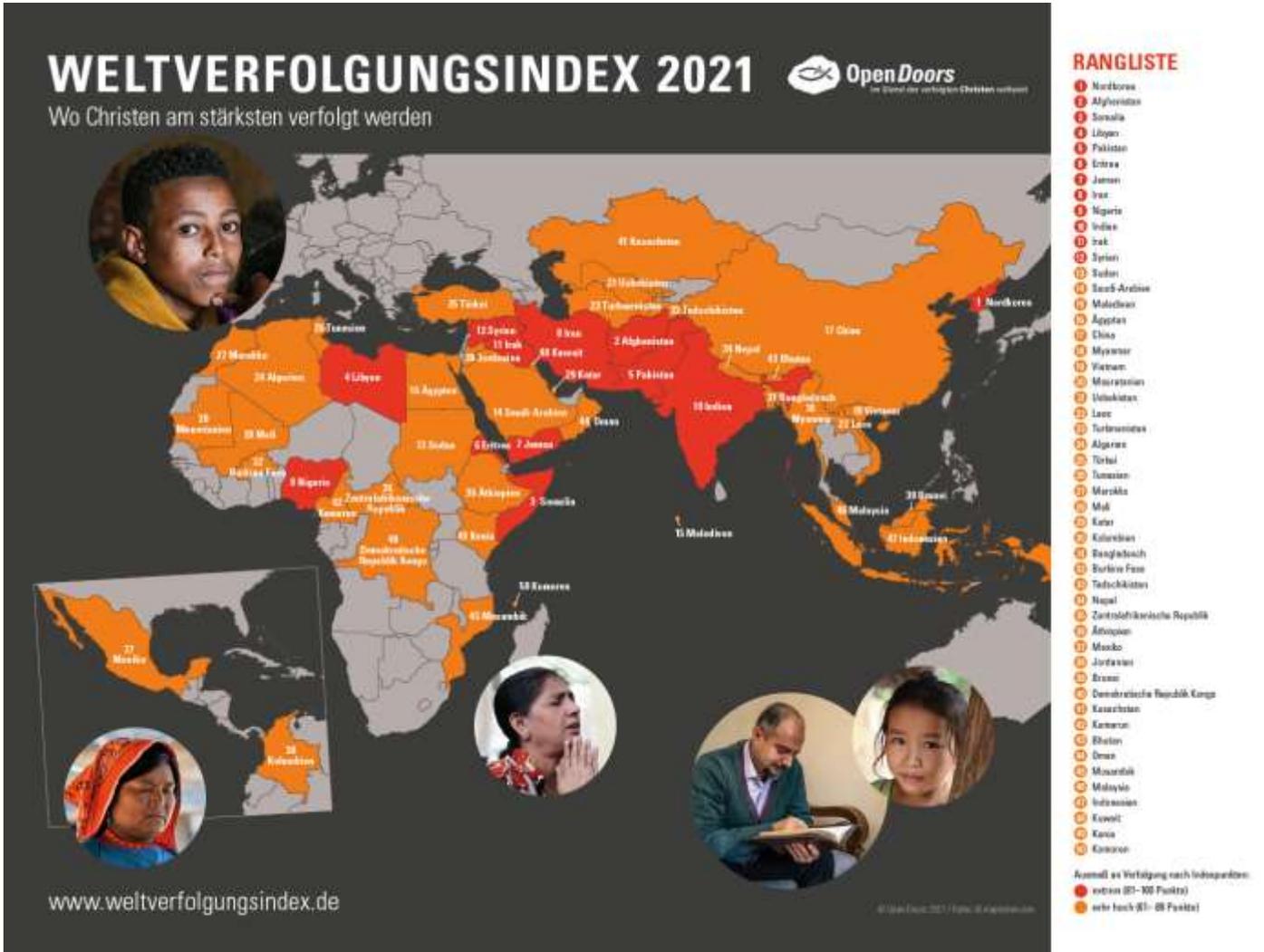
Übrigens: Am 27. März 2021 haben wir an die für das Berliner Gedenktafel-Programm zuständige Historische Kommission zu Berlin unseren Antrag geschickt, Gedenktafeln für den Danziger Hugo Conwentz zu genehmigen, der als Begründer der staatlich organisierten Naturdenkmalpflege gilt. Trotz mehrmaliger Aufforderung haben wir bis heute keine Eingangsbestätigung der Historischen Kommission für die Anträge erhalten. Auch eine Ausgrenzung? Wir bleiben dran!

Mit freundlichen Grüßen und Wünschen: bleiben Sie gesund!

Ihr Reinhard M. W. Hanke

**Themen, die uns auch bewegen**

**01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden**



## 02) Kampf um die Weltherrschaft Von András Kosztur

22. 04. 2021



Statt des „Endes der Geschichte“ treten wir in eine Periode intensiverer geopolitischer Kämpfe und eines neuen Kalten Krieges ein.

### **Die historische Dynamik der Globalisierung**

Von einer wirklich globalen Weltordnung, oder, nach Carl Schmitt, von einem *Nomos* der Erde, können wir erst ab dem 16. Jahrhundert sprechen, aber wir können auch kleinräumige „Globalisierungs“-Prozesse und eine Art vorglobale Weltordnung in der ferneren Vergangenheit entdecken. So hatte sich im Nahen Osten bereits im 2. Jahrtausend v. Chr. ein einigermaßen globalisiertes Milieu entwickelt, in dem Babylonisch (sozusagen das damalige Englisch), die *lingua franca* war und in dem die rechtsideologische Grundlage der internationalen Beziehungen die „Übersetzbarkeit der Götter“ (Jan Assmann) bildete. Mit dem Niedergang der babylonischen und parallel dazu der ägyptischen Zivilisation lösten sich die Reiche, die große Teile der Region vereinigt hatten (Assyrer, Chaldäer, Perser, Makedonier, Römer), in diesem Gebiet gegenseitig ab. Das Babylonische wurde schließlich durch das Griechische und Jahrhunderte später durch das Arabische verdrängt, aber die Region blieb während der griechisch-römischen Zivilisation der Antike und der Konfrontation zwischen Islam und Christentum weitgehend geeint und blieb ein Punkt des Zusammenstoßes und der Begegnung zwischen verschiedenen Zivilisationen.

Ein weiteres Merkmal der vorglobalen Weltordnung ist die dominante Rolle der eurasischen Region – das *Kernland* Halford Mackinders. Die endlosen Ebenen im Herzen der Alten Welt waren sowohl ein trennendes als auch ein verbindendes Medium (die Seidenstraße) für eine Abfolge von sesshaften Zivilisationen, die an ihrer Peripherie aufstiegen und fielen, und die

Wellen von Nomaden aus den Tiefen der Region waren eine treibende Kraft der historischen Ereignisse. Diese vorglobale Weltordnung, zu der nur die Zivilisationen der Alten Welt gehörten, war eine landbasierte, in der sich die Schifffahrt weitgehend auf Flüsse und Binnenmeere beschränkte und Teile davon, abgesehen von der oben erwähnten „Nabe“ des Nahen Ostens, sozusagen getrennte Welten waren.

Die Entdeckungsreisen westlicher Seefahrer an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert brachten einen radikalen Wandel mit sich, der nicht nur Amerika in die Machtkämpfe in Eurasien und Afrika einbezog und damit eine euro-atlantische statt eurasische Ordnung schuf, sondern auch die „Umrundung des Globus“, wobei Francis Drakes Reise die Möglichkeit globaler Kriegsführung aufzeigte. Zur gleichen Zeit übernahm der Moskauer Staat die Kontrolle über das *Kernland* und beendete damit eine historische Serie von Nomadenwellen.

In dieser Zeit begann, nach einem anderen Schmitt'schen Begriff, das *jus publicum Europaeum*, die europazentrierte Weltordnung, in der die ganze Welt von wenigen europäischen Führungsmächten abhängig wurde. Höhepunkt war die Kongo-Konferenz in Berlin 1884, auf der westliche Führer, getrieben von einem Gefühl der zivilisatorischen Mission und natürlich interessiert an billigen Rohstoffen und Arbeitskräften, praktisch den gesamten afrikanischen Kontinent unter sich aufteilten. Im 19. Jahrhundert kontrollierte Großbritannien als führende Seemacht der Welt fast alle wichtigen Schifffahrtsknotenpunkte (Gibraltar, Malta, Suez, Singapur, Hongkong, Kapstadt, Ceylon usw.) und wurde zu einem globalen Imperium, das sich über den gesamten Planeten erstreckte. Zwischen 1890 und 1918 lässt sich bereits der Niedergang dieser europazentrierten Ordnung erkennen, als die Vereinigten Staaten auf der Grundlage des Monroe-Prinzips die Europäer zunehmend aus dem amerikanischen Teil der Welt verdrängten und Japan die russische Position im Fernen Osten angriff. Weit davon entfernt, den Prozess der Globalisierung aufzuhalten, führte der Niedergang des *jus publicum Europaeum* zu einem Weltkrieg, an dem fast alle Länder der Erde beteiligt waren.

### **Welthegemonie statt Weltteilung**

Das klischeehafte Ziel des Ersten Weltkriegs war es, die Welt neu aufzuteilen, aber letztlich führte er zum Aufstieg zweier Mächte, die bereits nach der Hegemonie über die Welt strebten. Eine davon waren die Vereinigten Staaten, die nach Wilsons Prinzipien versuchten, die Welt nach ihrem eigenen Bild zu formen. Doch am Ende distanzierte sie sich dank einer innenpolitischen Kehrtwende sogar von dem von ihr initiierten Völkerbund und verfolgte fast zwei Jahrzehnte lang eine isolationistische Politik (was freilich ihre Hegemonie in Amerika nicht oder nur teilweise beeinträchtigte). Der andere Staat, der globale Ziele verfolgte, war die auf den Ruinen Russlands neu entstandene Sowjetunion, die das Ziel der kommunistischen Weltrevolution aufgab und stattdessen ein Programm des „Sozialismus in einem Land“ verfolgte, die diplomatischen Beziehungen zu ihren Nachbarn normalisierte und bis Mitte der 1930er Jahre *de facto* eine Politik des Isolationismus betrieb.

*Der Rückzug der beiden Staaten mit messianischen Agenden rückte, etwas anachronistisch, die Probleme der europäischen kontinentalen Hegemonie und damit der kolonialen Herrschaft wieder in den Vordergrund.*

Das traditionelle, westfälische System der internationalen Beziehungen, das auf bilateralen Beziehungen und gelegentlichen Bündnissen zwischen (europäischen) Nationalstaaten beruhte und in der Praxis darauf abzielte, eine kontinentaleuropäische Hegemonie auszuschließen, erwies sich nun jedoch als nicht mehr praktikabel, nicht zuletzt wegen des Machtvakuum, das an der Stelle Österreich-Ungarns entstanden war. Das

zwischenstaatliche System, das ein Gleichgewicht anstrebte, wurde durch das Konzept des *Großraums* hinweggefegt, und für einen Moment schien es, als sei die Welt effektiv in vier „große Räume“ aufgeteilt: das deutsch(-italienisch) geführte Neue Europa, die japanischen großostasiatischen gemeinsamen Räume der Aufklärung, das von den USA dominierte Amerika (mit den Resten des Britischen Empire) unter dem Monroe-Prinzip und die Sowjetunion.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion und der japanische Angriff auf die Vereinigten Staaten erschütterten jedoch die Aussichten dieses – man könnte sagen globalen – westfälischen Systems, und der Zusammenbruch der Staaten des Dreierpaktess bedeutete das Ende des Großmachtkonzepts, zumindest für eine gewisse Zeit. Es blieben zwei Mächte auf der Bildfläche, die beide die Weltherrschaft anstrebten, die aber durch die zwingende Kraft der Umstände am Ende des Zweiten Weltkrieges dennoch eine neue Aufteilung der Welt erreichten. Diesmal gab es keine offene Konfrontation um die Weltherrschaft, aber auf dem Spiel stand im Kalten Krieg letztlich das endgültige Ende des Großmachtkampfes in einer sich zunehmend globalisierenden Welt.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks bot das trügerische Versprechen des Letzteren, das jüngste Beispiel ist Francis Fukuyamas Theorie vom „Ende der Geschichte“, die den Triumph der liberalen Demokratien verkündete. In den 1990er Jahren kann man in der Tat von einer Hegemonie der USA und ihres Modells der liberalen Demokratie sprechen. Die meisten Staaten des ehemaligen sozialistischen Blocks versuchten, ihn zu adaptieren, aber auch China, das sich auf dem Weg zu Reformen befand, wurde zunehmend in das von den USA dominierte System der Weltwirtschaft integriert. Nur einige wenige „Schurkenstaaten“ (Irak, Iran, Nordkorea, Syrien, Venezuela) standen dem vollen Triumph im Weg, aber in den frühen 2000er Jahren begann man, sie zu liquidieren.

Aber dann tauchte Sand im Getriebe auf. Die „Demokratisierung“ Afghanistans und des Iraks war alles andere als ein Erfolg (ganz zu schweigen vom anschließenden „Arabischen Frühling“), und auch Russland und eine Reihe postsozialistischer Staaten begannen, Anpassungen auf dem Weg eines Modellwechsels nach westlichem Vorbild hin zu einem System vorzunehmen, das stärker auf die lokale Ebene ausgerichtet ist. Vor allem aber ist China zunehmend zu einem Konkurrenten im Bereich Outsourcing geworden, und das Projekt One Belt One Road (OBOR) hat offen ein Modell vorgestellt, das dem US-Modell Konkurrenz macht. Dieses Modell stellt zudem die jahrhundertelange westliche Dominanz grundlegend in Frage, da es die Reintegration der euro-atlantischen Weltordnung in eine eurasische verspricht. Und die 2020 durch das Coronavirus ausgelöste – gesundheitliche, wirtschaftliche, politische und spirituelle – Krise hat nicht nur geopolitische Konflikte, sondern auch Widersprüche innerhalb der westlichen Welt verschärft.

## **Identitätssozialismus**

Nach Oswald Spenglers groß angelegter Morphologie der Weltgeschichte ist der Grundbegriff der letzten Epoche der abendländischen („faustischen“) Geschichte der Sozialismus, aber er verwendete den Begriff nicht in seinem traditionellen Sinn, d. h. in Bezug auf die sozioökonomische Theorie. Laut Spengler ist das Ziel des modernen westlichen Sozialismus imperialistisch, basierend auf dem unbegrenzten Willen zur Macht, und sein Wesen ist, dass *„woran wir glauben, jeder glauben muss; was wir wollen, muss jeder wollen. [...] alle müssen sich unseren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Idealen anpassen, sonst gehen sie zugrunde“* (*Preußentum und Sozialismus*, 1919).

Es waren die beiden Arten dieses so genannten ethischen Sozialismus, die während der beiden Weltkriege aufeinandertrafen und den zukünftigen Kurs des Westens bestimmten

(dies war natürlich nur ein Element in der Reihe der Großmächtekonfrontationen, die als Zweiter Weltkrieg bekannt sind). Ersterer ging siegreich aus dem Kampf zwischen dem, was Spengler als sozialistischen Kapitalismus im obigen Sinne betrachtete, dem englischen (sächsischen) Kapitalismus, und dem „preußischen Sozialismus“ hervor, der zum griechisch-deutschen Nationalsozialismus verzerrt wurde. Dann kam es gemäß der Logik der „revolutionären“ Prozesse zu einem allmählichen Bruch in den Reihen der Sieger, und dieser Bruch wurde nach dem Ende des Kalten Krieges besonders akut.

Ende der 2010er Jahre wurde der Gegensatz zwischen der eher konservativen populistischen und der progressiven „Partei“ innerhalb der westlichen Eliten deutlich (das Wort „Partei“ ist hier natürlich in einem mehr oder weniger bildlichen, vormodernen Sinn zu verstehen, als ein loses, informelles Netzwerk, das um bestimmte Interessen und Werte herum organisiert ist, und nicht als eine organisierte und disziplinierte moderne Partei). Ersterer will den Westen bewahren und damit seine globale Führungsrolle sichern, während letzterer die Unterschiede zwischen dem Westen und dem Rest der Welt auslöschen und die Menschheit zu einer multikulturellen, offenen Gesellschaft einer einzigen universellen Zivilisation verschmelzen will (in der Tat lässt sich der Unterschied zwischen den beiden Positionen in der Debatte zwischen Huntington und Fukuyama ablesen).

Die Krisenprozesse, die durch die Coronavirus-Epidemie ausgelöst wurden, gaben der Fortschrittspartei die Gelegenheit, zu versuchen, lose Enden zu verknüpfen und auf die Populistische Partei [zurückzuschlagen](#), die in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre unter den westlichen Staaten organisiert wurde. Ein Schlüsselement war der Sturz von US-Präsident Donald Trump, bei dem sich das mit dem US-Tiefen Staat verflochtene Silicon Valley, das in den letzten Jahrzehnten zur treibenden und dominierenden Kraft der Fortschrittspartei geworden ist, ganz offen in den demokratischen Wahlprozess eingemischt hat, zumindest zum Schein. Die Zuversicht der Tech-Giganten wurde durch den starken Anstieg der Nachfrage nach digitalen Werkzeugen und Online-Lösungen im vergangenen Jahr gestärkt, der auch den Reichtum der Oligarchen, die bereits zu den reichsten der Welt gehören, um jeweils mehrere zehn Milliarden Dollar [erhöht](#) hat.

*Die fortschrittliche Partei ist in Wirklichkeit eine globale Oligarchie des globalen Großkapitals, der internationalen Bürokratie und der ineinandergreifenden Geheimdienste, die durch die fortschreitende Digitalisierung über die Mittel zur Sicherung ihrer Macht verfügt.*

Edward Snowdens Enthüllungen vor fast einem Jahrzehnt gaben uns einen Einblick in die Praxis der *High-Tech*-Überwachung, und die Monopolstellung großer Unternehmen und die zunehmende allgemeine Einbettung in die digitale Sphäre haben die Möglichkeiten für eine solche totale Kontrolle erhöht. Sie lehnen aber auch die traditionellen Methoden der Kontrolle nicht ab, deren Ideologie, basierend auf der obigen Spengler'schen Definition und der Natur dieser Ideologie als basierend auf verschiedenen „Identitätsgruppen“, als Identitätssozialismus bezeichnet werden könnte, oder man könnte den Orwell'schen Begriff „Anglo-Sozialismus“ verwenden, da es sich letztlich um das Machtinstrumentarium einer kollektiven Oligarchie handelt, das die „Parteidisziplin“ und die Herrschaft über die Mehrheit gewährleistet.

Von #metoo- und BLM-Kampagnen über die Unterstützung der LGBTQ-Bewegung bis hin zu Gesetzesentwürfen, [die Kinder dazu ermutigen, ihre Eltern auszuspionieren](#), und zu immer neueren [Quotenplänen](#) – eine Reihe von Maßnahmen und Plänen soll die Gesellschaft durch schwer fassbare rechtliche Kategorien in Schach halten. Das Fehlen präziser Definitionen und Regeln ist kein Manko, das es zu überwinden gilt, sondern ein Mittel, das sicherstellt, dass jeder ein „Hassverbrechen“ begehen kann und vor das Gericht

der öffentlichen Meinung oder – in schwerwiegenderen Fällen – der Justiz gestellt und – vorerst – moralisch vernichtet werden kann.

### **Vor einer entscheidenden Schlacht**

Die Fortschrittspartei fühlt sich nun im Sattel und wird in den kommenden Jahren versuchen, ihr Machtmonopol in der westlichen Welt auszubauen. Natürlich ist der Erfolg alles andere als eindeutig, was sich nicht nur an der hohen Zahl der Stimmen für Trump zeigt, sondern auch an der wachsenden Zahl europäischer Eliten, die anscheinend eine größere Distanz zum amerikanischen Zentrum suchen. Die Logik der oben erwähnten „Revolutionen“ könnte auch hier gelten und eine neue Spaltung innerhalb des Siegerlagers entstehen, zumal die „Trennung“ Europas von den USA in den letzten Jahren immer wieder thematisiert worden ist.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge können wir jedoch nur zwei Blöcke entstehen sehen: einerseits den von Washington geführten „ozeanischen“ Block mit der EU, Großbritannien und Australien, und andererseits China und dessen Verbündeten, einschließlich Russland, nach Orwell „Eurasien“ genannt. Die Führungsrolle des ersteren im chinesisch-russischen Tandem steht nicht mehr in Frage, ebenso wenig wie die Tatsache, dass nach Trump nun Biden den Fehdehandschuh gegen den wachsenden Einfluss Chinas aufnehmen muss. Trotz des Anscheins sind die politischen und wirtschaftlichen Strukturen der beiden gegnerischen Zentren sehr ähnlich.

Wir sehen sowohl in Peking als auch in Washington eine Allianz von Staatstechnokraten – einschließlich der Führer der Gewaltapparate – und (*Hightech*-)Oligarchen (die beiden Oligarchien sind eng miteinander verflochten), mit dem einzigen Unterschied, dass in China der Parteistaat und in den USA die Oligarchie dominieren. Der traditionelle Kapitalismus der freien Marktwirtschaft ist nicht nur in China, sondern auch in den USA nicht vorhanden, zumindest nicht in den Schlüsselsektoren, die von wenigen monopolistischen Firmen mit engen Verbindungen zum Staat beherrscht werden. Das von Peking eingerichtete Überwachungssystem ist auch in den Vereinigten Staaten weit fortgeschritten.

Obwohl beide Zentren globale Ziele verfolgen, ist der Unterschied spürbar: Während die chinesische Vision eines „geeinten menschlichen Schicksals“ die Akzeptanz kultureller Vielfalt fördert und auf die Steigerung des globalen Wohlstands abzielt, zielt die aus den USA stammende grün-progressive Vision (*Great Reset*. 2020) gerade auf den Abbau der „überkonsumierenden“ Wohlfahrtsgesellschaft und natürlich auf die Beseitigung der Unterschiede zwischen den Nationen.

Um den berühmten Satz zu paraphrasieren, der von der bourbonischen Restauration nach den napoleonischen Kriegen inspiriert wurde, hat China alles gelernt und nichts vergessen. Einerseits vermeidet sie die Fehler der westlichen Kolonialisten und amerikanischen Ideologen, die den Gebieten unter ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft ihre eigenen Werte aufzwingen und damit deren natürlichen Widerstand provozierten. Aber China begeht auch nicht die gleiche Torheit wie die Deutschen und Japaner in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die im Gefühl ihrer wachsenden Macht eine offene Konfrontation mit den führenden Mächten ihrer Zeit provozierten. Chinas strategisches Ziel in seiner Rivalität mit den USA ist es, jede offene Konfrontation auf einen Zeitpunkt zu verschieben (verzögern, vermeiden – siehe Sun Tzu), an dem sie für die Chinesen günstig wird oder sogar ganz vermieden werden kann. Ein typisches Beispiel dafür ist das [Interview](#) mit dem chinesischen Politikwissenschaftler Yan Xuetong, in dem letzterer sagte, dass der Niedergang der USA für niemanden eine Überraschung sei, da alle Imperien

irgendwann untergehen und die USA wahrscheinlich das gleiche Schicksal erleiden werden wie das britische Empire.

Der letztendliche Fall der USA, unter welchen Umständen auch immer, würde keinesfalls die vollständige Weltherrschaft China bedeuten (es ist sogar zweifelhaft, ob so etwas überhaupt möglich ist). Genau wie nach dem „Sieg“ der USA könnte auf einen möglichen chinesischen Erfolg im neuen Kalten Krieg der Aufstieg neuer Mächte folgen. Angesichts der aktuellen „Islamisierung“ der westlichen Hälfte Europas könnte der neue Rivale sogar eine Art islamisches Imperium sein – ein Neo-Osmanisches oder das von Michel Houellebecq (*Unterwerfung*, 2015) beschriebene Szenario ist nicht mehr undenkbar. Genauso wie die oben beschriebene „revolutionäre“ Logik nahelegt, dass auf einen chinesisch-russischen Erfolg eine chinesisch-russische Rivalität folgen könnte.

All dies ist jedoch noch in weiter Ferne, da die kommenden Jahre wahrscheinlich in der Atmosphäre eines neuen Kalten Krieges verbracht werden. Es ist zu früh, das Ende der Vereinigten Staaten vorherzusagen, genauso wie wir nicht sicher sein können, dass dieser Kalte Krieg nicht zu irgendeinem unpassenden Zeitpunkt in einer offenen Konfrontation enden wird. Fast sicher ist jedoch, dass wie im „alten“ Kalten Krieg beide Seiten auf diese entscheidende Konfrontation vorbereitet sein werden, ob sie nun stattfindet oder nicht.

*Der Autor ist Forschungsleiter am Institut des XXI. Jahrhunderts, Budapest ([XXI. Század Intézet](#))*

## **Verwendete Literatur**

- Jan Assmann. *Religio duplex: Ägyptische Mysterien und europäische Aufklärung.*
- П. М. Бицилли: «Восток» и «Запад» в истории Старого света [1922] Уб.: *Избранные труды по филологии.* Наследие, Москва, 1996, 22–34.
- Francis Fukuyama: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*
- Michel Houellebecq: *Unterwerfung.*
- Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.*
- Halford John Mackinder: The Geographical Pivot of History, *Geographical Journal*, 23 (1904), 421–437.
- George Orwell: *1984.*
- Андрей Савиных: Два плана глобальной модернизации, БЕЛТА, 2021. február 4., [www.belta.by/comments/view/dva-plana-globalnoj-modernizatsii-7656/](http://www.belta.by/comments/view/dva-plana-globalnoj-modernizatsii-7656/)
- Carl Schmitt: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des jus publicum Europaeum* [1950]. Duncker & Humblot, Berlin, 1988.
- Edward Snowden: *Permanent Record: Meine Geschichte.*
- Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes: Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte.*
- Oswald Spengler: *Preußentum und Sozialismus.*



Dieser Beitrag erschien am 18. März 2021 auf dem [LÁTÓSZÖG-BLOG](#) und wurde von der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, aus dem Ungarischen übersetzt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**03) Die EMA und die Pharmaindustrie: Abgeordneter Gerald Hauser im österreichischen Nationalrat**

Unter den viel zu vielen täglichen medialen Berichten über Corona ging die Rede des Abgeordneten Gerald Hauser im Nationalrat unter.

Diese Rede ist es wert, dass man sich die kurze Zeit zum Anhören nimmt:

[https://www.youtube.com/watch?v=oqH9CoXXYIs&ab\\_channel=FP%C3%96TV](https://www.youtube.com/watch?v=oqH9CoXXYIs&ab_channel=FP%C3%96TV)

*Wir danken unserem Leser und Nachrichten-Übermittler „Anonymus Austria“ für diese Mitteilung!*

**04) Ex-Pfizer-Vizepräsident: „Die Regierungen lügen euch an und bereiten eine Massenentvölkerung vor“**

09. 04. 2021



Dr. Mike Yeadon · Foto: Arshad Ebrahim / YouTube

Bereits als die Pharmafirma Pfizer Schlagzeilen machte, indem sie die damals bevorstehende Veröffentlichung ihres COVID-19-Impfstoffs ankündigte, hat ein ehemaliger Vizepräsident und leitender Wissenschaftler des Unternehmens, Dr. Michael Yeadon, die Notwendigkeit eines Impfstoffs zur Beendigung der COVID-19-Pandemie rundheraus abgelehnt. Ein Artikel über die Analyse und Prophezeiung des Wissenschaftlers bei UNSER MITTELEUROPA war damals Ziel von Zensurmaßnahmen „unabhängiger Faktenchecker“ bei Facebook, die inzwischen zurückgezogen wurden. Man entschuldigte sich für einen „Irrtum“.

Diesmal wollen wir betrachten, inwieweit die Prophezeiungen Yeadons von der Wirklichkeit eingeholt oder widerlegt wurden. Der Leser möge sich selbst ein Bild machen:

Im amerikanischen online-Magazin *lifesitenews* prangerte er die Regierungspropaganda über COVID-19 an, einschließlich der „Lüge“ von gefährlichen Varianten, des totalitären Aspekts von „Impfpässen“ und der starken Möglichkeit, dass wir es mit einer „Verschwörung“ zu tun haben, die zu etwas weit Schlimmerem als den Kriegen und Massakern des 20. Jahrhunderts führen könnte.

Der Top-Wissenschaftler, der immerhin über 30 Jahre lang die Forschung für neue Allergie- und Atemwegs-Medikamente in einigen der weltweit größten pharmazeutischen Unternehmen leitete und sich bei Pfizer mit der ranghöchsten Forschungsposition in diesem Bereich zur Ruhe setzte, ließ damals aufhorchen, als er zurecht warnte, dass es, wir zitieren wörtlich:

*„absolut keine Notwendigkeit für Impfstoffe gibt, um die Pandemie auszulöschen [...] Ich habe noch nie so einen Unsinn über Impfstoffe gehört. Man darf auch nicht planen, Millionen von fitten und gesunden Menschen mit einem Impfstoff zu impfen, der nicht ausgiebig an Menschen getestet wurde.“*

Die Äußerungen des Briten stehen am Ende einer umfassenden Kritik an der *Scientific Advisor Group for Emergencies* (SAGE), einer Behörde der britischen Regierung, die die Aufgabe hat, die Zentralregierung in Notfällen zu beraten. SAGE hat eine maßgebliche Rolle bei der Festlegung von Maßnahmen zur Abriegelung der Öffentlichkeit in Großbritannien gespielt.

Nachdem er darauf hinwies, dass es SAGE an essentiellen Fachwissen auf dem Gebiet, mit dem sie sich befassen, mangelt, da sie „keine klinischen Immunologen“ als Mitglieder haben, hebt Yeadon zwei fundamentale Fehler hervor, die sie in ihren Prämissen machte und die dazu führten, dass die Gesamtschlussfolgerungen radikal schief liegen, was zu der „Quälerei der Bevölkerung in den letzten paar Monaten“ führte.

### **Yeadons Hauptargumente:**

- Medien und Big-Tech-Plattformen betreiben die gleiche Propaganda und Zensur der Wahrheit.
- Pharmafirmen haben bereits begonnen, nutzlose „Ergänzungs“- („Booster“-) Impfstoffe für kommende „Varianten“ zu entwickeln. Die Unternehmen planen die Herstellung von Milliarden von Fläschchen, zusätzlich zu der aktuellen experimentellen COVID-19 „Impfstoff“-Kampagne.
- Aufsichtsbehörden wie die *U.S. Food and Drug Administration* und die *European Medicines Agency* haben angekündigt, dass, da diese „Booster“-Impfstoffe so ähnlich sein werden wie frühere Injektionen, die für eine Notfallzulassung genehmigt wurden, Pharmaunternehmen nicht verpflichtet sein werden, „klinische Sicherheitsstudien durchzuführen.“
- Das bedeutet also praktisch, dass das Design und die Implementierung von wiederholten, erzwungenen mRNA-Impfstoffen zur Injektion von unnötiger genetischer Sequenz ohne Rechtfertigung führen wird.
- Warum tun sie das? Die Verwendung von Impfpässen und ein „Bank-Reset“ könnten zu einem noch nie dagewesenen Totalitarismus führen. „Massenentvölkerung“ wäre ein logisches Ergebnis.

### **Totalitarismus bekämpfen**

Jeder müsse diesen Totalitarismus bekämpfen, so Yeandon, der sich selbst bereitwillig als einen „langweiligen Typen“, der „für eine große Pharmafirma arbeiten wollte...“ bezeichnet. Und der Brite geht mit seiner Regierung hart ins Gericht:

*„Aber letztes Jahr habe ich erkannt, dass meine Regierung und ihre Berater das britische Volk über alles, was mit diesem Coronavirus zu tun hat, belogen haben. Auf jeden Fall alles. Es ist nicht wahr, diese Idee der asymptomatischen Übertragung, und dass Sie keine Symptome haben, aber Sie sind eine Quelle des Virus. Und auch, dass die Eindämmung funktioniert, dass Masken einen Schutzwert für Sie oder jemand anderen haben, und dass die Varianten furchterregend sind und wir sogar internationale Grenzen schließen müssen, um diese fiesen ausländischen Varianten draußen zu halten.“*

Yeadon prophezeite messerscharf, was jetzt bereits „vorsichtig“ medial angekündigt wird:

*„Oder, dass wir zusätzlich zu der aktuellen Liste der genetischen Impfstoffe, die wir auf wundersame Weise hergestellt haben, ‚ergänzende‘ Impfstoffe brauchen, um mit den Varianten fertig zu werden.“*

Der Ex-Pfizer-Vizechef sieht Corona-Politik als auf Lügen basierend, wenn er sagt:

*„Jedes dieser Dinge ist offenkundig falsch. Aber unsere gesamte nationale Politik basiert auf der Tatsache, dass all diese Dinge im Großen und Ganzen richtig sind, auch wenn sie alle falsch sind.“*

Auch damit lag Yeadon richtig: „Konspiration und nicht nur Opportunismus treffen aufeinander“.

*„Aber was ich gerne tun würde, ist über das zu sprechen, was ich für eine wahrscheinliche Verschwörung halte. Letztes Jahr dachte ich, es handle sich um das, was ich „konvergenten Opportunismus“ nannte, d. h. mehrere verschiedene Interessengruppen haben es geschafft, sich auf eine Welt im Chaos zu stürzen, um uns in eine bestimmte Richtung zu drängen. Es schien also etwas damit zu tun zu haben, aber ich war bereit zu sagen, dass es nur eine Konvergenz war.“*

Yeadon sprach das aus, was viele Bürger besorgt machte, und jetzt noch mehr macht:

*„Ich denke jetzt, dass das naiv ist. Ich habe keinen Zweifel mehr daran, dass sehr große Organisationen in der Welt entweder geplant haben, die nächste Pandemie auszunutzen oder die Pandemie geschaffen haben. Der Beweis ist, dass Dutzende und Aberdutzende von Regierungen alle die gleichen Lügen erzählen und die gleichen ineffektiven Dinge tun, die offensichtlich Leben kosten.“*

Die steigenden Todesfälle, beispielsweise Herzinfarkt- oder Krebstote infolge der Fixierung auf Corona in den Krankenhäusern sind inzwischen evident. Das alles lässt die Regierungen kalt. Die Agenda „Great Reset“ wird – dank der „Pandemie“ – weiter durchgezogen, koste es was es wolle. Doch dies gilt nicht für alle, denn die Reichen wurden und werden weiterhin noch reicher.

Quellen: [MPI](#) und [lifesitenews](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

---

**05) „Impfungen werden neue Weltordnung etablieren“**

19. 04. 2021



Luca Zaia · Foto: Facebook

„Wir müssen uns bewusst sein [und] wissen, dass die Impfungen eine neue Weltordnung etablieren werden. Ob es uns gefällt oder nicht, das ist die Realität: Wir sollten versuchen, uns zu rüsten.“ Dies erklärte der Gouverneur von Venetien Luca Zaia gegenüber der italienischen Tageszeitung *Corriere della sera*.

„Wenn wir in ein paar Monaten oder Jahren erfahren, dass in einigen Ländern die Impfstoffe, sofern sie unabhängig beschafft wurden, fingierte Bescheinigungen erhielten, dass sie gut seien“, – sagt Zaia und spricht von einem ‚Parallelmarkt‘ von Impfstoffen -, „dann denke ich, dass wir die Pflicht haben, zu klären, ob solche Parallelmärkte existieren oder ob es eine Welt von Halsabschneidern gibt. Wir müssen das wissen. Wenn dies ein Krieg ist, und das ist er, sind Impfstoffe die Munition. Aber mit der Europäischen Union haben wir nur Ballast gehabt, Zwänge, die uns in den Abgrund ziehen.“

Quelle: [Ansa](#) / [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**06) Big Pharma hat bereits 150 Milliarden mit der Pandemie verdient**

20. 04. 2021



Fotoquelle: VoxNews

Laut der mexikanischen Zeitung *Jornada* haben die 7 wichtigsten pharmazeutischen Unternehmen\*, die Covid-19-Impfstoffe herstellen, seit Beginn der Pandemie kumulierte Gewinne erzielt, die auf **152 Milliarden Dollar** geschätzt werden.

\*) J&J, Pfizer, AstraZeneca, Moderna, Novavax, BionTech und CanSino

Quelle: [VoxNews](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**07) Great Reset durch Negativzinsen ab dem ersten Euro?**

22. 04. 2021



Bildquelle: MPI

Es besteht kein Zweifel, dass die Kosten für das Covid-19-Programm irgendwie aus unseren Taschen als Steuerzahler und Sparer kommen werden. Dies wird im Projekt „Great Reset“, das von Klaus Schwab, dem Chef des Weltwirtschaftsforums, unterzeichnet wurde, ausdrücklich festgestellt. Und jetzt, wie von Geisterhand, ist die Idee der negativen Zinsen auf unseren Bankkonten wieder aufgetaucht.

Die belgische Seite von RTL Info schreibt dazu:

*Einige Banken, wie z.B. ING und TRIODOS, haben in letzter Zeit Negativzinsen auf große Einlagen von Privatpersonen und Unternehmen erhoben oder sich sogar erlaubt, regulierte Sparkonten in normale Konten umzuwandeln, um die Zahlung des Mindestzinssatzes von 0,11% zu vermeiden.*

*Diese Bewegung wurde gerade gestern durch die Entscheidung der ING verstärkt, einen Negativzins von 0,5% auf Konten von mehr als 250.000 € für Privatpersonen und Unternehmen in Belgien einzuführen.*

Der Vorwand ist ganz offensichtlich.

*Ziel ist es, Investitionen und Risikobereitschaft von Unternehmen und Haushalten zu stimulieren. Das Prinzip ist, dass diese Investitionen das Wachstum stimulieren, aber auch*

*die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit die Kaufkraft der Haushalte und damit auch das Wachstum. All diese Dynamik sollte eine nicht sehr valide Wirtschaft unterstützen.*

Beim Lesen dieser ersten Zeilen werden sich viele sagen, dass sie nicht betroffen sind, weil sie keine 250.000 € auf der Bank haben. Aber RTL Info macht deutlich, dass dies früher oder später, und wahrscheinlich früher als viele denken, Kleinsparer ab dem ersten Euro auf dem Konto direkt treffen wird!

Was ist mit Kleinsparern?

Eine deutsche Bank (Volksbank Raiffeisenbank) hat bereits ab dem ersten eingezahlten Euro einen Negativzins angewandt und zielt damit direkt auf Kleinsparer ab. Andererseits ist zu befürchten, dass diese „Bodensätze“ zu einem leichten Abschmelzen des Vermögens der Sparer führen, da die Zinsen die Lebenshaltungskosten nicht ausgleichen. Was bliebe also übrig? Nicht jeder will oder kann es sich leisten, das Risiko an der Börse einzugehen oder hat die Mittel, in Immobilien einzusteigen.

Hier sollte man genau beobachten, vor allem um zu sehen, wie die Bundesregierung einen möglichen Schritt der Banken in diese Richtung gestalten könnte.

Man hat Sie gewarnt....

Quelle: [MPI](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

**08) Katalin Novák (Fidesz): Ich sehe eine ernstzunehmende rechte Kraft am Horizont**

19. 04. 2021



Katalin Novák · Bildquelle: Facebook

**Zur Zeit hat der Fidesz den größten Handlungsspielraum und eine Unabhängigkeit, die mit Freiheit gleichbedeutend ist.**

**„Während viele Parteien gerne mit dem Fidesz zusammenarbeiten würden, sind wir nur an einem Bündnis mit politischen Gruppen interessiert, die bereit sind, sich zu den Werten der traditionellen Rechten zu bekennen“, so Katalin Novák. Die Familienministerin, die auch die für internationale Beziehungen zuständige Fidesz-Vizepräsidentin ist, glaubt, dass die EU von innen heraus reformiert werden muss. Sie äußerte ihre Empörung über die Entlassung von Zsolt Petry, sagte aber auch, dass sie Deutschland nach wie vor für einen Rechtsstaat halte.**

**– Bei einer im Fernsehen übertragenen Regierungsbesprechung vor zwei Wochen sagte Gergely Gulyás, dass die Fidesz die Qual der Wahl habe, da alle rechten politischen Familien ihn gerne in ihren Reihen haben würden. Welcher werden Sie sich schließlich anschließen?**

– Derzeit hat unsere Partei den größten Handlungsspielraum und eine Unabhängigkeit, die mit Freiheit gleichbedeutend ist. In der Tat haben viele Parteien ihre Absicht geäußert, in Zukunft mit dem Fidesz zusammenzuarbeiten. Auch in meiner persönlichen Eigenschaft erhalte ich viele Reaktionen von unseren Freunden in der EVP, die sagen, dass sie es bedauern, dass wir nicht mehr Teil der gleichen Parteifamilie sind, aber zuversichtlich sind, dass unsere guten Beziehungen auch in Zukunft fortbestehen werden.

**– Wie sehen Sie die Möglichkeit, dass andere Parteien Ihnen folgen und die EVP verlassen?**

– Die EVP ist schon lange nicht mehr geeint. Vielen gefällt der Linksruck nicht, einige Parteien [in der EVP] sind nicht nach links konvertiert, und die Tatsache, dass der Fidesz als stärkste Partei der Gruppe gegangen ist, macht ihnen das Leben nicht leichter. Ihren Wählern fällt es schwer zu verstehen, warum sie nicht im selben Bündnis Wahlkampf machen wie dieser Viktor Orbán, der Migranten von seinem Land fernhält, für die Werte der traditionellen Christdemokratie eintritt und selbst bei der Beschaffung von Impfstoffen besser abschneidet als andere. Mir scheint, dass es gute Chancen gibt, dass in Zukunft auch andere Parteien ihren Bruch mit der EVP offiziell verkünden werden. Sicher ist jedoch, dass es in der Familie, die wir gerade verlassen haben, viele Parteien gibt, die gerne weiter mit uns zusammenarbeiten würden.

**– Am Ende des Treffens zwischen Orbán, Morawiecki und Salvini betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit, die europäischen Rechte neu zu organisieren. Wie wird diese neue Rechte aussehen?**

– Es wird eine Rechte sein, die Ja sagt zu Freiheit, Menschenwürde, Familie, Nation und Christentum. Sie wird dagegen ein klares Nein zu Einwanderung, imperialer Logik, Kommunismus, Antisemitismus und Zensur sagen. Diese neue Rechte wird nicht in Rätseln sprechen, sie wird nicht in der Sprache Brüssels sprechen und sie wird die Themen angehen, die den Menschen wirklich wichtig sind. Sie wird versuchen, die Frage zu beantworten, wie Europa wieder wettbewerbsfähig werden kann und gleichzeitig seinen kulturellen Reichtum und seine Wurzeln bewahren kann.

**– Im Zusammenhang mit diesem ungarisch-italienisch-polnischen Treffen wurde in der Presse berichtet, dass Matteo Salvini die Migranten, die bereits italienischen Boden erreicht haben, verteilen möchte. Wäre das nicht ein Problem?**

– Vom ersten Moment an haben unsere politischen Gegner versucht, die Teilnehmer zu spalten. Sie wenden diese Salomitaktik auch beim V4 an, wie sie es bei der EVP getan haben. Auch dieses Mal haben sie sofort versucht, einen Keil zwischen uns zu treiben, indem sie behaupteten, dass die polnische PiS und die italienische Lega ein anderes Verhältnis zu Russland haben. Als Donald Tusk das Treffen in den polnischen Medien kommentierte, spielte er sofort die „Wladimir Putin“-Karte. Schon allein aufgrund seiner Geschichte und seiner Sicherheitspolitik ist Polen in einer anderen Situation als wir oder die Italiener. Davor haben wir größten Respekt, und wir müssen darauf achten, dass wir die Interessen des anderen nicht beschädigen. Das gilt auch für die von Ihnen angesprochene Situation im Zusammenhang mit der Zuwanderung. Es wäre sehr überraschend, wenn man Matteo Salvini vorwerfen würde, er sei für die Einwanderung, denn er wird seit Jahren von Gericht zu Gericht geschleift, weil er es als Innenminister gewagt hat, Migrantenboote zu stoppen. Es stimmt jedoch, dass Italien aufgrund seiner geographischen Lage nicht genau den gleichen Standpunkt zu diesem Thema haben kann wie wir oder die Polen. Aber uns alle eint die gleiche Überzeugung: Die Zukunft wird denen gehören, die die Familien unterstützen werden.

**– Zusammen haben Fidesz, PiS und Lega 67 Sitze im Europaparlament (EP) – was nicht viel zu sein scheint. Wofür könnte es reichen?**

– Ich habe gute Gründe dafür, nicht in die Mystik der Zahlen einsteigen zu wollen. Wir kennen natürlich das Kräfteverhältnis im Europaparlament. Die einzige Situation, in der diese Zahlen wichtig werden, ist, wenn es um die Wahl geht. Unsere Abgeordneten sehen

eine Freiheitsgarantie darin, dass sie in Zukunft bei wichtigen Entscheidungen nicht mehr gezwungen sind, nach den Vorgaben der Fraktionsdisziplin abzustimmen. Angesichts der Zahl der Abgeordneten, deren Wertesystem dem unsrigen ähnelt, ist es jedoch klar, dass sich eine ernstzunehmende rechte Kraft am Horizont abzeichnet.

**– Matteo Salvini sagte dem ungarischen Magazin *Mandiner*, dass „wenn die Europäische Volkspartei (EVP), die Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR), Identität und Demokratie (ID) und andere Gruppen sich zusammenschließen würden, hätten wir eine Mehrheit.“ Heißt das, dass Sie die EVP nun doch berücksichtigen?**

– Es wird auch viel über die Möglichkeit eines Zusammenschlusses von EKR und ID spekuliert. Was die eventuelle Rolle der EVP betrifft, so ist dies im Moment schwer vorherzusagen. Unklar ist zum Beispiel, was die Wahlen in Deutschland bringen werden, wo die Situation im Moment sehr unklar erscheint: Wenn sich die CDU/CSU nicht zusammenrauft, ist zu befürchten, dass die nächste Regierungskoalition ohne sie gebildet wird. Die Frage ist, ob irgendjemand aus dem Popularitätsverlust der Mitte-Rechts-Parteien die notwendigen Schlüsse zieht, nämlich dass sich die Suche nach Verbündeten auf der Linken nicht auszahlt, da sie bedeutet, dass man seine Prinzipien und Werte aufgeben muss, um den Anforderungen solcher Partner gerecht zu werden. Das ist es, was in Spanien mit dem *Partido Popular* passiert ist, und das ist es, was in Frankreich mit den Republikanern passiert. Irgendwann in der Zukunft könnte es auch innerhalb der EVP ein Erwachen geben: Sie könnte erkennen, dass sie nicht auf der Linken nach Verbündeten suchen sollte – auch wenn es dafür im Moment keine Anzeichen gibt und ein solcher Wechsel unter der jetzigen Führung praktisch ausgeschlossen ist. Wir unsererseits sind nur daran interessiert, Bündnisse mit politischen Gruppen zu schließen, die bereit sind, sich zu den Werten der traditionellen Rechten zu bekennen.

**– Können die EKR- und ID- Fraktionen fusionieren?**

– Wir sind noch nicht an dem Punkt angelangt, Strukturen auszuwählen. Ich bin überzeugt, dass die Grenzen überschritten werden können – zumindest teilweise. Das Treffen in Budapest brachte die prominentesten Vertreter der wichtigsten Parteien der EKR- und ID-Fraktionen zusammen. Im Europarat gibt es eine rechte Koalition, in der die Parteien der EKR- und ID-Fraktionen – und sogar die britischen Konservativen – zusammensitzen. Es gibt also keinen Mangel an Präzedenzfällen für eine solche Zusammenarbeit.

**– Ist es sicher, dass die AfD als rechte deutsche Partei nicht Ihr Verbündeter sein wird? Warum suchen Sie weiterhin ein Bündnis mit der CDU, die nach links gerückt ist?**

– Die Bedeutung unserer guten Beziehungen zu Deutschland auf Regierungsebene ergibt sich für uns nicht nur aus unseren Traditionen, sondern auch aus unseren gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen. Es gibt viele deutsche Firmen in Ungarn, und diese geschäftliche Zusammenarbeit ist nicht nur mit uns, sondern auch mit der ganzen V4 sehr stark. Nachdem wir die EVP verlassen hatten, sagte auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erhalten bleiben müssen. Es ist daher selbstverständlich, dass es für uns sehr wichtig ist, gute Beziehungen zur CDU zu pflegen. Kürzlich sagte die AfD auf ihrem Parteitag jedoch, dass sie die EU verlassen wolle. Wir unsererseits suchen die Zusammenarbeit mit Parteien, die die Union von innen heraus reformieren wollen. Auch wir sehen die Notwendigkeit von Veränderungen, aber es ist in unserem Interesse, bestehende Fehler von innen heraus zu reparieren.

– **Die Welt am Sonntag sprach in einem Leitartikel durchgehend von einer „demokratischen Rechten“. Ist die AfD nicht eine demokratische Partei?**

– Das ist eine Debatte, in der es nicht um die AfD geht. „Demokratische Rechte“ bedeutet wörtlich, dass für uns die Achtung der demokratischen Werte eine Grundlage ist, die wir nicht ignorieren können. Wir wollen nicht sagen, welche der derzeit im Europaparlament vertretenen Parteien demokratisch sind und welche nicht. Gerade das gegen uns eingeleitete Artikel 7-Verfahren zeigt, wozu es führt, wenn andere willkürlich und ohne Rechtsgrundlage Ihr Bekenntnis zur Demokratie in Frage stellen. Die Achtung der Demokratie wird daher auch in Zukunft für uns grundlegend sein – was natürlich nicht bedeutet, dass wir bereit wären, mit irgendeiner Partei der demokratischen Rechten zu kooperieren, denn es gibt andere Punkte, an denen eine solche Zusammenarbeit scheitern könnte.

– **Obwohl Sie gerade die Bedeutung guter Beziehungen zu den Deutschen betont haben, hat der Fidesz in einem Fall, der nur einen einzigen im Ausland lebenden Ungarn betrifft – den scheinbar unbedeutenden Fall Zsolt Petry – den Fehdehandschuh aufgenommen, ohne weich zu sein. War das wirklich notwendig?**

– Es gibt nichts Unbedeutendes an diesem Fall. In dem Land, das heute Europa anführt, ist es möglich geworden, dass ein Mann entlassen und damit sein Wohlergehen gefährdet wird, weil er es gewagt hat – übrigens in einem toleranten Tonfall – eine Meinung zu äußern, die vom deutschen Mainstream abweicht. Das weckt Ängste und kann dazu führen, dass Menschen sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu vertreten. Wenn jemandes Nachteile auf die von der betreffenden Person geäußerten Meinungen zurückgeführt werden, ist dies manchmal nur eine Vermutung. Im Fall von Zsolt Petry handelt es sich aber nicht um eine Vermutung, denn die Hertha-Führung macht deutlich, dass dies tatsächlich der Fall ist. Und das alles, während sie selbst anerkennen, dass dieser ungarische Trainer kein Homophober ist, sondern ein toleranter Mensch, gepaart mit einem hervorragenden Fachmann, und dass der Gegenstand ihrer Meinungsverschiedenheit ausschließlich der Inhalt seiner Aussagen ist. Es ist ein Skandal, dass ein Arbeitgeber in Deutschland dies heute vor den Augen der Presse tun kann. Und besonders schockierend ist, dass der deutsche Europaminister Michael Roth die Entscheidung des Vereins dann noch begeistert begrüßte.

– **Zu dem Fall sagte Gergely Gulyás: „Wir müssen uns fragen, ob Deutschland noch ein Rechtsstaat ist.“ Glauben Sie, dass es das ist?**

– Ja.

– **Können Sie Ihre Antwort genauer begründen?**

– Ich könnte unzählige Gründe nennen, warum ich Deutschland für einen Rechtsstaat halte, aber in diesem speziellen Fall ist der Grund, dass es Rechtsmittel gibt. Wenn meine Informationen richtig sind, wird Zsolt Petry den Fall vor Gericht bringen, so dass die deutschen Gerichte die Möglichkeit haben werden, ihm Genugtuung zu verschaffen. Ich möchte glauben, dass dies der Fall sein wird.

– **Kommen wir zu einem weiteren sehr wichtigen Mitgliedsstaat: Frankreich. Wären Sie bereit, mit dem Rassemblement National zusammenzuarbeiten, das viele als Paria betrachten?**

– In Frankreich gibt es riesige Volksmassen, die verlangen, dass die politische Klasse rechte Werte vertritt. Die Republikanische Partei, die am besten die Fortführung des gaullistischen

Geistes verkörpert – zu der wir gute Beziehungen haben und die wir durchsetzen wollen – schwächelt, aber es gibt eine andere rechte Partei, die unglaublich populär geworden ist. Ob es uns gefällt oder nicht. Wir müssen uns also fragen, wie die Le Pen-Partei in den Umfragen so hoch gekommen ist, wofür sie steht und wie. Was uns betrifft, so suchen wir, wie ich bereits sagte, die Zusammenarbeit mit Parteien, die die Union von innen heraus reformieren wollen.

**– Was halten Sie als Politikerin davon, dass Ursula von der Leyen in der Türkei auf dem Sofa sitzt? Zeigt die Tatsache, dass die Brüsseler Elite mitten in der Epidemie eine so große Sache aus diesem Vorfall machte, nicht, wie realitätsfremd sie ist?**

– Ich denke, dass dieser Vorfall überbewertet wurde. Die Beschaffung von Impfstoffen und der Kampf gegen die Epidemie sind im Moment weitaus wichtigere Themen als solche Protokollprobleme. In Klammern füge ich folgende Bemerkung hinzu: Wenn sie sich bereits in einer solch unangenehmen Situation befunden hätten, unabhängig von der Rangfolge der Institutionen, hätte Charles Michel als Gentleman seinen Stuhl Von der Leyen anbieten können. Diese hätte dann entscheiden können, ob sie das Angebot annimmt oder nicht.

Quelle: [Magyar Nemzet](#) (Autor: Imre Csekő)

## Magyar Nemzet

Die Magyar Nemzet ist die größte Tageszeitung Ungarns. Die 1938 gegründete Magyar Nemzet (dt. Ungarische Nation) ist eine führende Zeitung der Konservativen und steht der Regierung von Viktor Orbán nahe.



Dieser Beitrag erschien in deutscher Übersetzung bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 09) Fidesz schließt sich Konservativen im Europarat an

22. 04. 2021



Foto: Visegrád Post

Nachdem sich Fidesz und die Europäische Volkspartei (EVP) Anfang März nach mehrjährigen Streitigkeiten geschieden haben, wird darüber spekuliert, welcher Fraktion die Partei von Viktor Orbán in Zukunft angehören wird. Ihre engsten Verbündeten, die polnische PiS und die italienische Lega, gehören den Europäischen Konservativen und Reformisten (62 Abgeordnete) an, andere rechte Parteien hingegen gehören der Fraktion Identität und Demokratie (75 Abgeordnete) an.

### **Kein Bündnis zwischen Fidesz, RN und AfD geplant**

Es werden mehrere Möglichkeiten in Betracht gezogen, darunter – die wahrscheinlichste Variante – der Beitritt zu den Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR); andere Optionen sind die Fusion der EKR- und der ID-Fraktion oder sogar die Gründung einer neuen Fraktion um Fidesz, PiS und Lega. Eines scheint im Moment sicher zu sein, und ihre Führer haben dies in den letzten Wochen mehrfach bekräftigt, dass Fidesz im Europäischen Parlament keine gemeinsame Sache mit Marine Le Pens Rassemblement National (RN) oder mit der Alternative für Deutschland (AfD) machen will.



Katalin Novák – Familienministerin und stellvertretende Fidesz-Vorsitzende mit Zuständigkeit für die europäischen Beziehungen – erklärte in einem Interview, das am 17. April von der ungarischen Tageszeitung *Magyar Nemzet* veröffentlicht wurde:

„Während viele Parteien gerne mit Fidesz zusammenarbeiten würden, wollen wir nur mit politischen Gruppen ein Bündnis eingehen, die bereit sind, sich zu den Werten der traditionellen Rechten zu bekennen“.

#### **Im Europarat zusammen mit der FPÖ und der AfD**

Die Frage stellte sich übrigens auch für die Parlamentarische Versammlung des Europarates, und hier wurde soeben beschlossen: Fidesz ist der Europäischen Konservativen Fraktion (EKG) beigetreten, zu der die österreichische FPÖ, der flämische Vlaams Belang, die tschechische SPD, die deutsche AfD, die italienische Lega sowie die Fratelli d'Italia, aber auch die polnische PiS und die britischen Konservativen gehören.

#### **„Kein bilaterales Verhältnis zur AfD“**

Diese Mitgliedschaft bei der konservativen Fraktion im Europarat, verbunden mit den jüngsten Erklärungen von Katalin Novák, dass

*Fidesz „keine bilateralen Beziehungen zur AfD hat, das heißt, dass seine Partner in Deutschland die CDU und die CSU sind und dass Fidesz keine Absicht hat, das zu ändern“*

scheint auf eine bevorstehende Mitgliedschaft von Viktor Orbáns Partei in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) im Europäischen Parlament hinzudeuten, da Katalin Novák eine Zusammenarbeit mit der AfD im Europäischen Parlament erneut klar ausgeschlossen hat.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner und der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 10) Alptraum droht: Deutschland auf dem Weg zum grünen Staat

22. 04. 2021



Werden diese Leute demnächst in Deutschland das Sagen haben?

Beinahe jeder dritte deutsche Wahlberechtigte würde derzeit die Grünen wählen. Eine Partei, deren führende Köpfe, die laut eigene Aussagen Deutschland in seiner bisherigen Form am liebsten abschaffen wollen. Unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION, [zurzeit.at](https://www.zurzeit.at), analysiert das Unvorstellbare anhand der letzten Umfragewerten:

**Laut einer Forsa Umfrage am 20.04 liegt das Bündnis90/ die Grünen mit 28% klar vorne. CDU und SPD müssen schwere Verluste einstecken.**

Die berühmte Sonntagsumfrage zur Bundestagswahl am 26.09.2021 wurde im Auftrag von



RTL und n-tv durchgeführt. 1502 Wahlberechtigte wurden telefonisch zwischen dem 19.04. dem 20.04. befragt. Zwar sind Wahlumfragen keine Prognosen für das Wahlergebnis und zeigen lediglich die aktuelle politische Stimmung, dennoch lassen sie relativ genaue Schlüsse zu. Bei den letzten Wahlen lag die mittlere Abweichung von Forsa bei 2,18 Prozentpunkten.

Nach dieser Wahlumfrage würde die Union der CDU/CSU abgeschlagen hinter den Grünen auf 21% kommen. Weit dahinter müssten sich die SPD mit 13%, die FDP mit 12% und die AfD mit 11%, zufriedengeben. Sonstige Parteien sollen laut Umfrage insgesamt 8% erhalten. Der SED Nachfolger „Die Linke“ könnte 7% erhalten. Im Vergleich zur letzten Wahl würden das Bündnis 90/die Grünen satte 19.3 Prozent dazu gewinnen. Eine Koalition wäre den Daten zufolge theoretisch mit der Union oder der SPD und der Linken möglich.

Bei der Bundestagswahl 2017 erreichten die CDU/CSU noch 32,9%, die SPD 20,5%, die AfD 12,6% ,die FDP 10,7%, die Linke 9,2% und die Grünen nur 8,9%.

Es ist also mit dem Schlimmsten zu rechnen. Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD könnte uns eine grüne Bundeskanzlerin drohen.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 11) Bündnis 90 / Die Grünen - Koalitionspartner für Konservative? Von Anonymus Austria



**„Grün“** im Sinne von Natur-, Umwelt- und Heimatschutz, war vor 40 Jahren noch die Hoffnung vieler auf eine politische Änderung der verkrusteten gesellschaftlichen Strukturen. Diese Hoffnung gibt es jedoch schon seit mindestens 30 Jahren für alle Aufmerksamen nicht mehr!

Die real gelebte grüne Ideologie ist ein sehr bitteres Gemisch aus

- **Neo-Kommunisten:** Mitläufer der 68er-„Revolutionäre“ und deren wenige Nachkommen, obwohl diese nicht das geringste Wissen und Erleben von dem besitzen, was gelebter Kommunismus, das Martyrium in den Arbeits-/Straflagern und Schweigezellen der Haftanstalten, 70 lange Jahre, für hunderttausende betroffene Menschen und die Völker bedeutete.

- **Bobos**: im Leben gescheiterte **Althippies**, nun vereint mit den jüngeren **Yuppies**. Diese Bobos sind nur mehr auf die materielle Selbstverbesserung ihrer Outfits, Lifestyles, vielfach in Nobelwohnsitzen und auf ihre Karrieren konzentriert. Kapitalismuskritik wird nur verbal, aber lautstark geübt und ist stets verknüpft mit einem stets überbetonten Weltbürgertum. Die „*krassen Verlierer*“ sind für die Bobos nicht die Hartz-IV-Empfänger von nebenan, sondern sind in Afrika und Asien zu suchen. Das macht natürlich ein mitfühlendes Engagement gegen die Auswüchse des Mega-Kapitalismus vor der eigenen Haustür völlig unmöglich. Sie sind jedoch, nach skuriler Eigenansicht, politisch klar „*links eingestellt*“ und lehnen die „*entfremdende Arbeit*“ ab, haben jedoch gleichzeitig zentrale Normen der kapitalistischen Lebensweise verinnerlicht: die Lohnarbeit ist schon in Ordnung, „*aber nicht für mich*“! Die Bobos haben sich vor allem der Optimierung ihrer selbst verschrieben: sie kaufen ihre geschreinerten Stil-Küchen- und Wohnzimmermöbel aus seltenem Teakholz aus Indonesien - aber nur, wenn es in „*Fairtrade-Manier*“ und „*aus nachhaltig angebauten Rohstoffen besteht*“! In einer Bobo-Wohnung stehen oft grüne oder rote alte Kinosessel, eine große, löchrige Ledercouch und skurile Gegenstände, wie eine wacklig-wurmige Holzleiter, auf der Blumenkästen und Bücher dekorativ nebeneinander platziert werden können. Sie speisen Salat aus Kichererbsen, fein angebratenem Brokkoli, Blattsalaten, Avocado und Granatapfelkernen, bei Fleischgerichten essen sie die „*Ich-kenne-den-Schlachterpersönlich*“-Produkte und ihre kulinarischen Wünsche reichen bis zur eigenen Selbstversorgung in einem Schrebergarten, mit einer feinen, vollklimatisierten kleinen Hütte (die kleinen Hüttler), mit Gemüse- und Kräuterbeeten. Das Hüttlein ist jedoch gegenüber dem arbeitenden oder pensionierten nachbarlichen Pöbel hoch umzäunt. Beim Thema Essen wird öfter entschuldigend auf die beschränkten finanziellen Mittel verwiesen: die Bio-Margarine für nur vier Euro fünfzig pro 500 Gramm, die verpackungsfreien Nudeln für nur sieben Euro pro 500 Gramm. Der angepeilte Bobo-Lebensstil ist immer höher als das meist von den Eltern finanzierte studentische Dauer-Einkommen. Wenn schon ein Auto, dann aber ein E-Auto, das zwar in der gesamten Herstellung dreimal so viel Energie wie ein normales Auto benötigt, jedoch „*wir tun etwas für die Klima-„Rettung“*“ signalisiert. Ihre Bekleidung besteht aus Fairtrade-Jeans ab nur 270 Euro, sowie einer Mischung aus stark riechender Second-Hand, gepaart mit hochwertigsten Mode-Marken, Handmade-Kleidung vom Flohmarkt, sowie H&M- Produkten, die jedoch noch aus ihrer pubertären Zeit stammen. Ein Bobo versteckt, umweltbewußt, das immer brandneueste Smartphone hinter einer schmucken „*Fair-Trade Hülle aus Kork*“.
- **Bourgeois/Bohemien**: Sie glauben sich über alle Traditionen, über alle Werte hinaus völlig erhaben, glauben jedoch an einen nicht genau definierbaren Fortschritt – real ins Nichts, sie leben in völlig bewußter Distanz zum Nächsten, sie hoffen auf einen steilen gesellschaftlichen Aufstieg und auf eine hohe Anerkennung, aber natürlich ohne Gegenleistung ihrerseits. Es wurde z.B. in Wien eine Bohemien-Stadträtin gefilmt, die sich zur „*Demo gegen Rechts*“ mit dem großen Dienst-Mercedes bis auf 200 Meter heranfahren ließ, um dann aus dem Kofferraum das billige Fahrrad für den Rest der Strecke zu benutzen. Die „*von allen Tabus befreite Sexualität*“ war und ist seit Beginn ein wichtiges Anliegen: ein Vordenker, Volker Beck, tätigte unter anderem folgende Äußerungen: „*Eine Entkriminalisierung der Pädosexualität ist angesichts des jetzigen Zustandes ihrer globalen Kriminalisierung dringend erforderlich, nicht zuletzt weil sie im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen aufrechterhalten wird. Und weiter: „„Allein eine Mobilisierung der Schwulenbewegung für die rechtlich gesehen im Gegensatz zur Pädosexualität Streichung des § 175 StGB und für die Rechte der Homosexuellen wird das*

völlig unproblematische Gleichstellung von Homo- und Heterosexualität durch die Zementieren eines sexualrepressiven Klimas verhindern können – eine Voraussetzung, um eines Tages den Kampf für die zumindest teilweise Entkriminalisierung der Pädosexualität aufnehmen zu können. Als strafrechtliche Perspektive wäre z. B. eine Novellierung ins Auge zu fassen, die einerseits das jetzige ‚Schutzalter‘ von 14 Jahren zur Disposition stellt oder auch eine Strafabschensklausele.“ Der Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche“ der „[Grünen](#)“ in [Baden-Württemberg](#) erklärte bereits im April 1985: „Einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern müssen straffrei sein. Da Kinder Menschen sind, hat niemand das Recht, sich unter welchem Vorwand auch immer über ihre Rechte auf Selbstbestimmung und persönliches Glück hinwegzusetzen“. Die Pädophilie-Debatte 2013 war eine über den Umgang der grünen Partei mit Vertretern der [Pädophilenbewegung](#), sowie deren Rolle in der Frühphase der grünen Partei bereits Anfang der 1980er Jahre. In dieser Debatte wurden im Wesentlichen Vorgänge und Texte der [Pädophilie-Debatte der 1970er und 1980er Jahre](#) thematisiert, die in den [1980er](#) Jahren schon Gegenstand der Presseberichterstattung waren. Ein öffentlicher Aufschrei erfolgte durch die Verleihung des [Theodor-Heuss-Preises 2013](#) an den grünen Europaabgeordneten [Daniel Cohn-Bendit](#). Die grüne Partei reagierte mit der Beauftragung und Finanzierung eines „Forschungsprojekts“ am [Göttinger Institut für Demokratieforschung](#) zu „Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegungen sowie der Grünen“. 2015 beschloß der Bundesvorstand der sogenannten Grünen, an drei betroffene Mißbrauchsoffer „eine Zahlung in Anerkennung des ihnen zugefügten schweren Leides“ als Entschädigung zu leisten. Ein Oppositionspolitiker schleuderte den „Grünen“ im Bundestag ins Gesicht: „Sie faseln von Kinderrechten, wollen aber die Tötung ungeborenen Lebens im Schnellverfahren durchsetzen! Ihr Antrag zeugt von ihrer Tradition, menschenfeindliche Politik durch pseudohumanistische Phrasen zu tarnen! Deshalb vergessen sie auch gerne, daß Rot-Grün die Hartz IV Armut beschlossen hat, und Joschka Fischer Deutschland in den ersten Angriffskrieg-Krieg nach 45 trieb“. Sieglinde Frieß, ehemals Parlamentarierin der sogenannten Grünen, sagte: „Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.“

„Heimatliebe ist Hundescheiße, hört auf Österreich zu feiern“ publizierte stolz der grüne Wiener Nachwuchs. „Ich wünschte, Deutschland wäre im 2. Weltkrieg vollständig zerbombt worden. Dieses Land verdient keine Existenzberechtigung“, twitterte Frau Waziri, Ex-Landessprecherin der Grünen Jugend in Schleswig-Holstein. Familie Waziri floh vor den Mudschaheddin aus Afghanistan und Deutschland rettete die Familie. Bei den „Grünen“ lernte sie, das Land zu hassen.

- **Genderisten**: Den Gender-Terror wollen die grünen Moralhüter zur Staatsdoktrin machen! Das Frauen-Referat in Frankfurt am Main - in Händen der Grünen - hat einen Leitfaden zur Verwendung der Gender-Sprache für „Ämter und Einrichtungen der Stadt und der gesamten Öffentlichkeit“ herausgebracht. Demnach sollen die Stadtangestellten den Gender-Stern, Unterstich, Binnen-I oder Binnen-Doppelpunkt in der geschriebenen und gesprochenen (!) Sprache verwenden. Das generische Maskulinum sei eine „überholte Sprachgewohnheit“, dekretieren die Grünen mit ihrer Streichung des § 175 StGB und für die Rechte der Homosexuellen wird das

Präpotenz, Arroganz und Machtbesessenheit! Frankfurt ist lediglich das jüngste Beispiel einer Stadtverwaltung, die die Gender-Sprache durchzusetzen versucht. Zuvor waren es Stuttgart, Dresden, Hannover, Berlin, Potsdam etc. Doch weitere Nachrichten zeigen, in welchem Maße die Gender-Lobby die Staatsmacht mißbrauchen will, um Fakten zu schaffen – ohne Rücksicht darauf, was die Menschen denken oder gar wirklich wollen: die FAZ schrieb am 10. November 2020: *„Eine Studie belegt überraschend große Bereitschaft von Studenten der Sozialwissenschaft, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Wie kommt es dazu? „Die Befragung von knapp tausend Studenten überwiegend aus dem linken Spektrum brachte den alarmierenden Befund, daß ein beträchtlicher Anteil von Studenten mit anderen Meinungen nicht konfrontiert werden will. Ein Drittel bis die Hälfte der Befragten sind dagegen, Redner mit abweichenden Meinungen zu den am meisten umstrittenen Themen Islam, Geschlecht und Zuwanderung an der Hochschule zu dulden. Noch höher ist der Anteil derer, die solchen Personen keine Lehrbefugnis geben würden, wiederum ein Drittel will ihre Bücher aus den Bibliotheken verbannen.“* Das grün angehauchte Milieu in Deutschland hat somit gut dokumentiert ein gestörtes Verhältnis zur Freiheit! Wenn 99 Prozent aller Menschen die Genderschreibe und -sprache nicht wollen, müssen sie eben dazu gezwungen werden.

- **Einwanderungsbegeisterte**: Die Obgenannten stellen die größte Gruppen bei den sogenannten „Flüchtlingshelfern“ und damit, eng verbunden, auch bei den selbst ernannten, multinationalen „NGO“. Nicht die Nächstenliebe, sondern die Fernsten-Liebe, seit frühen Kindertagen immer gepaart mit induziertem Selbsthaß und zynischem Nihilismus, treibt die Guten auf die Bahnhöfe, Plätze, Straßen und aufs Mittelmeer zum vom Staat/Kirche gut bezahlten „Willkommen“ derjenigen, die dann, rein aus purer Verachtung geprägt, Europa destabilisieren. Neo-Marxisten, Bourgeois, Bohemiens und Bobos begrüßen die „Vielfalt“ und bekleben die Universitätsklosetts mit ‚refugees welcome‘-Stickern, bewegen sich jedoch meist in deutschstämmigem, homogenem Milieu der Guten und tendieren spätestens nach einer – sehr seltenen - Familiengründung zum Einzug in kulturell begrenzte deutsche Stadtteile. Sie schicken auch deshalb ihre Kinder in Privat-Schulen, keine Sekunde lang bewegt sie das Schicksal der ärmeren deutschen Kinder in hoffnungsloser, terrorisierter Minderheitenposition im eigenen Land. Realität und Praxis: *„Zwei Tage lang hatte Hamburgs Justizsenatorin Anna Gallina zu einem Vorgang geschwiegen, der auch innerhalb ihrer eigenen Partei für viel Unruhe gesorgt hatte. Am Freitag dann bat die Landesvorsitzende der Grünen um Entschuldigung. Sie sprach von Irritationen und Empörung, die durch Berichte über ein Hummeressen nach einem Einsatz für Flüchtlinge 2017 auf Malta entstanden seien!“*
- **Klima-„Retter“**: *„Es gibt keine Alternative zu klima-freundlichem Verhalten“*, so lautet das Glaubensbekenntnis aller auf den Straßen hüpfenden, zentral orchestrierten „Klima-Retter“. Letzte Begründungsinstanz ist das *„durch Wissenschaft legitimierte Wissen“* der Klimaforschung: so sei es *„ein wissenschaftlich erwiesener Fakt, daß es sich beim durch Menschen gemachten Klimawandel um das fundamentalste Problem handle, das zudem höchste Dringlichkeit habe“*. Auf den respektablen Einwand kritischer Menschen, daß es vor allem die, in immer wiederkehrenden Zyklen, wegen ihrer in der Neigung zur Sonne ein wenig mehr „gekippte“ Erdachse sei, welche die globale Erderwärmung auslöse, wird mit überheblichem Lachen

geantwortet. Aufgrund der unterstellten Universalität wissenschaftlicher Erkenntnisse zeigt sich bei Themen wie Klimawandel und Nachhaltigkeit auch der größte Missionierungseifer der vom Großkapital orchestrierten Klima-„Retter“: alle müssen von der Dringlichkeit eines zu verändernden Bewußtseins überzeugt werden und deshalb auch zu zahlen bereit sein! Die Widersprüche in der „Retter“-Ideologen zeigen sich insbesondere im Reiseverhalten. Da die Klima-„Retter“ bekennende Kosmopoliten sind, gehört das ständige Reisen, auch in fernste Länder, zum festen Bestandteil ihres Lebens: die z.B. lautstark beklagte, lange Zugfahrt nach Portugal an die Agave für dreihundertdreißig Euro (statt des Billigflugs für 19,99 Euro) führt drastisch das unendliche Leid der „Retter“ vor Augen! Die eingestandene Notwendigkeit, oft ein äußerst umweltschädliches Transportmittel wie das Flugzeug zu nehmen, führt in der Debatte zur lachhaften Widersinnigkeiten. Der Teufel treibt seit jeher den Beelzebub aus: ausgerechnet der bekennende, wahrhafte Menschenfreund Bill Gates schreibt, daß die Corona-Pandemie Ende 2022 besiegt sei, jedoch das *„Klimaproblem müsse bis spätestens 2050 gelöst sein. Es reiche aber nicht, die Treibhausgase bis dahin um 80 oder 90 Prozent zu senken, das Ziel muß Null Treibhausgase sein. Die Welt werde bis dahin aber dreimal so viel Strom brauchen wie heute. Und dieses Ziel sei nur mit Hilfe von „neuen, supersicheren, kleinen Atomkraftwerken“ erreichbar“*. Spätestens hier müßte bei allen „Klima-Retter“, den Bobos & Co., sämtliche Warnlampen im Hirn sofort aufleuchten: die Atomkraft als Lösung des Klimaproblemes?!

- **Bill Gates**, der supergrüne Vordenker, macht alles möglich!

Dr. Lothar Gassmann, einstmals einer der bekanntesten Wegbereiter der Grünen, ist der Autor dieses Buches:



Weiterleitung durch Anonymus Austria am 03.04.2021

12) "Bausteine einer anderen Gesellschaftsordnung": BDI identifiziert den totalitären Charakter der Grünen

Der Bundesverband der deutschen Industrie warnt vor den im Parteiprogramm der Grünen verankerten Zielen. Diese liefen nicht nur der Sozialen Marktwirtschaft zuwider, sondern führten letztendlich zu einer Steuerung der Bürger durch einen autoritären Staat.

Von Anonymus Austria

12.04.2021 11:40 [Deutsche Wirtschaftsnachrichten](#)

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) warnt vor den politischen Zielen der Grünen, wie sie im Mitte März veröffentlichten Entwurf des Wahlprogramms enthalten sind. Würden diese verwirklicht, komme es zu einem grundlegenden Umbau der Gesellschaft, einem Abbau von bürgerlichen Freiheiten und der Etablierung eines dirigistischen, bevormundenden Staates.

Die [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#) zitiert aus einem Schreiben des BDI:

„Der Entwurf gibt aus Sicht der deutschen Industrie Anlaß zur Sorge“. Der Umbau der sozialen in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft sei nur mit einer grundlegend veränderten Gesellschaft möglich. „Das Programm ist durchzogen von einem prinzipiellen Mißtrauen gegen marktwirtschaftliche Mechanismen und Akteure, deren Agieren durch einen steuernden Staat eingegrenzt werden soll“. Aus Sicht des BDI offenbart der Entwurf „ein ausgeprägt dirigistisches Staatsverständnis“ und „eine sehr eingeeengte Perspektive auf ein Staatsziel Klimaschutz“. (...) „Die Vielzahl von Verboten, Quoten und Technologievorgaben sind Bausteine einer anderen Gesellschaftsordnung“, in der das Leben der Menschen und die Wirtschaft staatlich gesteuert würde.

Der BDI faßt zusammen:

Im Ergebnis setzen die Grünen nicht auf eine kluge Mischung aus Anreizen, Regeln und marktwirtschaftlichen Instrumenten, sondern auf dirigistische Preissetzungsmechanismen und ordnungsrechtliche Vorgaben. Das wird an Forderungen nach Mietobergrenzen, Deckelung von Mieterhöhungen oder Erleichterung von Wohnungstausch samt bestehenden Verträgen deutlich. Es wäre gut, die Kräfte der Marktwirtschaft stärker zu nutzen, statt ihr mit so großem Mißtrauen zu begegnen.

Positiv sind die Forderungen nach einem Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen, um die Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden und den Standort Deutschland zu stärken. Ob dieses richtige Ziel mit dem vorgeschlagenen Handlungsprogramm erreichbar ist, muss stark bezweifelt werden. Höhere Steuern mindern die Investitionskraft und behindern Zukunftsinvestitionen auch in klimafreundliche Technologien.

Der Entwurf offenbart ein ausgeprägt dirigistisches Staatsverständnis, das – mit einer sehr eingeeengten Perspektive auf ein Staatsziel Klimaschutz – Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft durch Konzepte staatlicher Lenkung und Umverteilung ersetzen will. Internationaler Klimaschutz ist auch mit marktwirtschaftlichen Instrumenten durch

technologische Veränderungen und mit einer starken Industrie möglich, die diese Innovationen entwickelt. Für die Diskussion um die besten Lösungen steht der BDI bereit.

Das [Fazit des BDI, gezogen in einer anderen Untersuchung, ist eindeutig](#): „Das Programm zeigt wenig Licht und viel Schatten. Die Grünen wollen eine andere Gesellschaft. Den Umbau sollen Wirtschaft und Gesellschaft teuer bezahlen.“

Bedenklich ist, daß die vom BDI monierten Ziele – eine totale Ausrichtung am „Klimaschutz“ und eine davon abgeleitete Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte – inzwischen auch auf höchster EU-Ebene verfolgt werden. So hatte bereits vor einiger Zeit ein führender Analyst der Deutschen Bank darauf hingewiesen, daß **eine Verwirklichung des sogenannten „Green Deals“ faktisch nur unter den [Bedingungen einer „Öko-Diktatur“ möglich sei.](#)**

### **13. a) Deutschland steuert mit voller Wucht auf Rot-Rot-Grün zu**

Die Grünen und ihre politischen Ziele passen in das Konzept des Weltwirtschaftsforums. Das gilt auch für die SPD und die aktuelle Gestalt der Links-Partei.

Deutschland steuert mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auf Rot-Rot-Grün zu

*Anonymus Austria, 17.04.2021*



### 13. b) Korrektiv Faktenscheck zu Robert Habeck: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen...“

<https://correctiv.org/faktencheck/politik/2019/06/14/ja-robert-habeck-hat-sich-kritisch-zu-vaterlandsliebe-geaeussert/>

Auf Facebook wird eine Aussage des Grünen-Politikers Robert Habeck geteilt. Einige Nutzer zweifeln an der Authentizität. Wir haben das Zitat überprüft.

#### Ja, Robert Habeck hat sich kritisch zu Vaterlandsliebe geäußert

von [Cristina Helberg](#)

14. Juni 2019

#### Bewertung

Richtig. Das Zitat stammt aus einem Buch Robert Habecks.

Mehrere Nutzer haben [auf Facebook ein geteiltes Zitatbild](#) gemeldet und fragen sich, ob der Bundesvorsitzende der Grünen, Robert Habeck, tatsächlich gesagt hat: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“ Der Facebook-Beitrag der Seite „Lautsprecher“ wurde mehr als 900 Mal geteilt. Wir haben den Ursprung des Zitats recherchiert.

#### **Das Zitat ist korrekt**

Eine Google-Suche ergibt: Ja, diesen Satz hat Robert Habeck in seinem Buch „Patriotismus – Ein linkes Plädoyer“ [geschrieben](#).

In den Zeilen unmittelbar vor dem zitierten Satz schreibt er: „Als Adressat und Verbindung zwischen den Gegensätzen zwischen ‘Liberalität’ und ‘Paternalismus’, zwischen ‘verantwortungsvoll’ und ‘kreativ’, zwischen ‘Bürger’ und ‘Konsument’ braucht man ein positives Gesellschaftsverständnis. [...] Man braucht eine Erzählung, die auf Veränderung setzt, auf Gerechtigkeit und Internationalität. Dieses Engagement nenne ich einen ‘linken Patriotismus’.“ Das Zitat ist also korrekt.

Faktenchecks per Mail, Whatsapp, Instagram und Twitter

Auch der *Tagesspiegel* erwähnte das Zitat im April 2019 in einem [Artikel](#) über Habeck. Dort heißt es: „Robert Habeck hat darüber gesprochen und geschrieben, wie die Wiedervereinigung an ihm, dem damals 19 Jahre alten Zivildienstleistenden, vorbeigegangen ist; wie er nicht begriff, dass sich mit dem Zusammenbruch des Kommunismus die Welt neu ordnete.“

\*

## **Fakten für die Demokratie.**

Fakten sind die Grundlage informierter Entscheidungen in unserer Demokratie. Gezielte Desinformation wird genutzt, um unsere Gesellschaft zu spalten, Hass zu verbreiten und damit womöglich Geschäfte zu machen. Einseitige oder falsche Informationen kreieren verzerrte Weltbilder. Als Teil eines internationalen Netzwerks von Faktenprüfern wirkt CORRECTIV.Faktencheck dem entgegen und deckt Falschinformationen und Halbwahrheiten auf.

Unser Ziel ist aufzuklären, wie gezielte Falschmeldungen erkannt und eingedämmt werden. Wir stellen uns mit Fakten gegen Spaltung und wollen mit unserer Arbeit den Dialog ermöglichen. Das ist nicht immer leicht –

[Hassnachrichten, Beleidigungen und Drohungen gehören zum Alltag unseres Faktencheck-Teams.](#) Aber die Arbeit wirkt: Falschmeldungen werden deutlich weniger geteilt.

CORRECTIV.Faktencheck ist eine eigenständige Redaktion innerhalb des gemeinnützigen Recherchezentrums. CORRECTIV steht für investigativen Journalismus. Wir bringen systematische Missstände ans Licht und stärken eine demokratische und offene Zivilgesellschaft. **Leisten Sie einen Beitrag und unterstützen Sie uns mit einer Spende!**

## **Was ist Fake? Was ist Fakt?**

Es wird immer wichtiger, zuverlässige Quellen erkennen zu können und seriöse Informationen einzuordnen. Das Programm [Reporter4You](#) unserer Online-Akademie richtet sich an Schülerinnen und Schüler, sowie deren Lehrer. Deutschlandweit werden Journalisten an Schulen vermittelt, um im Unterricht die Medienkompetenz zu stärken. Mit Online-Workshops und zugehörigem Unterrichtsmaterial können die Themen auch selbstständig erarbeitet werden.

### **Zentrale Essen**

Huyssenallee 11  
45128 Essen  
Tel: +49 (0) 201 – 365 588 77

### **Redaktion Berlin**

Singerstraße 109  
10179 Berlin  
Tel: +49 (0) 30 – 555 780 20  
(Mo/Mi/Fr: 10-14 Uhr, Di/Do: 13-17 Uhr)  
Fax: +49 (0) 30 – 555 780 2 20

### **Buchladen Essen**

Akazienallee 10  
45127 Essen  
[Online-Shop](#)

### **Kontakt**

Allgemeine Anfragen: [info\[at\]correctiv.org](mailto:info@correctiv.org)  
Presseanfragen: [presse\[at\]correctiv.org](mailto:presse@correctiv.org)  
Redaktion: [hinweise\[at\]correctiv.org](mailto:hinweise@correctiv.org)  
Faktencheck: [faktencheck\[at\]correctiv.org](mailto:faktencheck@correctiv.org)  
Spenden: [unterstuetzen\[at\]correctiv.org](mailto:unterstuetzen@correctiv.org)

### **Spendenkonto**

Kontoinhaber: CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH  
IBAN DE57 3702 0500 0001 3702 01  
Bank für Sozialwirtschaft

Warum ich CORRECTIV  
unterstützen sollte?

Falschmeldungen im Netz spalten unsere Gesellschaft. Sie schüren Hass und können Demokratien zerreißen. Als gemeinnützige Redaktion setzt sich CORRECTIV für faktenbasierte Debatten ein. Demokratie ist nicht selbstverständlich und braucht unabhängigen Journalismus.

<https://correctiv.org/ueber-uns/>

### **Über uns**

CORRECTIV ist das erste spendenfinanzierte Recherchezentrum in Deutschland. Als vielfach ausgezeichnetes Medium stehen wir für investigativen Journalismus. Wir lösen öffentliche Debatten aus, beteiligen Bürgerinnen und Bürger an unseren Recherchen und fördern Medienkompetenz mit unseren Bildungsprogrammen.

- 14) Rangliste der Pressefreiheit: „Der Tagesspiegel“ ist mit seiner weitgehend einseitigen Berichterstattung und Kommentierung Teil des Problems - eine andere Position vertritt die „Preußische Allgemeine Zeitung /Das Ostpreußenblatt

## Pressefreiheit Rutschbahn

**B**arum sich aufregen? Die „Rangliste der Pressefreiheit“ 2021 erfasst 180 Staaten. Deutschland liegt auf Platz 13, in 167 Ländern ist es um dieses Gut schlechter bestellt. Aber darüber muss man sich aufregen. Denn Deutschland ist abgerutscht: 2020 lag es auf Rang 11 und die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ schätzte die Pressefreiheit noch als „gut“ ein - nun ist sie nur noch „zufriedenstellend“. Das ist kein Prädikat, mit dem sich eine demokratische Gesellschaft begnügen kann. Stand und Standard des Grundrechts der Presse- und Meinungsfreiheit sind ein Gradmesser für die politische Kultur im Land. Natürlich dürfen und müssen die Medien kritisiert werden.

Aber in diesem Land sind Übergriffe auf Medienvertreter, zumeist bei Corona-Demonstrationen, an der Tagesordnung. Das Recht, ja die Pflicht zu Berichterstattung wird damit massiv gestört. Es ist besorgniserregend, wenn die Berichterstatte an ihrer Berufsausübung gehindert werden. Noch besorgniserregender ist es, dass Politik, Sicherheitsbehörden und Justiz auf diese Angriffe nicht entschieden genug reagieren. Die Täter erwecken oft nicht den Eindruck, dass sie sich vor den Konsequenzen ihres gewaltsamen Handelns fürchten. Das jedoch müssen sie, sonst wird der Abstieg Deutschlands auf der Rangliste der Pressefreiheit zur Rutschbahn. jhb

## AUFGEFALLEN

### Was bedroht Pressefreiheit wirklich?

Deutschland ist in der Rangfolge der Länder mit der größten Pressefreiheit um zwei Plätze von Rang 11 auf Rang 13 abgerutscht. Aufgestellt wird die Rangliste von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (RSF). „Aufgrund der vielen Übergriffe auf Corona-Demonstrationen mussten wir die Lage der Pressefreiheit in Deutschland von ‚gut‘ auf nur noch ‚zufriedenstellend‘ herabstufen“, so RSF-Vorstandssprecher Michael Rediske, ehemals Chefredakteur der linken „taz“.

Die Begründung mag verblüffen. Was ist mit dem umstrittenen „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) oder den Blockade-Orgien sozialer Netzwerke wie Twitter, Facebook oder Instagram? Greifen die nicht viel tiefer in die Pressefreiheit ein als Pöbeleien gegen Journalisten am Rande von Demonstrationen?

Die Chefs von Facebook und Co. wurden massivem politischen Druck ausgesetzt, „Hassreden“ in ihren Portalen zu unterbinden. Ein Gummigriff, anwendbar fast nach Belieben. Und so war es wohl auch gemeint: Oppositionelle, „rechte“ Positionen sollten aus der Debatte gedrängt werden, weshalb die publizistische Linke die Sperraktionen der Internetgiganten auch zunächst fast einhellig begrüßte.

Im Februar traf es dann aber plötzlich das ARD-Magazin „Monitor“, das ebenfalls von Instagram und Facebook gesperrt wurde. Da war der Jammer bei „Monitor“-Chef Georg Restle groß. RSF kümmert sich indes lieber um aggressive Demonstranten. H.H.

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?  
Von Dr. Jürgen Martens
- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?  
Von Dr. Jürgen Martens

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Krockow\\_Regionalmuseum.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf)

## Aufruf zur Unterstützung

### 1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung\*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

**IBAN** DE26 1001 0010 0001 1991 01    **BIC** BNKDEFF

**\*) Unser erfolgsester Aufruf!!!**

2) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



## „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

**Bankverbindung**  
**Deutsche Bank Bonn**

BdV Förderverein

**IBAN:**  
DE54 3807 0059 0077 0107 00

**BIC:**  
DEUTDEDK380



### **3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!**

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen  
H. P. Brogiato

#### **Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato  
Leibniz-Institut für Länderkunde  
GZB – Heimatzeitschriften  
Schongauerstr. 9  
04328 Leipzig  
E-Mail: [h\\_brogiato@ifl-leipzig.de](mailto:h_brogiato@ifl-leipzig.de)  
Ruf: 0341 600 55 126

## So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

*„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“*

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,  
musst das Gute tun und heiter sein.*

*Freiherr vom Stein*

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,  
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

*Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.*

**„Berlin braucht bessere Schulen.  
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

*Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.*



## Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition "Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!" unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

[https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm\\_medium=&utm\\_source=email](https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email)

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:

[Steffen-reiche@gmx.de](mailto:Steffen-reiche@gmx.de)



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

A. a) Leitgedanken

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

*Arthur Schopenhauer*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von  
Morgen aussieht!

*Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)*

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

*Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin*

**A. b) Forderungen und Grundsätze**

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Forderungen-Grundsaeetze.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf)

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

**A.c) Mitteilungen**

**01) Gedenktafeln für Hugo Conwentz, dem Begründer der staatlich organisierten Naturdenkmalpflege. Antrag der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin an die zuständige Historische Kommission zu Berlin**

**Landsmannschaft Westpreußen e.V. - Berlin  
Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg  
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen  
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht**

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF  
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz  
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage)  
westpreussenberlin@gmail.com  
[www.westpreussen-berlin.de](http://www.westpreussen-berlin.de)

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Ute Breitsprecher  
Ruf: 030-254 97 533; Fax auf Anfrage  
Schatzmeister: Dieter Kosbab, Ruf: 030-661 24 22

27.03.2021

An die  
Historische Kommission zu Berlin e.V. z.K. *Bezirksbürgermeisterin*  
Jägerstraße 22/23 *Angelika Schöttler*  
10117 Berlin  
[info@hiko-berlin.de](mailto:info@hiko-berlin.de)

**Antrag für Gedenktafeln für Hugo Conwentz**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit sende ich Ihnen namens der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin den Antrag für „Berliner Gedenktafeln“ zu Ehren von Hugo Conwentz.  
Wir meinen, die Gedenktafeln sind überfällig. Hugo Conwentz hat sie verdient!

Über die Bezirksbürgermeisterin von Berlin Tempelhof-Schöneberg wurden auch die Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks über den Antrag informiert. Von daher kam auch der Hinweis, die „Berliner Gedenktafeln“ bei der Historischen Kommission zu Berlin zu beantragen.  
Ich bitte, den Eingang unseres Antrages per MAIL zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen  
Reinhard M. W. Hanke,  
Bezirklicher Planungsbeauftragter  
von Berlin Tempelhof-Schöneberg (BzBm-Plab) a.D.  
als Vorsitzender der LM Westpreußen e. V. Berlin  
c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:  
Brandenburgische Straße 24 Steglitz  
12167 Berlin  
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage  
[www.westpreussen-berlin.de](http://www.westpreussen-berlin.de)  
[www.ostmitteleuropa.de](http://www.ostmitteleuropa.de)

**Anlagen:** 1) Antrag in Maske der Histor. Kommission zu Berlin, 2) Unterschrift (Scan)

Anträge für „Berliner Gedenktafeln“ zu Ehren von Hugo Conwentz:

1) am Gebäude Grunewaldstraße 6-7, Berlin-Schöneberg

In diesem Hause befand sich seit dem 1.10.1910 die in Danzig (Westpreußen) 1906 entstandene „Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“.

Erster Direktor war, bis zu seinem Tode, Hugo Conwentz (\* 20.01.1855 Sankt Albrecht bei Danzig; † 12. Mai 1922 in Berlin).

Hugo Conwentz gilt als Begründer des staatlich organisierten deutschen und europäischen Naturschutzes.

2) Wartburgstraße 54, Berlin-Schöneberg

Hier wohnte von 1910 bis zu seinem Tode

Hugo Conwentz (\* 20.01.1855 Sankt Albrecht bei Danzig; † 12. Mai 1922 in Berlin).

Auf seine Initiative erfolgte die Gründung der „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“ 1906 in Danzig (Westpreußen). Sie wurde zum 1.10.1910 in das nahe Alte Botanische Museum, Grunewaldstraße 6-7, in Schöneberg verlegt.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des staatlich organisierten deutschen und europäischen Naturschutzes.

**Begründung:** Die Verdienste von Hugo Conwentz für Landeskunde und Naturschutz in Westpreußen, wie auch für das Königreich Preußen bzw. das Deutsche Reich, können nicht bestritten werden. Als Begründer des deutschen und des europäischen Naturschutzes, mit weltweiten Auswirkungen, hat er sich in hohem Maße verdient gemacht.

Im Jahre 2014 hat der Senat von Berlin entschieden, das Ehrengrab in Stahnsdorf nicht mehr zu verlängern. Diese Entscheidung ist nicht nachvollziehbar und geht wohl auf mangelnde Kenntnisse zurück. Für die Grabanlage, die Ende der 1930er Jahre vom Alten Matthäus-Friedhof nach Stahnsdorf verlegt worden war, hat daraufhin die Stiftung Naturschutzgeschichte (Königswinter) die Pflege übernommen.

Zum 150. Todestag von Hugo Conwentz hatte die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin 2005 eine Tagung veranstaltet, die noch öffentlich dokumentiert werden soll. Die damalige Rede der Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf (damals Patenbezirk der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin) ist im aktuellen Mitteilungsblatt Nr. 122 (Januar bis März 2021), S. 5-6, abgedruckt:

[http://www.westpreussen-berlin.de/Mitt122/LW\\_MB\\_122\\_1-6\\_Januar%20-%20Maerz\\_2021-1.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/Mitt122/LW_MB_122_1-6_Januar%20-%20Maerz_2021-1.pdf).

**W. ERZ (1997) hat die Leistungen CONWENTZ' in gedrängter Form so zusammengefasst:**

1. Fundierung fester, abgegrenzter Vorstellungen für eine aus dem Heimat-, Natur- und Landschaftsschutz herrührende begrenzte Kernaufgabe des Reservatschutzes noch natürlicher Rest-Landschaft oder von Landschaftsteilen in einem landesweiten, repräsentativen Objekt- und Gebietsschutz nach Kriterien der Seltenheit und Besonderheit als „Naturdenkmalpflege“ in einem nachvollziehbaren, umsetzungsorientierten, verständlich dargestellten Programm (s. Denkschrift 1904). Die Nachwelt verdankt CONWENTZ eine Vielzahl von Naturdenkmälern und Naturschutzgebieten.

1. Sofortige tatkräftige Umsetzung dieses Programms für die Fundierung eines Reservatsnetzes ... unter Ausbau dieser mindestens in Europa ersten Naturschutz-Institution zu einer Orientierung vermittelnden und richtungweisenden Zentrale für Preußen und darüber hinaus mit hohem Imagewert in der „Fachwelt“ (Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege).

2. Aufbau und Betreuung eines Netzes von Komitees für Naturdenkmalpflege auf Provinz-, Regierungsbezirks- und weitestgehend auch Kreisebene mit Kommissaren als ehrenamtliche Organisationen des Naturschutzes (die bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts Träger des Naturschutzes waren, bis sie von staatlichen Verwaltungen abgelöst wurden).

3. Entwicklung einer umfassenden und intensiven zielgerichteten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Schriftenreihen „Beiträge zur Naturdenkmalpflege“ [1910] und „Naturdenkmäler“ [1912]); Einrichtung regelmäßiger Jahreskonferenzen für Naturdenkmalpflege (ab 1908); Vortragsveranstaltungen; Zusammenarbeit mit privaten und staatlichen Institutionen. (CONWENTZ' Kartei enthielt 1918 264 Verbände).

4. Zusammenwirken mit verschiedensten Institutionen im Interesse des Naturschutzes (Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Kirchen, Schulen, Militär [Karten, Truppenübungsplätze]).

Über Hugo Conwentz und sein Werk informieren zahlreiche Veröffentlichungen. So sind – neben dem WIKIPEDIA-Beitrag (zuletzt bearbeitet 18.01.2021) u.a. zu nennen:

Margarete Boie: Hugo Conwentz und seine Heimat. Ein Buch der Erinnerungen. Steinkopf, Stuttgart 1940.

Wolfgang Erz: Naturdenkmalpflege: Vom „Pritzelkram“ zum Welterbe – Zum 75. Todestag von Hugo Conwentz. In: Natur und Landschaft. 72. Jg., S. 245-247.

Hans-Jürgen Kämpfert: Hugo Conwentz aus Danzig. In: Westpreußen-Jahrbuch, Band 47, Münster 1997, S. 83–94, ISBN 3-9802031-8-2.

Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel.

Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).

Münster / Westfalen: Nikolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.

= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.

ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

- Thomas Marin: Hugo Conwentz (1855–1922) – Begründer des staatlichen Naturschutzes. In: Thomas Marin (Hrsg.): Ruheplatz im Grünen: Pflanzenwelt, Gartengestaltung und Naturforscher auf dem Südwestkirchhof in Stahnsdorf, Books on Demand, Norderstedt 2009, ISBN 978-3-8370-6716-3, S. 77–87 (eingeschränkte Vorschau in der Google-Buchsuche).
- Albrecht Milnik: Hugo Conwentz – Klassiker des Naturschutzes. Sein Waldweg zum Naturschutz. 3., verbesserte und aktualisierte Auflage. Kessel, Remagen-Oberwinter 2006, ISBN 3-935638-58-2.
- Walther Schoenichen: Naturschutz, Heimatschutz. Ihre Begründung durch Ernst Rudorff, Hugo Conwentz und ihre Vorläufer. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1954.
- Stefan Vogel: Conwentz, Hugo Wilhelm. In: Neue Deutsche Biographie (NDB). Band 3, Duncker & Humblot, Berlin 1957, ISBN 3-428-00184-2, S. 347 (Digitalisat).

Reinhard M. W. Hanke,

Bezirklicher Planungsbeauftragter von Tempelhof-Schöneberg (BzBm-Plab) a. D.

namens der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:

Brandenburgische Straße 24 Steglitz

12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage

[www.westpreussen-berlin.de](http://www.westpreussen-berlin.de)

[www.ostmitteleuropa.de](http://www.ostmitteleuropa.de)

**Stand vom 21.04.2021:**

*Trotz mehrmaliger Bitten um Bestätigung des Empfangs des Gedenktafelantrags für Hugo Conwentz ist von der Historischen Kommission zu Berlin der Empfang des Antrags bisher nicht bestätigt worden!*

**02) Der A. E. Johann-Preis 2022 startet a sofort**



**A. E. JOHANN-GESELLSCHAFT e.V.**

**A. E. Johann-Preis soll in 2022 zum fünften Mal verliehen werden  
Preisverleihung findet am 8. Oktober 2022 in Oerrel statt**

Was in 2010 ein Versuch war, ist mittlerweile ein fester Programmpunkt in der A. E. Johann-Gesellschaft geworden.

Alle drei Jahre wird ein Literaturpreis für junge Leute ausgeschrieben. Am 08. Oktober 2022 soll in Oerrel, wo A. E. Johann von 1978 bis 1996 gewohnt hat, die nächste Preisverleihung stattfinden.

Beim Wettbewerb in 2019 gab es neben den zahlreichen Einsendungen aus Deutschland auch Beiträge aus Österreich, Italien, Frankreich, Schweiz und sogar aus Kamerun.

Ab sofort können junge Leute von 12 bis 25 Jahren ihre Reiseerlebnisse einreichen. Eine ausgewählte Jury wird die Einsendungen, die in die Altersgruppen 12 bis 15, 16 bis 20 und 21 bis 25 Jahre eingeteilt werden, bewerten und die Sieger ermitteln. Die drei besten Einsendungen jeder Gruppe erhalten Preisgelder und Sachpreise. Finanziert wird das Projekt durch Zuschüsse und Spenden.

Der Namensgeber des Wettbewerbs wurde 1901, unter dem bürgerlichen Namen Alfred Ernst Johann Wollschläger, in Bromberg geboren und war im letzten Jahrhundert der erfolgreichste Reiseschriftsteller im deutschsprachigen Raum. Er verfasste ca. 90 Bücher von denen 80 veröffentlicht wurden. Die Gesamtauflage betrug über 20 Millionen Exemplare.

Im Herbst wird eine Biografie über A. E. Johann mit dem Titel »Ein Leben auf Reisen« erscheinen.

Die Reiseberichte müssen auf eigenen, wahren Erlebnissen beruhen und dürfen maximal 12 Seiten (Schrift Arial, Größe 12 pt.) umfassen und müssen bis zum **31. März 2022** per Email (nur PDF- oder DOC-Dateien) an

A.E.Johann-Gesellschaft@web.de  
oder per Post an

A. E. Johann-Gesellschaft  
A. E. Johann-Weg 1  
34593 Knüllwald

gesendet werden.  
Mehr Infos unter [www.a-e-johann.de](http://www.a-e-johann.de)

**WER WAR A. E. JOHANN?**

Der Namensgeber dieses Wettbewerbs, A. E. Johann, lebte von 1901 bis 1996 und war zu seiner Zeit der erfolgreichste deutschsprachige Reiseschriftsteller. Er reiste mehrfach um die ganze Welt und schrieb rund 80 Bücher, die eine Gesamtauflage von über 20 Millionen Exemplaren erreichten. Viele seiner Bücher wurden in andere Sprachen übersetzt.

Schon in seinen ersten beiden Büchern, „Mit 20 Dollar in den Wilden Westen“ und „40 000 Kilometer – eine Jagd auf Menschen und Dinge rund um Asien“, die beide Ende der 1920er Jahre erschienen und Bestseller wurden, schilderte A. E. Johann nicht nur seine persönlichen Reiseerlebnisse als Tourist, sondern beschrieb auch die Lebensverhältnisse der Menschen in den jeweiligen Ländern und ihre soziale und wirtschaftliche Situation.

So gelang es ihm, über die allgemeine Reisebeschreibung hinausgehend, ein authentisches, durchaus kritisches Bild von Land und Leuten zu zeichnen und damit zum besseren Verständnis fremder Kulturen beizutragen.

In diesem Sinne möchten wir euch dazu ermuntern, neugierig und vorurteilsfrei, mit offenen Augen und Ohren, auf Entdeckertour zu gehen – egal ob in der Ferne oder vor der eigenen Haustür – und über eure Eindrücke, Erlebnisse und Erkenntnisse zu schreiben.

Mehr über A. E. Johann, sein Leben und seine Bücher findet ihr in dem neuen Buch „Ein Leben auf Reisen“ und im Internet unter der Adresse

**WER STEHT HINTER DEM A. E. JOHANN-PREIS?**

Der Wettbewerb um den A. E. JOHANN-PREIS wird ausgerichtet von einem Netzwerk. Dazu gehören:

- A. E. Johann-Gesellschaft e.V.
- Lions-Club Wittingen
- Förderverein der H. Butting GmbH & Co. KG, Knesebeck
- Kulturverein Hankensbüttel
- Kulturverein Wittingen
- Kulturverein Wesendorf
- Literaturwerkstatt der Kreisvolkshochschule Gifhorn
- Samtgemeinde Hankensbüttel
- Medienwerkstatt Isenbüttener Land

**A. E. JOHANN-PREIS 2022**

# UNTER FREMDEN STERNEN

REISEN & SCHREIBEN

EIN WETTBEWERB FÜR JUNGE LEUTE BIS 25

WWW.A-E-JOHANN.DE

WEITERE INFORMATIONEN ZUM WETTBEWERB BEI FACEBOOK:

A. E. JOHANN-PREIS 2022

MITMACHEN UND GEWINNEN!

**UNTER FREMDEN STERNEN**

**LÄNDER, MENSCHEN UND KULTUREN ...**

... können und verstehen lernen, andere Sprachen sprechen, neue Freunde finden, Abenteuer bestehen, das Heimweh bezwingen – all das und noch viel mehr ist Reisen.

Reisen lässt uns klüger, selbstsicherer, weitauffender und vorurteilsfreier werden. Aber vor allem macht Reisen einen Riesenspaß.

Wie wertvoll die eigentlich selbstverständliche Freiheit ist, über Ländergrenzen hinweg und auf andere Kontinente fahren und fliegen zu können, begreifen wir erst so richtig, wenn sie uns genommen wird. Die Corona-Pandemie hat die Reisefreiheit vorübergehend schmerzlich eingeschränkt, aber unsere Erinnerungen an all unsere früheren Reiseerlebnisse konnte sie uns nicht rauben.

Gut, wenn wir all das, was wir auf Reisen erlebt haben, aufgeschrieben und mit Fotos oder Videos festgehalten haben. Dann bleibt uns die Erinnerung lange erhalten und verblasst nicht so leicht. So können wir unsere Touren und Trips auch nach Jahren noch so nachvollziehen, als wären wir gestern erst nach Hause gekommen. Und wenn wir später selbst Kinder haben, können wir ihnen unsere spannenden Abenteuer aus der Jugendzeit vorlesen. Klar, das Schreiben und auch das Sortieren der Fotos macht etwas Arbeit. Aber diese Arbeit wird, wenn sie gut ist, auch belohnt – mit dem A. E. JOHANN-PREIS, der alle drei Jahre ausgeschrieben wird. Die Gewinner erhalten ein schönes Taschengeld für ihre Reisekasse.

**TEILNAHMEBEDINGUNGEN**

**Was darf eingereicht werden?**

- Texte\*
- Mit Bildern oder Zeichnungen illustrierte Texte\*
- Reisetagebücher\*

\* in deutscher Sprache

Die Reise Geschichten müssen auf eigenen, wahren Erlebnissen beruhen und dürfen maximal 12 Seiten (Schrift Arial, Größe 12 pt.) umfassen.

**Wann ist Einsendeschluss?**  
31. März 2022

**Wohin werden die Beiträge geschickt?**  
Bitte per E-Mail (nur PDF- oder DOC-Dateien) an A.E.Johann-Gesellschaft@web.de oder per Post an A. E. Johann-Gesellschaft, A. E. Johann-Weg 1, 34573 Knollwald

Alle Wettbewerbsbeiträge müssen mit vollständigem Namen, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Geburtsdatum gekennzeichnet sein.

**Wer bewertet die Beiträge?**  
Eine vom Netzwerk (siehe Rückseite) berufene Jury wird die Beiträge sichten, bewerten und prämiieren.

**Die Preisträger**  
werden bis zum 31. August 2022 schriftlich informiert.

**Die Preisverleihung**  
findet am 8. Oktober 2022 in Oerrel bei Hankensbüttel (büdliche Lüneburger Heide) statt. Hier hat A. E. Johann von 1978 bis 1996 gewohnt.

Die A. E. Johann-Gesellschaft freut sich über jede Spende.  
A.E. JOHANN-GESELLSCHAFT e.V.  
BAN DE60 2579 1516 0111 4743 00

**A. E. JOHANN-PREIS 2022**

**WAS GIBT ES ZU GEWINNEN?**

Der A. E. Johann-Preis wird in 3 Altersgruppen verliehen:

**Altersgruppe 1 (12 bis 15 Jahre)**

1. Preis: 200,- Euro
2. Preis: 120,- Euro
3. Preis: 80,- Euro

**Altersgruppe 2 (16 bis 20 Jahre)**

1. Preis: 250,- Euro
2. Preis: 150,- Euro
3. Preis: 100,- Euro

**Altersgruppe 3 (21 bis 25 Jahre)**

1. Preis: 300,- Euro
2. Preis: 200,- Euro
3. Preis: 100,- Euro

Die besten Beiträge aus jeder Altersgruppe werden in einem Buch veröffentlicht (kürzere Beiträge auszugswise).



Die Preisträger 2019 mit dem Vorsitzenden der A. E. Johann-Gesellschaft, Rudi Zülch (links) und Lions-Club-Präsident Joachim Grahn (rechts).

Foto: Burkhard Dieß

Gestaltung: Inka Lukka Orth, © Lisa Menckhoff & Malin

**WO DIE ERDE AM SCHÖNSTEN IST:  
ÜBERALL, WO FRIEDEN HERRSCHT  
UND FREIHEIT!**

A. E. JOHANN

WO DIE ERDE AM SCHÖNSTEN IST:  
ÜBERALL, WO FRIEDEN HERRSCHT  
UND FREIHEIT!

WO DIE ERDE AM SCHÖNSTEN IST:  
ÜBERALL, WO FRIEDEN HERRSCHT  
UND FREIHEIT!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe A. E. Johann-Freunde!

Der neue Flyer, wie immer von Inka Korth super gestaltet, wird Ihnen sicherlich gefallen und hoffentlich viele junge Menschen animieren am Wettbewerb teilzunehmen.

In der Woche nach Ostern werden wir einen kurzen Spot zum Preis aufnehmen und auf der Homepage und im Internet einstellen.

**Wir wollen viele junge Menschen auf den Wettbewerb aufmerksam machen und bieten Ihnen an, Flyer zu verteilen.**

**Schreiben Sie uns, wenn Sie Interesse daran haben. Wir senden Ihnen per Post die gewünschte Stückzahl.**

Auf Ihre Rückmeldung freut sich der Vorstand der A. E. Johann-Gesellschaft e.V.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Wolters   Karin Hübscher   Rudi Zülch

Kontakt:

Vorsitzender Rudi Zülch

A.E. Johann-Weg 1

D-34593 Knüllwald

FON: 05681-3992

Handy: 0173-2936098

Email: [a.e.johann-gesellschaft@web.de](mailto:a.e.johann-gesellschaft@web.de)

[www.a-e-johann.de](http://www.a-e-johann.de)



**03) Der Georg Dehio-Kulturpreis 2021 geht an die Kulturgemeinschaft Borussia und an das Institut für angewandte Geschichte**

Pressemitteilung | 20.4.2021 | Deutsches Kulturforum östliches Europa | [deutsches@kulturforum.info](mailto:deutsches@kulturforum.info)

Mit dem Georg Dehio-Kulturpreis 2021 des Deutschen Kulturforums östliches Europa werden die Kulturgemeinschaft Borussia, Allenstein/Olsztyn, sowie das Institut für angewandte Geschichte, Frankfurt (Oder), ausgezeichnet. Die feierliche Verleihung der Preise findet am 07. Oktober 2021 in Berlin statt.

Die siebenköpfige Jury sprach den Hauptpreis der Kulturgemeinschaft Borussia zu für ihr über drei Jahrzehnte währendes Engagement der Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes in der Woiwodschaft Ermland-Masuren. In der Begründung der Jury heißt es:

**FUNDACJA  
BORUSSIA  
OLSZTYN**

*»Die von den Mitgliedern von Borussia gemeinschaftlich entwickelte Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ist besonders nachhaltig, weil darin Bürgerinnen und Bürger die Verantwortung für ihre unmittelbare Umgebung und darüber hinaus für ihre Region wahrnehmen. [...] Das Deutsche Kulturforum östliches Europa verleiht den Georg Dehio-Preis an die Kulturgemeinschaft als generationsübergreifendes Projekt für das Gesamtwerk von Verein und Stiftung. Das Kulturforum und die Fachjury erkennen damit die Arbeit einer großen Gruppe von Menschen an, die sich zusammengeschlossen haben, um Ermland und Masuren neu zu denken und dabei den Widerspruch zwischen deutschen und polnischen Zeitschichten zu überwinden. Diese Arbeit von unten hat Vorbildcharakter weit über das historische Ostpreußen hinaus und ist besonders in einer Zeit erneut angespannter Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wichtig.«*



Institut für  
angewandte  
Geschichte

Der Förderpreis geht an das **Institut für angewandte Geschichte – Gesellschaft und Wissenschaft im Dialog e.V.** Aus der Begründung der Jury:

*»Es handelt sich dabei um eine Institution, die sich vor 20 Jahren aus dem Engagement von Studierenden der Europa-Universität Viadrina entwickelte und — ohne strukturelle Hilfe zu erhalten — bis heute in einem Non-Profit-Modus weiter betrieben wird. Das Institut setzt sich hauptsächlich aus Studierenden, Promovierenden und Postdocs der Geschichte und der Kulturwissenschaft zusammen, die aus verschiedenen Ländern zum Studium an die Oder gekommen sind. [...] Dem kulturwissenschaftlichen Ansatz und der Grenzregion verbunden, greifen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Themen auf, die sich auf die schwierigen Verflechtungen von Deutschen, Polen, Juden oder Ukrainer im gesamteuropäischen Kontext beziehen. [...] Bewundernswert ist die stets erkennbare Spannung zwischen den hohen Maßstäben der akademischen Theorie und Methodik einerseits und dem Anspruch, die vergessenen und häufig komplexen Themen an die interessierte Öffentlichkeit zu vermitteln. Auf diese Weise konnten inzwischen mehrere Projekte verwirklicht werden, die zur kritischen Reflexion der Regionalgeschichte beitragen und die Region tatsächlich geprägt haben.«*

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa verleiht den Georg Dehio-Kulturpreis in diesem Herbst zum zehnten Mal. Mit dem von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, **Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters**, dotierten Preis werden Persönlichkeiten und Initiativen geehrt, die sich in vorbildlicher Weise mit den Traditionen und Interferenzen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa bewahrend, zukunftsorientiert und im partnerschaftlichen Dialog auseinandersetzen. Der Georg Dehio-Kulturpreis ist aufgeteilt in einen mit 7.000 € dotierten Hauptpreis und einen mit 3.000 € dotierten Förderpreis.

Weitere Informationen finden Sie in unter [www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info).

Die Preisverleihung ist für den **07. Oktober 2021** in Berlin vorgesehen.

### **Zusammensetzung der Jury**

- Dr. Felix Ackermann, Deutsches Historisches Institut Warschau
- Dr. Ernst Gierlich, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn
- Karoline Gil, Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart
- Dr. Florian Kühner-Wielach, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München
- Bára Procházková, Česká televize, Prag/Praha
- Prof. Dr. Matthias Weber, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg
- Prof. Dr. Paul Zalewski, Europa-Universität Viadrina, Lehrstuhl für Denkmalkunde, Frankfurt (Oder)

### **Pressekontakt**

Dr. Claudia Tutsch  
Berliner Straße 135 | Haus K1  
D-14467 Potsdam  
T. +49 331 20098-14  
F. +49 331 20098-50  
E-Mail: [tutsch@kulturforum.info](mailto:tutsch@kulturforum.info)  
[www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info)

**04) Zum Amtsantritt der neuen Heimatpflegerin Mag. Christina Meinsch:  
„Heimat ist nicht nur ein Ort, Heimat ist vor allem ein Gefühl“**



Die neue Heimatpflegerin 2020 in Wien, mit von G. Reichert (li., Hkr. Braunau) und G. Zeihsel (re.)

Hurra, unsere Volksgruppe hat wieder eine Heimatpflegerin! Nach dem pensionsbedingten Abschied der verdienstvollen Frau **Dr. Zuzana Finger** hat die Pädagogin und Volkskundlerin **Mag. Christina Meinsch** am 1. April diese schöne, aber auch verantwortungsvolle Aufgabe übernommen.

**SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel:** „Herzliche Glückwünsche seitens der SLÖ an die neue Heimatpflegerin, die wir anlässlich der Braunauer Wanderausstellung im Frühjahr 2020 im Haus der Heimat bei uns persönlich begrüßen durften. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit und auf ein Wiedersehen in der Wiener Steingasse“.

[Bitte sehen Sie hier ein ausführliches Gespräch mit der frischgebackenen Heimatpflegerin über ihre Vorstellungen und Ziele \(aus SdZ Nr. 14/15 v. 16.4.2021\). \(nächste Seite!\)](#)

[http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/cbf3a7120467e0ced5e85627e0001509193738/interview\\_heimatpflegerin\\_sud-zeitung.pdf](http://daten2.verwaltungsportal.de/dateien/seitengenerator/cbf3a7120467e0ced5e85627e0001509193738/interview_heimatpflegerin_sud-zeitung.pdf)

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 48, 2021*

*Wien/München, am 20. April 2021*

Die Sudetendeutschen haben wieder eine Heimatpflegerin. Christina Meinsch hat die Aufgabe am 1. April übernommen. Im Interview mit der Sudetendeutschen Zeitung erklärte die Pädagogin und Volkskundlerin, was sie am Begriff Heimat fasziniert und welche Pläne sie hat.

**Frau Meinsch, Glückwunsch zur neuen Aufgabe als Heimatpflegerin. Wie kamen Sie dazu, sich beruflich mit dem Thema Heimat zu widmen?**

**Christina Meinsch:** Das Thema Heimat bestimmt mein Leben, will ich denken kann. Meine Eltern stammen aus Oberschlesien. Dort erholten sie als Kinder den Krieg und die ersten Jahre des Nachkriegs. Erst in den 1950er Jahren kamen sie in die Bundesrepublik. Deutschland ihr Weg führte über das Lager Friedland, im Saarland wurden sie in eine Wohnung eingewiesen, weiter ging es nach Berlin, Oberhausen im Ruhrgebiet und schließlich nach Bayern. Freunde und Familie stammten geschwehen aus der „alten Heimat“, und so war diese für mich schon als Kind bis heute allgegenwärtig.

**Wie haben Sie diese „alte Heimat“ in der „neuen Heimat“ erlebt?**

**Meinsch:** In mehrfacher Hinsicht. Zum einen in der Sprache. Meine Eltern sprachen wasserpölsch, vor allem immer dann, wenn ich sie nicht verstehen sollte. Zum anderen beim Essen. Bei uns zu Hause wurde traditionell überschießend gekocht. Lange dachte ich, die Saurekrautsuppe meiner Mutter stünde auch in Franken auf dem Speiseplan, bis mir klar wurde, dass es sich um eine ostpreussische Spezialität handelt. Und natürlich im Brauchtum. Während meiner Schuljahre in Franken am Heiligen Abend Kartoffelsalat mit Würstchen aßen, gab es bei uns traditionell Fisch. Aber nicht zur Fisch, denn der Brauch aus der „alten Heimat“ besagt, dass zu einem erfolgreichen und glücklichen neuen Jahr noch weitere Zyklen nötig waren. Also allen wir Lammgrippe und Molos in Form eines köstlichen Molosstrümpf.

**Wie dieses Anderssein für Sie als Kind eine Belastung?**

**Meinsch:** Nein, im Gegenteil, ich persönlich bin froh, dass ich nicht nur eine, sondern gleich mehrere Heimaten haben darf. Für mich ist Heimat die frühere Heimat meiner Familie, auch wenn ich nie dort gelebt habe. Meine Heimat ist aber auch Franken, die Region, in der ich aufgewachsen bin und mit meiner Familie einen großen Teil meines

Interview mit Christina Meinsch, der neuen Heimatpflegerin der Sudetendeutschen

# „Heimat ist nicht nur ein Ort, Heimat ist vor allem ein Gefühl“



Die neue Heimatpflegerin Christina Meinsch im Sudetendeutschen Museum in München. Bild: Taroni/Rede

bisherigen Lebens verbracht habe. Heimat kann für mich aber auch jeder andere Ort sein, an dem ich mich wohlfühle und vor allem zu Hause fühle. Herbert Grötschmeyer hat das in seinem Lied „Heimat“ gut beschrieben: „Zwischenland, entfernt verwandt/An verschiedene Übergepfl./Zum gemeinsamen Gelingen verwandt/Heimat ist kein Ort/Heimat ist ein Gefühl.“ Ich glaube, diese Beschreibung gibt auch die Gefühlswelt vieler Vertriebener und ihrer Nachkommen gut wieder.

**Wie kam es dazu, dass Sie entscheiden, sich auch beruflich dem Thema Heimat zu widmen?**

**Meinsch:** Als ich mich nach meinem Abitur entschieden habe, Volkskunde zu studieren, erinnere ich mich noch gut daran, wie mein Vater zu mir sagte: „Aber nur, wenn du dich dann

auch um die Vertriebenen kümmerst...“. Ich habe dann Volkskunde und Diplom-Pädagogik studiert. Seit meinem Uni-Abschluss liegt mein volkswissenschaftlicher Interessenschwerpunkt auf den Themen Abgangler und Brauchtum. Beruflich lag mein Fokus zunächst auf der Arbeit mit Jugendlichen als Diplom-Pädagogin und später als Volkskundlerin im Museumsbereich.

**Wann hatten Sie das erste Mal Kontakt zur Kultur der Sudetendeutschen?**

**Meinsch:** Über ein Praktikum im Heimatmuseum des Braunauer Museums.

**Ihr erster Schwerpunkt war die Arbeit mit Jugendlichen**  
er in Forchheim kam ich das erste Mal auf herrlicher Ebene mit dem materiellen Kulturgut der Sudetendeutschen in Kontakt und lernte die sudetendeutsche Kultur kennen. Seitdem bin ich in Projekten dem Heimatmuseum in Forchheim und dem Heimat-

## Zur Person: Christina Meinsch

- Studium Diplom-Pädagogik an der Universität Würzburg mit Abschluss als Diplom-Pädagogin
- Magisterstudium Volkskunde mit dem Nebenfächern Soziologie und Pädagogik an der Universität Würzburg mit Abschluss als Magistra Artium (M.A.)
- Ab 2013 projektbezogene Arbeit für das Braunauer Heimatmuseum in Forchheim
- Zweisprachige deutsch-tschechische Wanderausstellung „(Nicht) Gekommen um zu bleiben (...)“ mit Stationen u.a. in Forchheim, Braunau / Brannau, Prag, Wien, München, Würzburg, Regensburg, ...

kreis Braunau/Sudetensland e.V. treue gehalten. Mit viel Freude habe ich die Bestände des Heimatmuseums inventarisiert und eine mittlerweile als Wanderausstellung produzierte Ausstellung mit dem Titel „(Nicht) Gekommen, um zu bleiben, Braunau – Forchheim – Brannau: Vertreibung – Patenschaft – Partnerschaft“ konzipiert. Denn gerade an Ausstellungen hängt mein volkswissenschaftliches Herz. Und so arbeite ich künftig den Ausstellungs- und Veranstaltungsbereich seit Monaten wegen der Corona-Pande-

mie bruch liegen. Wir sollten diese Zeit aber auch als Chance nutzen. Neues entstehen zu lassen.

**Welche ersten Themen wollen Sie als Heimatpflegerin der Sudetendeutschen angehen?**

**Meinsch:** Ich möchte meine Arbeit als Heimatpflegerin der Sudetendeutschen mit einer neuen Wanderausstellung zum Thema Heimatbild beginnen. Hier gibt es noch viele Fragen, die unbeantwortet sind. Wie wurde Heimat im Bild dargestellt? Wer hat Heimatbilder gemalt? Mit welchem Material

wurde gearbeitet? Wer hat Heimatbilder gekauft? Wo wurden die Heimatbilder aufgehängt? Wie können Sie auf dieses Thema?

**Meinsch:** Allein im Heimatmuseum der Braunauer finden sich hierzu zahlreiche Beispiele. Ein Heimatbild wurde auf gedrucktem Saatkorn gemalt, beliebte Motive finden sich als Serienproduktion gleich mehrfach sogar im selben Rahmen. Bestellen konnte man Braunauer Heimatmotive, bestaunen im Braunauer Rathaus, auch gemalt auf Bestattungen. Und in der Nachkriegszeit wurden Bilder auch mal gegen Mitter getauscht. Von diesen besonderen Fundstücken und vor allem den Geschichten wird diese Ausstellung leben. An Ideen für die Zukunft sudetendeutscher Heimatpflege, zur Zusammenarbeit mit den Verbänden und dem heutigen Bewusstsein des Südetenslands und vor allem zur generationenübergreifenden Arbeit auch mit jüngeren Generationen fehlt es mir nicht. So faszinieren mich die Bereiche Märchen und Sagen, Mäandert, Tracht und Brauchtum. Damit die Geschichte der Sudetendeutschen lebendig werden kann und bleibt, bin ich aber auf die Mitarbeit besonders von Zeitzeugen angewiesen.

**Sie führen sich also übermäßig viele Elternhäuser?**

**Meinsch:** Unbedingt. In der Vergangenheit ist schon sehr viel dokumentiert worden, aber ich möchte die neuen technischen Möglichkeiten nutzen, um das Leben und die Erinnerungen gerade der Zeitzeugen zu dokumentieren. Der Lauf des Lebens ist es leider, dass diese Menschen uns in ein paar Jahren nicht mehr erzählen können, wie sie ihre alte Heimat erlebt haben, wie damals passiert ist und welche Folgen die Vertreibung für sie persönlich hatte. Mir geht es dabei aber generell nicht nur darum, Heimat zu bewahren und zu zeigen, ich möchte Heimat insbesondere für die folgenden Generationen lebendig halten. Heimat ist eben nicht nur ein Ort, sondern vor allem ein Gefühl – auch für die kommenden Generationen.

**Das Interview führte Torsten Frickel**

## KONTAKT

Heimatpflegerin der Sudetendeutschen  
Christina Meinsch M. A.  
Hochstraße 6  
81069 München  
Telefon (089) 48088365  
eMail: Meinsch@sudetent.de

## 05) Eduard Heger neuer Ministerpräsident der Slowakei

Der **Karpatendeutsche** Eduard HEGER wurde am 03. Mai 1976 in **Preßburg** / Bratislava (damals ČSSR, nun Slowak. Republik) geboren. Er studierte an der Fakultät für Handel an der Wirtschaftsuniversität in Preßburg und war u. a. als Manager tätig, als er sich der Partei **OLaNO** (deutsch: *Gewöhnliche Leute und unabhängige Persönlichkeiten*) anschloß.

Am 01. April 2021 wurde er (seit kurzem kommissarischer Bildungsminister) von Staatspräsidentin Zuzana **Čaputová** als Ministerpräsident unseres östlichen Nachbarn angelobt. [Hier sehen Sie einen DW-Beitrag über den Machtwechsel.](#)

<https://www.dw.com/de/slowakei-hat-einen-neuen-regierungschef/a-57073683>

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 42, 2021*

Wien, am 08. April 2021

### Osteuropa

#### Slowakei hat einen neuen Regierungschef

Der vorherige konservativ-populistische Ministerpräsident Igor Matovic hatte Finanzminister Eduard Heger als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Dessen Posten übernimmt jetzt Matovic.



Staatspräsidentin Zuzana Caputova ernennt Eduard Heger zum Ministerpräsidenten

Staatspräsidentin Zuzana Caputova ernannte den bisherigen Finanzminister Eduard Heger zum Ministerpräsidenten. Der vorherige konservativ-populistische Regierungschef Igor Matovic hatte am Sonntag nach monatelangen Konflikten mit einem Teil seiner Koalitionspartner über die Corona-Politik seinen Rücktritt angekündigt und Heger als Nachfolger vorgeschlagen. Zwei der vier Regierungsparteien hatten zuvor mit einem Austritt aus der Koalition gedroht, falls Matovic im Amt bleiben würde.



Der neue Regierungschef und sein Kabinett - fast alle Minister stammen aus der alten Regierung

Der 44 Jahre alte Heger gehört zum konservativ-christlichen Flügel der Matovic-Bewegung "Gewöhnliche Leute und unabhängige Persönlichkeiten" (OLaNO). Im Gegensatz zum polarisierenden Matovic gilt er als Konsenspolitiker.

### Ex-Regierungschef jetzt Finanzminister

Heger übernimmt in sein Kabinett fast alle bisherigen Minister. Sein Nachfolger als Finanzminister ist der bisherige Regierungschef Matovic. Verfassungsgemäß muss das neue Kabinett nun innerhalb von 30 Tagen dem Nationalrat sein Regierungsprogramm vorlegen und sich damit einer Vertrauensabstimmung stellen. Caputova hatte sich von Heger schon vor dessen Ernennung die Unterstützungserklärungen von 91 der 150 Parlamentsabgeordneten vorlegen lassen. Die Regierung kann daher mit einer Dreifünftelmehrheit rechnen, die ihr auch Verfassungsänderungen erlaubt.

nob/as (dpa, afp, ap)

**06) Aramäer: 8. Jahrestag der Entführung der Erzbischöfe**

Hier sehen Sie eine Sonderausgabe des Pressespiegels der Aramäer zur Verurteilung des Mönchspriesters und Klosterabts **Aho Bilecen** (Kloster St. Yakub d-Qarno) und zum 8. Jahrestag der Entführung der beiden Erzbischöfe **Mor Gregorios Yohanna Ibrahim** und **Boulos Yazigi**.

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 48, 2021*

*Wien/München, am 20. April 2021*



Sonderausgabe unseres Pressespiegels zur *Verurteilung des Mönchspriesters und Klosterabts Aho Bilecen* (Kloster St. Yakub d-Qarno) und zum *8. Jahrestag der Entführung der beiden Erzbischöfe Mor Gregorios Yohanna Ibrahim und Boulos Yazigi*:

**IDEA, 21.04.2018 - Türkei: Syrisch-orthodoxer Abt zu 25 Monaten Haft verurteilt**  
**(Weblink):**

<https://www.idea.de/spektrum/tuerkei-aramaeischer-abt-zu-25-monaten-haft-verurteilt?fbclid=IwAR3MDqgEIKbtblbGknLTZatFK8t5v2MZokW9q2J-PwUNCgYI8Ucc4njvbuw>

**Bundesverband der Aramäer - Urteil soll einschüchtern: Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Aramäer in Deutschland, Daniyel Demir (Heidelberg), bezeichnete das Urteil gegen Bilecen auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA als Skandal. Die Behörden sendeten mit dem Strafverfahren die Botschaft an die Aramäer, dass selbst ihre Geistlichen nicht mehr sicher seien. Damit wolle man die noch verbliebenen Aramäer in der Türkei erneut einschüchtern und verängstigen.**

**8. Jahrestag der Entführung** der beiden Erzbischöfe **Mor Gregorios Yohanna Ibrahim** und **Boulos Yazigi**:

Am **22. April 2013** fielen die beiden hohen Würdenträger aus Aleppo einer brutalen Entführung von islamistischen Rebellen zum Opfer und wurden an einen unbekanntem Ort verschleppt. Sämtliche Bemühungen zur Freilassung der Würdenträger blieben bis heute erfolglos. Die Bischöfe gelten als Verfechter der friedlichen Koexistenz von Religionsgemeinschaften und Volksgruppen in Syrien. Erzbischof Mor Gregorios Yohanna Ibrahim veröffentlichte im Juli 2012 eine Roadmap für den Frieden in Syrien. Darin rief er zu Versöhnung, Vergebung, Dialog und Gegenseitigkeit auf, um einen Weg zur Beendigung der Gewalt sowie der Bewahrung des einmaligen pluralistischen Gefüges der syrischen Gesellschaft und nationalen Einheit Syriens aufzuzeigen.

**Dazu erklärt der Vorsitzende des Bundesverbandes der Aramäer in Deutschland, Daniyel Demir:** „Wir fordern die Bundesregierung erneut mit Nachdruck dazu auf, ernsthafte Anstrengungen zur Aufklärung dieses Verbrechens anzustellen und den politischen Druck auf den ´Syrischen Nationalrat (SNC)´ und deren Unterstützer, darunter die Türkei, Katar und Saudi-Arabien, deutlich zu erhöhen. Besonders das Bundesaußenministerium ist in der Pflicht, die direkten Beziehungen mit Vertretern der syrischen Opposition, welche nach der Entführung wiederholt Aussagen über den Aufenthaltsort und Zustand der entführten Bischöfe, sowie Angaben zu laufenden Verhandlungen und der Identität der Entführer tätigten, mit Nachdruck für eine Freilassung der entführten Bischöfe einzusetzen. Es besteht eine klare Mitverantwortung zur Aufklärung, zumal diese Vertreter regelmäßig im Auswärtigen Amt empfangen werden.“

Vergessen wir die Erzbischöfe - stellvertretend für die immer kleiner werdende Zahl der Christen in Syrien - nicht! Erinnern wir gemeinsam an diese beiden Friedensstifter am 22. April auf allen sozialen Plattformen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Bundesvorstand  
Bundesverband der Aramäer in Deutschland



Bundesverband der Aramäer in Deutschland

Postfach 12 04 57

69066 Heidelberg

[info@bvdad.de](mailto:info@bvdad.de) · [www.bvdad.de](http://www.bvdad.de)

A. d) Berichte

01) Eine Warnung nicht nur für Heimatsammlungen: Junkie-Diebe aus Berlin Plünderten ein Heimat-Museum in Sachsen. Ein Teil der Beute im Wert von 30 000 Euro ist noch immer verschwunden

## Junkie-Diebe aus Berlin plünderten ein Heimat- Museum in Sachsen

Ein Teil der Beute im Wert  
von 30 000 Euro ist noch  
immer verschwunden



Diese historischen  
Gegenstände konnten  
bei einem der Verdächtigen  
sichergestellt  
werden

Von THOMAS  
FISCHER

**Berlin/ Dresden**  
- Sie stahlen historische Waffen, umfangreiche Münzsammlungen, wertvolle Stücke aus dem 17. Jahrhundert. Im Oktober stiegen Diebe in das Heimatmuseum Wilsdruff (Sachsen) ein. Jetzt wurden zwei latverdächtige Berliner (36, 40) festgenommen!

Daniel R. (36) und Sven M. (40) sollen zwischen dem 22. und 25. Oktober über die Feuertreppe gekommen, ein Fenster eingeschlagen haben und dann in das Museum eingestiegen sein. Die Diebe sollen wertvolle Ausstellungsstücke im Wert von 30 000 Euro eingesteckt haben. Beide Verdächtige sind noch B.Z.-Informationen einschlägig vorbestraft und kommen aus dem Drogenmilieu.

R. konnte am 18. März in Berlin, sein mutmaßlicher Komplize Sven M. am 15. April in Mecklenburg-Vorpommern festgenommen werden. „Der 36-jährige Beschuldigte verbüßt derzeit noch Straftat in anderer Sache“, so ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Der Haftbefehl gegen den 40-Jährigen wurde unter strengen Auflagen vorerst ausgesetzt.

In der Wohnung von Daniel R. und bei zwei Kunst- und Antiquitätenhändlern in Berlin konnten viele der entwendeten Kunstgegenstände sichergestellt werden. Darunter ein Stein-schlossgewehr mit Türballenbajonett französischer Bauart aus dem 18. Jahrhundert, eine Preussische Steinschloßpistole um 1732, eine Zurich-Truhe der Schuhmacher aus dem Jahr 1744, eine Schalschere aus dem Jahr 1925 und ein Bierkrug.

Doch einige Gegenstände wie die umfangreiche Münzsammlung sind weiterhin verschwunden. Die Ermittlungen dauern an.

Foto: BEIRATSWALTSCHAFT DRESDEN / POLIZEIDIREKTION BERLIN

## 02) AfD als führende Arbeiterpartei: Sahra Wagenknecht rechnet gnadenlos mit Linken ab

16. 04. 2021



Sahra Wagenknecht, Die Linke · Bildquelle: AnonymousNews

### **Frontalangriff von Sahra Wagenknecht! Deutschlands schönste Kommunistin hat von linken Dogmen offenbar die Nase voll und holt zum politischen Rundumschlag gegenüber der eigenen Partei aus.**

Die Linken-Abgeordnete Sahra Wagenknecht hat ihre [Kritik am Linkoliberalismus](#) in Deutschland und der Identitätspolitik ihrer eigenen Partei erneuert. Linkoliberalismus sei weder links noch liberal, sagte Wagenknecht Focus Online.

„Er vertritt eher gutsituierte Großstadtkademiker als diejenigen, die um ihr bißchen Wohlstand immer härter kämpfen müssen, was eigentlich das Anliegen von Linken sein sollte. Und liberal? Wegen seiner ausgeprägten Intoleranz sollte man den modernen Linkoliberalismus eigentlich Linksilliberalismus nennen.“

Ein ähnliches Verhalten zeigten Linksliberale auch, wenn sie über Zuwanderung als große Bereicherung redeten, aber zugleich genau darauf achteten, „daß die eigenen Kinder eine Schule besuchen, in der sie mit anderen Kulturen nur im Literatur- oder Kunstunterricht Bekanntschaft machen“.

### **„Fridays for Future“ als Protest der oberen Mittelschicht**

Wagenknecht erinnerte an Martin Luther Kings berühmtem Traum, in dem es darum gegangen sei, daß die Hautfarbe eines Menschen eines Tages keine Rolle mehr spiele. Im Linkoliberalismus dagegen drehe sich alles darum, ob jemand weiß oder schwarz, Mann

oder Frau, hetero oder homosexuell sei. „Davon wird abhängig gemacht, wer worüber reden und wer wem widersprechen darf. Das ist ein Angriff auf die Aufklärung und die Vernunft.“

Skeptisch äußerte sich die Linken-Politikerin auch zur „Fridays for Future“-Bewegung. Es sei zwar positiv, wenn sich junge Leute für ein gesellschaftliches Thema engagierten, dennoch müsse man auch zur Kenntnis nehmen, daß an den Kundgebungen und Klima-Protesten vor allem Jugendliche aus Akademikerhaushalten der oberen Mittelschicht teilgenommen hätten.

„Das hat die Bewegung geprägt: Wer in einem hippen Viertel in einer top-renovierten Altbauwohnung wohnt, mag die Verteuerung von Diesel und Heizöl für eine klimapolitische Großtat halten. Der weniger begünstigte Facharbeiter oder Handwerker in einer ländlichen Region, der jeden Tag auf sein Auto angewiesen ist und sein mäßig isoliertes Haus mit Öl heizt, sieht das aber eben anders. Und wer Menschen verachtet, die ihr Fleisch beim Discounter kaufen, gehört selten zu einer sozialen Schicht, bei der am Monatsende das Konto leer ist.“

Auch mit Kritik an der eigenen Partei hielt sich Wagenknecht nicht zurück. Die Wahlergebnisse zeigten, daß Sozialdemokraten und Linkspartei große Teile ihrer einstigen Wählerschaft verloren hätten. Laut Umfragen wünsche sich eine Mehrheit der Bevölkerung mehr sozialen Ausgleich.

### **AfD als führende Arbeiterpartei**

„Statt diese Mehrheiten mit einem für sie attraktiven Programm anzusprechen, haben SPD und Linke die Grünen auf geradezu unterwürfige Weise als intellektuelle und politische Avantgarde akzeptiert und dadurch zugelassen, daß die AfD zur führenden Arbeiterpartei werden konnte. Von der Chance auf eigene Mehrheiten haben sie sich damit weit entfernt.“

Dem Thema Gendern kann Wagenknecht ebenfalls nicht viel abgewinnen. Sie wolle zwar niemandem vorschreiben, wie er zu reden habe und wenn ein Journalist das unbedingte Bedürfnis verspüre, zu gendern, solle er es tun. „Aber es kann nicht sein, daß jeder unter Druck kommt oder einen Shitstorm erlebt, der das nicht mitmacht. Ich selbst glaube nicht, dass wir unserer Sprache oder dem Ziel der Nichtdiskriminierung durch solche Verrenkungen einen Gefallen tun.“

Wagenknecht war am Wochenende gegen Widerstand in der eigenen Partei zur Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Kurz zuvor hatten erste Passagen aus ihrem neuen Buch für Unmut unter Parteigenossen gesorgt. Das Buch „Die Selbstgerechten“ erscheint in dieser Woche.

Darin rechnet Wagenknecht mit dem Linkliberalismus ab und wirft diesem vor, die Gesellschaft weiter zu spalten. Scharf ins Gericht geht sie auch mit der Identitätspolitik der Linken. Diese laufe darauf hinaus, „das Augenmerk auf immer kleinere und skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein“, schreibt Wagenknecht.

Quelle: [Anonymous News](#) (Autor: Günther Strauß)

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

### 03) Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Die **Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen** ist ein multilaterales Abkommen im Rahmen des Europarates. Ziel dieses Abkommens ist es, geschichtlich gewachsene Regional- oder Minderheitensprachen als gemeinsames europäisches Erbe zu schützen und den kulturellen Reichtum Europas zu fördern. [Hier sehen Sie, welche Anstrengungen Österreich zu diesem Thema unternimmt](#) – aber wie sieht es in den Ländern aus, in denen Deutsch eine Minderheitensprache ist? Wir werden Sie darüber auf dem Laufenden halten.

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/volkgruppen/europaische-sprachencharta.html>

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 46, 2021*

*Wien, am 15. April 2021*

#### Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Multilaterales Abkommen zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen und Erhalt des kulturellen Reichtums in Europa

Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ist ein multilaterales Abkommen im Rahmen des Europarates. Ziel dieses Abkommens ist es, geschichtlich gewachsene Regional- oder Minderheitensprachen als gemeinsames europäisches Erbe zu schützen und den kulturellen Reichtum Europas zu fördern.

In Umsetzung dieses Zieles verpflichten sich die Vertragsstaaten,

- die in Teil II des Abkommens angeführten Verpflichtungen auf alle in ihrem Hoheitsgebiet gebrauchten Regional- oder Minderheitensprachen anzuwenden,
- auf die zum Zeitpunkt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung bezeichneten Sprachen mindestens 35 aus Teil III ausgewählte Absätze oder Buchstaben anzuwenden.

Teil II des Abkommens enthält allgemeine Verpflichtungen zur Achtung und Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen. In Teil III werden Verpflichtungen zum Schutz der Regional- oder Minderheitensprachen im Bereich der Bildung und Erziehung, des Zugangs und der Förderung von Medien, des Gebrauchs der Regional- oder Minderheitensprachen im Verkehr mit Gerichten und Verwaltungsbehörden sowie im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben aufgestellt.

Österreich hat anlässlich der Ratifikation erklärt, dass Minderheitensprachen der österreichischen Volksgruppe der Roma im Sinne dieses Abkommens das Burgenlandkroatische, das Slowenische, das Ungarische, das Tschechische, das Slowakische und das Romanes sind. Das bedeutet, dass diese 6 Sprachen nach Teil II des Abkommens im gesamten Bundesgebiet geschützt sind. Darüber hinaus hat Österreich Burgenlandkroatisch im burgenland-kroatischen Sprachgebiet im Burgenland, Slowenisch im slowenischen Sprachgebiet in Kärnten und Ungarisch im ungarischen Sprachgebiet im Burgenland als Sprachen bezeichnet, auf die Teil III des Abkommens anwendbar sein soll. Völkerrechtlich trat die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen für Österreich mit 1. Oktober 2001 in Kraft.

Die Vertragsstaaten verfassen in regelmäßigen Abständen Staatenberichte über die Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in ihren jeweiligen Ländern. Auf Basis dieses Staatenberichts, eines Besuches des Sachverständigenausschusses (Committee of Experts) im Vertragsstaat und von Informationen von Nichtregierungsorganisationen, Medienberichten etc. erstellt der Sachverständigenausschuss einen Prüfbericht über die Anwendung der Sprachencharta durch den jeweiligen Vertragsstaat. Schließlich mündet der Prüfvorgang (monitoring cycle) in einen Beschluss des Ministerkomitees des Europarates mit Empfehlungen an den Vertragsstaat.

Die 4. Staatenprüfung Österreichs wurde mit der Empfehlung des Ministerkomitees CM/RecChL(2018)2 vom 4. April 2018 abgeschlossen.

## **Dokumente und externe Links zur Sprachencharta**

- [Empfehlung CM RecChL\(2018\)2-4. Monitoringzyklus \(PDF, 102 KB\)](#)
- [Recommendation CM RecChL\(2018\)2-4th Cycle \(PDF, 80 KB\)](#)
- [Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen](#)
- [4. Staatenbericht Österreichs nach der Sprachencharta - deutsch \(einschließlich Stellungnahmen\) \(PDF, 2 MB\)](#)
- [4th Report of Austria pursuant to ECRML - english \(including comments of ethnic groups\) \(PDF, 2 MB\)](#)
- [Empfehlung CM RecChL\(2012\)7 - 3. Monitoringzyklus \(PDF, 87 KB\)](#)
- [Recommendation CM RecChL\(2012\)7 - 3rd cycle \(PDF, 86 KB\)](#)
- [3. Staatenbericht Österreichs zur Charta der Regional- oder Minderheitensprachen 2011 \(PDF, 1 MB\)](#)
- [3rd Report of the Republic of Austria - European Charter for Regional or Minority Languages 2011 \(PDF, 1 MB\)](#)
- [State reports and recommendations on the Website of the European Council](#)

### **04) Rabe, Eckart und Reitschuster sind Sprachwahrer des Jahres 2020**

**Dirk Rabe**, Betreiber einer Trainingseinrichtung in Dülmen (NRW), ist „Sprachwahrer des Jahres 2020“. Das gibt die DEUTSCHE SPRACHWELT in ihrer neuesten Ausgabe bekannt, die soeben erschienen ist. Die Leser der Sprachzeitung wählten Rabe mit relativer Mehrheit (18,2 Prozent) auf den ersten Platz. Dicht dahinter folgen die Kabarettistin **Lisa Eckhart** mit 17,6 Prozent, der Journalist **Boris Reitschuster** mit 16,3 Prozent, **Prinz Charles** mit 15,1 Prozent und der Virologe **Hendrick Streeck** mit 14,4 Prozent. Die „Sprachwahrer des Jahres“ werden anschließend gewürdigt: <https://deutsche-sprachwelt.de/aktionen/sprachwahrer/sprachwahrer-des-jahres-2020/>.

Dirk Rabe setzte ein Zeichen gegen die übertrieben politisch korrekte Sprache, indem er neuen Kunden seiner Trainingseinrichtung, die eine „Zigeunersoße“ mitbrachten, die Aufnahmegebühr erließ. Er wünsche sich normale Mitglieder, die „nicht verstehen, warum eine Mohren-Apotheke, eine Zigeuner-Sauce, ein Negerkuß oder Ähnliches umbenannt werden soll.“ Nachdem Rabe für seine Aktion kritisiert worden war, stärkten ihm Zigeuner den Rücken.

Seit mehr als zwanzig Jahren wählen die Leser der [DEUTSCHEN SPRACHWELT](#) „Sprachwahrer des Jahres“, um **vorbildlichen Einsatz für die deutsche Sprache** zu würdigen. Die Auszeichnung erhielten bisher beispielsweise Uwe Steimle (2019), Frank Plasberg (2012), Papst Benedikt XVI. (2005) und Reiner Kunze (2002).

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 43, 2021*

*Wien/Erlangen, am 12. April 2021*

## **Sprachwahrer des Jahres 2020**

Dirk Rabe, Lisa Eckhart, Boris Reitschuster

### **Mit Zigeunersoße den Sieg gewürzt**

Lag es an der großen Auswahl hervorragender Kandidaten? Oder gab es unter den Benannten etwa keinen, der eine überragende Tat vollbrachte? Einen eindeutigen Sieger bei der Wahl der Sprachwahrer des Jahres 2020 gab es nämlich nicht. Anders als im vergangenen Jahr, als der sächsische Schauspieler und Kabarettist Uwe Steimle satte 54,8 Prozent und damit die absolute Mehrheit abräumte, holte der diesmalige Sieger Dirk Rabe nicht einmal ein Fünftel der Stimmen. 18,2 Prozent genügten für den Betreiber einer Trainingseinrichtung in Dülmen, um sich an die Spitze der Sprachwahrer zu setzen.

Dicht dahinter folgen die Kabarettistin Lisa Eckhart mit 17,6 Prozent, der Journalist Boris Reitschuster mit 16,3 Prozent, Prinz Charles mit 15,1 Prozent und der Virologe Hendrick Streeck mit 14,4 Prozent. Wenn die Kandidaten keinen hohen Anteil der Stimmen erreichen, bedeutet das weder, daß sie nicht genug für die deutsche Sprache getan hätten, noch daß ihr Wirken bedeutungslos wäre und geringgeschätzt würde. Daher sind die knappen Ergebnisse sicher auf die große Auswahl hervorragender Kandidaten zurückzuführen.

### **Platz 3: Boris Reitschuster**

Der Journalist Boris Reitschuster war von 1999 bis 2015 Leiter des Moskauer Büros von „Focus“. 2008 wurde er für seinen „hohen persönlichen Einsatz für die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und damit für die Wahrung von Bürger- und Menschenrechten“ mit der Theodor-Heuss-Medaille geehrt. In jüngster Zeit baute er mit Hilfe eingängiger, schnörkelloser Sprache in Verbindung mit kritischer Berichterstattung innerhalb eines Jahres seine Seite [reitschuster.de](#) zu einer Plattform auf, die monatlich Millionen Leser erreicht. Dabei bietet er auch regelmäßig Raum für Sprachkritik, etwa zur Gendersprache. Seine kritischen Fragen bekommen Spitzenpolitiker in der Bundespressekonferenz zu spüren. Der große Erfolg seiner Berichterstattung ruft auch Neider auf den Plan. So versuchte ihn im Februar dieses Jahres die „Süddeutsche Zeitung“ mit einem ganzseitigen Bericht anzuschwärzen. Das mißlang. Der Zuspruch zu seinen Veröffentlichungen steigt weiter.

### **Platz 2: Lisa Eckhart**

Auch die Kabarettistin Lisa Eckhart, die mit bürgerlichem Namen eigentlich Lisa Lasselsberger heißt, hat aufgrund ihrer kritischen Äußerungen mit Gegenwind zu kämpfen. Mit Hilfe der Kunstfigur Lisa Eckhart entlarvt die gebürtige Leobenerin mit geschliffener, sarkastischer Sprache und hintergründigen Wortspielen gesellschaftliche Ungereimtheiten. Für Menschen, die lieber denunzieren als diskutieren, erfand sie den Ausdruck „Gutunmensch“. Diese „Gutunmenschen“ stürzten sich auch auf sarkastische Äußerungen

von Lasselsbergers Kunstfigur Eckhart und diffamierten eine ihrer Figurenreden als „antisemitisch“, was gar nicht stimmte. Das führte jedoch dazu, daß in Hamburg auf Druck einzelner ihre Lesung aus dem 2020 veröffentlichten ersten Roman, „Omama“ abgesagt werden mußte. In der ARD-Kabarettssendung „nuhr im Ersten“ kann sie jedoch weiterhin auftreten.

### **Platz 1: Dirk Rabe**

Dirk Rabe, Betreiber einer Trainingseinrichtung in Dülmen, setzte ein Zeichen gegen die übertrieben politisch korrekte Sprache, indem er neuen Kunden, die eine „Zigeunersoße“ mitbrachten, die Aufnahmegebühr erließ. Er wünsche sich normale Mitglieder, die „nicht verstehen, warum eine Mohren-Apotheke, eine Zigeuner-Sauce, ein Negerkuß oder Ähnliches umbenannt werden soll.“ Am 25. August 2020 stellte er einen Film auf Facebook, in dem er sagte: „Meld dich an mit einer Zigeunersoße, dann hast du keine Aufnahmegebühr und den ersten Monat gratis. Wenn du damit zur Anmeldung kommst, wissen wir, du tickst normal.“ Rabe setzte sogar noch eins drauf: „Kommt noch einer rein mit einer Packung Negerküsse, ich glaube, dann kannst du bei uns das ganze Jahr frei trainieren.“

Die Dülmener Stadtverwaltung fand diese Werbung allerdings „geschmacklos“ und „inakzeptabel“. Auch andere fühlten sich berufen, Rabe anzugreifen. Dieser bat daraufhin bei dem Zigeuner Joschka Laubinger, Leiter einer Kampfsportschule, um Entschuldigung. Der antwortete ihm in einem Filmbeitrag: „Du mußt mich gar nicht um Entschuldigung bitten, weil ich das gar nicht als Beleidigung ansehe. ... Wie lange gibt es schon Zigeunersoße in Deutschland!“ Eine Zigeunerin kommentierte an anderer Stelle zu der Aktion: „Bei uns zu Hause sagen wir auch weiterhin Zigeunersoße.“ Rabe zitierte auch die Aussage eines Vertreters der Sinti-Allianz. Dieser hatte sich gegenüber der DEUTSCHEN SPRACHWELT ausdrücklich gegen eine Zensur des Wortes „Zigeuner“ gewandt. (dsw)

### **Vorgeschlagen waren:**

**Prinz Charles:** Der Fürst von Wales und Herzog von Cornwall, Thronfolger des Vereinigten Königreichs, hielt am 15. November seine Rede zum Volkstrauertag vor dem Deutschen Bundestag abwechselnd in fließendem Deutsch und in Englisch. Deutsch sei die erste Sprache gewesen, in die Shakespeare übersetzt wurde, rief er ins Gedächtnis.

**Lisa Eckhart:** Die Kabarettistin, die mit bürgerlichem Namen eigentlich Lisa Lasselsberger heißt, entlarvt mit geschliffener Sprache und hintergründigen Wortspielen gesellschaftliche Ungereimtheiten. 2020 hat die Steirerin ihren ersten Roman, „Omama“, veröffentlicht.

**Boris Reitschuster:** Der Journalist, 1999 bis 2015 Leiter des Moskauer Büros von „Focus“, baute mit Hilfe eingängiger, schnörkelloser Sprache in Verbindung mit kritischer Berichterstattung innerhalb eines Jahres seine Seite reitschuster.de zu einer Plattform auf, die monatlich Millionen Leser erreicht. Dabei bietet er auch Raum für Sprachkritik, etwa zur Gendersprache.

**Hendrik Streeck:** Der Direktor des Institutes für Virologie und HIV-Forschung an der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn informiert kenntnisreich über das Corona-Virus in einer auch für Laien verständlichen Sprache. Dabei vermeidet er Übertreibungen und Zuspitzungen und trägt damit zu einer Atmosphäre bei, in der angstfrei und sachlich diskutiert werden kann.

**Dirk Rabe:** Der Betreiber einer Trainingseinrichtung in Dülmen setzte ein Zeichen gegen die politisch korrekte Sprache, indem er neuen Kunden, die eine „Zigeunersoße“

mitbrachten, die Aufnahmegebühr erließ. Er wünsche sich normale Mitglieder, die „nicht verstehen, warum eine Mohren-Apotheke, eine Zigeuner-Sauce, ein Negerkuß oder Ähnliches umbenannt werden soll.“

**Sepp Müller:** Der Bundestagsabgeordnete (CDU) aus Wittenberg wirbt dafür, eine Mindestquote von 40 Prozent für deutschsprachige Musik im Radio einzuführen.

**Elon Musk:** Der aus Südafrika stammende amerikanische Unternehmer lernt Deutsch und warb persönlich in deutscher Sprache um Arbeitskräfte für sein neues Werk in Deutschland: „Bitte arbeiten Sie bei Tesla!“ Die Eröffnungsrede für sein neues Werk will er „natürlich“ in deutscher Sprache halten.

## **05) Mut zu mehr Mitteleuropa**

Von Dr. Bence Bauer

12. 04. 2021



Bence Bauer: „Europa aus seiner lebendigen Mitte heraus neu beleben! Wir Ungarn sind dazu bereit und reichen anderen die Hand.“ · Foto: Árpád Földházi

„Die Mitte liegt ostwärts“ – so lautete das vielbeachtete Werk des deutschen Osteuropahistorikers Karl Schlögel. Doch noch viel interessanter ist der Untertitel seines großvolumigen Essays: „Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa“.

Das 1998 erschienene Grundwerk eines jeden Mitteleuropaforschers streift nicht nur durch die Vergangenheit, sondern antizipiert in hellseherischer Weise den Bedeutungszuwachs, der Mitteleuropa in den kommenden Jahrzehnten widerfahren sollte. Für die Leser der

Budapester Zeitung ist dies ein guter Anlass und Ausgangspunkt, die Chancen und Perspektiven Mitteleuropas mit einem deutschen Auge zu betrachten.

## **Mitteleuropa – gut in Europa angekommen?**

Nächstes Jahr werden in Ungarn Erstwähler an den Parlamentswahlen teilnehmen, die unmittelbar vor dem Beitritt zur Europäischen Union geboren wurden. Mit anderen Worten: Es wächst eine Generation heran, die nichts Anderes kennt, als die Zugehörigkeit zur Union, eine Generation also, für die es selbstverständlich ist, auch formaljuristisch in einer Liga mit ihren Altersgenossen aus Deutschland, Spanien, Schweden oder Polen, Tschechien und Österreich zu spielen.

Doch sind die Ungarn und die anderen Völker Mittel- und Osteuropas auch mental angekommen? Und vor allem: Werden sie gehört, werden ihre Geschichte, ihre Narrative und ihre Denkweise wahrgenommen und erkannt, dass auch sie Europa prägen und bestimmen? Ist den Vertretern der alten Mitgliedsländer überhaupt bewusst, dass sich Europa verändert hat und die EU eine andere werden wird, als in den eingespielten Jahren zuvor? Und kann vor allem Deutschland einen Beitrag leisten, um Mitteleuropa ein Forum und somit Gehör zu geben? Was kann Deutschland mit einer offenen und beherzten Mitteleuropapolitik gewinnen? Diesen Fragen werden wir nachgehen.

## **Das Narrativ von Mittel- und Osteuropa**

Lange Zeit von Fremdherrschaft bestimmt, haben die Völker Ost- und Mitteleuropas ein feines Gespür für Gefahren und Bedrohungen von außen entwickelt, sie rasonieren anders auf Entwicklungen, denen ein Gefährdungspotential immanent ist, und die für sie zum Nachteil gereichen können. In diesem Zusammenhang ist die Abwehrhaltung der Menschen gegenüber der illegalen Migration ein auf jahrhundertealte Erfahrungen zurückreichender Reflex.

Er sollte von den sich als aufgeklärt gebenden, in Wahrheit aber als arrogant wahrgenommenen Vertretern des alten, westlich verankerten Europas nicht geringgeschätzt, sondern als Erfahrungsschatz eines vielfältigen und traditionsreichen Kontinents verstanden werden sollte. Wenn dies nämlich verkannt wird, potenzieren sich die als von außen kommend eingestuftten Gefahren in den Augen der Mitteleuropäer, und die vermeintlich gutgemeinten Ideen und Vorschläge gerade aus Brüssel werden als weitere Einmischung und Bedrohung, wenn nicht gar als Bevormundung und Besserwisserie verstanden. Daher ist Maß und Mitte angezeigt!

## **Tiefe Auseinandersetzung mit der Herkunft**

Um andere Länder hinreichend verstehen und die dortigen Entwicklungen überhaupt richtig einordnen zu können, bedarf es einer tiefen Auseinandersetzung mit der Herkunft, der Geschichte, der Kultur, der andersgelagerten politischen Landschaft und der öffentlichen Debatte sowie des Denkens und Wähnens der dort lebenden Menschen.

Es ist notwendig, die tiefe Bedeutung und Geschichte, Herkunft von Nation und Nationalstaat, Identität und Tradition gerade der Länder der mittel- und osteuropäischen Region in ihrer ganzen Bandbreite zu durchdringen. Hierbei haben vor allem die deutschsprachigen Länder Deutschland und Österreich einen Heimvorteil. Ihre Geschichte ist durchwoben von einer Wechselwirkung mit Ost- und Mitteleuropa, ihre Sprache wird hier öfter gesprochen als etwa in Westeuropa, und ihre kulturelle Nähe mit uns Mitteleuropäern ist größer.

Zu den Deutschen hegen speziell wir Ungarn mehr als nur eine Grundsympathie. Uns verbinden eine jahrtausendalte Freundschaft und eine Seelenverwandtschaft. Ministerpräsident Orbán brachte dies schon 2012 so zum Ausdruck: „Ungarn respektiert Deutschland nicht nur, sondern mag das Land auch.“ Aus dieser Ausgangsposition lässt sich Zukunft gestalten!

## **Die Erfolge von Mitteleuropa**

In den letzten Jahren kann man die Erfolge von Mitteleuropa glasklar erkennen. Während noch 2010 Ungarn zusammen mit Griechenland genannt wurde, entwickelte sich das Land seitdem wirtschaftlich bestens. Nicht nur hat Ungarn einen beachtlichen Aufholprozess in der Wirtschaft betrieben, sondern auch an politischer Stabilität und Verlässlichkeit ein Musterbeispiel vorgelebt, gepaart mit Rechtssicherheit und guten Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Dies spiegelt sich in einer zunehmend zufriedenen und selbstbewussten Bevölkerung wider, und dies macht das Leben und Arbeiten in Ungarn zu einem attraktiven Lebensentwurf – auch für viele Deutsche und Ausländer, die hier mehr als willkommen sind. Auch die anderen Länder Mittel- und Osteuropas konnten im letzten Jahrzehnt eine beeindruckende Verbesserung in Wohlstand, Fortschritt und Lebensweise erzielen und damit Europa insgesamt zu einem besseren Ort machen.

Ungarn liegt also inmitten einer dynamischen Wachstumsregion, die auch hinsichtlich Lebensweise und Lebensverhältnissen ein Beispiel für viele andere sein kann. Bewahrung der christlichen Werte Europas und der europäischen Identität gehen Hand in Hand mit einer Bewahrung von nationaler Identität in Europa und in der Region, denn der Kontinent ist ein Europa der Vaterländer.

Dabei stehen gutnachbarschaftliche Beziehungen im Mittelpunkt der ungarischen Politik. „100 Jahre ungarische Einsamkeit sind vorbei“, so drückte sich Ministerpräsident Viktor Orbán anlässlich des 100. Jahrestages der ungarischen Teilung von 1920 aus. Damit ist auch besiegelt, dass die Zukunft der Zusammenarbeit, nicht der Isolation, dem Mut, nicht der Angst, und der Hoffnung, nicht der Verzagtheit gehört.

An dieser Entwicklung sollen auch andere partizipieren können, mit Zuversicht und frischen Ideen. Dies ist auch als eine Einladung zu verstehen, Europa aus seiner lebendigen Mitte heraus neu beleben zu wollen. Wir Ungarn sind dazu bereit und reichen anderen die Hand.

## **Deutschland und Mitteleuropa**

In einem sich erneuernden Europa sollten die Politik und das Leben der Länder in Mittel- und Osteuropa denkbar gut unter die Lupe genommen werden. Diese Region steht für Wachstum und Beschäftigung, für niedrige Steuern und für einen hohen Stellenwert von Leistung, Eigentum und Eigenheim, von Familie, natürlichen Gemeinschaften und Werten.

Den Ländern Ost- und Mitteleuropas ist gemein, dass sie zunächst nicht bei anderen nach Lösungen nachfragen, sondern ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und aus eigener Kraft Solidität und Verlässlichkeit, Vertrauen und Substanz statuieren wollen. In Fragen der geistig-seelischen Herkunft Europas und in den Traditionen stehen sie für das jüdisch-christliche Erbe des Abendlandes und die Bewahrung unseres „European way of life“.

Deutschland wäre gut beraten, sich in Zukunft noch mehr mit Mitteleuropa zu beschäftigen, die hiesigen Muster und Verfahrensweisen, vor allem aber die Mentalität seiner Menschen

zu studieren und zu verstehen sowie in die konkrete Politikgestaltung einzubauen. Ungarn als das Land, das mit Deutschland die meisten Bindungen sprachlicher, geschichtlicher, kultureller und seelischer Prägung hat, kann dabei als Moderator und Trendsetter zugleich wirken. Mittel- und Osteuropa werden die Zukunft Europas maßgeblich prägen, bestimmen und in einem positiven Sinn erneuern. Machen wir uns bereit für diese Reise, sie wird gelingen!

Der Autor ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC). Zuvor war er zehn Jahre lang leitender Mitarbeiter der Budapester Repräsentanz der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bence Bauer hat ungarndeutsche Wurzeln, lebte aber über 20 Jahre lang in Deutschland. Ihm ist die Kooperation von Deutschland und Ungarn mit besonderer Betonung der gemeinsamen Zukunft in Europa schon immer wichtig gewesen. „Deutschland und Mitteleuropa können gemeinsam mehr erreichen und sollten diese Chance nutzen“, lautet sein Credo.

## **BUDAPESTER ZEITUNG**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

## 06) Die europäische Heimat der Konservativen

Von Katalin Novák

12. 04. 2021



Katalin Novák · Foto: Havran Zoltán / Magyar Nemzet

*„Es geht oft nicht darum, was die Fakten sind,  
sondern darum, was böswillige Menschen mit den Fakten machen.“*  
Konrad Adenauer

Kürzlich schrieb der EVP-Vorsitzende Manfred Weber in der Welt am Sonntag, dass die Fidesz durch den Austritt aus der Europäischen Volkspartei, die immer weiter nach links rückt, rechtsextrem geworden und ein Bündnis mit der AfD eingegangen sei. Wie so oft ist seine Aussage falsch.

Wir kämpfen einen Kampf auf Leben und Tod mit dem Coronavirus. Auch die europäische Zusammenarbeit wird durch die Epidemie auf die Probe gestellt. Die europäischen Bürger haben Schwierigkeiten, den Mangel an europaweit zugelassenen Impfstoffen, die Langsamkeit der Beschaffung und die Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung zu akzeptieren. Sie wissen, wie viel Solidarität wir brauchen, aber sie haben auch Recht, wenn sie meinen, dass Solidarität nicht bedeutet, Leben zu verlieren, die gerettet werden könnten.

In der aktuellen Krise ist die Notwendigkeit, dass die Menschen direkt, ehrlich und verständlich miteinander sprechen und handeln, noch größer geworden. Eine Forderung nach einem starken und erfolgreichen Europa der Mitgliedsstaaten, Nationen und Bürger, statt eines Europas der Bürokraten und Institutionen. Es gibt immer mehr Menschen, die das Gefühl haben, dass Freiheit, die Nation, die traditionelle Familie, die christliche Kultur, die Menschenwürde Werte sind, die von den sogenannten Mitte-Rechts-Parteien nicht mehr vertreten werden. Diese Menschen sind zu Recht empört, dass sie wegen ihrer Abweichung vom liberalen linken Mainstream stigmatisiert, ausgegrenzt und diskriminiert werden. Ein Beispiel dafür ist der ungarische Torwart Zsolt Petry, der von Hertha BSC wegen seiner toleranten, aber abweichenden Ansichten zum deutschen Mainstream sofort entlassen

wurde. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass sie ohne echte Vertretung gelassen werden. Immer häufiger wird die Frage gestellt: Wie kommt es, dass die Linke nur „Mitte“ und die Rechte nur „Rand“ sein soll?

In diesen unruhigen Zeiten lässt auch Ungarn seine Muskeln spielen, um sich zu verteidigen. Wir haben die Anzahl der Impfstoffe verdoppelt, die zusätzlich zu den westlichen Impfstoffen mit sicheren russischen und chinesischen Impfstoffen verabreicht werden können, und haben die zweithöchste Durchimpfungsrate unter den EU-Mitgliedstaaten. Wir haben die Gehälter von Ärzten erhöht, das größte Wohnungsbauprogramm Ungarns gestartet und ab dem nächsten Jahr werden wir junge Menschen von der Einkommensteuer befreien. Währenddessen werden in ganz Europa Politiker und Regierungen durch Korruptionsskandale und Lügen geschwächt oder zu Fall gebracht. Quo vadis, Europa?

Wir Ungarn, die wir seit mehr als tausend Jahren als christliche Nation im Herzen Europas leben, wissen, wohin wir gehen. Wir haben eine klare Vision, wie wir ein wettbewerbsfähiges, modernes Land aufbauen und gleichzeitig unsere Kultur und nationalen Werte bewahren können. Wir begrüßen jeden, der kommt, mit Respekt und einer gemeinsamen Vision für die Zukunft.

Umso überraschter sind wir von den deutschen und Brüsseler Kommentaren zu Ungarn. Wir fühlen uns an Karl May erinnert, der dank seiner erstaunlichen Vorstellungskraft den Wilden Westen detailliert beschrieb – ohne jemals dort gewesen zu sein. Aber das Leben in Ungarn ist weder eine Fantasie noch ein Abenteuerroman. Das Problem sind nicht nur die wiederholten Falschbehauptungen, sondern auch die Tatsache, dass die Medien durch die Verschlechterung der Qualität der Berichterstattung und den Verlust des Wissens über Land und Leute leicht zum politischen Vorschlaghammer werden können.

In den vergangenen elf Jahren unserer Regierung wurden drei Entscheidungen getroffen, welche die europäische Rechtsordnung voll respektieren und dennoch in dem von den liberalen Medien und liberaler Politik dominierten europäischen Raum als unverzeihliche Sünden gelten. 2011 haben wir in der Verfassung verankert, dass die Ehe die Beziehung zwischen einem Mann und einer Frau ist, 2015 haben wir Nein zur Masseneinwanderung gesagt, und jetzt werden die Ungarn mit von unseren nationalen Behörden genehmigten Impfstoffen geimpft. Es ist seit langem ein bekanntes Spiel der Linken in der EVP, Ungarn für angebliche Verstöße gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Doch bei einer Nominierung fügten sie sich selber eine tödliche Wunde zu: In die Enge getrieben, erklärte Weber offen, er wolle nicht mit den Stimmen des Fidesz Präsident der Europäischen Kommission werden. Sein Wunsch ging in Erfüllung.

Das offensichtliche Ziel dieser unabhängigen, wiederbelebten Kampagne ist es, den Eindruck zu erwecken, dass Ungarn ein isoliertes, rückständiges Land ist, das von einem unterdrückerischen Regime regiert wird.

Doch die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Interessen der Visegrád-Vier in Mitteleuropa sind hervorragend, der ungarische Ministerpräsident wird bald der erfahrenste Führer im Europäischen Rat sein, und jetzt, nach dem Austritt des Fidesz aus der Europäischen Volkspartei, ist es klar geworden, dass die Mehrheit der Parteien der demokratischen Rechten gerne eine engere Zusammenarbeit mit der ungarischen Regierungspartei aufbauen möchte.

Am 1. April empfing Viktor Orbán in Budapest die führenden Vertreter der mächtigsten Parteien der europäischen rechten Parteienfamilie: Den polnischen Ministerpräsidenten

Mateusz Morawiecki und Matteo Salvini, den Vorsitzenden der Lega, der populärsten italienischen Partei in der von Mario Draghi geführten Regierung. Die drei Staatsmänner vereinbarten, die europäische demokratische Rechte neu zu organisieren. Wir werden in Zukunft mit Menschen zusammenarbeiten, die Ja sagen zu Freiheit, Nation, Familie, Christentum und Menschenwürde, aber Nein zu Migration, imperialer Logik, Kommunismus, Zensur und Antisemitismus.

Für den Fidesz waren und sind die CDU und CSU die natürlichen politischen Verbündeten in Deutschland. Ihre herausragenden historischen Figuren, die Visionäre Europas, Konrad Adenauer und Helmut Kohl, sind Menschen, die wir wirklich bewundern. Obwohl wir sehen, dass die Massen, enttäuscht von der zunehmend linken Politik der EVP, politisch staatenlos geworden sind, haben wir nicht vor, Bündnisse mit anderen deutschen Parteien einzugehen, auch wenn einige Leute diesen Eindruck erwecken wollen.

Im Gegenteil: Der Fidesz distanziert sich strikt von Parteien, die nicht für die verfassungsmäßige Ordnung eintreten. Wir sind die einzige politische Kraft dieser Art in Ungarn, wo die gesamte Opposition, bestehend aus Postkommunisten, Sozialisten, Liberalen und Grünen, ein Bündnis mit einer offen antisemitischen, rassistischen Partei (Jobbik) eingegangen ist, um bei den nächsten Wahlen gemeinsame Kandidaten gegen uns aufzustellen. Hat diese politische Obszönität irgendwelche Auswirkungen auf europäischer Ebene?

Die Fidesz vertritt echte konservative Werte. Was wir in Europa brauchen, ist eine demokratische Rechte, die versucht, sich nicht dem links-grünen Zeitgeist anzupassen, sondern in Zusammenarbeit mit rechten Parteien die Zukunft Europas gestaltet.

Das Haus der europäischen Konservativen hat sich in letzter Zeit immer mehr geleert, und seine verbliebenen Bewohner haben sich kaum noch getraut, offen zu sprechen, auch nicht untereinander. Wir sind bereit, dieses Haus wieder zum Leben zu erwecken, seine Türen für neue Ideen und für diejenigen, die einziehen wollen, zu öffnen, damit immer mehr Menschen erleben können, wie es ist, hier frei zu wohnen. So können wir eine politische Heimat für Millionen von Europäern schaffen. Und es kann auch die Wiedergeburt der demokratischen Rechten in Europa bedeuten. Das ist unsere ‚Willkommenskultur‘ für Europa.

*Die Autorin ist stellvertretende Vorsitzende des Fidesz*

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Dieser Beitrag wurde über die EUROPÄISCHE MEDIENKOOPERATION verbreitet und erschien auch in polnischer Sprache in unserer [WYDANIE POLSKIE](#), bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), bei [UNGARNREAL](#), bei [CENTRO MACHIAVELLI](#) (Italienisch) und bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#) (Spanisch).

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

07) „Deutscher Liederabend“ von Heino sollte untersagt werden, da „rassistisch“

13. 04. 2021



„Ein deutscher Liederabend“ mit Heino (82), gebucht für den 08. Oktober 2021 in der Tonhalle in Düsseldorf – das darf nicht sein, wenn es nach den Toleranten geht.

Wie BILD berichtet, wollte der Intendant, Michael Becker, den Abend unter einem solchen Titel nicht bewerben lassen, da der Begriff ‚deutscher Liederabend‘ *„tümelt ... und ... städtische Räume kein Ort für Hetze sind.“*

„Rassistisch“ – „antisemitisch“ oder „antidemokratisch“?

Becker beruft sich auf den Antrag zu einer Verordnung der Düsseldorfer Stadtratssitzung von SPD, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN und FDP vom März 2019, die eine *„Überlassung von Räumen für Veranstaltungen mit rassistischen, antisemitischen, salafistischen, antidemokratischen, sexistischen, gewaltverherrlichenden oder anderen menschenfeindlichen Inhalten“* ablehne.

## Kostenlose Stornierung angeboten

Er bot Heino jetzt an, das Konzert umbenennen oder kostenfrei stornieren zu lassen. Doch Heino zeigte sich nicht gewillt, das Wort ‚deutscher‘ aus seinem Liederabend streichen zu lassen. Vielmehr war sein Management bereit, für den Raum Düsseldorf, wenn auch nur gezwungenermaßen, nötigenfalls einen anderen Konzertsaal zu suchen.

Heino darf sich glücklich schätzen, dass die Betreiber der anderen siebzehn bereits gebuchten Konzerthallen sich gegenüber dem Bildungsauftrag von SPD, BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN und FDP aus Düsseldorf noch nicht verpflichtet fühlen. Mediale Hetzkampagnen der Kartellpresse, wie wir sie kennen, könnten in Zukunft dies jedoch sehr schnell ändern. Vorläufig kann ‚ein deutscher Liederabend‘ nur in Düsseldorf als Hetze oder als Hintergrund für sogenannte *menschenfeindliche Inhalte* interpretiert werden.

Die Konzerttournee will den zahlreichen Anhängern von Heino die gesamte musikalische Palette seiner langen Künstlerkarriere bieten, ergänzt von Kompositionen berühmter Klassiker, wie z.B. Brahms oder Schubert. Als Stargast hat Heino den Violine-Virtuosen Yury Revich verpflichten lassen, der im Jahr 2016 den *Echo Klassik Awards* der Kategorie „Newcomer des Jahres“ gewinnen konnte.

## Heino darf „deutschen Liederabend“ doch abhalten

Heute wurde publik, dass es Heino plötzlich doch gestattet wurde, seinen Auftritt als „Deutschen Liederabend“ über die Bühne zu bringen. Wer glaubt, dass die Toleranten jetzt noch toleranter geworden sind, der täuscht sich gewaltig. Es war Düsseldorfs Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU), der Heino in einem Telefonat zusicherte, dass dieser sein Konzert wie geplant bewerben dürfe, teilte eine Stadtsprecherin mit. „Ich sehe in dem Plakat von Heino keinerlei nationalistische oder ähnliche Tendenzen und teile die Kritik daran nicht“, hatte Keller zuvor bereits in Richtung Tonhalle verlauten lassen. Und der Manager von Heino schob eine Erklärung nach, mit der wohl alle jetzt leben können: „...Wir dürfen das Wort ‚deutsch‘ nicht den Rechtspopulisten überlassen...“ sagt er. Da hat er recht, denn beim Grundgesetz und bei der Achtung des Rechtsstaates ist das bereits der Fall. Und genau deshalb werden jetzt gesetzestreu Politiker als Rechtspopulisten beschimpft.

## Selbstvernichtung samt Anfeindung nicht-systemkonformer Künstler

Man darf sich nicht wundern, dass in der giftgrünen BRD heutiger Zeiten gerade Künstler, die sich noch deutscher Tradition und Kultur verpflichtet fühlen, wieder besonderen kulturfaschistischen Anfeindungen und Verfolgungen durch staatliche Stellen ausgesetzt sind. Nach fast hundert Jahren Agitation seit 1923 sowie nach 75 Jahren staatlicher Förderung dank Steuergelder haben *Zivillfaschisten* als Umerzieher, Zersetzer, Defätisten und Kulturzerstörer im Geiste der *Kritischen Theorie* und *Frankfurter Schule* mittlerweile die höchsten Positionen im Staat und öffentlichem Leben okkupiert, was sie in die Lage versetzt, abendländische Kultur und Traditionen nunmehr von ganz oben herab in immer unverfrorener Manier zu unterminieren.

Die Nachbarstaaten der BRD haben zur Kenntnis zu nehmen, dass die Staatsführung des „freiesten Deutschland, das wir je hatten“ (Jens Span) – ermächtigt von ihren irregeführten und desinformierten Wählern – an der endgültigen Abschaffung Deutschlands unermüdlich und verbissen weiterarbeitet. Die kumulierten Erfahrungen aus dem 20. Jahrhundert zeigen: „*Sie schaffen auch das!*“ Der deutsche Reststaat scheint heute beseelt vom letzten Wunsch, dem Schicksal Preußens nachzufolgen – nur mit dem einen Unterschied: Sich in jener finalen Phase des ersehnten Untergangs selbst vernichten zu dürfen. Keiner der

Nachbarstaaten wird sie daran hindern wollen. Doch vor allem die östlich gelegenen Anrainerstaaten sollten stets darauf achten, sich nicht noch einmal, und sei es nur als Opfer potentieller Kollateralschäden, in den Sog und Strudel der finalen BRD-Selbstzerstörung mit hineinreißen zu lassen.

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

## 08) Polen verlegt Truppen an die weißrussische Grenze

17. 04. 2021



Foto: Wojsko polskie / Facebook

Die Spannungen zwischen Polen und Weißrussland nehmen von Woche zu Woche weiter zu. Nach der [Ausweisung des polnischen Konsuls in Brest](#) und der [Verhaftung mehrerer Führer der polnischen Minderheit in Weißrussland](#) wurden gestern in Grodno (im Nordwesten des Landes) zwei weißrussische Journalisten, die der polnischen Minderheit angehören und Mitglieder der Union der Polen in Weißrussland (ZPB) sind, Andrzej Pisalnik und seine Frau Iness Todryk-Pisalnik, unter dem Vorwurf der „Anstiftung zu ethnischen Unfrieden“ verhaftet, ein Vorwurf, der doch recht vage ist. Andrzej Pisalnik ist Direktor des Nachrichtenportals ZPB, [Znadniemna.pl](http://Znadniemna.pl).

### **Mehrere Verhaftungen in Weißrussland**

Die beiden Verhaftungen in Grodno fallen mit der Verhaftung von zwei Oppositionspolitikern – dem Vorsitzenden der oppositionellen Belarussischen Volksfront (BNF), Ryhor Kastusyou, und dem politischen Analysten Alexander Fyaduta – unter nicht näher bezeichneten Anschuldigungen zusammen.

### **Verlegung eines Panzerbataillons nach Biała Podlaska**

In diesem Kontext der Repression gegen die Opposition und [gegen die polnische Minderheit](#) in Weißrussland erfahren wir von der [Verlegung polnischer Truppen](#) der 18.

Division der 1. Panzerbrigade der polnischen Armee, die von Warschau an die weißrussische Grenze verlegt wurden.

*„Die Bildung eines mechanisierten Bataillons, das in Biata Podlaska eingesetzt werden soll, steht kurz vor dem Abschluss“,*

berichtete [bsblog.info](http://bsblog.info). *„Auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes ist bereits ein Containerlager im Bau, das an das Bataillon übergeben wird“*. Während die polnischen Behörden behaupten, dass diese Truppenbewegungen nichts mit den aktuellen Streitigkeiten mit Minsk zu tun haben, sieht die weißrussische Regierung die Dinge anders.

### **„Feindliche Aktivitäten“ der NATO**

In der Tat prangerte der weißrussische Generalstabschef, Generalmajor Viktor Gulewitsch, an diesem Mittwoch, dem 14. April – auf einer Sitzung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in Moskau *„die fortgesetzte Aktivität des NATO-Blocks in der Nähe der Grenzen von Russland und Weißrussland an: die Errichtung von Aufklärungs- und Transportzentren und die Verbesserung der militärischen Infrastruktur, insbesondere zur Aufnahme von Truppen und anderen Prozessen.“*

### **Hohe Spannung auch im Donbass**

Dieser starke Anstieg der Spannungen zwischen Polen und Weißrussland ist möglicherweise auch nicht unabhängig von der Situation im Donbass – den prorussischen Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die seit 2014 de facto von der Ukraine „unabhängig“ sind –, wo es seit einigen Wochen ebenfalls regelmäßig zu Waffenstillstandsverletzungen kommt, während Russland Berichten zufolge fast 40.000 Truppen an der ukrainischen Grenze massiert habe, bereit, „in die Ukraine einzumarschieren“ oder „den Donbass zu verteidigen“ – je nach dem Narrativ des einen oder anderen, während die Biden-Administration seit Wochen Öl ins Feuer gießt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](http://VISEGRÁD POST), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

**09) „Terroristischer Angriff“: Prag weist Diplomaten aus**

Tschechiens amtierender Außenminister **Jan Hamáček** wollte am Montag eigentlich nach Moskau reisen, um über Lieferungen des Corona-Impfstoffs Sputnik V zu verhandeln. Am vergangenen Freitag hieß es dann überraschend, der Minister fahre doch nicht, er sei momentan unabhkömmlich. Am Samstagabend wurde klar, weshalb die Reise tatsächlich abgesagt wurde: Der Minister informierte die Presse gemeinsam mit Regierungschef **Andrej Babiš** über einen in den nie ganz spannungsfreien Beziehungen zwischen Tschechien und Russland beispiellosen Vorgang. [Bitte sehen Sie hier den aktuellen Bericht aus dem „Landesecho“](#).

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 48, 2021*

*Wien/München, am 20. April 2021*

<http://landesecho.cz/index.php/home/1702-terroristischer-angriff-prag-weist-diplomaten-aus>



**„Terroristischer Angriff“: Prag weist Diplomaten aus**

Hans-Jörg Schmidt

18. April 2021



**Tschechien beschuldigt russische Spione, 2014 ein Munitionslager in die Luft gesprengt zu haben. Waren es dieselben wie beim Skripal-Anschlag?**

Tschechiens amtierender Außenminister Jan Hamáček wollte am Montag eigentlich nach Moskau reisen, um über Lieferungen des Corona-Impfstoffs Sputnik V zu verhandeln. Am Freitag hieß es überraschend, der Minister fahre doch nicht, er sei momentan unabhkömmlich.

Am Samstagabend wurde klar, weshalb die Reise tatsächlich abgesagt wurde: Der Minister informierte die Presse gemeinsam mit Regierungschef Andrej Babiš über einen in den nie ganz spannungsfreien Beziehungen zwischen Tschechien und Russland beispiellosen Vorgang.

Langwierige Ermittlungen hätten „eindeutige Beweise“ dafür geliefert, dass für die Explosion auf einem Munitionslager in Südmähren im Jahre 2014 zwei russische Militärspione verantwortlich gewesen seien. Die Regierung habe deshalb entschieden, 18 Angehörige der russischen Botschaft, die sich der Spionage widmeten, des Landes zu verweisen. Sie müssten innerhalb von 48 Stunden Tschechien verlassen.

### **Zwei Menschen starben**

„Tschechien ist ein souveräner Staat und muss auf diese nie dagewesenen Enthüllungen in entsprechender Form reagieren“, betonte Regierungschef Babiš. Auch Präsident Miloš Zeman teile das Vorgehen der Regierung. Diese Bemerkung war nicht unwichtig, weil Zeman als besonders Moskaufreundlich gilt.

Worum geht es? Im Oktober 2014 erschütterten schwere Explosionen die Gegend des Ortes Wirbietitz (Vrbětice). Zwei Menschen kamen bei den stundenlangen Detonationen von rund 50 Tonnen Munition ums Leben. Unweit des Ortes flog der Teil eines von privaten Rüstungsfirmen genutzten Munitionslagers in die Luft. Hunderte Minen und anderes Kriegsgerät waren dort verstaubt. Mehrere Ortschaften in der Umgebung mussten seinerzeit evakuiert werden. Tausende Soldaten waren in den zwei Jahren danach mit Aufräum- und Sicherungsarbeiten beschäftigt.

Ein paar Tage vor der Oktober-Explosion reisten die zwei Mitglieder des russischen Militärgeheimdienstes GRU, Anatoli Tschepiga und Aleksandr Mischkin, mit falschen Pässen von Moskau nach Prag, hielten sich in Mähren und auch in dem besagten Gebiet auf und hatten zudem offiziell eine Besichtigung der ganzen Anlage beantragt. Die Zusage dafür hatten sie für den Zeitraum vom 13. bis zum 17. Oktober 2014. Die Explosion im Munitionsdepot ereignete sich am 16. Oktober um 9.25 Uhr. Die Polizei hat noch keine direkten Beweise dafür, dass beide Männer den Komplex tatsächlich selbst betreten haben, hält diese Hypothese jedoch für höchst realistisch.

Den Ermittlern zufolge sollte das Kriegsgerät vermutlich nicht in dem tschechischen Lager, sondern erst später, während des Transports an seinen eigentlichen Bestimmungsort, vernichtet werden. Eingelagert war es auf Bestellung eines bulgarischen Waffenhändlers, bestimmt für die militärischen Konflikte in der Ukraine und in Syrien. Das geht aus Recherchen des Magazins Respekt hervor.

### **Fahndungsfotos veröffentlicht**

Die Prager Behörden veröffentlichten am Samstag auch Fahndungsfotos der Militärspione Tschepiga und Mischkin. Sie stimmen mit denjenigen von zwei Tatverdächtigen überein, die im Zusammenhang mit dem Nervengift-Anschlag auf den früheren britisch-russischen Doppelspion Sergej Skripal in Großbritannien gesucht werden. Die beiden russischen

Agenten sollen überdies gemeinsam mit einem dritten Spion versucht haben, den erwähnten bulgarischen Waffenhändler in Sofia und am Schwarzen Meer zu liquidieren.

Tschechische Politiker zeigten sich in ersten Stellungnahmen schockiert von den Informationen von Hamáček und Babiš. Petr Fiala, Chef der oppositionellen Bürgerdemokraten, sprach von einem „Akt des Staatsterrorismus gegenüber einem souveränen demokratischen Land“.

### **Politiker fordern EU-Gipfel**

Die Chefin der oppositionellen Partei TOP 09, Markéta Pekarová Adamová, sagte, „Russland hat sich bis heute nicht damit abgefunden, dass Tschechien nicht mehr Teil seiner Einflussphäre ist“. Wie andere Politiker forderte sie die Regierung in Prag auf, wegen des Vorgangs einen EU-Gipfel zu beantragen.

Aus Kreisen der Regierung wie der Opposition wurde verlangt, Russland sofort aus dem Kreis derjenigen auszuschließen, die das tschechische Atomkraftwerk in Dukovany ausbauen wollen.

In Moskau reagierte man umgehend auf die Ausweisung der Diplomaten. Prag sei sich sehr bewusst, was auf „solche Tricks“ folge, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

## **10) 30 Jahre Restitution – Gerichtsverfahren werden bis heute geführt**

Am 21. März 1991, also in der damaligen ČSFR, trat das Gesetz über die „außergerichtliche Rehabilitierung“ in Kraft. Dabei ging es um die Rückgabe von Immobilien und Grundstücken, die zwischen 1948 und 1989 durch die Kommunisten konfisziert oder verstaatlicht worden waren. Die sogenannte Restitution wurde zu einem bedeutenden Element der wirtschaftlichen Transformation in der Tschechoslowakei nach der politischen Wende.

[Bitte lesen Sie hier den ganzen Beitrag von „Radio Prag“.](#)

<https://deutsch.radio.cz/30-jahre-restitution-gerichtsverfahren-werden-bis-heute-gefuehrt-8713130>

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 45, 2021*

*Wien, am 14. April 2021*

30 Jahre Restitution: Gerichtsverfahren werden bis heute geführt

28.03.2021



*Illustrationsfoto: Tama66, Pixabay / CC0*

Am 21. März 1991 trat das Gesetz über die „außergerichtliche Rehabilitierung“ in Kraft. Dabei ging es um die Rückgabe von Immobilien und Grundstücken, die zwischen 1948 und 1989 durch die Kommunisten konfisziert oder verstaatlicht worden waren. Die sogenannte Restitution wurde zu einem bedeutenden Element der wirtschaftlichen Transformation in der Tschechoslowakei nach der politischen Wende.



*Illustrationsfoto: Tschechisches Fernsehen*

Entsprechende Objekte musste nicht nur der Staat zurückerstatten, sondern auch die aktuellen Eigentümer, die diese während der kommunistischen Herrschaft käuflich erworben hatten. Erschwert wurde die Rückgabe in vielen Fällen durch die Bedingung, dass der Begünstigte in der ČSFR und später in der Tschechischen Republik einen dauerhaften Wohnsitz haben musste. Das wurde 1994 vom Verfassungsgericht aufgehoben. Weiter ausschlaggebend blieb aber die tschechische Staatsbürgerschaft.

In den Gerichtsstreits, die seitdem geführt werden, verweisen Antragsteller aus dem Ausland allerdings häufig auf die entsprechende Staatsangehörigkeit des ursprünglich enteigneten Besitzers. Bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gelangte das Verfahren der Familien Gratzinger und Poláček, bei dem es um ein Haus in Liberec / Reichenberg und ein Wochenendhaus in Pyšely / Pischel ging. Die tschechischen Behörden lehnten die Rückerstattung ab, weil die Antragsteller die amerikanische Staatsbürgerschaft hatten. Das Straßburger Gericht bestätigte diese Entscheidung.



Hugo Salm (rechts).

*Foto: Carl Pietzner, Archiv des tschechischen Nationalen Denkmalinstituts*

Bis heute nicht beigelegt ist hingegen ein Rechtsstreit der Nachkommen von Graf Hugo Salm. 1997 wurde vom Prager Stadtgericht anerkannt, dass ihm nach dem Zweiten Weltkrieg die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zugesprochen wurde. Allerdings verstarb Salm, bevor der Beschluss in Kraft treten konnte. Deswegen sahen 2002 sowohl

das tschechische Innenministerium als auch der Oberste Verwaltungsgerichtshof die Bedingung als nicht erfüllt an. Drei Jahre später verwarf das Verfassungsgericht wiederum diese Entscheidung. Trotzdem bestand das Innenministerium 2006 auf seinem Standpunkt und erkannte Salm rückwirkend die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft ab. Seitdem ruht das Verfahren, bei dem es um 6000 Hektar Grundstücke und Wald sowie das Schloss Rájec nad Svitavou / Raitz geht. Die Salm-Nachkommen warten derzeit auf eine weitere Entscheidung des Verfassungsgerichtes.



Palais Lobkowitz.- Foto: *Roman Boed*, CC BY 2.0

Diese Einrichtung hat im März 1999 auch einen Teil des Restitutionsgesetzes gekippt, der bis dahin die Rückgabe von nationalen Kulturdenkmälern verhinderte. Daraufhin wurde etwa das Palais Lobkowitz auf dem Prager Burggelände den Nachkommen der Familie übertragen.

Autor: [Radio Prague International](#)

## 11) Ihr einziges Vergehen war ihre Geburt als Ungarn

13. 04. 2021



Ungarn erinnert sich an die Deportierten aus Oberungarn (heute Slowakei) · Bildquelle: Visegrád Post

**Seit einer einstimmigen Abstimmung durch das ungarische Parlament im Jahr 2012 ist der 12. April der Tag des Gedenkens an die aus Oberungarn (heute Slowakei) deportierten Ungarn. Die Beneš-Dekrete, die dem (damaligen) tschechoslowakischen Staat trotz des Beitritts der Nachfolgestaaten zur Europäischen Union die notwendige Rechtsgrundlage für diese ethnische Säuberung lieferten, sind jedoch weiterhin Teil der tschechischen und slowakischen Gesetzgebung.**

Heute erinnert Ungarn an die mehr als 100.000 Ungarn aus Oberungarn, die vor 74 Jahren aufgrund der Beneš-Dekrete ihrer Staatsbürgerschaft, ihres Landes und ihres Eigentums beraubt wurden und gezwungen waren, das Land, in dem sie geboren wurden, aufzugeben. Nach der Wiederherstellung der Tschechoslowakei am Ende des Zweiten Weltkriegs machte das Regierungsprogramm von Košice vom 5. April 1945 ethnische Ungarn und Deutsche gemeinsam für die „Zerstückelung des Landes“ verantwortlich. Unter den zwischen Mai und Oktober von Präsident Edvard Beneš zwischen 1946 und Oktober verabschiedeten Dekreten, die 1946 in den Rang eines Gesetzes erhoben wurden, hatten 33 die direkte oder indirekte Wirkung, die Rechte der Bürger dieser beiden ethnischen Gruppen einzuschränken. Unter dem Zeichen dieser Dekrete hat die Tschechoslowakei erstmals 36.000 ihrer Bürger ausgewiesen, die vor 1938 hatte die ungarische Staatsbürgerschaft inne, die Ungarn in Bratislava, Košice und Komarno interniert und ihre Häuser beschlagnahmt. Im Rahmen des mit einem Ungarn unter sowjetischer militärischer Besatzung geschlossenen Bevölkerungsaustauschabkommens konnten die tschechoslowakischen Behörden so viele ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie sahen, dass ethnische Slowaken freiwillig Ungarn verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden. Im Rahmen des mit einem Ungarn unter sowjetischer militärischer Besatzung geschlossenen Bevölkerungsaustauschabkommens konnten die tschechoslowakischen Behörden so viele

ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie sahen, dass ethnische Slowaken freiwillig Ungarn verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden. Im Rahmen des mit einem Ungarn unter sowjetischer militärischer Besatzung geschlossenen Bevölkerungsaustauschabkommens konnten die tschechoslowakischen Behörden so viele ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie sahen, dass ethnische Slowaken freiwillig Ungarn verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden. Die tschechoslowakischen Behörden konnten so viele ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie die Ankunft ethnischer Slowaken sahen, die Ungarn freiwillig verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden. Die tschechoslowakischen Behörden konnten so viele ethnische Ungarn nach Ungarn deportieren, wie sie die Ankunft ethnischer Slowaken sahen, die Ungarn freiwillig verließen. Trotz der Erwartungen der Regierung in Prag, die eine systematische Kampagne zur Förderung der Einwanderung unter ethnischen Slowaken in Ungarn leitete, waren die Freiwilligen insgesamt nur 59.774, während 76.616 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn deportiert wurden.

Es war am 12. April 1947, als der erste Zug, der deportierte Ungarn transportierte, abfuhr – der letzte am 5. Juni 1949; Zwischen diesen beiden Daten wurden fast täglich Transporte von zur Ausweisung bestimmten Familien nach Ungarn durchgeführt, die mit ihrem beweglichen Eigentum in Züge verladen wurden. In der Zwischenzeit wurde auch das Programm der „Restslowakei“ ins Leben gerufen, um „den im Laufe der Jahrhunderte magyarisierten Slowaken die Möglichkeit zu geben, den Busen ihrer Mutter Nation wiederzugewinnen“; In der Praxis gab es den Ungarn in Oberungarn die Möglichkeit, der Beschlagnahme ihres Eigentums und der Deportation zu entgehen, indem sie den Status eines Bürgers wiedererlangten. Von den 423.000 Ungarn, die im Rahmen dieses Programms eingeschüchtert und bedroht wurden, einen Antrag stellten, erkannten die Behörden 327.000 als Slowaken an.

Während der Pariser Friedenskonferenz hätte die Tschechoslowakei, die die volle Unterstützung der Sowjetunion genoss, sogar die einseitige Abschiebung der zweihunderttausend Ungarn erhalten wollen, die nach der Restslowakei und dem Bevölkerungsaustausch noch auf ihrem Territorium anwesend waren, aber dieser Vorschlag traf zu mit einem amerikanischen Veto. Einige tausend Ungarn blieben einige Zeit in slowakischen Arbeitslagern interniert – tschechische Historiker bezifferten ihre Zahl auf 30.000 bis 40.000, während die sudetendeutschen Ligen von einer Viertelmillion sprechen.

Der kommunistischen Machtergreifung im Februar 1948 folgte eine gewisse Lockerung. Nach dem Gesetz vom 25. Oktober 1948 wurde den ethnischen Ungarn, die sich bereit erklärten, dem Staat einen Treueid zu leisten, die Staatsbürgerschaft zurückgegeben. Die unter Zwang erhaltenen Restslowakisierungserklärungen wurden jedoch erst 1954 aufgehoben.

Nach dem Fall des Kommunismus fanden die Aufhebung der Beneš-Dekrete und die Rückgabe von beschlagnahmtem Eigentum weder Eingang auf die Tagesordnung der Tschechoslowakei noch der von 1993 getrennten tschechischen und slowakischen Staaten. Mit Beschluss vom 20. September 2007 Das slowakische Parlament stellte sogar fest, dass

„Eigentumsrechte und andere Rechte, die sich aus Dekreten ergeben, nicht in Frage gestellt werden können und nicht aufgehoben oder geändert werden können“.

In einem am 3. Dezember 2012 angenommenen Text erklärte das ungarische Parlament, dass es ein würdiges Gedenken an das Schicksal der aus der Tschechoslowakei vertriebenen und aufgrund der Beneš-Dekrete nach Ungarn deportierten Ungarn für notwendig hielt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR NEMZET](#)\* und in deutscher Übersetzung bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

\*) Magyar Nemzet, gegründet 1938, ist Ungarns führende konservative Tageszeitung. Sie steht der Regierung von Viktor Orbán nahe.

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

## 12) Meinungsfreiheit: Aufregung in Ungarn

Von Rainer Ackermann

09. 04. 2021



Ungarns Außenminister Péter Szijjártó - Fotoquelle: dailynewshungary.com

Der durch den Rauswurf von Torwarttrainer Zsolt Petry beim Bundesligisten Hertha BSC ausgelöste Schlagabtausch geht weiter. Der Staatssekretär des Außenministeriums, Levente Magyar, bestellte den Gesandten der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest zu sich ein. Das Gespräch drehte sich um den hohe Wellen schlagenden Fall der „Entlassung eines ungarischen Staatsbürgers durch seinen deutschen Arbeitgeber“. Die ungarische Regierung sei empört, dass in Deutschland jemand existenziell bedroht werde, der von seinem Recht der freien Meinungsäußerung im vorgegebenen gesetzlichen Rahmen Gebrauch macht. Deutschland und Ungarn hätten unmittelbare geschichtliche Erfahrungen mit dem zur Perfektion getriebenen Meinungsterror gemacht.

### **Maske geheuchelter Meinungsfreiheit fällt**

Außenminister Péter Szijjártó echauffierte sich über die „Aufregung“ in Österreich, nachdem das ungarische staatliche Nachrichtenfernsehen M1 eine Journalistin aus Österreich „kritisierte“. „Langsam lassen sie die Maske der geheuchelten Medien- und Meinungsfreiheit fallen“, schrieb der Politiker auf Facebook. „Wenn ein Fußballer erklärt, die Familie ist eine Familie, dann darf er das, wenn aber einer Stellung zu Familie und Migration entgegen dem liberalen Mainstream bezieht, wird er gefeuert. Die liberale Journalistin darf seelenruhig Fake News über ein Land verbreiten, aber sobald sie von einem anderen Journalisten dafür kritisiert wird (der also auch nur seine Meinung wiedergibt), dann ist das ein Angriff auf die

Pressefreiheit.“ Szijjártó schließt seinen Beitrag mit dem Hinweis: „Tja, meine lieben Freunde, zwei Patzer binnen weniger Tage, einfach lächerlich...“

**„Wir werden nicht aufhören“**

Der ungarische Außenminister habe seine Position in dieser Weise gegenüber seinem österreichischen Amtskollegen kundgetan, hieß es weiter. Alexander Schallenberg reagierte derweil auf Twitter: „Kritische Fragen zu stellen ist Kernaufgabe von Medien.“ Er nahm die Journalistin Franziska Tschinderle vom Magazin „Profil“ in Schutz, die drei Fragen an EU-Abgeordnete des Fidesz gerichtet hatte. Sie wollte Informationen zu der neuen konservativen europäischen Parteienallianz erhalten, die Abgeordneten fühlten sich durch die Fragen jedoch provoziert und leiteten diese an die M1-Redaktion weiter. Wie diese mit der Journalistin in einem 3-minütigen Beitrag umspring, bezeichnete der Außenminister Österreichs als „unvertretbar“. Tschinderle selbst bekräftigte nach dem Vorfall ihre Überzeugung: „Hier geht es nicht um uns, sondern um die Kollegen in Ungarn, die Solidarität verdienen. Wir werden nicht aufhören, über den Niedergang der Demokratie in unserem Nachbarland zu berichten.“

**BUDAPESTER ZEITUNG** Dieser Beitrag erschien zuerst in der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

13) Freiheit, wie sie es meinen  
Von Irén Rab

20. 04. 2021



Bildquelle: Ungamreal

Eines frühen Spätwintermorgens **ging der Dichter zur Arbeit**. Er hüllte sich bibbernd in seinen Mantel ein und an der Bushaltestelle blies ihm der eisige Wind ins Gesicht. Der Bus war voll, die Passagiere starrten sich mit grauen, müden Gesichtern an. Dieser weitere Tag eines monotonen Lebens barg überhaupt keine neue Chance in sich, er war bloß die Fortsetzung der Hoffnungslosigkeit. Die vorbeiziehenden schäbigen Wände der Häuser waren mit Plakaten übersät und ihre Botschaft brannte in des Dichters Bewusstsein. Die Stadt war von Lügen und Hetze bedeckt, die ihn an die furchtbarsten Perioden des 20. Jahrhunderts erinnerten. Wenn Sie hier aufgewachsen sind, haben Sie keine Wahl, denn das ist Teil des Stadtbildes, **das ist Budapest**. Der Dichter selbst konnte nicht viel von den schrecklichen Zeiten des 20. Jahrhunderts erlebt haben. Er wurde 1969 geboren, sein Lebensweg war bis jetzt aalglatt, nicht mit unebenen Steinen gepflastert.

Nach seinem Abitur ging er an die Universität, er konnte studieren, was er wollte, dann kamen viele Stipendien, von Soros bis zum Bolyai, PhD und Habilitation, und dann die Professur. Er eilt jetzt dorthin, zur Universität, durch diese schrecklich unterdrückte Stadt, die unter der Orbán-Diktatur ächzt. Irgendwie muss man ja überleben, bis all dies verschwindet, bis die neue Freiheit, die man sich vorstellt, endlich ankommt und natürlich muss man auch die resignierte, ihrer Hoffnung beraubte Menge vertreten, auch ihretwegen kann man sich dieser Welt nicht unterwerfen.

**Als Lehrer vertritt der Dichter auch seine Studierenden**, vertraut ihnen, offenbart seine Zweifel, Gedanken und Erfahrungen im Unterricht. Allerdings ist **seine Sicherheit an der Universität Budapest bedroht**, da er nicht wissen kann, ob ein Informant unter den

Studenten sei, wie viele Menschen der von den Dienern der Diktatur angekündigten **#MeToo Kampagne** auf den Leim gegangen sind.

Es geht dabei nicht um sexuelle Belästigung, sondern um **universitäres Mobbing**, wenn „*dein Professor mit seinen politischen Ansichten Gewalt über dich ausübt*“. Als ich auf der Uni war, noch im verdammten Sozialismus, gab es kein #MeToo, die meisten von uns waren froh, dass wir überhaupt hinkamen und lernen durften! Aber ich erinnere mich, dass es damals sehr wohl geheime Petzer gab und

*der Professor sofort zum Untersuchungsausschuss der Parteigenossen gezerrt wurde, wenn er nicht der Linie der Partei gefolgt ist oder es gewagt hätte, das System zu kritisieren.*

Die Folgen für ihn hingen davon ab, ob er in der Lage war, ausreichende Selbstkritik zu üben.

Unser **Dichter-Professor schrieb einen Meinungsartikel für die Frankfurter Allgemeine Zeitung**. Im literaturähnlichen Stil artikulierte er zunächst wirkungsvoll seine eigenen Ängste, dann wechselte er dazu über, wie diese **ziselierte Angst in Ungarn in die Welt von Bildung, Wissenschaft und Kultur hineinsickert**. Die herrschende Macht behandle diese Werkstätte – der Geist – als das letzte Schlupfloch der politisch schwach gewordenen Linken ohne moralische Glaubwürdigkeit. Nach ihrer Auffassung würden in den Sälen nicht **Universitätsprofessoren**, sondern linke Provokateure, Agitatoren, Aktivisten wirken, die **sich überhaupt nicht um die wissenschaftliche Wahrheit kümmern**.

*All diese Erfahrungen müssen natürlich mit deutschen Lesern unbedingt geteilt werden, auch sie müssen ja wissen, was in Ungarn geschieht, sie müssen die Natur von Viktor Orbáns Machtausübung kennen, wie er als Cipolla in Thomas Manns Novelle die existierende Realität verändere!*

In Ungarn habe sich die Interpretation von Freiheit und Souveränität geändert, ersetzt durch freien Raub und Populismus. Diejenigen, **die hier ihre Stimme gegen das System erheben, können damit rechnen, dass ihre Existenz in dieser Welt eliminiert werde und sie selbst verrotten würden**. Unser Dichter ist auch beleidigt darüber, dass Orbán sogar die vielfältige ungarische Sprache gestohlen und entleert und die Begriffe durch zynische, eindimensionale Idiome ersetzt habe. Die Orbán-Sprache sei ohne Humor und voller Gegensätze.

In diesem Meinungsartikel der F.A.Z. vor zwei Jahren zog der Dichter-Autor einen riesengroßen Bogen vom Einzigartigen zum Allgemeinen, von Budapest nach Brüssel. „*Als die Statuten der Gemeinschaft einmal aufgestellt wurden, glaubte niemand, dass eines Tages ein totalitäres Regime in Europa erscheinen würde.*“

*Unser Dichter hat die Pflicht, die Führer der Europäischen Union aufzuklären, sie aufzufordern, den ungarischen Ministerpräsidenten in demokratischen Grundwerten aufzuklären und diese auch „ohne Pardon“ durchzusetzen.*

Das Geld der westeuropäischen Steuerzahler muss ja wirksam davor geschützt werden, von der für Osteuropa so sehr typischen Korruption absorbiert zu werden!

Am Ende des Artikels finden wir uns im Vorlesungssaal wieder, der lang gereiste Gedanke ist gereift, unser Dichter weiß bereits, was zu tun ist. „Wir sind hier, stehen voreinander, das

ist unsere Geschichte, und **wir müssen uns die Sprache zurückholen, um erzählen zu können, was um uns vor sich geht.**”

**Ich habe dieses clever-bösartige Stück vor genau zwei Jahren, im März 2019, gelesen, und ich schiebe es seitdem vor mir hin, weil ich darauf reagieren muss.** Zu Hause gab es keine Resonanz, bei den deutschen Lesern auch nicht viel.

*„Freiheit, wie wir sie meinen“, war der Titel des Werkes, und ich speicherte es in meinem Ordner namens “Verräter” ab. Masochistisch, wie ich bin, sind hier die in der deutschen Presse veröffentlichten Schriften, in denen meine Landsleute uns diskreditieren, unser gemeinsames Land verraten, aufgehoben. Verraten aus falsch interpretierter Oppositionshaltung, persönlichem Beleidigtsein, hasserfüllter Erregung.*

Mit einem konservativen Ansatz ist es äußerst schwierig, in **die westlichen Medien** zu gelangen, aber sie **empfangen die sogenannten Progressiven, welche die ungarische Regierung, die nationale Politik kritisieren mit offenen Armen.** Diejenigen, die jederzeit bereit sind, mit falsch interpretierter Oppositionshaltung ein bisschen zu denunzieren, sei es über die Reformen des Bildungswesens, der Hochschulbildung, des Theaters oder des Gesundheitswesens (das sind übrigens alles innere Angelegenheiten eines Staates), wichtig ist dabei, mit jedem Umweg einmal **zum Rechtsstaatlichkeitsmantra zu gelangen.**

*Auf dieses heiße Eisen wird so lange eingepregelt, als Ungarn eine nationalkonservative Regierung hat.*

Ich erinnere mich noch gut an die acht Jahre linker Regierungen in Ungarn: Damals gab es keine Probleme in der Westpresse, weil sie die liberalen europäischen Taschen mit dem ausverkauften nationalen Vermögen vollgestopft hatten.

Ich weiß nicht, **wie sich Gábor Schein gefühlt hat – denn er ist der Autor des hier beschriebenen Artikels** –, als er seine Kunden mit dem für ihn charakteristischen hohen Standard bediente? Hatte er das Gefühl, dass dies eigentlich eine moralisch vertretbare Tat gewesen sein soll? Schließlich tat er nichts anderes, als das, worüber er geschrieben hat, wohl von der anderen Seite: **Er lieferte den Verrat auf Bestellung, über die Grenze.** Das ist das politische #MeToo. Belohnt wurde er mit seinem Roman, der 2019 auf der Frankfurter Buchmesse auf Deutsch erschienen ist. Ein weiteres Buch von ihm ist vor kurzem hier in Ungarn erschienen und seine Gedichte werden in Budapest und Berlin von den antifaschistischen Demokraten zitiert.

*Während der Orbán-Diktatur veröffentlichte er fünf Prosa- und zwei Gedichtsbände, die mit verschiedenen Autorenpreisen ausgezeichnet wurden. Er unterrichtet immer noch in Vollzeit moderne ungarische Literatur an der Eötvös Lorand Universität. Er kann weiterhin seine unmaskierten Gedanken und Zweifel mit den Studenten teilen, und niemand wird ihn dafür jemals belangen. Es gab in Ungarn auch keine Retorsionen für seinen den ungarischen Ministerpräsidenten und die ungarische Politik verunglimpfenden und Ungarn diskreditierenden Artikel.*

Warum auch? **In Ungarn steht es jedem frei, seine Meinung zu äußern, die Regierung oder die Opposition zu diffamieren, und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind durch kein Gesetz geschützt. Aufgrund seiner politischen und privaten Meinung**

**wird niemand entlassen.** Es gibt keinen Diversity-Codex, der vorschreibt, wie wir unsere Meinung äußern dürfen. **Es gibt nur einen ungeschriebenen Ehrenkodex**, und jeder interpretiert ihn auf seine Weise. Er hatte das Recht dazu, aber man sollte wissen, dass jeder mit seiner Meinung vor allem sich selbst charakterisiert.

---

# MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Die Autorin, Dr. phil Irén Rab ist Kulturhistorikerin.

Übersetzung von Dr. med. dent. Andrea Martin.

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

## 14) Rumänien zahlt Entschädigung für Hinterbliebene von Verfolgungsopfern

Lm. Dr. Frey übersandte uns einen [Bericht der „Hermannstädter Zeitung“](#), wo die Rede von Entschädigungszahlungen für Hinterbliebene von Verfolgungsopfern ist – beispielgebend...

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 48, 2021

Wien/München, am 20. April 2021

Seite 3

### Entschädigung für Hinterbliebene von Verfolgungsopfern

**Gesetzeslage (Stand Februar 2021)**

Das Dekret-Gesetz 118/1990 <http://legislatie.just.ro/Public/DetaliuDocument/60114> wurde im Jahr 2020 erweitert durch Gesetz 130/2020 <http://legislatie.just.ro/Public/DetaliuDocument/Afis/227836> (im Amtsblatt Nr. 623/15.07.2020 veröffentlicht) und danach durch Gesetz 232/2020 <http://legislatie.just.ro/Public/DetaliuDocument/Afis/232660> (im Amtsblatt Nr. 1036/5.11.2020 veröffentlicht). Durch diese Gesetze hat Rumänien die monatlichen Entschädigungszahlungen auf die Hinterbliebenen (Witwen/Witwer und Kinder) von Deportierten, Zwangsrekrutierten und anderen Opfern des Kommunismus ausgeweitet.

#### Anspruchsberechtigte

Gesetz 232/2020 <http://legislatie.just.ro/Public/DetaliuDocument/Afis/232660> betrachtet folgende Personen als anspruchsberechtigt und enthält u.a. folgende Änderungen zu den Leistungsregelungen:

- Art. 5, Abs. 1 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:  
Die Ehegatten von verstorbenen Verfolgungsopfern, die nach dem Ableben der Verfolgten nicht erneut geheiratet haben, haben Anspruch auf eine monatliche Entschädigungszahlung von 700 Lei.
- Art. 5, Abs. 5 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:  
Die Kinder von Verfolgten haben Anspruch auf eine monatliche Entschädigungszahlung von 500 Lei.
- Leistungsberechtigt sind auch Kinder jener Verfolgten, die keine Leistungen nach dem Dekret bezogen haben, obwohl sie das Recht dazu gehabt hätten.
- Art. 5, Abs. 6 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:  
Kinder, die zum Zeitpunkt der Verfolgung eines Elternteils minderjährig waren, als auch Kinder, die während der Verschleppung geboren wurden, haben Anspruch auf eine Leistung in gleicher Höhe wie der verschleppte Elternteil, berechnet nach den Vorschriften zum Zeitpunkt der Antragstellung durch das Kind.
- Art. 5, Abs. 7 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:  
Kinder, die erst nach der Beendigung der Verfolgung eines Elternteils geboren wurden, haben Anspruch auf 50 % der Leistung für den verschleppten Elternteil, berechnet nach den Vorschriften zum Zeitpunkt der Antragstellung durch das Kind.
- Art. 5, Abs. 8 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:  
Kinder, die sowohl selbst betroffen waren (z.B. deportiert wurden oder während der Maßnahme geboren wurden), als auch unter Art. 5 Absätze 5-7 fallen (also Ansprüche nach einem verstorbenen Elternteil haben), erhalten nur eine von mehreren möglichen Entschädigungen, und zwar die höhere.
- Art. 5, Abs. 9 des Gesetzes 118/1990 wird folgendermaßen verändert:  
Kinder, deren beide Eltern Opfer einer Verfolgungsmaßnahme waren, erhalten nur eine Entschädigungsleistung und zwar die höhere.

die höhere.

- Art. 7 wird folgendermaßen verändert:

Entschädigungsleistungen nach diesem Gesetz werden bei Prüfung der Einkommensgrenzen für Zahlungen von Wohngeld, Stipendien für Schüler und Studenten oder Sozialhilfen nicht angerechnet und werden bei keiner anderen Leistung oder von keinen anderen Renten abgezogen. Die Leistungen sind steuerfrei.

#### Antragsverfahren

Das Antragsverfahren verläuft bei zwei Behörden: AJPIS (Agenția Județeană pentru Plăți și Inspecție Socială) und beim Kreisrentenamt CJP (Casa Județeană de Pensii).

Zuerst ist ein formeller Antrag an die AJPIS (Agenția Județeană pentru Plăți și Inspecție Socială) erforderlich. <http://bucuresti.mmanpis.ro/procedura-dl-118-1990/>

Die Anträge an die AJPIS können persönlich oder durch einen Bevollmächtigten bei der AJPIS in dem Landkreis, in dem der Antragsteller seinen Wohnsitz hat, eingereicht werden. Die Anträge können auch mit der Post (Vorsicht: keine Originaldokumente schicken) oder per E-Mail an die E-Mail-Adresse der jeweiligen territorialen Agenturen geschickt werden. <http://bucuresti.mmanpis.ro/despre-apismb/alte-agentii-teritoriale/>

Für die Unterlagen, die als Kopie versandt werden, müssen im Nachhinein die Originaldokumente vorgelegt oder eine beglaubigte Kopie eingereicht werden.

Diese Informationen in deutscher und rumänischer Sprache sind auch auf der Webseite des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien zu finden unter [www.fdgr.ro](http://www.fdgr.ro)

## A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

### 01) Was wussten die Deutschen?

Von Prof. Dr. Alfred de Zayas

15. 04. 2021



Detail-Justitia\_von\_Nordwesten-20110411.  
jpg Attribut: Bildautor Roland Meinecke

[https://commons.wikimedia.org/wiki/Commons:GNU\\_Free\\_Documentation\\_License,\\_version\\_1.2](https://commons.wikimedia.org/wiki/Commons:GNU_Free_Documentation_License,_version_1.2)

76 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 74 Jahre nach Verkündung des Nürnberger Urteils bleibt der Holocaust ein kaum zu begreifendes Megaverbrechen, einzigartig im Nihilismus, in der missionsartigen Durchführung, in den Mechanismen der Tarnung und Geheimhaltung, schließlich in seiner Bedeutung für die deutsche Identität und seinen Implikationen über das deutsche Problem hinaus.

Eine Anzahl Studien ist darüber veröffentlicht worden, jedoch erweisen sie sich in mancherlei Hinsicht als unbefriedigend, da wichtige Fragen nicht gestellt, ungenügend untersucht oder anachronistisch interpretiert werden. Besonders umstritten ist die Frage des „Wissens“ bei den Beamten, Soldaten, bei der Bevölkerung. War der Holocaust ein „offenes Geheimnis“, wie manche Historiker postulieren?

Alle Erwachsenen, die 1933–1945 im Reich lebten, wussten, dass das Regime eine virulente antijüdische Haltung vertrat, die im Gefolge der „Machtergreifung“ offen und gewaltsam hervortrat. Die Nürnberger Gesetze von 1935 waren bekannt; viele wurden

Zeugen der Reichskristallnacht vom 09. November 1938. Viele hörten die drohende Rede Hitlers vom 30. Januar 1939. Muss der Historiker daraus folgern, dass der Durchschnittsdeutsche auch über die „Endlösung“ Bescheid wusste, oder dass er damit einverstanden war? Beinhaltet das Wissen, dass das Regime antijüdisch gesinnt war, auch notwendigerweise das Wissen von den Ungeheuerlichkeiten, die sich in den Jahren 1941–45 vor allem in Territorien außerhalb des Reichs ereignet haben? Im Laufe des Krieges hat eine Anzahl Deutscher zweifellos von Mosaiksteinen des Horrors erfahren. Aber die gelegentliche Beobachtung, dass jüdische Mitbürger einen gelben Stern trugen oder dass während des Krieges jüdische Mitbürger abgeholt wurden, ist etwas wesentlich anderes als das Wissen, dass ein Plan vorlag, diese Menschen zu ermorden. Man muss sich in die Zeit versetzen. Das Leben im Reich – unter ständigen Bombardierungen aus der Luft und durch andere Gefahren und Denunziantentum erschwert – war mit schweren Sorgen belastet. Jede Familie hatte Angehörige an der Front. Wie hoch war die Bereitschaft, auf Indizien zu reagieren? War eine psychologische Fähigkeit, diese Indizien zu erkennen, überhaupt vorhanden?

Zur Verdeutlichung des Problems: In Amerika wurden etwa 120.000 Nachbarn japanischer Herkunft und etwa 30.000 Menschen deutscher und italienischer Abstammung von ihren Häusern abgeholt und in diverse Lager in Amerika abtransportiert, wo sie viele Internierungsjahre verbrachten. Es war unmenschlich, sogar gesetzwidrig, aber kein Amerikaner, der mitangesehen hat, dass sein Nachbar abgeholt wurde, kein Amerikaner, der die Züge oder Busse gesehen hat, hat jemals gedacht, dass diese Menschen ermordet werden könnten. Man müsste schon paranoid oder verrückt sein, um zu vermuten, dass der Abtransport von Menschen in Lager mit Völkermord gleichzusetzen sei. Jeder in Amerika hat gedacht, dass die Japaner und Deutsche aus Gründen der nationalen Sicherheit irgendwohin gebracht werden sollten. Nun waren die Vereinigten Staaten in den 40er Jahren eine verhältnismäßig offene Demokratie, wo man hätte protestieren können, jedoch haben nur wenige Amerikaner jemals nach dem Wohlergehen der Deportierten gefragt. Keiner macht die amerikanische Bevölkerung für dieses Versäumnis oder für den mangelnden Widerstand verantwortlich. Zum Vergleich war Deutschland keine Demokratie, sondern eine totalitäre Diktatur, wo Kritik, insbesondere alles, was als „Wehrkraftzersetzung“ galt, mit Gefängnis, Zuchthaus oder KZ, ja mit dem Tod bestraft wurde, so wie in allen Zwangsregimes, wo die Bevölkerung eingeschüchtert ist, und nur wenige es wagen nachzufragen.

Einige Deutsche, die Kenntnis über den Holocaust erlangten, befanden sich bereits in Opposition oder gingen gerade deshalb in den Widerstand. Ein wichtiges Zeugnis des „Wissens“ stammt von Helmuth James Graf von Moltke, der im Amt Ausland/Abwehr bei Admiral Canaris arbeitete. Auch wenn man vermuten könnte, dass Moltke wegen seiner dienstlichen Position sehr viel mehr hätte wissen müssen, scheint auch er nur Bruchteile des Horrors erfahren zu haben. In einem Brief an seinen Freund, Professor Lionel Curtis von All Souls College, Oxford, datiert vom 25. März 1943 – also zu einem Zeitpunkt, in dem die Massenmorde in den Vernichtungslagern schon etwa ein Jahr in Gang waren, bringt Moltke sein Entsetzen über die Morde zum Ausdruck:

*„Selbst in Deutschland wissen die Menschen nicht, was vor sich geht. Ich glaube, dass mindestens neun Zehntel der Bevölkerung nicht weiß, dass wir Hunderttausende von Juden ermordet haben. Sie glauben immer noch, dass die Juden abgesondert irgendwo ein Leben führen, genauso wie früher auch, nur etwas weiter im Osten ... vielleicht etwas ärmlicher, aber ohne Luftangriffe. Wenn Sie diesen Menschen sagen würden, was wirklich geschehen ist, würden sie antworten: Sie sind halt ein Opfer der britischen Propaganda: Erinnern Sie sich doch nur einmal, welche lächerliche Dinge [gemeint sind ‚abgehackte Kinderhände‘] die Briten über unser Vorgehen in Belgien 1914 bis 1918 abgesondert haben.“*

Weiter berichtet Moltke im Brief:

*„Wir haben vom Bau eines großen Konzentrationslagers in Oberschlesien gehört, welches für 40–50000 Personen angelegt ist, von denen monatlich 3–4000 getötet werden sollen. Aber selbst ich bekomme alle diese Informationen nur in recht vager, undeutlicher und ungenauer Form, obwohl ich mich ja bemühe, so etwas herauszufinden.“*

Bereits in den 70er Jahren begann ich, in der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg und im Bundesarchiv nach Indizien und Beweise zu suchen. Ich befragte Zeitzeugen, u.a. Holocaust Überlebende, Widerstandskämpfer, aber auch Wehrmachtssoldaten, Diplomaten, und Beamte. Sehr aufschlussreich war etwa ein Interview mit Botschafter a.D. Dr. Werner von Hentig, der Kenntnis von Judenerschießungen der SS in Nikolajew erhalten hatte. 1975–79 leitete ich ein DFG-Projekt am Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen mit der Aufgabe, 226 Aktenbände der Wehrmacht Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts (eine Behörde in der Wehrmachtrechtsabteilung) auszuwerten. Zwei Arbeitstagungen in Göttingen und Köln wurden in 1977 und 1978 gehalten, in denen auch das Wissen, Wissen-können, und Wissen-wollen der „Endlösung“ erörtert wurde, mit dem Ergebnis, das man generell erkannte, dass die Geheimhaltung weitgehend erfolgreich gewesen war, auch wenn es zugegebenermaßen Gerüchte, Feldpostbriefe, und Auslandssender gab.

### **Nürnberger, Auschwitz und Treblinka Prozesse**

Was belegen die Nürnberger Akten über das „Wissen“ bei den Beamten, Soldaten, der Bevölkerung, den Opfern? Man erfährt, dass die „Endlösung“ geheime Reichssache war. Wie erfolgreich war die Geheimhaltung? Es gab aber immerhin Gerüchte, Feldpostbriefe, ausländische Radiosendungen. Wie viele Menschen haben gewusst und was haben sie getan, bzw. tun können? In den NS-Prozessen bemühte sich die Anklage, festzustellen, wer, was, wann und wieviel wusste. Tausende SS- und Wehrmacht-Dokumente, Akten des Innenministeriums, Auswärtigen Amtes wurden dem Gericht vorgelegt. Die Akten enthalten auch die Antworten von Zeitzeugen, belasteten und unbelasteten. Ihre Zeugnisse wurden von der Anklage und Verteidigung hinterfragt. Das Gericht versuchte, den Kreis der Wissenden zu beweisen, jedoch wurde dies nur bei wenigen in den Urteilen festgehalten. Die Ergebnisse meiner eigenen Forschung decken sich mit dem Votum des amerikanischen Richters Leon Powers im XI. Nachfolgeprozess (Wilhelmstrassen-Prozess):

*„Das Beweismaterial hat gezeigt, dass das Ausrottungsprogramm unter strengster Geheimhaltung gehandhabt wurde. Hitler wies Himmler mündlich an und befahl ihm, die Aktion anlaufen zu lassen. Himmler suchte sich die Leute sorgfältig aus, die mit ihm arbeiten und die Ausrottungen durchführen sollten und verpflichtete sie zur Geheimhaltung; abgelegene Orte wurden ausgesucht und wurden dadurch getarnt, dass man sie mit nahegelegenen Arbeitslagern identifizierte, und der Plan wurde mit dem bestimmten Zweck und Vorsatz durchgeführt, vor dem deutschen Volk und allen, die nichts mit dem Unternehmen zu tun hatten, die Vorgänge zu verbergen.“*

Einige Historiker behaupten trotzdem, dass man „hätte wissen müssen“.

Es lohnt sich, dazu einige Nürnberg-Dokumente in Erinnerung zu bringen, so die Posener Rede Heinrich Himmlers vom 04. Oktober 1943 an SS-Eingeweihten. Er sprach über das, was er als „Judenevakuierung“ bezeichnete:

*„Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden.... Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht –*

*„das jüdische Volk wird ausgerottet‘ ... Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden... Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendem Ruhmesblatte unserer Geschichte...“*

So makaber wie abstrus in Denkweise und Diktion hat die Rede allerdings weitreichende Implikationen. Es geht daraus hervor, dass Himmler wusste, dass der Durchschnittsdeutsche „seinen anständigen Juden“ hatte. Deshalb auch die Notwendigkeit der Geheimhaltung. Keiner sollte von den Morden erfahren, nur diejenigen, die unmittelbar mit der Vernichtung zu tun hatten. Derjenige der etwas wusste, durfte nichts davon weitererzählen. Derjenige, der durch Zufall etwas erfuhr, durfte nicht weiter fragen, denn Führerbefehl Nr. 1 vom 11. Januar 1940 stipulierte:

- „a) Niemand soll Kenntnis haben von geheimen Dingen, die nicht in seinen eigenen Aufgabenbereich gehören.*
- b) Niemand soll mehr erfahren, als er zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe wissen muss.*
- c) Niemand soll früher Kenntnis erhalten, als es für die ihm gestellten Obliegenheiten notwendig ist.*
- d) Niemand darf mehr oder früher geheim zuhaltende Aufträge an nachgeordnete Stellen weitergeben, als dies zur Erreichung des Zwecks unvermeidlich ist.“*

Aus der Posener Rede geht hervor, dass Himmler nicht einmal seiner SS traute. Im zweiten Treblinka Prozess 1965 erfuhr das Gericht, dass, im Jahre 1943, als sich etwa zweihundert SS-Leute zur Front melden wollten, weil sie die seelische Belastung der Judenmorde nicht mehr aushielten – es war sogar zu vielen Selbstmorden gekommen – Himmler dies wegen der Geheimhaltung ablehnte:

*„Ich kann es nicht zulassen, dass der Kreis der wenigen SS-Führer, die in diese Aufgabe hineingezogen sind und die deshalb auch diese Dinge völlig für sich allein tragen müssen, durch dauernde Frontversetzungen und Veränderungen erweitert und verändert wird. Die Geheimhaltung ist in diesem Fall das Entscheidende... Wir können heute diesen Schritt selbst dem Führerkorps der SS noch nicht geschichtlich begründen. Sie würden manches nicht verstehen und nur die Tatsachen an sich werten. Erst ein weiter Abstand zu diesen Dingen, vielleicht erst nach Jahrzehnten, vielleicht erst nach einer Zeit der schärfsten Diffamierung dieser Tat wird den Standpunkt gewinnen, der für die Notwendigkeit dieser Aufgabe allein richtig ist.“*

Die Nürnberger Akten belegen den konsequenten Versuch der NS-Regierung, die Wahrheit gegenüber den Juden, den Deutschen und der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Die Angeklagten behaupteten, über den Holocaust „nichts gewusst“ zu haben. War dies nur eine Zweckbehauptung? Haben alle gelogen, oder nur einige? Kann man die Behauptung mit Beweisen entgegentreten? Unter den Hauptangeklagten in Nürnberg erklärte Großadmiral Karl Dönitz, über die KZs und Internierungslager aber nichts über die Vernichtungslager gewusst zu haben:

*„Ich habe, und mit mir die ganze Kriegsmarine, das ist meine Überzeugung, von der Menschenvernichtung, die mir hier durch die Anklageschrift, beziehungsweise was die Konzentrationslager anbelangt, nach der Kapitulation im Mai 1945 bekanntgeworden ist, nichts gewusst.“*

Vielleicht erscheint die Haltung von Dönitz für den Leser im Jahre 2011 erstaunlich oder unglaublich. Aber was ist unwahrscheinlicher als die Tatsache, dass die deutsche Gestapo in Lublin es war, die im Jahre 1943 die Morde in Lublin-Majdanek entdeckte und um Aufklärung der Morde ersuchte? Dann ermittelte ein mit der Untersuchung von Korruptionsfällen beauftragter SS-Richter, Dr. Georg Konrad Morgen. Er leitete Verfahren gegen SS-Führer u.a. Untersturmführer Maximilian Grabner, Sturmbannführer Rudolf Höss und Obersturmbannführer Adolf Eichmann ein. Wie erklärt sich diese Schizophrenie?

Am 07. und 08. August 1946 sagte Morgen vor den Nürnberger Richtern aus:

*„Ich berichtete als erstem meinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem SS-Gruppenführer Nebe, als Chef des RKPA. Nebe war ein außerordentlich schweigsamer Mann, aber man sah, wie ihm bei meinem Bericht buchstäblich die Haare zu Berge standen. Sein Schweigen wurde steinern. Er sagte, ich müsse sofort diese Sache Kaltenbrunner vortragen. Der Chef des Hauptamtes SS-Gericht, Obergruppenführer Breithaupt, war ebenfalls in außerordentlicher Erregung, und sagte, er werde sofort oder alsbald zu Himmler fahren...“*

Auf die Frage von Dr. Pelckmann (Verteidiger für die SS), „Haben Sie diese Dinge noch anderen Kreisen der SS mitgeteilt?“, antwortete Morgen: „Nein, mir kam es darauf an, die Leute zu unterrichten und für meine Auffassung zu gewinnen, die wirklich etwas zu sagen hatten...Außerdem war ich durch den Grundbefehl Nummer 1 über Geheimhaltung staatswichtiger Sachen gebunden, konnte mich also nur an die Hauptamtschefs persönlich wenden. Jeder Fehler, der mir unterlaufen wäre bei Einbeziehung anderer Stellen, hätte schwerste Folgen gegen mich gehabt, einen Vorwand meinen Feinden gegeben und damit die Untersuchungen in die Länge gezogen... außer dem Hauptamtschef der SS wurde sonst niemand unterrichtet.“

Auf die Frage Pelckmanns: „Haben Sie es nicht für Ihre Pflicht gehalten, die Weltöffentlichkeit zu benachrichtigen oder irgendwie Ihrem Gewissen Luft zu machen, zu schreien ‚Mord‘?“ antwortete Morgen: „Dazu hätte es des Zuganges zu den technischen Mitteln bedurft, nämlich Presse und Rundfunk, die ich nicht hatte. Wenn ich das an jeder Straßenecke bekanntgegeben hätte, dann hätte mir das niemand geglaubt, weil dieses System die menschliche Fassungskraft übersteigt. Man hätte mich als Irrsinnigen eingesperrt.“

In einem Affidavit vom 13. Juli 1946 stellte Morgen fest: „Aus persönlichem Vortrag habe ich später ersehen, dass von den geschilderten Vorgängen selbst Hauptamtschefs der SS keine Ahnung hatten. Wie der Chef des Hauptamtes SS-Gericht, SS-Obergruppenführer Breithaupt, und mein letzter Gerichtsherr nach meiner Versetzung, der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes, SS-Obergruppenführer Hildebrandt. Erst recht konnten wegen der unheimlichen Technik andere SS-Angehörige geringeren Dienstgrades, die örtlichen Stapostellen und erst gar nicht die Truppe und die Bevölkerung [davon] erfahren.“

Morgen wurde auch Zeuge im Pohl Prozess (Fall IV) und im Frankfurter Auschwitz-Prozess. Am 09. März 1964 beschrieb er die Tarnpraktiken und den Versuch, selbst die jüdischen Opfer zu täuschen: „Die Rampe sah aus wie jede andere Rampe auf einem Güterbahnhof auch. Es war nichts Besonderes daran festzustellen...Die Ankömmlinge mussten aussteigen und ihr Gepäck absetzen. Männer und Frauen mussten sich getrennt aufstellen...Rabbiner und sonstige bedeutende jüdische Persönlichkeiten wurden sofort ausgesondert, ins Lager gebracht, in eine Baracke, die sie für sich hatten. Ich habe sie später gesehen, es stimmte. Gut gehalten, sie brauchten nicht zu arbeiten, es wurde erwartet, dass sie möglichst viele Briefe und Postkartengrüße in alle Welt von Auschwitz

schickten, um damit von vornherein jeden Verdacht, dass hier irgend so etwas Gräuliches vor sich gehe, zu zerstreuen.“

Hat Morgen in Nürnberg und Frankfurt einfach nur gelogen? Nach dem Krieg wurde Morgen entnazifiziert und als „Entlasteter“ eingestuft; er arbeitete als Rechtsanwalt in Frankfurt a.M. bis zu seinem Tode im Jahre 1982. Seine Aussagen wurden durch die verschiedenen Anklagebehörden nicht widerlegt, und die Versuche mancher Autoren, u.a. von Holocaust-Leugnern, seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern, sind fragwürdig. Solange eindeutige Belege fehlen, muss sich jeder Historiker, der sich mit dem Holocaust beschäftigt, – durchaus in kritischer Distanz – mit der Tätigkeit Morgens auseinandersetzen.

Die Geheimhaltung im NS-Staat galt für alle: für die SS, für die Wehrmacht und auch für höhere Regierungsfunktionäre, z.B. den Leiter des Nachrichtenwesens in der Presseabteilung des Reichspropagandaministeriums Hans Fritzsche, der im Nürnberger Prozess angeklagt, jedoch in allen Anklagepunkten freigesprochen wurde. Am 28. Juni 1946 erklärte er: „Ich bin als ein Journalist, der in jener Zeit gearbeitet hat, der festen Überzeugung, das deutsche Volk kannte den Massenmord an den Juden nicht; was auch immer an Behauptungen aufgestellt wurde, das waren Gerüchte, und was an Nachrichten in das deutsche Volk hineindrang von außen, das wurde amtlich immer und immer wieder dementiert... an einen Fall erinnere ich mich mit besonderer Deutlichkeit. Es war der Augenblick, als von russischer Seite nach der Wiedereroberung von Charkow dort ein Prozess veranstaltet wurde, in dem zum ersten Mal gesprochen wurde von Tötung mit Gas. Ich lief mit diesen Berichten zu Dr. Goebbels und fragte ihn, wie es damit stünde. Er erklärte, er wolle die Sache untersuchen, er wolle sie mit Himmler besprechen und mit Hitler. Am nächsten Tage kündigte er mir ein Dementi an.... Ganz ausdrücklich aber ist mir von Dr. Goebbels erklärt worden: Die Gaswagen, die in dem russischen Prozess erwähnt worden wären, wären ein reines Produkt der Phantasie, es gäbe keine tatsächliche Unterlage dafür. Nicht umsonst wurden die an der Durchführung des Mordes Beteiligten unter den Befehl des strengsten Stillschweigens gestellt. Hätte das deutsche Volk von dem Massenmord erfahren, es hätte Hitler sicher die Gefolgschaft versagt.“

In seinen Memoiren kommentiert Fritzsche die Nürnberger Aussagen Morgens wie folgt: Fast zum Schluss der Beweisaufnahme fanden sich zwei Zeugen, die zwar nicht das Rätsel des geheimen Massenmordes lösten, aber doch den Weg zeigten, auf dem es gelöst werden konnte. Es waren die SS-Richter Reinecke und Morgen... Unter atemloser Stille schilderte der Zeuge, wie er den Fäden nachging, die ihm in die Finger fielen. Er stieß auf ein Lager, in dem man den Mord nicht einzeln und nach sorgfältiger Listenfälschung, sondern serienweise und systematisch betrieb... Es war Birkenau bei Auschwitz... Eine oberflächliche Untersuchung schied Arbeitsfähige von ‚Unbrauchbaren‘. Die letzteren wurden...von Wachleuten in SS-Uniform empfangen und zum Lager geleitet. Glaubensgenossen begrüßten die Ankömmlinge und übernahmen ihre weitere Betreuung ... Freundlich sagte man den ‚Neuen‘, dass vor ihrer Einweisung in die Wohnräume ein gründliches Bad und eine korrekte Desinfektion aller Sachen notwendig sei. Ohne Widerspruch entkleideten sich die Ahnungslosen. Ordentlich hängten sie ihre Kleider in Kolonnen von Garderobenhaken ... Erst seit dem Tage, an dem Morgen auftrat, hatte ich das Gefühl, bei der Beteuerung meiner Unkenntnis vom Massenmord nicht gegen sämtliche Grundgesetze der menschlichen Logik zu verstoßen.“

Noch ein weiteres Zeugnis des Nicht-Wissens lieferte in Nürnberg schließlich ein Unbelasteter, der ehemalige sozialdemokratische Preußische Innenminister Carl Severing am 21. Mai 1946:

*„Von diesen Massenmorden, die erst nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes in Deutschland bekannt wurden, teils durch Presseveröffentlichungen, teils durch Prozessverhandlungen, habe ich nichts gewusst.“*

**Der amerikanische Gerichtspsychologe Gustave Gilbert hat alle Angeklagten und viele Zeugen ein ganzes Jahr beobachtet, studiert, befragt und hinterfragt. In seinem „Nürnberger Tagebuch“ hat er viele Angeklagten wie Göring, Frank, Rosenberg und Kaltenbrunner als unglaublich und zynisch bezeichnet. Die Beteuerungen Fritsches, Dönitz und Jodls, nichts über den Massenmord gewusst zu haben, hat Gilbert aber nach allem Anschein als glaubwürdig betrachtet.**

Eine Reihe **neuere** Publikationen über die „Endlösung“ leidet an fundamentalen methodischen Fehlern. Das Hauptproblem liegt vielleicht in der Selektivität bei der Auswahl der Quellen bzw. im bewussten oder unbewussten Ausklammern von wichtigen Dokumenten, die auf andere Deutungsmöglichkeiten hinweisen, Quellenkritik ist oft mangelhaft, wenn nicht willkürlich. Ein weiteres Problem liegt darin, dass manche Autoren zu mutmaßlichen Ergebnissen durch Extrapolieren kommen. Gewiss gibt es Feldpostbriefe, die über Aspekte der Endlösung berichten, gewiss gibt es Gestapo-Stimmungsberichte, die zeigen, wie sich manche Gerüchte in der Bevölkerung verbreiteten, es gibt auch Abhörprotokolle von deutschen Kriegsgefangenen, die über Verbrechen berichten. Hier ist aber Vorsicht geboten, zur Vermeidung unzulässiger Verallgemeinerung. Wie zahlreich waren die Indizien, wie repräsentativ? Hundert Beispiele sind noch keine tausend. Gerade aus der geringen prozentuellen Anzahl könnte gefolgert werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung eben nichts oder sehr wenig wusste. Außerdem belegen Gestapo-Stimmungsberichte und selbst die Goebbels Tagebücher, wie oft die deutsche Bevölkerung die anti-jüdische Maßnahmen missbilligte, z.B. die Reichskristallnacht und die Einführung des Judensternes.

Einige Historiker, so der kanadische Holocaust-Experte Michael Marrus, haben auf die Problematik hingewiesen, geschichtliche Vorgänge von der heutigen Perspektive, also anachronistisch zu bewerten. Marrus schreibt in seinem Buch *The Holocaust in History*: „Es besteht eine große Gefahr, dass der Historiker die Maßstäbe, Werte und Gesichtspunkte der Gegenwart auf die historischen Ereignisse anwendet, anstatt jene der Periode, die er untersucht... Diese Versuchung stellt die für Historiker spezifische Form von Hybris dar... Es besteht eine starke Tendenz in der Geschichtsschreibung bezüglich der Umstehenden des Holocausts, sie einfach zu verurteilen anstatt zu erklären, was geschah. Und obwohl Meinungen über das Maß des von Historikern auszuübenden Urteilens auseinandergehen, möchte ich vorschlagen, dass wir uns viel mehr bemühen sollten, das Verhalten und die Aktivität (oder Passivität) der Umstehenden zu verstehen, indem wir ernsthaft versuchen, uns in ihre geistige Lage und ihr Empfindungsvermögen zu versetzen... „

Unseriös und undifferenziert erscheinen die Darstellungen mancher Autoren wie Daniel Goldhagen, wonach die Deutschen „Hitlers willige Vollstrecker“ gewesen seien. Vertreter dieser Schule verurteilen pauschal und erklären nichts. Sie selektieren ihre Fakten und ignorieren, was ihnen nicht ins Konzept passt, so z.B. relevante Quellen von jüdischen Zeitzeugen, etwa die Tagebücher von Victor Klemperer, dessen Urteil über die Haltung der deutschen Bevölkerung differenzierter als das mancher Fachhistoriker erscheint. Als Opfer der Nazis verurteilte er die Verbrechen der *Täter* – aber war sorgsam, nicht das allgemeine Wissen über den Holocaust vorauszusetzen und nicht *alle* Deutschen vorweg zu verdammen. So schreibt er in seinem Tagebuch am 04. Oktober 1941:

*„Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde“.*

Ein weiteres Problem der Methodik liegt darin, sich lediglich auf Akten zu stützen und Zeitzeugen unberücksichtigt zu lassen. Die Maxime *quod non est in actis non est in mundo* überzeugt aber nicht, denn die Akten erzählen nur ein Teil der Geschichte. Außerdem kann man Akten durchaus falsch interpretieren, z.B. wenn sie unvollständig sind, oder wenn man den Kontext nicht in allen Verwicklungen und Nuancen versteht. Außerdem hinterlassen manche Ereignisse – z.B. Staatsgeheimnisse – oft keine Spuren. Auch wenn man die Erinnerungen von Zeitzeugen *cum grano salis* auslegen muss, liefert die alleinige Auswertung von Akten kein ausreichendes Bild einer Epoche. Wenn der Historiker vermutet, dass Zeitzeugen irren, dass die Nürnberger Aussagen und Plädoyers verlogen sind, dass die Verteidigung in NS-Prozessen nur auf Zweckbehauptungen basieren, so sollte er genau präzisieren, was nicht stimmt und warum. Skeptisch kann er bleiben; er soll die Aussagen im Zusammenhang und im Lichte anderer Dokumente testen. Aber er darf sie nicht einfach außer Acht lassen.

Bei der Frage nach dem „Wissen“ ist das ZEIT-Forum vom 3. März 1995 einschlägig. An der Disputation hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt teilgenommen, der versicherte, dass er als Luftwaffenoffizier in verschiedenen Stäben „von der Vernichtung der Juden überhaupt nichts gewusst und gehört“ hatte. „Ich habe nach meiner Erinnerung nicht einmal Menschen mit einem gelben Stern gesehen.“ Auch die 2002 verstorbene Zeitherausgeberin Marion Gräfin Dönhoff beteuerte, während des Krieges auch nichts davon gewusst zu haben, obwohl sie „gute Verbindungen zu vielen Leuten hatte, die in Schlüsselstellungen standen. Die Notwendigkeit zur Geheimhaltung aber war unheimlich groß. Insofern habe ich ...den Namen Auschwitz zum ersten Mal nach dem Krieg gehört.“

Die jüngsten Versuche mancher Historiker, ein breites Wissen bei der Bevölkerung zu postulieren, überzeugen nicht. Jedoch besteht die Gefahr, dass je länger der Krieg zurückliegt, es umso leichter wird, Pauschalierungen und Karikaturen als geschichtliche Wahrheit zu präsentieren, denn die Zeitzeugen sind nicht mehr da, um zu widersprechen. Jedenfalls wird die „Bewältigung“ des Themas durch die sog. Kollektivschuldthese und durch die geistige Bequemlichkeit mancher Zeitgenossen erschwert. Eine umfassende wissenschaftliche Ausarbeitung gehört nicht allein in die Hände von Historikern, sondern auch von Juristen, Soziologen und Psychologen. Vor allem müssen die Mechanismen der Geheimhaltung auch bezüglich des Völkermords an den Armeniern und bei anderen Genoziden gründlicher untersucht werden. Eine sachgerechte Bewertung steht noch an den Anfängen. Der Zusammenhang zwischen Geheimhaltung und Negationismus soll auch weiter untersucht werden.

#### **Zum Autor:**

Professor Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas ist Professor für Völkerrecht an der *Geneva School of Diplomacy* und war in hohen Funktionen für die Vereinten Nationen im Sekretariat für Menschenrechte tätig.

Alfred de Zayas ist Autor vieler Publikationen, wie auch des Buches *Völkermord als Staatsgeheimnis* erschienen im Olzog Verlag, München 2011 – : Sein Artikel „*Was wussten die Deutschen*“ stellt eine Zusammenfassung von Kernaussagen aus jener Publikation dar.



**Alfred de Zayas**  
**Völkermord als**  
**Staatsgeheimnis**

Vom Wissen über die  
"Endlösung der  
Judenfrage"  
im Dritten Reich

Hardcover, 2011

208 Seiten

Format 17,0x24,0 cm

ISBN

978-3-95768-083-9

**EURO 26,90 [D]**

Buchbestellungen: [lau-verlag](http://lau-verlag.de):

[https://www.lau-verlag.de/titel/v%C3%B6lkermord-als-staatsgeheimnis/#product\\_458739](https://www.lau-verlag.de/titel/v%C3%B6lkermord-als-staatsgeheimnis/#product_458739)

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

02) Eine NS-Altlast? Das Deutsche Institut für Normung (DIN) will die Norm DIN 5009 und damit die Buchstabiertafel reformieren

**B wie Berta wird bald zu Bonn, Berlin oder Bielefeld**

Berlin – A wie Anton, B wie Berta. Beim Rechtschreibtest eines Wortes sind diese Vornamen alltagsbekannt. Hilfestellung hat Berta, wenn es allerdings heißt: A wie Aachen, B wie Berta. Das Deutsche Institut für Normung (DIN) will die Norm DIN 5009 und damit die deutsche Buchstabiertafel reformieren. Hintergrund ist die Be-

Schwede von Baden-Württemberg-Konsumtions-Reisepflichtigen Michael Blume. Dieser war dort auf ihn, dass die Nationalsozialisten 1934 u.a. jüdische Vornamen auf der seit 1926 gültigen Buchstabiertafel streichen. Zuerst wurde etwa zu Zeppelin, Samuel zu Immanuel. Zwar wurde in mehrere Stufen ein solches

193. Weltkrieg u.a. zur Kennzeichnung Zerstörungsflugzeuge. Doch dazu kommt, dass nach dem Tod der Maria sogar zu Julius. Mit dem schillernden Namen Nordpol statt Marlene lebt sogar die kühle Norstreich-Mythologie der Nazis bis heute fort.

Dies soll nun geändert werden. Und die alte deut-

sche Vornamen sowieso als wenig divers gelten, sollen künftig deutsche Städtenamen auf der Buchstabiertafel stehen. K wie Köln oder Z wie Zwickau.

Im Herbst 2020 als Entwurf 2020 und in der Fertigstellung diskutiert werden. Mitte 2022 wird die neue DIN-Norm 5009 veröffentlicht.

	Weimarer Republik 1926	Deutsches Reich 1934	BRD 1948/1950
A	Albert	Anton	Anton
Ä	Änderung	Ärger	Ärger
B	Bernhard	Bruno	Berta
C	Cäsar	Cäsar	Cäsar
Ch	-	Charlotte	Charlotte
D	David	Dora	Dora
E	Emil	Emil	Emil
F	Friedrich	Fritz	Friedrich
G	Gustav	Gustav	Gustav
H	Heinrich	Helar	Heinrich
I	Ida	Ida	Ida
J	Jacob	Jot	Johannes
K	Katharina	Kurfürst	Kaufmann
L	Ludwig	Ludwig	Ludwig
M	Marie	Marie	Martha
N	Nathan	Nordpol	Nordpol
O	Otto	Otto	Otto
Ö	Ökonom	Öse	Ökonom
P	Paula	Paula	Paula
Q	Quelle	Quelle	Quelle
R	Richard	Richard	Richard
S	Samuel	Siegfried	Samuel
Sch	-	Schule	Schule
B	-	-	Escritt
T	Theodor	Toni	Theodor
U	Ulrich	Ulrich	Ulrich
Ü	Überfließ	Übel	Übermut
V	Viktor	Viktor	Viktor
W	Wilhelm	Wilhelm	Wilhelm
X	Xantippe	Xantippe	Xanthippe
Y	Ypsilon	Ypern	Ypsilon
Z	Zacharias	Zeppelin	Zacharias

	Weimarer Republik 1926	Deutsches Reich 1934	BRD 1948/1950
A	Albert	Anton	Anton
Ä	Änderung	Ärger	Ärger
B	Bernhard	Bruno	Berta
C	Cäsar	Cäsar	Cäsar
Ch	-	Charlotte	Charlotte
D	David	Dora	Dora
E	Emil	Emil	Emil
F	Friedrich	Fritz	Friedrich
G	Gustav	Gustav	Gustav
H	Heinrich	Helar	Heinrich
I	Ida	Ida	Ida
J	Jacob	Jot	Johannes
K	Katharina	Kurfürst	Kaufmann
L	Ludwig	Ludwig	Ludwig
M	Marie	Marie	Martha
N	Nathan	Nordpol	Nordpol
O	Otto	Otto	Otto
Ö	Ökonom	Öse	Ökonom
P	Paula	Paula	Paula
Q	Quelle	Quelle	Quelle
R	Richard	Richard	Richard
S	Samuel	Siegfried	Samuel
Sch	-	Schule	Schule
B	-	-	Escritt
T	Theodor	Toni	Theodor
U	Ulrich	Ulrich	Ulrich
Ü	Überfließ	Übel	Übermut
V	Viktor	Viktor	Viktor
W	Wilhelm	Wilhelm	Wilhelm
X	Xantippe	Xantippe	Xanthippe
Y	Ypsilon	Ypern	Ypsilon
Z	Zacharias	Zeppelin	Zacharias

Aus: B.Z. vom 21.04.2021, Seiten 14/15

### 03) Ist der Neoliberalismus am Ende?

10. 04. 2021



Der „Green Deal“ oder „Great Reset“ markiert offenbar das Ende einer Epoche und will eine neue Ära einläuten. Scheinbar hat der politische Mainstream erkannt, dass der Neoliberalismus mit seinen Konzepten am Ende ist. Der Gründer des [Weltwirtschaftsforums](#), [Klaus Schwab](#), kommentierte in einem im September 2020 erschienenen Interview:

*„Landläufig wird unter Neoliberalismus ein unregelter, ungehemmter Kapitalismus verstanden. Und gerade die Länder, die diese Strategie am stärksten vorangetrieben haben – beispielsweise die USA und Großbritannien – werden von Corona mit am härtesten getroffen. Die Pandemie hat somit einmal mehr gezeigt: Der Neoliberalismus in dieser Form hat ausgedient!“*

Dabei muss man sich als erstes fragen, wie denn der Neoliberalismus eigentlich definiert ist. Denn nur anhand einer schlüssigen Definition lassen sich solche Aussagen überhaupt treffen. Schlägt man in der Wikipedia nach ([de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus](https://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus)), so muss man erkennen, dass sich die Begriffsbedeutung im Laufe der Zeit verändert hat, bzw. unterschiedliche Akteure Unterschiedliches unter diesen Begriff verstanden haben. Zitat aus der Wikipedia:

*„In den einzelnen Strömungen, die zum Neoliberalismus gezählt werden, gibt es unterschiedliche Auffassungen über Art und Umfang der staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Die Abgrenzung der einzelnen Schulen und die Zuordnung einzelner Personen ist strittig.“*

Gemeinsame Basis aller verschiedener Strömungen, die sich als „neoliberal“ verstehen, ist der „Freie Markt“. Negativ konnotiert sind jene Strömungen, die unter Neoliberalismus hauptsächlich die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Deregulierung des internationalen Kapitalverkehrs und die Fokussierung auf das Shareholder-Value-Paradigma verstehen. Die beiden letzten Punkte waren hauptverantwortlich für die weltweite Finanzkrise 2008, auf die die Notenbanken bisher nur durch ständiges Fortwursteln mit immer größeren Geldspritzen reagiert haben. Dies hat zwar in den letzten 12 Jahren zu einer Scheinblüte der Aktienmärkte geführt, jedoch muss befürchtet werden, dass diese Entwicklung bereits eine Art Katastrophenhausse (siehe [de.wikipedia.org/wiki/Katastrophenhausse](https://de.wikipedia.org/wiki/Katastrophenhausse)) ist. Die „Wertentwicklung“ auf den Aktienmärkten ist völlig losgelöst von der realen wirtschaftlichen Entwicklung, was sich vor allem während der Corona-Pandemie wieder gezeigt hat. Dem politischen Mainstream ist offenbar klar, dass diese Blase jederzeit platzen könnte, mit katastrophalen Folgen für seine Akteure.

**Der Ausweg soll jetzt der „Green Deal“ sein, durch den die Geldschwemme der Notenbanken nicht direkt in die Kapitalmärkte fließen, sondern über die Sinnlosinvestitionen des „Green Deals“ den Weg über die Realwirtschaft nehmen soll.**

Durch diese Zombifizierung der Realwirtschaft (siehe dazu [www.welt.de/finanzen/article209783731/Zombifizierung-Die-Grenzen-des-Kapitalismus.html](http://www.welt.de/finanzen/article209783731/Zombifizierung-Die-Grenzen-des-Kapitalismus.html)) wird die Wirtschaft nur scheinbar angekurbelt und Arbeitsplätze gesichert, da die Energiekosten in der Relation zu allen anderen Kosten mindestens um eine Zehnerpotenz steigen werden. Der Wohlstand nach dem Krieg in Europa war jedoch nur durch niedrige Energiekosten möglich. Tatsächlich würde der „Green Deal“ in Hinblick auf die Energiekosten, einen Rückfall in das neunzehnte Jahrhundert bedeuten.

Dieser Unsinn lässt sich deshalb nur durch eine kriegsmäßige Zwangswirtschaft erreichen, (siehe UNSER MITTELEUROPA IM Artikel [,Von der Finanzkrise zum Aktionärssozialismus und Faschismus‘](#)) erklärte (siehe ), die im sozialistischen Mäntelchen über den autoritären Korporatismus direkt in den Faschismus führt.

Der „Freie Markt“ muss dazu ausgehebelt werden und durch aberwitzige Vorgaben der Politik ersetzt werden.

**Der Paradigmenwechsel durch den „Great Reset“ oder „Green Deal“ besteht also darin, dass die Interessen internationaler Kapitalsammelbecken nur noch durch eine Art aktionärssozialistischer Planwirtschaft erfüllt werden können. Der „Great Reset“ soll nach Schwab eine Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus werden!**

Offenbar geistert in den Gehirnen der Machteliten die Idee, dass durch die Digitalisierung eine sozialistische Planwirtschaft machbar wird. Deshalb werden wir ständig mit der Propaganda von der „Künstlicher Intelligenz“ bombardiert. Dabei wird übersehen, dass ein Computer nur Abläufe abarbeiten kann, die Menschen vorgedacht haben.

Die sogenannte „Wirtschaftswissenschaft“ ist aber weit davon entfernt allgemein akzeptierte mathematische Modelle aufzustellen, die dann auch programmiert werden könnten. Alles was möglich ist, ist die Erstellung irgendwelcher pseudowissenschaftlicher „Modelle“ mit einer Unzahl von Parametern, die die Wissenschaftler aus erster Hand beziehen, weil sie sich einfach diese Parameter aus den Fingern saugen. Die Ergebnisse derartiger „Berechnungen“ werden dann bei dem nächstbesten Windhauch wieder über den Haufen geworfen. Diese Methode ist die gleiche, wie in der „Klimawissenschaft“.

**Der „Green Deal“ oder „Great Reset“ läuft daher auf einen gesellschaftlichen Großversuch mit sicher katastrophalem Ergebnis hinaus.**

Nach wie vor gibt es keine Alternative zum „Freien Markt“ als Regulativ, insbesondere in Hinblick auf hirnrissige Ideen von links-grünen Ideologen. Auch im „Realen Sozialismus“ wirkte der „Freie Markt“ in dem Sinn, dass der „Reale Sozialismus“ letztendlich verschwand. Dem „Green Deal“ blüht dasselbe Schicksal, wahrscheinlich sogar viel schneller, da ein europaweiter Zusammenbruch der Stromnetze durch die intermittierende Stromerzeugung durch Windräder diesem Unsinn bereits ein frühes Ende setzen könnte.

**Der Neoliberalismus hat allerdings auch das Konzept des „Freien Marktes“ durch die Globalisierung in Misskredit gebracht:**

Der „Freie Markt“ kann nämlich nur in einem Ordnungsrahmen funktionieren, der unter anderem durch Gesetze festgelegt ist. Die Globalisierung hat aber einen rechtsfreien Raum geschaffen, in dem der Kriminalität Tür und Tor geöffnet wurde. Zu diesem Ordnungsrahmen gehört auch die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs, was auf globaler Ebene ebenfalls unmöglich ist.

Ein weiteres Kuckucksei des Neoliberalismus war die [Shareholder-Value](#)-Orientierung, die alle Unternehmensziele auf Aktionärsinteressen reduzierte. Das Shareholder-Value-Paradigma kann man bereits als eine Vorstufe des Aktionärssozialismus sehen. Kursgewinne wurden wichtiger als Renditen, die langfristige Rentabilität trat gegenüber kurzfristigen finanzwirtschaftlichen Kennzahlen in den Hintergrund. Die zunehmende Spekulation führte zu Kursschwankungen, volatilen Preisen, regelmäßigen Finanzkrisen und insgesamt einem instabilen ökonomischen Umfeld. Ausschüttungen, Aktienrückkäufe und Finanzveranlagungen gewannen gegenüber physischen Investitionen an Bedeutung. Die volatilen Preise und die Shareholder Value Orientierung machten physische Kapitalinvestitionen für Unternehmen von der Angebotsseite her unattraktiver.

**Somit lieferte der Neoliberalismus den Gegnern der Freiheit die Argumente, um die Grundlage jeder Freiheit zu beseitigen!**

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

**04) Der Mehrheit der Deutschen ist die Auslöschung ihrer Identität gleichgültig**  
Von Werner Olles \*

01. 03. 2021



Foto: Philosophia Perennis

*„Mein Gott, mein Gott, mach sie doch endlich sehend, daß sie begreifen, was hier geschieht, wie hier ein Volk ausgelöscht wird mit all seinen Erinnerungen, seinen Traditionen, seiner Kultur, seiner Religion, seiner Identität und ersetzt wird durch feindliche Fremde.“*

### **Erinnerungen an ein anderes Deutschland**

Seit er seine liebsten Freunde sterben und die Häuser, Straßen und Plätze seiner geliebten Kindheit und Jugend sich mit technischem und menschlichem Unrat füllen sah, verbat er sich Ausflüge in seine Heimatstadt, die er einst so geliebt hatte, die sein zweites Zuhause gewesen war, und wo er so viel Schönes und so viele Abenteuer erlebt hatte: den ersten Kuß, die erste Liebe, wunderbare Freundschaften.

### **Mit dem Modernismus kam die Buntheit**

Jeden Platz, jede Ecke, die die seelenlose, modernistische Architektur noch übrig gelassen hatte, verband er mit etwas Besonderem, Unvergeßlichem. Das babylonische Stimmengewirr der vielen Fremden verwirrte, ja ekelte ihn bisweilen sogar, während seine Muttersprache und der heimatliche Dialekt völlig verschwunden schienen. Als er in die große Halle des Hauptbahnhofs trat, und die Reisenden an ihm vorbei hasteten, fiel es ihm plötzlich wie Schuppen aus den Augen.

Sie alle spürten diese grauenvollen Veränderungen nicht, die ihn niederdrückten, es interessierte sie einfach nicht! Mein Gott, mein Gott, mach' sie doch endlich sehend, daß sie begreifen, was hier geschieht, wie hier ein Volk ausgelöscht wird mit all seinen Erinnerungen, seinen Traditionen, seiner Kultur, seiner Religion, seiner Identität und ersetzt wird durch feindliche Fremde.

## Diaspora in der eigenen Heimat

Er wollte schreien, aber seine Stimme versagte, es hörte ihm ja ohnehin niemand zu. Laß´ es nicht zu, mein Gott, das ist das Werk Satans, schoß es ihm durch den Kopf. Die Menschen, seine eigenen Landsleute, eilten an ihm vorbei, ohne ihn zu beachten.

Waren sie denn mit Blindheit geschlagen? Verstanden sie denn nicht, was da mit rücksichtsloser Macht aus den Steppen und Slums Asiens und Afrikas in das Land drängte, das einmal sein Vaterland war; die Heimat seiner Vorväter und Ahnen, die jetzt von den Fremden frech in Anspruch genommen und verunstaltet wurde. Dann endlich begriff er: Dies war das Werk des Fürsten der Welt, des Fürsten der Dunkelheit.

## Mutlosigkeit trotz kleiner Hoffnungszeichen

Er war mutlos geworden. Es war doch alles sinnlos, dieses Volk, das seine eigenen Kinder eiskalt tötete, wollte sterben, jeder Widerstand war vergebens. Er nahm die kleine Gruppe junger Männer und Frauen nicht mehr wahr, die mit Fahnen und Transparenten die Bahnhofshalle betraten. Er hörte ihre Sprechchöre nicht mehr, mit denen sie die nationale Solidarität und Identität hochleben ließen, Heimat, Freiheit und Tradition feierten. Als ihre Rufe ihn schließlich doch erreichten, liefen Tränen über seine Wangen.

Dann sah er, wie Bundespolizisten die jungen Leute mit ihren Fahnen und Transparenten abführten, weil sie die Reisenden störten und „fremdenfeindliche“ Parolen gerufen hatten. Lange sah er ihnen nach, und seine Gedanken waren bei diesen Jungen, die sich der dämonischen Macht nicht beugen wollten. Er trat aus der Halle des Bahnhofs, um zu sehen, wie sie abtransportiert wurden. Dann fiel warmer Regen.

*Dieser Artikel erschien zuerst (51. Jahrgang, Nr. 1, Februar 2021) in der von Dr. Eberhard Heller herausgegebenen Zeitschrift **Einsicht – credo ut intelligam**. Wir übernehmen diesen Beitrag von [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.*

---

\*) Der Autor Werner Olles (Jahrgang 1942) ist Bibliothekar im Ruhestand und freier Publizist. Er hat eine facettenreiche Vita. Zunächst war er in der westdeutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre aktiv, so u.a. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), später sogar Mitglied linksradikaler Gruppierungen wie dem „Rothen Panter“. Er vollzog dann bis in die 1990er Jahren einen politischen Wandel. Unter anderem schrieb er für die *Junge Freiheit*, *Der Eckart*, *Criticón*, *Sezession* und *eigentümlich frei*.

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*



Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e. V.  
Schillerstr. 59  
10627 Berlin  
Tel: +49 (0)30 713 89 213  
Fax: +49 (0)30 713 89 201  
E-Mail: [info@dpgberlin.de](mailto:info@dpgberlin.de)

### **05) Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin: Unser Vorschlag eines Gedenkortes für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs in Berlin-Mitte**

Unser Vorschlag eines Gedenkortes für die polnischen Opfer des 2. Weltkriegs in Berlin-Mitte

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin schlägt den „Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit“ an der Invalidenstr. (gegenüber dem Berliner Hauptbahnhof) als Ort des Erinnerns für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs vor.



Luftbild „Geschichtspark Altes Zellengefängnis Moabit“ (ggü. dem Berliner Hauptbahnhof)  
© euroluftbild.de/Robert Grahn

Liebe Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft,  
langjährige Freund(e)- und Förderer der deutsch-polnischen Verständigung,  
sowie der große Freundeskreis der deutsch-polnischen Community in Berlin und Deutschland und  
die bei uns lebenden polnischen Bürger/-innen!

Wir haben ein **Flugblatt** veröffentlicht, in dem wir einen konkreten Standort für den vom Bundestag  
Ende Oktober 2020 beschlossenen **Ort der Erinnerung und Begegnung** vorschlagen, der dem  
Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht wird und zur Vertiefung der bilateralen  
Beziehungen beitragen soll.

- [Wohin mit dem Gedenkort für die polnischen Opfer des 2. Weltkrieges? \(PDF, 2 MB\)](#)

**[s. unten Anhang 1]**



Karol Libelt (mi.) und Ludwik Mierosławski (links) auf einer Barrikade in Berlin 1848 – Gemälde von  
Tadeusz Walkowski (1932), Muzeum Narodowe w Poznaniu

Ferner findet ihr die **Rede von Prof. Dr. Igor Kałkolewski** von der Polnischen Akademie  
der Wissenschaften (Berlin-Pankow), die er anlässlich einer Gedenkveranstaltung am 18.  
März 2021 vor dem Brandenburger Tor hielt. Am 20. März des Jahres 1848 zogen die  
Revolutionäre mit den aus dem Zellengefängnis Moabit befreiten Polen durch Berlin vor das  
Stadtschloß. Prof. Kałkolewski erinnert an dieses Datum der Nachbarschaftsgeschichte und  
schlägt den Bogen zu dem vom Bundestag beschlossenen Gedenkort.

- [Die Aktion 18. März \(PDF, 449,8 KB\)](#)

**[siehe unten Anhang 2]**

Wir würden uns freuen, wenn Sie zu dem Vorschlag spontan Stellung nehmen würden, um  
uns bei der Aufarbeitung an dem Ort des Gedenkens für die polnischen Opfer des 2.  
Weltkrieges und der Leidensgeschichte des polnischen Volkes in früheren Jahrhundert zu  
unterstützen.

*Christian Schröter, Vorsitzender*  
*Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup, Stellv. Vorsitzender*

*Alle Informationen auch auf unserer Website:*

<https://www.dpgberlin.de/de/2021/polendenkmal-18-maerz-1848/>

Anhang 1

## Wohin mit dem Gedenkort für die polnischen Opfer des 2. Weltkrieges?



Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin schlägt den „Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit“ an der Lehrter Straße (gegenüber dem Berliner Hauptbahnhof) als Ort des Erinnerns für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs vor.



Luftbild „Geschichtspark Altes Zellengefängnis Moabit“ (ggü. Berliner Hauptbahnhof)  
© euroluftbild.de/Robert Grahn

Nach einer jahrelang kontrovers geführten gesellschaftlichen Debatte hat der Deutsche Bundestag am 30. Oktober 2020 einen Beschluss gefasst, einen Ort der Erinnerung und Begegnung zu schaffen, der dem Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht wird und zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen beiträgt. Damit kam der Bundestag einer Anregung des damaligen Staatsministers und Deutschland-Bbeauftragten der polnischen Regierung, Władysław Bartoszewski, nach, der sich schon 2013 für einen Gedenkort für die polnischen Opfer ausgesprochen hatte.

Der Bundestag forderte die Bundesregierung nun auf, „... an prominenter Stelle in Berlin einen Ort zu schaffen, der im Kontext des besonderen deutsch-polnischen Verhältnisses den polnischen Opfern des

Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Besatzung Polens gewidmet ist und ein Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte ist. Er soll Deutsche und Polen zusammenbringen und damit zur Vertiefung unserer Beziehungen, zur Verständigung und Freundschaft sowie zum Abbau von Vorurteilen beitragen. ...“ Mit diesem Beschluss geht der Bundestag über die ursprüngliche Forderung nach einem Denkmal weit hinaus und fordert einen Ort, an dem auch Informationen vermittelt und Begegnungen ermöglicht werden und das mit dem Ziel, zur Verständigung beizutragen. Ähnlich hatten es auch die im Bundesverband zusammengeschlossenen Deutsch-Polnischen Gesellschaften, die rund 3.000 in deutsch-polnischen Dingen aktive Menschen vertreten, im November

2019 bereits gefordert. Wer nun versucht, sich die Realisierung dieses Beschlusses konkret vorzustellen, kommt schnell zu dem Eindruck, dass dieser Ort des Gedenkens einen richtigen Platz in der Stadt sucht.

Nun wäre es sicher recht aussagekräftig, den Gedenkort als Kontrapunkt zum Vertreibungsprojekt am Askanischen Platz zu setzen, doch auf der Mittelinsel ist gerade mal Platz für einen Gedenkstein und hinter der vis-à-vis gelegenen Fassade des Anhalter Bahnhofes soll das Exilmuseum entstehen. Hier, in räumlicher Dichte und thematischer Konkurrenz, scheint es also nicht aussichtsreich, einen Gedenkort für die polnischen Opfer aufzubauen.

Bei weiterer Umschau bietet sich der Geschichtspark auf dem Gelände des ehemaligen Zellengefängnis in Berlin-Moabit unmittelbar am Berliner Hauptbahnhof an. Vom Königreich Preußen von 1842 bis 1849 als eines der modernsten Gefängnisse erbaut (statt Gemeinschaftszellen gab es 540 Einzelzellen nach dem Konzept „Läuterung durch Isolation“), war dessen Kirche im Jahr 1847 infolge des Aufstandes in der Provinz Posen Schauplatz des „Polenprozesses“, der öffentlich gegen 254 Polen wegen Hochver-

rats (was hier die Wiederherstellung Polens in den Grenzen vor den Teilungen meinte) geführt wurde. Im März 1848 wurden die verurteilten Aufständischen auf Druck der demonstrierenden Bevölkerung begnadigt und freigelassen.

Gemeinsam mit begeisterten Berlinern zogen die polnischen Aufständischen, darunter Ludwik Mierosławski (ein Revolutionär, der 1849 die badische Revolutionsarmee befehligte) und Karol Libelt (ein Wissenschaftler, der sich zeitlebens am polnischen Widerstand beteiligte), in einem Triumphzug vor das Stadtschloss.

Ludwik Mierosławski hielt dort eine Rede, die auch heute noch bemerkenswert ist, weil sie der Intention des Bundestagsbeschlusses entspricht. Mit den Worten „Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure!“ beendete der polnische Revolutionär seine Ansprache vor dem Schloss. Dieser Satz sollte Ende des 20. Jahrhunderts wieder große Bedeutung in beiden Ländern gewinnen.

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. bestätigte notgedrungen die Freilassung und verbeugte sich vor dem Demonstrationzug aus Berliner Bürgern und den befreiten Polen.



Empfang der befreiten Polen durch die Berliner Bevölkerung vor dem Zellengefängnis in Moabit am 20. März 1848 (Holzstich aus der „Illustrierten Chronik 1848“) – Copyright: akg-images

Bettina von Arnim, eine Freundin vieler Polen, die 1849 eine Polenbroschüre unter Pseudonym veröffentlichte, sprach damals aus, was auch heute noch aktuell scheint: „Werden wir's erleben, daß Brüdernationen die Sünden einander vergeben, die ihnen eingepflichtet waren? – werden sie Festigkeit gewinnen und Vertrauen zu einander, das nicht wie leichte Spreu im Winde verfliegt?“

Das Zellengefängnis hatte bis 1945 eine Geschichte bis hin zur Inhaftierung von Beteiligten und Verdächtigten nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Nach 1945 nutzten die Alliierten die Haftanstalt. Ende der 1950er Jahre abgerissen, blieben lediglich Teile der Gefängnismauer und drei Beamtenwohnhäuser erhalten. Nach einer Ausschreibung wurde das Terrain in den „Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit“ umgewandelt. Heute ist die Grünanlage umgeben von Neubau-Siedlungen, Handel und Gewerbe und wird durch den im Ausbau befindlichen Europaplatz zu einem zentralen Stadtviertel entwickelt.

Der Geschichtspark wäre, an prominenter Stelle in Berlin gelegen, ideal für den geplanten Gedenkort und Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der Nachbarn Deutschland und Polen, wie es der Beschluss des Bundestages fordert. Das Gelände in öffentlichem Besitz – gut erreichbar für Besucher aus Berlin, Deutschland und Polen – ist frei von jeglicher Bebauung und würde genug Platz für den Erinnerungs- und Begegnungsort bieten. Dieser sollte künftig auch ein Netzwerk von weiteren Orten sichtbar werden lassen, die mit der deutsch-polnischen Nachbarschaftsgeschichte verbunden sind. Dazu zählen das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma, das interpretationsbedürftige „Denkmal des polnischen Soldaten und des

deutschen Antifaschisten“ im Bezirk Friedrichshain, der Britische Soldatenfriedhof an der Heerstraße, auf dem auch polnische Piloten begraben sind, und die Gedenkstätte Plötzensee. Sowie auch die Gedenkstätte Sachsenhausen und die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in der Nähe der Hauptstadt.

Die Frage des Gedenkens und Erinnerns ist in den deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung, stellte der Bundestag fest. Im Geschichtspark wären die Bedingungen gegeben, einen sichtbaren und zugänglichen Ort zu schaffen, der auch Platz der Begegnung von Deutschen und Polen sein sollte, der zur Vertiefung unserer Beziehungen und Freundschaft beiträgt,“ wie es der Bundestag forderte. Zudem wäre es möglich, auch ein Gedenkzeichen für Personen, die in der Nachbarschaftsgeschichte von Bedeutung waren, wie z. B. Ludwik Mierosławski, Bettina von Arnim, Anna Morawska, Willy Brandt, Bolesław Kardinal Kominek und Władysław Bartoszewski dort aufzustellen. Das spannt den geschichtlichen Bogen auf und hilft, die Zeit von Krieg und Besatzung in die Nachbarschaftsgeschichte einzuordnen.

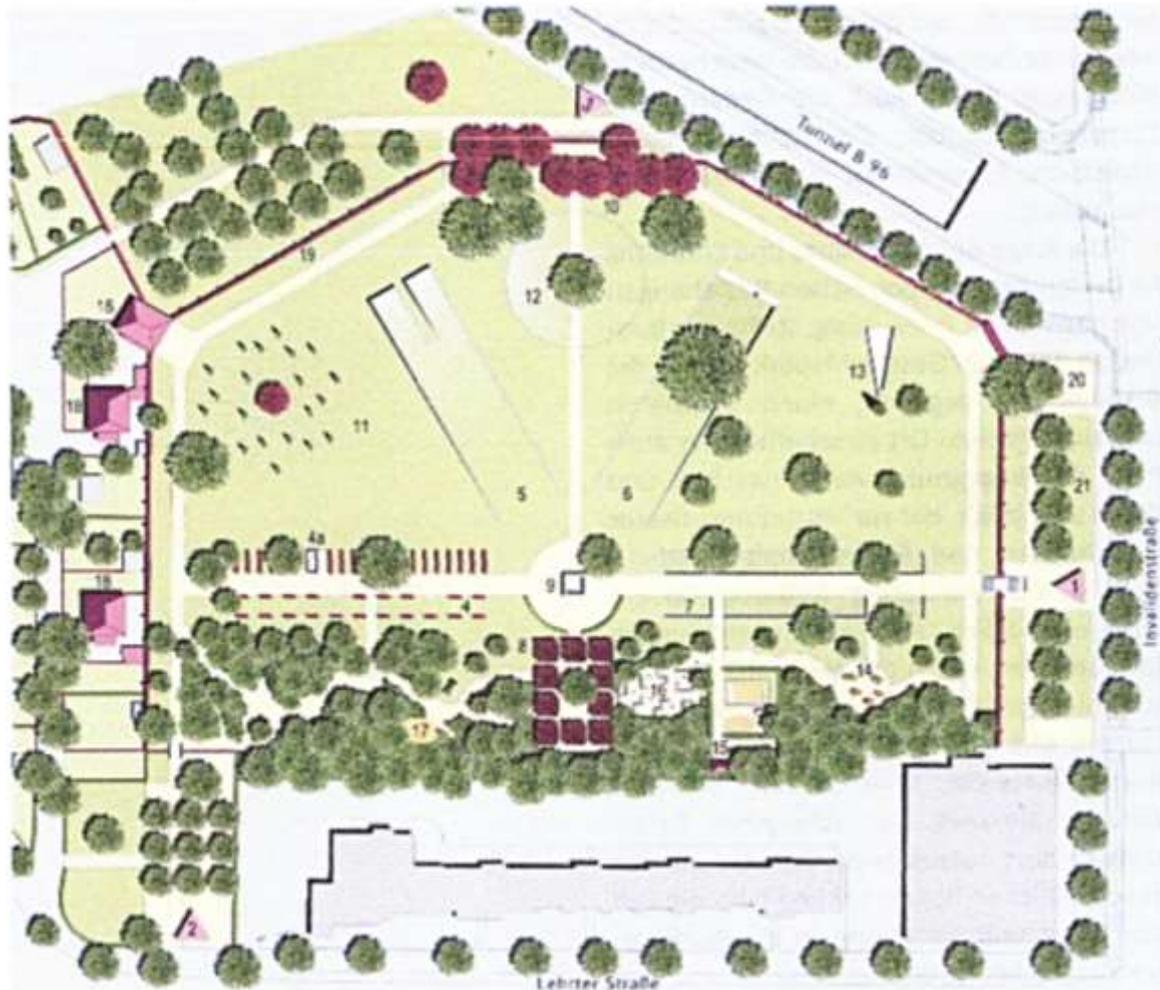
Wir wollen der Opfer gedenken, keine Frage. Doch wir wollen auch die Geschichte einer Nachbarschaft in Erinnerung rufen, vor der die Sätze von Władysław Bartoszewski im Jahre 2013 erst verständlich werden: „Ich glaube, die polnisch-deutschen Beziehungen gehören zur Welt der Wunder, positive Wunder der Europäisierung der Menschen nach 1990. Die deutsch-polnischen Beziehungen haben so große Fortschritte gemacht wie keine anderen in Europa. Wir kennen keine zwei Länder, die so weit aus der weiten Entfernung bei Überwindung der Kluft, der bestehenden psychologischen Kluft ... so weit aufeinander zugegangen sind.“

---

Christian Schröter  
Vorsitzender  
Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup  
Stellv. Vorsitzender

Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e. V.  
Schillerstr. 59 · 10627 Berlin  
E-Mail: info@dpgberlin.de · dpgberlin.de  
Telefon: + 49 (30) 432 91 92

## Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit



© 2007 glasser und dagenbach garten- und landschaftsarchitekten, glada-berlin.de

- |   |   |   |
|---|---|---|
| <p>1 Eingang Invalidenstraße, gegenüber dem Hauptbahnhof</p> <p>2 Eingang Lehrter Straße</p> <p>3 Eingang von der B96</p> <p>4 Ehemaliger Gebäudeflügel A. Die Zellen sind durch Blutbuchen-Hecken dargestellt.</p> <p>4a Rekonstruktion einer Zelle in Originalgröße als begehbare Skulptur mit Klanginstallation von Christiane Keppler</p> <p>5-7 Ehemalige Gebäudeflügel B-D, dargestellt durch abgesenkte bzw. leicht ansteigende Rasenflächen</p> <p>8 Baumpflanzung mit geschnittenen Blutbuchen, deutet das frühere Verwaltungsgebäude an.</p> <p>9 Panoptikum, zentraler Überwachungsraum, angedeutet durch eine würfelförmige Betonskulptur</p> | <p>10 Hier befand sich die „Irrenabteilung“, die ab 1944 von der Gestapo genutzt wurde.</p> <p>11 Nachbildung einer Spazierhofanlage. Betonkreise deuten die Einzelhöfe an. Säulenförmige Wacholder symbolisieren die „Hofgänger“.</p> <p>12 Kreisförmige Vertiefung im Rasen, die die gesamte Größe einer Spazierhofanlage zeigt.</p> <p>13 Darstellung eines ehemaligen Spazierhofes für den Hofgang eines Gefangenen (Originalgröße).</p> <p>14 Auf dem Gelände gefundene Materialien (Schiefer blockreste der Brunnenanlage vor dem Zoologischen Garten, Reste des roten Sandsteines der Moltkebrücke, Reste von Natursteinpflaster u.a.)</p> | <p>15 Ehemaliges Waagehäuschen</p> <p>16 Sternenlabyrinth der Bildhauer Gabriele Roßkamp und Serge Petit, aus vorhandenen Granitborden und Steinresten des Lagerplatzes</p> <p>17 Kletterwand und Sitzmauer zum Thema Schlüssel gestaltet mit Kindern und Anwohnern, Bildhauerin Bärbel Rothhaar</p> <p>18 Ehemalige Beamtenwohnhäuser</p> <p>19 Fragment des Gedichtes „In Fesseln“ von Albrecht Haushofer an der erhalten gebliebenen Gefängnismauer</p> <p>20 Reste des ehemaligen Waschhauses von 1910</p> <p>21 Weiße Maulbeerbäume in Erinnerung an die ehemaligen Moabiter Maulbeerplantagen</p> |
|---|---|---|

Anhang 2

## Die Aktion 18. März

Auch der Polen-Prozess im Jahr 1848 hat einen thematischen Zusammenhang mit der Märzrevolution 1848. Die am 20. März freigesprochenen Polen und von den Berlinern aus dem Gefängnis befreiten Freischärler hatten sich den Revolutionskämpfern angeschlossen und mit auf den Barrikaden in Berlins Straßen gekämpft.



*Karol Libelt (mi.) und Ludwik Mieroslawski (links) auf einer Barrikade in Berlin 1848  
Gemälde von Tadueuz Walkowski (1932), Muzeum Narodowe Poznań (Abbild. Katalog „Tür an Tür“)*

Auch dieses Jahr fand wieder am 18. März eine Kundgebung am Brandenburger Tor auf dem Platz des 18. März 1848 statt. Dabei waren **Ralf Wieland**, Präsident des Abgeordnetenhauses, die Bundestagsabgeordneten

**Petra Pau** (Die Linke) und **Linda Teuteberg** (FDP). Außerdem sprachen **Igor Kałkolewski** vom Zentrum für Historische Forschung und die Schülerin **Sina Cobbers**. Moderation: Volker Schröder von der Aktion 18. März.

*Ansprache von Prof. Dr. Igor Kąkolewski des Zentrums für historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften aus Anlass der „Aktion 18. März“ am 18.3.2021 vor dem Brandenburger Tor.*

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde!

Geschichte ohne Bezug auf die Gegenwart und Zukunft hat keine Relevanz. Geschichte ohne Hinblick darauf zu erzählen, was heutzutage passiert und morgen passieren wird, ist sinnlos. Das weiß jede(r) Historikerin und Historiker. Gestatten Sie mir die Frage: warum ist das Datum 18. März 1848 heutzutage relevant? Diese Frage wird von einem polnischen Historiker gestellt, der – sozusagen – zum „Fanverein für deutsch-polnische Beziehungsgeschichte“ gehört und deswegen immer auf der Suche danach ist, was uns als Polen und Deutsche in der Geschichte verbindet und nicht nurwas uns trennt. Die revolutionären Ereignisse in Berlin, die am 18. März 1848 begonnen und zwei Tage später zur Befreiung des polnischen Freiheitskämpfers Ludwik Mierosławski aus dem Gefängnis in Moabit geführt haben, verbanden und verbinden liberale und demokratische Kräfte in Polen und Deutschland bis heute. Genauso wie Mierosławskis Worte, die er am 20. März an die Berliner Freiheitskämpfer, unter denen die deutschen „Polenfreunde“ zahlreich

vertreten waren, richtete: „Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure! Herr sein oder Sklave sein, eins wie das andere läuft gegen die heiligen Gesetze der Natur. Nur freie Menschen, nur freie Völker können sich achten. [...] O nehmet uns auf, ihr Völker des Westens in euren Bund, dessen Kreis sich von Stunde zu Stunde mit Riesenschritten erweitert!“

Nun kommt mein persönlicher Bezug zur deutsch-polnischen Gegenwart und Zukunft. Als Pole bin ich allen heutigen deutschen Polenfreunden, die für das Projekt Polen-denkmal oder „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“ in Berlin plädieren, von tiefstem Herzen dankbar! Als polnischer Historiker und Mitglied des „Fanvereins für deutsch-polnische Beziehungsgeschichte“ würde ich gerne die Lokalisierung des Ortes des Erinnerns und der Begegnung mit Polen in der Nähe von dem Ort sehen, wo Mierosławski aus dem Moabiter Gefängnis befreit wurde und seine wichtigen Worte gesagt hatte.

Zugleich würde ich allerdings auch dafür plädieren, dass dieses Projekt nicht nur polnischen Opfern des 2. Weltkrieges gewidmet wird, sondern auch zahlreiche po-

sitive Kapitel der langen polnisch-deutschen Beziehungsgeschichte beleuchtet.

Meine Damen und Herren! Die Idee der europäischen Integration steckt momentan in einer tiefen Krise. Die Hintergründe dafür kennen wir gut. Zugleich gibt es erfolgreiche Projekte in der Geschichtspolitik in unseren beiden Ländern, die erst nach der Wende 1989, als Folge der „Riesenschritte“ der EU Integration zustande gekommen sind, wie das Deutsche Historische Museum in Berlin. In Warschau wird das Museum für Polnische Geschichte im nächsten Jahr eröffnet, dessen Dauerausstellung der „Geschichte der Freiheit“, so seine Gründer, gewidmet wird. Dies sind zweifelsohne die wichtigen musealen und nationalidentitätsstiftenden Projekte. Aber ist gerade nicht vielmehr die Zeit gekommen, dass wir nicht nur in Kategorien der nationalen Geschichte denken, sondern auch auf die transnationale, europäische Geschichte schauen sollten? Das

Projekt des gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsschulbuchs „Europa. Unsere Geschichte“ haben wir im letzten Jahr erfolgreich abgeschlossen. Das binationale Museum für Geschichte der langwierigen deutsch-polnischen Beziehungen, mit allen Tief- aber auch Höhepunkten, könnte ein neuer und wichtiger Baustein, oder, um Mierosławskis Wortschatz zu benutzen, – „und ein „Riesenschritt“ – zu dem von Gespenstern der Vergangenheit befreiten Europa sein. Insbesondere dies war der Traum der Freiheitskämpfer während des Völkerfrühlings 1848. Und das ist auch der vielleicht wichtigste Bezug für uns sowie das Erbe der ereignisvollen Geschichte vom 18. März.

Damals, genauso wie heute, liebe Freunde, handelte es sich um die Umsetzung eines Projektes, das uns allen am Herzen liegt und das heißt: unser gemeinsames multikulturelles Europa der freien und gleichen Völker.

---

Die Aktion 18. März ist eine Bürgerinitiative, die 1978 unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin-West, Heinrich Albertz und der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz gegründet wurde. Sie schlugen vor, den 18. März in Erinnerung an die Märzrevolution von 1848 in beiden deutschen Staaten zum gemeinsamen Feiertag zu erklären. Mit einem Plakat und einer Zeitungsanzeige trat die Aktion an die Öffentlichkeit. Vergeblich. Stattdessen wurde der blutleere 3. Oktober Nationalfeiertag. Jetzt kommt es darauf an, den 18. März wenigstens zum Nationalen Gedenktag zu erstreiten.

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der  
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen

Anzeige

# Hass aus dem Straßenbild tilgen

noch immer ehren zahlreiche Straßennamen Rassisten und Antisemiten

Jeder Lokalpolitiker weiß: Mit Straßenumbenennungen macht man sich unter den Anwohnerinnen und Anwohnern kaum Freunde. Dennoch lohnt ein Blick auf den Einzelfall, wer da bis heute alles geehrt wird – auch in Steglitz-Zehlendorf.

Viele werden sie kennen: Die Spanische Allee im Ortsteil Schlachtensee. „Was nur die wenigsten wissen: Als die Straße 1939 ihren Namen erhielt, sollte mitnichten unser europäischer Nachbar gewürdigt werden,“ erläutert Martin Kromm, Sprecher für Bildung und Kultur der SPD-Fraktion. Vielmehr erfolgte die Benennung durch die Nationalsozialisten zur Ehrung der aus Spanien zurückkehrenden „Legion Condor“. Diese war an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt, unter anderem an der Zerstörung der Stadt Guernica, der Hunderte Zivilisten zum Opfer fielen.

Nur wenigen bekannt dürfte hingegen der Maerckerweg in Lankwitz sein. Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker. Dieser war unter anderem am Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aktiv beteiligt.

Die Umbenennung des Maerckerwegs ist mittlerweile beschlossene Sache. „Bei der Spanischen Allee würde eine Umwidmung genügen – der Name könnte also bleiben, dann jedoch an die deutsch-spanische Freundschaft erinnern,“ erklärt Kromm. „Dass ausgerechnet die Grünen hier lieber mit CDU und AfD gemeinsame Sache machen, damit hatten wir nicht gerechnet!“

Diskussionen gibt es derzeit auch über die Pacelliallee, die Treitschkestraße, den Hindenburgdamm und den U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte.



### Martin Kromm

Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender.



ückisch  
dungs-  
ch  
ulaus-  
g zu  
-Beule

Für Sie



In der „Berliner Woche“ vom 27.01.2021 findet sich eine mehrseitige Parteiwerbung der SPD. Auf Seite 4 dieser „Einlage“ (siehe oben) findet sich auch der Beitrag von einem Martin Kromm. Da heißt es: „Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender“.

Auch Martin Kromm hat sich die Umbenennung von Straßen zur Aufgabe gemacht und bezieht sich dabei in seinem Beitrag auf den Maerckerweg in Berlin-Lankwitz und behauptet: „Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker...“

Wie bei seinem Parteigenossen und Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwalt Norbert Buchta, kann auch bei Genossen Martin Kromm davon ausgegangen werden, dass dem Genossen die Geschichte der SPD nach dem Ersten Weltkrieg wie auch die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Biographie zu General Georg Maercker aus Baldenburg in Westpreußen

Claus Kristen: Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution.  
Der „Städtebezwinger“ Georg Maercker. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018

nicht bekannt sind. Von Deutscher Kolonialgeschichte und Würdigung von Lebensleistungen ganz zu schweigen.

Wichtig ist hier wohl allein die mögliche politische Einflussnahme und Machtausübung mit Hilfe der SED-Traditionspartei „Die Linke“.

Bürgerbeteiligung ist nur etwas für „Demokraten“, wenn der Bürger dieselbe Meinung hat, wie man selber! Die Arbeiter in der Arbeiter-Partei von 1920 dachten wohl auch anders als Anwälte in der SPD von heute!

Das ist äußerst beschämend für diese Partei mit einer so langen demokratischen Tradition! Und es stellt sich die Frage, ist eine Partei noch „demokratisch“, wenn Ihre Funktionsträger die demokratischen Rahmenbedingungen lediglich als Mittel ansehen, sich selbst Macht zu verschaffen, ohne Rücksicht auf ihre Mitglieder und Wähler, vom Volk ganz zu schweigen!

\*

## **02) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden**

Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wollen das Grab aus der Liste der Ehrengräber streichen. Von Schleicher ist umstritten.

*Thomas Lippold*

27.02.2021, 21:52 Uhr

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

### **„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“**

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den Ehrengrabstatus der Grabstätte von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat

bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlicht wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“



Als „Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“ bezeichnet ein Bezirksverordneter der Linksfraktion von Steglitz-Zehlendorf von Schleicher. *Foto: mauritius images / World Book Inc.*

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der [als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik](#) bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr

zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

*[Wenn Sie alle aktuellen Nachrichten live auf Ihr Handy haben wollen, empfehlen wir Ihnen unsere App, die Sie [hier für Apple- und Android-Geräte](#) herunterladen können.]*

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

### **„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“**

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den [Ehrengrabstatus der Grabstätte](#) von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er

gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

## **Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert**

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die [Stabilität der Weimarer Republik](#) unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlicht wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“

Ob sich die Anerkennung als Ehrengrab nun ebenfalls als Fehleinschätzung herausstellen wird, ist eine schwierige Frage, mit der sich zunächst der Bildungs- und Kulturausschuss der BVV am kommenden Mittwoch beschäftigen darf.

**Aus:** 27.02.2021, 21:52 Uhr bzw. Der Tagesspiegel, 28.02.2021, S. 10

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/letzter-reichskanzler-der-weimarer-republik-pflege-fuer-kurt-von-sleichers-grab-soll-nicht-mehr-vom-land-bezahlt-werden/26959160.html>

## Drucksache - 2148/V BVV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Betreff:	Kein Ehrengrab für Kurt von Schleicher	
Status:	öffentlich	
	Ursprung	aktuell
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion
Verfasser:	1. Buchta 2. Dr. Stratievski	
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag
Beratungsfolge:		

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Vorberatung

[17.02.2021](#)

[45. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf](#)

überwiesen

Ausschuss für Bildung und Kultur Empfehlung

[03.03.2021](#)

[34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur](#)

### Sachverhalt

---

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Ehrengrab für Kurt von Schleicher auf dem Parkfriedhof Lichterfelde nicht mehr verlängert wird bzw. aus der Liste der Ehrengräber gestrichen wird. Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.

### Begründung:

Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf am 02.03.2021

Name ▾	Art der Mitarbeit ▾	Herkunft ▾	seit ▾
<a href="#">Tom Cywinski</a>	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
<a href="#">Dr. Clemens Escher</a>	stellv. Ausschussvorsitzende(r)	CDU	09.04.2019
<a href="#">Dr. Sabine Lehmann-Brauns</a>	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
<a href="#">Martin Kromm</a>	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
<a href="#">Ellinor Trenczek</a>	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
<a href="#">Carsten Berger</a>	Ausschussmitglied	GRÜNE	10.04.2019
<a href="#">Lukas Uhde</a>	Ausschussmitglied	GRÜNE	28.03.2019
<a href="#">Johann Trülzsch</a>	Ausschussmitglied	AfD	28.03.2019
<a href="#">Mathia Specht-Habel</a>	Ausschussvorsitzende(r)	FDP	28.03.2019
<a href="#">Hans-Walter Krause</a>	Ausschussmitglied	LINKE	10.04.2019
<a href="#">André Tinibel</a>	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	10.04.2019
<a href="#">Sabina Spindeldreier</a>	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	28.03.2019
<a href="#">Alexander Niessen</a>	Bürgerdeputierte(r)	SPD (BD)	15.05.2019
<a href="#">Dr. Detlef Meyer zu Heringdorf</a>	Bürgerdeputierte(r)	GRÜNE (BD)	28.03.2019
<a href="#">Dennis Klein</a>	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
<a href="#">Martina Bischof</a>	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
<a href="#">Wibke Bronsch</a>	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	SPD (Stellv. BD)	28.03.2019

\*

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:

Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Geschichtslandschaft\\_Strassen\\_Gedenktafeln\\_%20Ehrengraeber.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf)

Eine Ergänzung auf den Leitseiten ist in Arbeit!

**03) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg**



## **Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin**



**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg  
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen  
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Berlin**

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF  
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz  
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage); Fax auf Anfrage  
[westpreussenberlin@gmail.com](mailto:westpreussenberlin@gmail.com)  
[www.westpreussen-berlin.de](http://www.westpreussen-berlin.de)

**Vorsitzender:** Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; **stv. Vors.:** Ute Breitsprecher  
**Schatzmeister:** Dieter Kosbab Ruf: 030-661 24 22

24. Januar 2021 Hk

**Offener Brief**  
**Zum Beschluss der BVV von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen.**

Sehr geehrter Herr Olschewski,

wir „kennen“ uns aus meiner Tempelhofer bzw. vor allem aus meiner Tempelhof-Schöneberger Zeit (1982-2005) als Bezirklicher Planungsbeauftragter (BmBm-Plab). Daher wende ich mich in meinen „Offenen Brief“ zum BVV-Beschluss zur Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes direkt an Sie, in der Gewissheit, dass mein Schreiben dann nicht gleich kommentarlos in den Papierkorb wandert. Und unsere Erfahrungen, mit Parteien des „linken Spektrums“, über ihre Entscheidungen einen sachlichen demokratische Diskurs zu führen, sind schlecht: Man will nicht mit uns reden!

Als wir vor einigen Wochen von der Absicht des Herrn Bertram von Boxberg (Bündnis 90/Die Grünen) in der Presse lasen, dass er sich für diese Umbenennung einsetzt, hatte ich es nicht für möglich gehalten, dass es ihm und seiner Partei gelingen würde, die CDU und die FDP in die „rotgrüne Schmutzzone“ der Veränderung der Geschichtslandschaft zu ziehen, an der die „politische Linke“ seit Jahren, mangels anderer Probleme, arbeitet. Zu diesem Zeitpunkt äußerte Herr von Boxberg – scheinheilig, wie ich meine! – noch seine Verwunderung darüber, dass die CDU seinem tollen Vorschlag, einen CDU-Politiker mit dieser Umbenennung an einer herausragenden Stelle zu ehren, nicht folgen, sondern sich mit der Benennung eines Saales im Rathaus Schöneberg begnügen wolle.

Es ist äußerst bedauerlich, dass sich Ihre Fraktion diesem Vorhaben angeschlossen hat. Ja, es gibt eine Straße in Berlin-Lankwitz, die seit 1894 „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ein Blick in deren Umgebung zeigt Ihnen auch, wohin in Zukunft die Reise in Schöneberg geht: die Umbenennung vieler Straßen im Umfeld des Nollendorfplatzes, und nicht nur, weil der Name dort auch vorhanden ist, sondern weil es sich um für bestimmte Kreise ungeliebte Namensgeber handelt! Wir sind tief enttäuscht darüber, dass die Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg sich dafür hergegeben haben, an diesem Ort im Zuge der „historischen Reichsstraße 1“, die nach Osten in die historischen ostdeutschen Landschaften Ost-Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen führt, Ihre „einfältigen“ Ziele zu verwirklichen. Einfach statt Vielfalt!

Die Berliner CDU, so ihr Generalsekretär Stefan Evers am 22.01.2021 im Berliner „Tagesspiegel“ (Seite 8), „(habe) bereits vor einigen Jahren angeregt, den noch namenlosen Platz vor dem Roten Rathaus [Eberhard Diepgen legte immer Wert auf die Bezeichnung: „Berliner Rathaus“, Anm. R.H.] nach von Weizsäcker zu benennen...“ Die Fraktionen der BVV Tempelhof-Schöneberg waren nicht in Not.

Die Linke, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen – und nun auch CDU und FDP – sind bundesweit u.a. mit Umbenennungen in der Geschichtslandschaft aktiv, sie verfälschen unsere Geschichte und zugleich stehen sie für den Rückgang bei der Vermittlung von Geschichts- und Geographiekenntnissen in unserm Bildungssystem.

Eine Bürgerbeteiligung findet in den seltensten Fällen statt. Ein Beispiel bietet die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte, wo Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke sich einig waren, dann aber die Partei Die Linke ausscherte und eine Bürgerbeteiligung forderte; die bisherigen Bündnispartner setzten sich dann dort über diese – immerhin aner kennenswerte Forderung – ihres bisherigen Partners hinweg und setzten die Umbenennung der Mohrenstraße mit Mehrheitsbeschluss ihrer Stimmen in der BVV von Berlin-Mitte durch.

Herr von Boxberg ist mir aus meiner Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, wo er aner kennenswerterweise seit Jahren gute Arbeit für die historischen Friedhöfe der Gemeinde leistet, bekannt. Neuerdings hat sich Herr von Boxberg auch in die „AG Berliner Ehrengräber“ eingebracht, in der wir daran arbeiten, selbstherrliche, intransparente Entscheidungen von RotRotGrün zu hinterfragen, denen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ehrengräbern zum Opfer gefallen sind: Ehre nicht auf Zeit, sondern für immer ist die Forderung der AG Berliner Ehrengräber. Und da will Herr von Boxberg mitziehen, dem so viel an Straßenumbenennungen liegt? Misstrauen ist angebracht (<https://www.langhans-gesellschaft.org/ehrengrab/ag-berliner-ehrengraeber/>).

Diese AG Berliner Ehrengräber geht auf eine Initiative des ehemaligen Leitenden Baudirektors von Kreuzberg, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel (SPD) zurück, der bei Forschungen zu seinen schlesischen Landsleuten auf das Problem der Beseitigung von Ehrengräbern ohne Beteiligung der Öffentlichkeit aufmerksam wurde und auch die Begründungen für die Löschung der Ehrengräber – kein Bekanntheitsgrad und hohe Kosten – für „irre und herbeigezogen“ hält.

Auch wir Westpreußen sind davon betroffen, beispielsweise durch den Wegfall des Ehrengrabes für Hugo Conwentz (\*1855 Sankt Albrecht bei Danzig – †1922 Berlin) auf dem Stahnsdorfer Friedhof im Jahre 2014 (sein Grab war ursprünglich auf dem Alten Matthäus-Friedhof in Schöneberg und wurde 1938/39 auf Grund der „Germania-Planungen von Albert Speer 1938/1939 nach Stahnsdorf umgebettet). Im Jahre 2005 führten wir zum 150. Geburtstag von Hugo Conwentz eine Tagung im Botanischen Garten durch, auf dem Stahnsdorfer Friedhof hielten wir mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf eine Feierstunde an seinem Grabe ab, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, SPD, hielt die Gedenkrede. Vorher hatte die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin die gestohlene Bronzeskulptur zu Conwentz in der Bildgießerei Noack nachgießen lassen.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des Staatlichen Naturschutzes, er wurde Direktor der 1906 in Danzig gegründeten „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“, die 1911 nach Schöneberg umzog. An dem Gebäude in der Grunewaldstraße gibt es nur eine Gedenktafel für seinen Sekretär (!), nicht für ihn, auch an seinem letzten Wohnhaus in der Schöneberger Wartburgstraße gibt es noch keine Gedenktafel!

Ich rege an, dass Sie/sie sich für die Gedenktafel(n) zur Erinnerung an Hugo Conwentz einsetzen. Sie können sich dabei auf den § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes – BVFG“ berufen, nach dem Bund, Länder, Gemeinden usw. zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes verpflichtet sind!

Die aktuellen bundesweiten Umbenennungswellen werden weitergehen. Der Kaiser-Wilhelm-Platz – ach ja, wenige Anwohner, wenige Proteste – wird nicht die letzte Aktion dieser Art sein, sie wird fortgesetzt werden, natürlich ohne Bürger (wenn diese anderer Meinung sein sollten) – und die CDU kann sagen: wir sind dabei!

**Seite 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788 vom 22.04.2021**

Wir haben in diesem Land, in dieser Stadt, in diesem Bezirk, so viele andere Probleme: Errungenschaften der Kaiserzeit (Toilettenanlagen, Postämter usw.) werden beseitigt, man könnte sich u.a. beschäftigen mit kaputten Schulen und Straßen und Brücken, unzureichenden Planungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau u.a.m.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender

Auch hierzu lesenswert, die allgemeinen Ausführungen in „*paperpress*“, gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. “, einem privaten Pressedienst aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg:

***Siehe nächste Seiten!***

## Ein Platz für Richard von Weizsäcker

Die Betroffenen können froh sein, dass sie die Bemühungen nicht mehr miterleben müssen, ihnen ein Denkmal in Form einer Straße oder eines Platzes zu setzen. Die Berliner taten sich beispielsweise schwer, den ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** zu würdigen. Der Rheinländer Adenauer war nicht gerade der beste Freund Berlins. Von der Trauer seines Todes am 19. April 1967 überwältigt, sorgte die CDU dafür, dass bereits sieben Tage später der Kaiserdamm in Adenauerdamm umbenannt wurde. Nach heftigen Protesten der Anwohner: „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wiederhaben!“ erfolgte die Rückbenennung bereits neun Monate später. Übrigens: In dem Lied von **Heino**, von wem sonst, ist KW1 gemeint, der mit dem langen Bart. Der Namensgeber für den Kaiserdamm ist Wilhelm Zwo, das war der mit dem Ersten Weltkrieg.

Der Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau ist nach Friedrich Wilhelm benannt, der sich Friedrich III nannte und als 99-Tage-Kaiser in die Geschichte einging. Er war der Sohn von WI und Vater von WII. 1945 sollte der Platz in Engelsplatz umbenannt werden, was der Magistrat jedoch nicht umsetzte.

Wann der Beschluss der Tempelhof-Schöneberger Zählgemeinschaftsvariante aus CDU, Grünen und FDP umgesetzt wird, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen, ist ungewiss. Eigentlich besteht die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen. CDU, Grüne und FDP proben aber schon mal am Beispiel des früheren Bundespräsidenten, welche anderen Optionen es noch gibt.

Der SPD-Bezirksverordnete **Axel Seltz** stellt nach Angaben der Berliner Morgenpost in Frage, „ob der Kaiser-Wilhelm-Platz, an Haupt- und Kolonnenstraße gelegen, aufgrund seiner eher geringen Bedeutung überhaupt der richtige Platz sei, um **Richard von Weizsäcker** zu ehren.“ „Damals war der Platz für **Marlene Dietrich** zu popelig, und jetzt soll von Weizsäcker mit diesem popeligen Platz gewürdigt werden.“ Marlene Dietrich hat ihren Platz vor dem Filmfestspieltheater bekommen, der liegt allerdings nicht in Schöneberg, sondern in Tiergarten. Ihr Grab befindet sich aber auf einem Friedhof in Friedenau, was zu Schöneberg gehört.

Der Bezirk tut sich schwer mit der Namensgebung. So sollte beispielsweise **Hildegard Knef** geehrt werden, weder in Schöneberg geboren noch dort beigelegt. Gefunden wurde der Vorplatz zum Bahnhof Südkreuz, alles andere als ein Platz und nicht einmal eine postalische Adresse. Das wird sich jedoch ändern, wenn Vattenfall seine neue Zentrale einweiht.

Die Adresse lautet dann Hildegard-Knef-Platz 1. **Günther Pfitzmann** hat mit seiner Fernsehserie „Praxis Bülowbogen“ diesen Schöneberger Kiez weltberühmt gemacht. Die CDU regte 2014 deshalb an, dort eine Straße nach ihm zu benennen. Der Kultur-Ausschuss des Bezirks lehnte das „unter anderem mit der Begründung, dass Pfitzmann keine Frau sei und man Wege und Plätze lieber mit Frauennamen versehen wolle,“ ab. Quelle: Tagesspiegel

2017 wurde dann in Nikolassee, in der Nähe seines einstigen Wohnhauses, ein Platz nach ihm benannt.

Dass **Richard von Weizsäcker**, 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister, und von 1984 bis 1994 Bundespräsident, keine Frau ist, muss nicht erwähnt werden. Oder doch? Denn für ihn gelten die Vorgaben des Kulturausschusses nicht. Der Bezirksverordnete Seltz hat vollkommen recht, der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht nur popelig, sondern auch nicht besonders attraktiv und eines Bundespräsidenten vom Format von Weizsäckers nicht würdig. Der Platz ist nicht mehr als ein lärmender Straßenabzweig von Schöneberg nach Tempelhof. In die Schlagzeilen gerät er schlimmstenfalls, wenn dort ein Radfahrer zu Tode kommt.

Am Kaiser-Wilhelm-Platz befand sich seit 1892 das Schöneberger Rathaus. 1914 erfolgte der Umzug ins neue Rathaus an der Martin-Luther-Straße, die schon seit 1899 so hieß. Das alte Rathaus wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Schon früher gab es Diskussionen, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen. Zum Beispiel 1962 nach dem Schöneberger Bürgermeister **Konrad Dickhardt**. Nach ihm wurde dann im selben Jahr eine sehr schöne Straße in Friedenau benannt, die hinter dem Walther-Schreiber-Platz auf der Rheinstraße beginnt und in einem großen Bogen wieder auf die Rheinstraße kurz vor dem Rathaus Friedenau stößt. Zuvor hieß sie Ringstraße, was Sinn machte. 1973 gab es einen weiteren Versuch, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen, nämlich nach dem ermordeten chilenischen Staatspräsidenten **Salvador Allende**. Im selben Jahr wurde im Ost-Berliner Köpenick eine Straße nach ihm benannt, die noch heute so heißt.

Dass Wikipedia ein schnelles Medium ist, beweist der aktuelle Eintrag: „2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker**.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** kritisiert den Vorstoß von CDU, Grünen und FDP als „starkes Stück“, zumal andere Namensvorschläge für den Bezirk noch nicht umgesetzt wurden.

In einem Artikel in der BZ vom 21.02.2018 wird CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** wie folgt zitiert:

1

„Natürlich braucht der Platz einen Namen (gemeint ist der Platz vor dem Roten Rathaus) allerdings muss er auch umgestaltet werden. Statt Ödnis zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus wollen wir den historischen Stadtkern Berlins wiederherstellen. Den Platz vor dem Rathaus würden wir dann Richard-von-Weizsäcker-Platz nennen.“

Inzwischen ist die U-Bahn gebaut und der Platz sieht halbwegs ordentlich aus. Zeit also, das Projekt Namensgebung in Angriff zu nehmen. Die örtliche CDU aus Tempelhof-Schöneberg spuckt jedoch der Landes CDU kräftig in die Suppe. Denn zwei Richard-von-Weizsäcker-Plätze wird es nicht geben. Wenn ein Platz für den ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten geeignet wäre, dann der vor dem Roten Rathaus, und keine kleine Verkehrsinsel, die den Namen Platz nicht verdient.

Pandemie bedingt finden die BVV-Sitzungen des Bezirks nur noch verkürzt statt. Offenbar war die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes für CDU, Grüne und FDP so wichtig, dass sie den Tagesordnungspunkt 10.1 per Geschäftsordnungsantrag nach vorn gezogen haben.

Ersucht wird das Bezirksamt per Beschluss, den Platz umzubenennen. Da für Straßen und Plätze im Bezirks sicherlich die Grüne Verkehrs-Stadträtin **Christiane Heiß** zuständig ist, wird das wohl nichts mit dem Projekt. Sie ist ja nicht einmal in der Lage, eine Fahrradstraße einzurichten.

„Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden.“, steht in der Drucksache. Da können wir ja gespannt sein. Als Begründung wurde angegeben, dass von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister sein Büro im Rathaus Schöneberg hatte und am 8. Mai 1985 eine bedeutende Rede gehalten hat. „Es ist angemessen, diese große Persönlichkeit mit der Nennung einen prominenten Platz in Berlin, in Tempelhof-Schöneberg, zu ehren.“ Berlin Ja, Tempelhof-Schöneberg mit diesem Platz Nein.

Jetzt wird's leicht komisch in dem Text: „Dem Gedenken an Kaiser-Wilhelm (I, der mit dem Bart) würde eine Namensänderung nicht schaden. In Berlin (Lankwitz) gibt es beispielsweise eine weitere Straße, die den Namen des Kaisers trägt.“ Da wollen es sich die christlich-grün-liberalen Bezirksverordneten offenbar nicht mit den Hohenzollern verscherzen.

Es wird noch besser: „Die Nennung des Platzes nach Richard von Weizsäcker soll keineswegs eine Abkehr von der Regel, Straßen und Plätze vorrangig nach Frauen zu benennen sein. Bei einer derart bedeutenden Persönlichkeit wie Richard von Weizsäcker muss aber eine Ausnahme von der Regel möglich sein und wird durch diese auch gedeckt.“ Sagt wer?

Die SPD-Fraktion hat geschlossen gegen den Antrag gestimmt. Gern hätte die SPD die Benennungen im Kulturausschuss diskutiert. „Natürlich hätte das Zeit gekostet, aber so weitreichende Entscheidungen nicht richtig auszuloten und dazu BVV-Beschlüsse über Benennungen nach Frauen zu ignorieren, ist nicht professionell und tut der Sache nicht gut,“ findet **Martina Sommerfeld**, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Man kann es nur einen Pyrrhussieg nennen, den CDU, FDP und Grüne erreicht haben. Letztlich schadet er allen. Er belastet die Zusammenarbeit der Fraktionen in der BVV, denn konstruktiv ist es nicht, den Wunsch nach einer Überweisung in den Kulturausschuss abzulehnen und die ohnehin schon durch die Pandemie zeitlich begrenzte BVV-Sitzung für eine Debatte zu nutzen, die durch einen überraschend per Beschluss vorgezogenen Antrag initiiert wurde.“

Er schadet der örtlichen CDU. Mit diesem Coup haben sie verhindert, dass ein – für einen Bundespräsidenten – angemessener Ort für die Würdigung von Weizäckers gesucht werden kann. Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht mehr als eine kleine Insel im tosenden Verkehr weit ab vom Schaffensort der Bundespräsidenten.

Und, er schadet den Grünen. Ihr Wählerpotential wird es nicht nachvollziehen können, dass eine Partei, die sich neben Klima- und Umweltschutz auch Feminismus auf die Fahnen geschrieben hat, einen konservativen männlichen Namensgeber für die Umbenennung eines Stadtplatzes ausgesucht hat,“ erklärt **Marijke Höppner**, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Die frauenpolitischen Sprecherin **Manuela Harling** ergänzt: „Noch in der letzten Wahlperiode haben SPD und Grüne gemeinsam für eine Namensliste mit Frauennamen gekämpft, die für eine Straßenbenennung in Tempelhof-Schöneberg in Frage kommen. Die gemeinsame Linie, Straßen nach Frauen zu benennen – wie es die Ausführungsvorschrift zum Berliner Straßengesetz vorsieht – solange bis ein gesellschaftliches Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern im Straßenland erkennbar ist, haben die Grünen endgültig bei der 48. BVV am 20. Januar verlassen. Das ist doppelt bitter. Denn einerseits braucht eine gleichberechtigte Gesellschaft Vorbilder beider Geschlechter. Bisher sind Frauen aber eher in der Minderheit und tauchen auf Straßennamensschildern selten auf. Andererseits enthält der Namenspool viele Namen von Schönebergerinnen und Tempelhoferinnen, die noch auf eine Würdigung der Lebensleistung warten. Daher hätte es den Grünen gut angestanden, gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bezirk für Gleichstellung zu kämpfen.“

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

#### 04) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin

##### Kommentar von Götz Aly im Wortlaut

Annette A., Mittwoch, 02. Dez. 2020,  
23:35 Uhr

Liebe Freunde, jetzt endlich komme ich dazu, euch noch den von mir gestern gepriesenen Kommentar von Götz Aly in der gestrigen Berliner Zeitung zu übermitteln; Hervorhebungen von mir.

Nun fehlt noch die überregionale Presse ... Aber dieser Kommentar wird endlich dem Problem zum ersten Mal gerecht!

Auch ist bis heute kein angemessener Beitrag in der Berliner Abendschau gelaufen ...

Alle drei von Götz Aly angesprochenen Skandale kennt ihr auch aus meinen Übersichten

...

Es ist zu hoffen, daß der Kommentar von Götz Aly im Berliner Kurier morgen wiederholt wird ...

Schreibt Leserbriefe!

Leserbriefe FAZ: [leserbrief@faz.de](mailto:leserbrief@faz.de)  
Süddeutsche: [leserbriefe@sueddeutsche.de](mailto:leserbriefe@sueddeutsche.de)  
Berliner Zeitung: [leser-blz@berlinerverlag.com](mailto:leser-blz@berlinerverlag.com)

Einen herzlichen Gruß

Annette Ahme

Vorsitzende Berliner Historische Mitte e. V.

c/o Friedrichstädtische Galerie – Stresemannstr. 27 – 10963 Berlin

(030) 2521689 / (0177) 2521689 – skype: annette.ahme

##### **Rotrotgrüner Brutalismus in Berlin**

Berliner Zeitung vom Dienstag, 1. Januar 2020

Berlin Sowohl Die Linke als auch die SPD und Die Grünen tun gerne so, als hätten sie weit geöffnete Ohren für Bürgerbeteiligung. Dass zumindest in Berlin das Gegenteil stattfindet, sei an drei aktuellen Beispielen thematisiert.

Vor kurzem wurde in **Pankow die Mauer des Friedhofs im Ortsteil Französisch-Buchholz weggebaggert, und zwar mitsamt den hugenottischen Erbbegräbnissen aus dem 18. Und 19. Jahrhundert.** Sie erinnerten an die als Flüchtlinge in Preußen aufgenommenen protestantischen Franzosen: In Französisch-Buchholz waren es 17 Familien, darunter die Chartons, die Guyots, die Cunis oder Mathieus. Für den stadteschichtlich frevelhaften Abriss ist Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn (Grüne) verantwortlich. Er flüchtet sich in windige Ausreden.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die seit gut 300 Jahren bestehende Mohrenstraße. Am 17. August hatten die Verordneten des Bezirks Mitte auf Antrag der Grünen und der SPD mehrheitlich beschlossen, den Straßennamen als angeblich rassistisch zu tilgen und die

Straße nach dem durchaus würdigen Philosophen Anton Wilhelm Amo zu benennen. Das soll ausdrücklich ohne die Beteiligung von Anrainern und alternative Vorschläge geschehen.

Dieser Vorgehensweise entspricht eine Alibi-Veranstaltung, die das bezirkliche Kulturamt am vergangenen Sonntag online zelebrierte. Anfangs wurde behauptet, es gehe nicht um den Straßennamen; tatsächlich redeten die zugelassenen, sich inhaltlich völlig einigen Diskutanten ununterbrochen davon. Die Auswahl der Gleichgesinnten hatte der Verein „*Each One Teach One (EOTO) – Empowerment für Schwarze, Afrikanische- und Afrodiasporische Menschen*“ getroffen. Ein Kritiker, der im Chat-Kanal höflich widersprach, wurde kurzerhand weggelöscht, weil er sich angeblich nicht „respektvoll“ ausgedrückt habe (Erdogan lässt grüßen). Insgesamt hörten sich (mit mir) 25 bis 50 Menschen die zähe Präsentation wechselseitiger Selbstbestätigung an. Für diese bürgerferne Nichtdiskussion ist die rot-grüne Spitze des Bezirksamts Mitte verantwortlich, speziell die Stadträtin Sabine Weißler (Grüne).

Nun zum dritten Fall: **Es geht um die 44 Meter breite Mühlendammbücke**, die im Lauf der nächsten **zehn Jahre** erneuert werden muss. Die zuständige Senatorin Regine Günther (Grüne) will dieses **Betonmonster** in fast derselben Breite neu errichten lassen und bündelte Gegenvorschläge für ein nur 32,60 Meter breites, für Fußgänger, Radfahrer, Autos und Straßenbahnen gegliedertes, damit auch leichteres und weniger plump-brutales Bauwerk ab. Ihren Sprecher Jan Thomsen lässt sie mitteilen: „Wir wollen ein künstliches Nadelöhr an dieser Stelle für alle Verkehrsarten vermeiden.“

**Tatsächlich steht im Zusammenhang der Brücke die Frage an, wie das schon von den Nazis verunstaltete, dann zusammengebombte und hernach im Namen des Autoverkehrs vollständig weggesprengte ehemalige Berliner Zentrum auf moderne Weise rekonstruiert werden kann. Es geht um die Wiederbelebung einer urban vollständig verödeten Zone.** Aber dafür interessieren sich Grüne, SPD und Linke nicht. Schlecht gelaunt und ungemein wurstig herrschen sie in soft-stalinistischer Manier.

05) Anwohner lehnen Inge-Meyssel-Straße ab. Von Hildburg Bruns



Aus: B.Z., Nr. 64/11 v. 17.03.2021, S. 13

Anmerkung der Redaktion: Quittung für den „Straßenumbenener-Block“ und seine Helfershelfer? Aber was kümmert diese „Oberen“ die Meinung des Volkes, wenn das Volk anderer Meinung ist? In diesem Falle war es nicht einmal eine „Umbenennung“, sondern eine Erstbenennung, aber die r ungeliebten „Umbenennungswellen“ schlagen jetzt wohl zurück. Gut so! - Hk

Und die Partei „Bündnis 90 / Die Grünen“ zeigt uns ihr demokratisches Gesicht!

Aus der B.Z. in Berlin

<https://www.bz-berlin.de/berlin/friedrichshain-kreuzberg/inge-meyssel-strasse-kommt-doch>

siehe nächste Seite:

In Friedrichshain: Inge-Meyssel-Straße kommt doch



Inge Meysel in Berlin. Foto: picture alliance / United Archiv



Hildburg Bruns, 19. März 2021, 08:07

Es wird doch eine Inge-Meyssel-Straße in Friedrichshain geben! Darauf pocht Grünen-Kulturpolitiker Werner Heck: „Die Bezirksverordnetenversammlung hat die Benennung einer Straße ohne Namen beschlossen und sie wird auch umgesetzt“.

**Kurios:** Die Anlieger müssen den neuen Namen der westlich von ihnen gelegenen Straße aber nicht als Anschrift übernehmen. Sie können ihre bisherige Adresse der östlich von ihnen gelegenen Straßen (u.a. Pariser Kommune, Franz-Mehring-Platz) behalten.

**Denn in einer Befragung hatten von 1000 Anliegern nur 32 Haushalte für einen Wechsel zur Inge-Meyssel-Straße plädiert.**

Die neuen Meyssel-Straßenschilder in der namenlosen Straße werden erst in einigen Monaten aufgehängt. Die legendäre Volksschauspielerin (1910–2004) wurde in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, wuchs in Friedrichshain auf. Ihre prägenden Jahre erlebte sie am Rose-Theater und an der Ballettschule am Strausberger Platz. Zum großen Star avancierte Meysel im Berliner Volksstück „Fenster zum Flur“, das 1960 im Hebbeltheater uraufgeführt wurde.

Später engagierte sich die „Mutter der Nation“, wie sie auch genannt wurde, gegen den Paragraphen 218 (Schwangerschaftsabbruch) und setzte sich für die Rechte der Homosexuellen im Kampf gegen Aids ein.

Meysel war ein gern gesehener Gast in vielen Talkshows. Das Publikum liebte und hasste sie wegen ihrer offenen und direkten Art.

**Doch die Anwohner überzeugte das alles nicht, sie scheuen den bürokratischen Aufwand, wollen keine Inge-Meyssel-Straße auf ihrem Ausweis.**

**A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe**

**01) Kann das christliche Erbe Europas geschützt werden?**

Von János Latorcai

19. 04. 2021



Gründungsväter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft • Quelle: Maison de Robert Schuman, Scy-Chazelles

Vor siebzig Jahren, am 18. April 1951, wurde der Vertrag von Paris zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet, ein direkter Vorläufer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die nur wenige Jahre später durch die Römischen Verträge gegründet wurde und als Vorläufer der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, angesehen werden kann.

Diejenigen, die einst die Einigung des europäischen Kontinents vorantrieben, waren Männer, die von ihrem tiefen christlichen Glauben geprägt waren: Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman. Dies ist so wahr, dass die beiden letztgenannten bereits den Prozess der Seligsprechung in der katholischen Kirche begonnen haben. Dass sich die drei Staatsmänner 1951 in einem Benediktinerkloster am Rheinufer zum Nachdenken und Beten trafen, bevor die Verhandlungen begannen, ist in diesem Zusammenhang ebenso verständlich wie symbolträchtig. Sie alle waren sich bewusst, dass nach dem Zweiten Weltkrieg, im Schatten der kommunistischen Diktatur der Sowjetunion, einer der Siegermächte, der Wiederaufbau Europas nur gelingen konnte, wenn er auf einem soliden, für alle akzeptablen Fundament stand.

Sie glaubten fest daran, dass die Idee der antiken griechischen Demokratie endlich in einer modernen christlichen Demokratie erfüllt werden könnte, die auf der Gleichheit vor Gott – über Geschlecht, Rasse und Klasse hinweg – und auf der persönlichen Beteiligung und Verantwortung aller Mitglieder der Gesellschaft beruht. Sie haben auch von der griechischen Philosophie gelernt, dass der effektivste Weg zur Lösung politischer Konflikte in einer auf logischer Argumentation basierenden Debatte besteht, in der man versucht, den anderen zu verstehen und dann einen Kompromiss zu schließen, während man seine Prinzipien bewahrt.

Sie wussten auch, als Erbe des alten Roms, dass Kompromisse nur dann von Dauer sind, wenn sie in einem Vertrag verankert sind und jeder das Prinzip *pacta sunt servanda*, also den Grundsatz, dass ein Vertrag verbindlich ist, respektiert. Dies war auch eine primäre historische Erfahrung für die Gründerväter, denn, wie es das Zitat von de Gasperi ausdrückt: „Zwischen 1919 und 1939 wurden siebzig oder vierzig internationale Verträge geschlossen, aber alle wurden zu bloßen Papierfetzen, als sie angewendet und respektiert werden sollten.“

Sie wussten sehr wohl, dass Verträge am besten nicht durch Zwang und Gewalt durchgesetzt werden sollten, sondern durch die moralische Identifikation der Parteien mit den darin enthaltenen Zielen und Verpflichtungen. Diese gemeinsame moralische Basis war für die Gründerväter eindeutig die christliche Ethik.

Es lohnt sich also zu fragen: Wo steht Europa heute, sieben Jahrzehnte nach dem Pariser Vertrag, und was ist aus dem Traum der Gründerväter geworden?

Von einer engen Kooperation, die nur wenige Wirtschaftsbereiche umfasste, hat sich die Europäische Union zu einer breit gefächerten Gemeinschaft entwickelt, die fast den gesamten Kontinent umfasst. Sie hat eines ihrer wichtigsten Ziele, wenn nicht das wichtigste, erreicht: die Erhaltung des Friedens. Ich glaube, dass der Frieden heute nicht die Abwesenheit von Krieg ist, sondern mehr als das, und dass er eine gerechtere, wenn auch keineswegs

vollkommene Ordnung bietet als das Europa der gewaltsamen Konflikte der vergangenen Jahrhunderte. Jahrzehntlang, bis zum Aufkommen des radikalen Islam, hat dieser Frieden uns allen Sicherheit im täglichen Leben gegeben und unseren Kontinent zur lebenswertesten Heimat der Welt gemacht. Ein Ort, an dem der Respekt vor der Menschenwürde mit einer starken Sorge um die Umwelt einhergeht und an den Entscheidungen mit Blick auf die Zukunft der nächsten Generationen getroffen werden. Und der Binnenmarkt und das EU-Fördersystem boten auch die Hoffnung, dass die Unterschiede zwischen Gebieten, Regionen und Ländern mit unterschiedlichem wirtschaftlichem Entwicklungsstand mit der Zeit abnehmen würden.

Letztlich erforderten die ehrgeizigen Ziele eine immer breitere institutionelle Basis, während die wachsende Infrastruktur viele zu dem Fehlschluss verleitete, dass alle bestehenden Schwierigkeiten durch eine zentralisierte Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten überwunden werden könnten. Viele Menschen glaubten und glauben immer noch aufrichtig, dass ein vereintes und zentralisierteres Europa alle Probleme lösen kann.

Doch die Politik der Vertiefung der Integration erhielt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und deren Bewältigung einen schweren Schlag, gefolgt von der Migrationskrise 2015 und gipfelnd im Brexit-Referendum von 2016. So sind wir im Jahr 2020 angekommen, in einem vom Brexit und der Migrationskrise gebeutelten Europa, das mit den negativen Auswirkungen der globalen Coronavirus-Epidemie konfrontiert ist. Und die Anomalien rund um die Beschaffung und Produktion von Seuchenbekämpfungs- und Impfstoffen – man denke nur an die Stolpersteine in Brüssel wegen der Exportbeschränkungen für AstraZeneca-Impfstoffe oder das umständliche Genehmigungsverfahren – haben die Euroskepsis weiter verstärkt.

Laut einer von Euronews in Auftrag gegebenen Umfrage vom Oktober 2020 liegt der Euroskeptizismus jetzt bei etwa 30 %, während nur jeder zweite Deutsche und jeder dritte Italiener und Franzose glaubt, dass man mehr Gutes als Schlechtes von der Integration habe. Trotzdem glauben 58 % der Deutschen an die europäische Einheit und sind der Meinung, dass das Vereinigte Königreich mit dem Austritt aus der EU die falsche Entscheidung getroffen hat, während die Mehrheit der befragten Italiener und Franzosen der Meinung ist, dass die Wähler auf der Insel die richtige Entscheidung getroffen haben und der Brexit langfristig Vorteile bringen wird.

All dies führt zu der Frage, warum die Wahrnehmung einer in vielerlei Hinsicht sehr erfolgreichen Zusammenarbeit in den Kernstaaten so ungünstig ist. Die jüngsten Ergebnisse sind eindeutig durch die allgemeine Anspannung im Zuge des Coronavirus-Ausbruchs beeinflusst, aber dies hat die Trends nicht verändert, sondern lediglich verstärkt.

Einige argumentieren, dass das Problem in erster Linie ein Problem der institutionellen Legitimität ist und dass der Anstieg des Euroskeptizismus vor allem auf das mangelnde Verständnis der Menschen für die Arbeitsweise der Brüsseler Bürokratie und die geringe Legitimität der EU-Führer in den Mitgliedsstaaten zurückzuführen ist, trotz der Direktwahl des Europäischen Parlaments.

Ich bin überzeugt, dass das Problem viel tiefer geht und nicht in erster Linie eine Frage der institutionellen Legitimität ist, sondern eine Frage der Seele Europas. Genauer gesagt hat es mit der Art und Weise zu tun, wie die Verantwortlichen der europäischen Integration in den letzten sieben Jahrzehnten mit dem einzigartigen geistigen und kulturellen Erbe unseres Kontinents umgegangen sind.

Seit 1951 hat sich die europäische Gemeinschaft stetig erweitert. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den anschließenden Regimewechseln in Mittel- und Osteuropa ist die künstliche Teilung unseres Kontinents endgültig aufgehoben worden. Und mit dem Beitritt zur EU im Jahr 2004 hat auch Ungarn und die meisten ehemaligen Sowjetblockstaaten endlich wieder ihren Platz in der Gemeinschaft der demokratischen europäischen Staaten gefunden.

Allerdings haben sich Idee und Praxis der europäischen Demokratien, insbesondere der liberalen Demokratie in Westeuropa, in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die 1948 verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hat den richtigen Ausgangspunkt für die wachsende Achtung der Menschenwürde, die im christlichen Humanismus verwurzelt ist, auf unserem Kontinent geliefert. Heute jedoch wird diese grundsätzlich gute Praxis langsam zum Selbstzweck, da sich die Werte immer mehr relativieren. Dies zeigt sich auch in der „flexiblen“ Auslegung internationaler Dokumente von höchstem Niveau und Prestige. Ein Beispiel ist Artikel 23 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, ein 1966 verabschiedetes UN-Dokument, in dem es heißt, dass die Familie die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft ist und das Recht hat, von der Gesellschaft und dem Staat geschützt zu werden. Diese Idee ist für Progressive immer noch mehr oder weniger akzeptabel, aber sie sind eher geneigt, die nächste Klausel zu relativieren, die besagt, dass das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen, für Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter anerkannt werden sollte, und zwar aus Gründen der Menschenwürde.

Aus institutioneller Sicht haben sich die europäischen Demokratien immer mehr verfestigt, und dieser Prozess ist leider mit einer Abkehr vom Demos, also dem Volk, einhergegangen und hat zu einer Art elitärer Politisierung geführt. Dieses Problem ist in der Mehrzahl der Nationalstaaten zu beobachten, am auffälligsten ist es jedoch in der Führung der Europäischen Union. Ein perfektes Beispiel dafür ist die Wahlbeteiligung bei den Europa-

wahlen. Seit den ersten EP-Wahlen im Jahr 1979 ist die Wahlbeteiligung Jahr für Jahr von 63 % auf einen historischen Tiefstand von 42,54 % im Jahr 2014 gesunken, bevor sie 2019 wieder auf über 50 % anstieg, was nicht zuletzt auf die verstärkte politische Auseinandersetzung mit der Migrationskrise zurückzuführen ist, die alle EU-Bürger betrifft. Ob wir eine Trendwende gesehen haben oder ob es einfach das Ergebnis einer Ausnahmesituation ist, die die Wahlbeteiligung in die Höhe getrieben hat, ist noch nicht klar, aber es ist klar, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zu nationalen Wahlen im gleichen Zeitraum extrem niedrig bleibt.

Einer der Gründe dafür ist, dass aufgrund der Struktur der EU, einschließlich der spezifischen Regeln für die Wahl der Europäischen Kommission, die Korrelation zwischen den bei Wahlen abgegebenen Stimmen und den umgesetzten Programmen auf europäischer Ebene viel schwächer ist als in den Mitgliedstaaten. Zu beachten ist auch, dass die Kontroll- und souveräne Gesetzgebungskompetenz des Europäischen Parlaments viel schwächer ist als die der nationalen Parlamente. Das letztgenannte Problem wird perfekt durch die europäische Bürgerinitiative Minority SafePack zu indigenen Minderheiten in Europa veranschaulicht, die, nachdem sie die nötige Unterstützung der Bürger gesammelt hatte, dem Europäischen Parlament vorgelegt wurde, das seine Entschließung mit einer riesigen Mehrheit von 524 Ja-Stimmen, 67 Nein-Stimmen und 103 Enthaltungen annahm und die Kommission aufforderte, einen Rahmen für den Schutz der Rechte von Angehörigen von Minderheiten in der EU zu entwickeln. Auf der anderen Seite sagte der zuständige Kommissar, dass es keinen Bedarf für weitere Gesetze in diesem Bereich gebe und das Thema im Wesentlichen von der Tagesordnung gestrichen sei. Diese Praxis erinnert unheimlich an eines der bestimmenden Ideale der Herrschaft Josephs II., des (ungarischen) Königs mit dem Motto: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“.

Leider ist der Fall kein Einzelfall. In den letzten zehn Jahren gab es immer mehr Fälle, in denen unter Berufung auf hehre demokratische Prinzipien die europäische Bevölkerung in entscheidenden Fragen, wie z.B. der Migrationskrise, nicht konsultiert wurde oder in denen Entscheidungen getroffen wurden, die ihnen zuwiderliefen, wie das Minority SafePack zeigt.

Trotz der schwerwiegenden Probleme und internen Spannungen setzen die Nutznießer des Systems alles daran, es zu erhalten. Wenn nötig, sind sie bereit, sogar die Grundgesetze der griechischen Philosophie und Logik zu brechen, die den individuellen und politischen Diskurs seit Jahrhunderten bestimmen, vor allem wenn es bedeutet, eine schwer zu ändernde Vereinbarung zu umgehen.

Genau diese Praxis, und nicht die Achtung der Rechte der Vertragsparteien, ist in letzter Zeit auf dem Vormarsch. In vielen Fällen hat die Brüsseler Führung gerade durch Umgehung und Neuinterpretation der wichtigsten Verträge

versucht, Druck auf Mitgliedstaaten auszuüben, die bereit waren, ihre eigene Position im Streitfall gegen die Mehrheitsmeinung zu verteidigen. Diese Art des Vorgehens untergräbt nicht nur das verbindliche antike Rechtsprinzip des Vertrages, sondern bringt auch eines der schlimmsten Vermächnisse des antiken Roms an die Oberfläche: den Imperialismus.

Es ist kein Zufall, dass die Gründerväter immer wieder auf diese Gefahr hingewiesen haben. Die europäische Gemeinschaft war nicht als Zentralmacht konzipiert, nicht als eine Art „heilige Allianz“, und es war nicht ihr Ziel, die europäischen Staaten in einem supranationalen Superstaat zu vereinen. Sie verstanden, dass die europäischen Nationen und Staaten eine historische Realität darstellten, dass ihre Unterschiede nicht ein Nachteil, sondern ein Vorteil für uns alle waren. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Schumans Ziel war nicht die Schaffung eines Superstaates, sondern die Stärkung von Union, Kohäsion, Koordination, also von Einheit, Zusammenhalt und konzertierter Aktion, wie er in seinem Buch *Für Europa* erklärte. Schuman fügte hinzu, dass all dies in der Realität nur funktionieren würde, wenn das aus der christlichen Lehre abgeleitete Prinzip der Demokratie und der Gleichheit der Beziehungen zwischen den Nationen aufrechterhalten würde.

Es ist bedauerlich und schade, dass die christlichen Grundlagen, die den Gründervätern vielleicht am meisten am Herzen lagen, von der heutigen westeuropäischen Führung und der ihr nahestehenden „Elite“ am wenigsten geschätzt werden. Tatsächlich erleben wir zunehmend einen bewussten und systematischen Versuch, christliche Werte aus dem Alltag zu eliminieren, nicht nur in Bezug auf die Religion und das religiöse Leben, sondern auch in Bezug auf die Denkweisen und sogar die Kultur und ihre Symbole. Es findet eine komplette Infragestellung der historischen Vergangenheit statt, mit dem Ziel, die Traditionen vergangener Jahrhunderte im Namen des so genannten Fortschritts auszurotten. Aber wohin gehen wir und was sind die außergewöhnlichen Werte, die uns dazu bringen sollten, unser griechisches, römisches und vor allem christliches Erbe wegzuwerfen?

Die ideologische und politische Entwicklung der westlichen Welt hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine grundlegende Wende genommen. Obwohl die Wurzeln dieses Wandels bis ins Jahr 1968 zurückreichen, zerbrach das Bündnis zwischen Christdemokraten und Liberalen angesichts der kommunistischen Bedrohung erst Anfang der 1990er Jahre endgültig, doch die seitdem vergangene Zeit hat bei den Christdemokraten tiefe Narben hinterlassen. Das vielleicht beste Beispiel dafür ist die Geschichte der Christlich-Demokratischen Partei Belgiens, die das Land viele Jahre lang regierte, bis 1999 eine Wahlniederlage zu einer grundlegenden Überarbeitung ihres Programms führte, bei der sie ihr Engagement für die Durchdringung der Gesellschaft mit christlichen Ideen und Werten aufgab. Es ist dann durchaus verständlich, warum die ehemalige Partei Christlich-Demokratisches Zentrum,

nachdem sie sich formell von christlichen Werten losgesagt hatte, einige Jahre später ihren Namen in Humanistisch-Demokratisches Zentrum änderte.

Infolge einer ähnlichen Selbstaufgabe der christdemokratischen Parteien im Westen und der intellektuellen Vermählung der Liberalen mit der Neuen Linken wurden christdemokratisches Gedankengut und christdemokratische Werte bald in den Hintergrund gedrängt, aber es dauerte nicht lange, bis der auf einem traditionellen, individualistischen Ansatz basierende Liberalismus seinen ideologischen Halt verlor. Der Ansatz der Neuen Linken, der immer noch auf dem Klassenkampf basierte, sah den Liberalismus nicht mehr als möglichen Treffpunkt aller Kulturen, sondern als politischen Ausdruck einer Gruppe von Kulturen, und als solcher galt er als unvereinbar mit anderen Kulturen. Deshalb wurden die kollektivistischen „multikulturellen“ und „antirassistischen“ Bewegungen geboren, die mit ihren gewalttätigen Demonstrationen und widerstandslosen wissenschaftlichen und sozialen Besetzungen versuchen, die europäische Kultur, wie wir sie kennen, auszurotten, indem sie die Geschichte und die Vergangenheit umschreiben, wenn nötig, indem sie sie dauerhaft auslöschen.

Aber was vielleicht am schrecklichsten ist, ist, dass im Schatten der Orwellschen „Nacherzählung“ des 21. Jahrhunderts, der politischen Korrektheit (PC), all diese Prozesse im Westen fast undenkbar werden. PC ist in der Tat ein moralischer Absolutismus im Namen der Freiheit, der durch die auferlegte Selbstbeschränkung die Meinungsfreiheit und damit die Möglichkeit eines ehrlichen und ausgewogenen Diskurses untergräbt. Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, an dem jeder, der trotz alledem den Mut aufbringt, mit den Worten von Attila József „nicht nur das Wahre, sondern auch die Wahrheit“ zu sagen, auch seinen Job und seine Existenz riskiert. Der Fall von Zsolt Petry ist ein perfektes Beispiel für all dies, der seine ehrliche Meinung in Deutschland, wo die Meinungsfreiheit so empfindlich ist, mit seinem Job bezahlte. Die vorherrschende westliche Politik ist nun, wie Viktor Orbán es im Zusammenhang mit dem Fall Petry formulierte: eine Politik der Repression.

Gerade hier gibt es, trotz aller scheinbaren Unterschiede, mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede zwischen der heutigen europäisierten Form und Funktionsweise des bolschewistischen Atheismus und Materialismus und seiner früheren sowjetischen Version.

Wer das nicht sieht oder sich weigert, es zu sehen, übersieht in der Tat eine der größten Lehren des 20. Jahrhunderts. Der nordirische Theologe Alister McGrath hat vielleicht am deutlichsten formuliert, dass eine Gesellschaft, die die Idee Gottes ablehnt und durch etwas anderes ersetzt, in einer schrecklichen Diktatur endet, weil in einer Gesellschaft ohne Moral und Werte die dunkelsten menschlichen Instinkte ungehindert zum Vorschein kommen können.

Die Wiedereinführung der Idee von Gott als Organisationsprinzip der Gesellschaft würde von den selbsternannten Progressiven und Liberalen als Verweigerung des sozialen Fortschritts, als Anachronismus gebrandmarkt werden. Abgesehen von einigen Anarchisten, die zunehmend die Notwendigkeit eines „Sauerteigs“, der die Gesellschaft zusammenhält, leugnen, wie man an den jüngsten gesellschaftlichen Ereignissen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, sehen kann, bestreitet dies heute jedoch niemand mehr.

In einer multikulturellen Gesellschaft, wie sie sich die gegenwärtige linksliberale Elite vorstellt, mit einer erstaunlichen Vielfalt an individueller Selbstbestimmung jenseits von Religion und Herkunft, ist der moralische Relativismus eindeutig vorherrschend. Um es mit einem einfachen Beispiel zu illustrieren: In dieser imaginären „schönen neuen Welt“ könnte ein Atheist legitimerweise fragen, warum er nicht mehr Frauen haben kann. Die viel beschworene Toleranz mag das Zusammenleben in einer solchen Gesellschaft erleichtern, aber sie hat sicher keine gemeinschaftsbildende Kraft. Viele sehen daher Wohlstand als das Ideal, das eine zunehmend fragmentierte Gesellschaft zusammenhalten kann. Doch das sei ein grundlegender Fehler, warnte István Barankovics, denn Wohlstand sei kein Ideal, sondern ein Mittel, um das Erreichen geistiger und moralischer Werte zu erleichtern.

Selbst wenn ich mich irren würde und es ein Ideal gäbe, das diese sehr poröse Gesellschaft wie ein Sauerteig zusammenhalten könnte, wäre es mit Sicherheit ein ganz anderes Europa als das, das wir kennen und auf das wir zu Recht stolz sind.

Deshalb glaube ich, dass die christlichen Stiftungen die einzige Alternative für Europa sind. Diese Grundlagen haben historisch bewiesen, dass es möglich ist, trotz der Pluralität der Weltanschauungen einen gewissen ethischen Konsens zu schaffen. Der amerikanische Theologe Francis Schaffer schrieb, dass das tragfähigste Konzept das einer Nation ist, die von einer Art moralischem Konsens regiert wird, der auf christlichen Grundlagen beruht. Der Staat darf seinen Bürgern niemals christliche Überzeugungen aufzwingen, aber Gesetze müssen in ihrer Konzeption christlich sein und die göttlichen Werte von Frieden, Leben, Achtung der Menschenwürde, Liebe und Barmherzigkeit widerspiegeln, wie wir sie aus der Bibel kennen.

Dem möchte ich in Anlehnung an Umberto Eco, den nichtgläubigen italienischen Schriftsteller und Philosophen, hinzufügen, dass die Gestalt Christi ein Modell für Nichtgläubige in der säkularen Ethik sein kann, da Christus, der Sohn Gottes, der Sohn der universellen Liebe, der Sohn der Vergebung der Feinde, der Sohn Gottes, der sich für die Erlösung der anderen geopfert hat, ein Geheimnis darstellt, das auch die Herzen der Nichtgläubigen veredelt.

Deshalb gibt es, wenn uns die Zukunft Europas wichtig ist, keinen anderen Weg, wir müssen zu den Grundlagen zurückkehren, von denen Schuman, de Gasperi und Adenauer ausgegangen sind.

Der erste Schritt auf diesem Weg besteht darin, zu erkennen, dass das Christentum in Europa nicht nur eine Religion ist, sondern eine Seinsweise, die unser Denken, unser Handeln, unsere Taten grundlegend beeinflusst und unsere gesellschaftlichen Institutionen bestimmt. Ich glaube, dass dieses Axiom von den besten Denkern auf der linken und den besten Denkern auf der liberalen Seite gut verstanden wird, aber dass sie nicht in der Lage sind, es zu akzeptieren. Deshalb tun sie alles, um das Christentum aus den intellektuellen Wissenschaften zu verdrängen oder gar die Konzepte und sozialen Institutionen zu enteignen, die wir eigentlich dem Christentum verdanken.

Der zweite Schritt besteht daher notwendigerweise darin, frei vom moralischen Absolutismus der politischen Korrektheit zu versuchen, unsere eigenen Begriffe zurückzufordern und sie gemäß ihrer ursprünglichen Bedeutung in den Dienst der Gesellschaft zu stellen. Ein reales Beispiel dafür ist der ursprünglich christliche Begriff des Fortschritts, der in der populären Vorstellung eines Großteils der Welt bereits das Gegenteil von Fortschritt ist. Was der Unterschied zwischen beiden in der Realität bedeutet, kann kaum besser ausgedrückt werden als in den Worten von István Barankovics, einer der größten Gestalten der Christdemokratie in Ungarn: „Fortschritt im Sinne des materialistischen Fortschritts bedeutet, die Herrschaft des Menschen über die Natur zu erweitern und sie in den Dienst des Vergnügens zu stellen. Nach dem christlichen Ideal ist der Fortschritt die harmonische Beherrschung der Natur und seiner selbst durch den Menschen, damit das menschliche Ideal in vollem Umfang verwirklicht werden kann.“

In diesem Sinne muss in einem dritten Schritt der Gesellschaft, der europäischen Gemeinschaft, ein hehres Ideal präsentiert werden, das eine Vision von einer Zukunft bietet, die es wert ist, dass man sie ergreift und opfert.

Weder das individualistische und hedonistische Konzept des „Lebe für heute“, das zur Ausbeutung des Planeten führt, noch die kollektivistischen Ideologien, die dies leugnen, können die Lösung sein, da gerade ihr moralischer Relativismus die dauerhaften moralischen Gesetze untergräbt, die die Grundlage des bürgerlichen Zusammenlebens sind. Die christliche Demokratie kann jedoch sowohl die individuelle Leistung als auch das Wohlergehen der natürlichen Gemeinschaften fördern und ist daher auch in der Lage, die Widersprüche zwischen individualistischen und kollektivistischen Idealen aufzulösen.

Diese Vision einer europäischen Christdemokratie in der heutigen kapitalistischen Welt kann nicht vom materiellen Wohlstand getrennt werden, aber sie muss mehr als das sein, weil der wirtschaftliche und politische

Zusammenhalt Europas ohne eine Lösung der moralischen Probleme sicherlich nicht lebensfähig wäre. Die wirtschaftliche und technologische Explosion des 20. Jahrhunderts hat gezeigt, dass dieser ansonsten positive Wandel nicht mit dem moralischen Fortschritt der Menschheit einherging, weshalb wir im 21. Jahrhundert mehr denn je feste Anker brauchen, die es uns ermöglichen, zwischen nützlichen und gefährlichen Innovationen zu unterscheiden.

Und die Enzyklika von Papst Johannes Paul II, *Veritatis splendor*, die die Lehre der Kirche über die Moral und die Erneuerung des politischen und sozialen Lebens enthält, kann uns bei der Lösung der moralischen Probleme der politischen Zusammenarbeit leiten.

Die Enzyklika unterstreicht, daß die Wahrhaftigkeit zwischen Regierenden und Regierten, die Transparenz in der öffentlichen Verwaltung, die Unparteilichkeit im Dienst an den öffentlichen Angelegenheiten, die Achtung der Rechte der politischen Gegner und die ehrliche und ordnungsgemäße Verwaltung der öffentlichen Mittel allesamt Prinzipien sind, die im transzendenten Wert der Person und in den objektiven moralischen Erfordernissen des Funktionierens des Staates wurzeln. Nach christdemokratischer Auffassung hat jeder eine, wenn auch nicht gleiche, Verantwortung für die öffentliche Moral und die Entwicklung der Demokratie.

Heute geht es den Bürgern der europäischen Gesellschaften jedoch überwiegend nur noch um Rechte und die Pflichten, die Menschen gegenüber ihren Mitmenschen und der Gesellschaft haben, werden mehr oder weniger abgestoßen. Die christliche Demokratie hingegen sieht die gegenseitige Erfüllung von Pflichten als Voraussetzung für die Ausübung von Rechten und damit für das Funktionieren der Demokratie.

Der vierte Schritt, um all das zu erreichen, ist, dass die christlich-demokratischen Politiker diesen Tugenden gerecht werden, wie wir es schon oft von László Varga gehört haben: „Es reicht nicht, ehrlich zu sein, man muss auch den Anschein erwecken, ehrlich zu sein.“ Und das ist keine leichte Aufgabe. Adenauer hat einmal gesagt: „Christ zu sein ist etwas sehr Großes, etwas sehr Schwieriges. Wir sollten uns bescheiden damit begnügen, einfach zu sagen: Wir streben danach, Christen zu sein. Wir bemühen uns, als Christen zu leben, und auf diesem Weg wollen wir langsam immer höhere Grade der Vollkommenheit erreichen.“

Wir, die späten Nachfolger der Gründerväter, müssen das geistige und politische Erbe, das uns diese großen europäischen Staatsmänner hinterlassen haben, nicht nur bewahren und verteidigen, sondern im edelsten Sinne des Wortes weiterentwickeln und festigen.

Wenn wir uns als ungarische Christdemokraten die ewigen Worte von István Barankovics zu Herzen nehmen, dass „eine Gesellschaft und Kultur, die keine Vorstellung von ihrem Zweck hat, wie ein Mensch ist, für den das Leben seinen Sinn verloren hat“, dann können wir selbst verstehen, worauf Schuman sich bezog, als er diese These zu einem einzigen Satz verdichtete und die Nachwelt warnte: „Europa wird christlich sein oder es wird nicht sein“.

Entweder wir können die Versuche stoppen, die Geschlechtsidentität, die nationale Souveränität und die Selbstidentität u.a. aufzulösen, die eine Preisgabe unserer Werte darstellen, oder nichts wird Europa, das sich im Griff der Migration befindet, und uns vor der zweiten Hälfte von Schumans Gedanken schützen.

Das persönliche Leben der Gründerväter, ihr mutiger Widerstand während der atheistischen Diktaturen jener Zeit und die geistige Erneuerung, die unter ihrer Führung nach dem Zweiten Weltkrieg folgte, verpflichten uns, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, dass Europa nicht nur eine christliche Vergangenheit, sondern auch eine christliche Zukunft hat.

Der Autor ist Vizepräsident der Nationalversammlung und Vorsitzender des Nationalen Exekutivkomitees der KDNP

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

**02) Auguste Viktoria – „Kaiserliche Sozialarbeiterin“. Vor 100 Jahren starb Die populäre Monarchin. Ihr christlicher Glaube war Grundlage für ihr wohltätiges Engagement, Von Erik Lommatzsch**



Die letzte Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen: Wilhelms II. erste Ehefrau Auguste Viktoria

Foto: imago/ARKVIVI

### Auguste Viktoria

## „Kaiserliche Sozialarbeiterin“

Vor 100 Jahren starb die populäre Monarchin. Ihr christlicher Glaube war Grundlage für ihr wohltätiges Engagement

Erik Lommatzsch

10.04.2021

Am 11. April 1921 ist Auguste Viktoria, als Ehefrau Wilhelms II. letzte Deutsche Kaiserin, in Haus Doorn im niederländischen Exil gestorben. Acht Tage später wurde sie in Potsdam, im Antikentempel des Schlossparks von Sanssouci, beigesetzt. Von dem Wunsch war die nunmehr republikanische preußische Regierung nur mäßig angetan gewesen, hatte aber letztlich zugestimmt.

Nicht zu Unrecht befürchtete man dort, dass zahlreiche Menschen persönlich Abschied von der äußerst populären Kaiserin nehmen und damit zugleich der abgedankten Monarchie ihre Reverenz erweisen würden. Spontan hatten Gottesdienste sattgefunden, Glockengeläut, in Dresden musste das Gedenken aufgrund des Andrangs zweimal wiederholt werden. In Doorn trafen um die 10.000 Beileidsschreiben ein. Die Überführung im Sonderzug verzögerte sich immer wieder, Abordnungen von Städten, Kirchen und Vereinen brachten Kränze zu den Bahnhöfen. In Potsdam fanden sich schließlich etwa 200.000 Trauergäste ein, politische Gräben gab es an diesem 19. April nicht, die örtliche SPD war mit einem Gebinde vertreten.

Es war aber bei Weitem nicht nur nostalgische Erinnerung an den vergangenen Hohenzollernglanz. Auguste Viktoria hatte durch ihr Wirken Eindruck hinterlassen, von den drei Kaiserinnen des 1871 begründeten Reiches war sie als Einzige beliebt. Aus ihrer tiefen christlichen Glaubensüberzeugung fand sie ihre Aufgabe im Bereich der Wohltätigkeit. Ihre Biographin Elizza Erbstöber bezeichnet Auguste Viktoria als „kaiserliche Sozialarbeiterin“. Den Spitznamen „Kirchenguste“ – es hieß, seinerzeit sei keine Kirche vor ihrer Einweihungsvisite sicher gewesen – trug sie sicher nicht zu Unrecht; um ihr umfassendes Engagement zu beschreiben, greift er jedoch zu kurz.

Die „Kirchenguste“ war sehr beliebt

Geboren wurde Auguste Viktoria am 22. Oktober 1858 als Tochter des Prinzen Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der später als Friedrich VIII. die Regentschaft in den Herzogtümern Schleswig und Holstein beanspruchte. Der Geburtsort, das Rittergut Dolzig in der Niederlausitz, erklärt sich damit, dass die Augustenburger die großen Verlierer der deutsch-dänischen Auseinandersetzungen um Schleswig-

Holstein in der Mitte des 19. Jahrhunderts waren. Zum Weggang gezwungen, fehlte es nicht an Bestrebungen, in die einstige Position zurückzukehren. Die Hoffnungen zerschlugen sich vollends mit der Annexion des Gebietes am Ende des Deutschen Krieges 1866; Schleswig-Holstein wurde preußische Provinz. Friedrich verzichtete formell erst mit der Hochzeit seiner Tochter mit dem ältesten Sohn des damaligen preußischen und deutschen Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm und Victoria. Die im Februar 1881 in Berlin geschlossene Verbindung beruhte zwar auf dynastischen Interessen, war allerdings tatsächlich von gegenseitiger Zuneigung geprägt. Der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck hielt wenig von der Prinzessin; sie sei eine „holsteinische Kuh“, durch sie käme aber wenigstens frisches Blut ins Haus Hohenzollern. Auguste Viktoria brachte sechs Söhne und eine Tochter zur Welt. Sie pflegte einen „betont antikatholischen Protestantismus“, so Erbstöber. Mit geschiedenen Frauen verkehrte sie nicht, ihre Hofdamen wurden gern als „Halleluja-Tanten“ verspottet. Politisch hielt sich Auguste Viktoria zurück und gab der Familie, insbesondere ihrem Mann, Rückhalt. So etwa in der Daily-Telegraph-Affäre 1908. Ihr wird ein entscheidender Anteil daran zugeschrieben, dass Wilhelm II. damals nicht abdankte.

Auguste Viktoria, seit 1888 Königin von Preußen und Deutsche Kaiserin, war bereits frühzeitig und beständig um die Behebung sozialer Not in Einzelfällen bemüht. Gern versuchte sie, im Hintergrund zu bleiben, was sich allerdings kaum realisieren ließ. Vom Wirken des Hofpredigers Adolf Stoecker, bei dem sie die Umsetzung des Christentums in tätige Nächstenliebe erkannte, zeigte sie sich beeindruckt. Einfluss auf systematische Vorstellungen von Sozialpolitik vermittelte ihr Georg Hinzpeter. Der Erzieher und spätere Berater Wilhelms II. verfasste für sie im Lauf des Jahres 1881 elf Themenbriefe, die nicht zuletzt den Gedanken enthielten, dass es nicht vorrangig um Wohltätigkeit gegenüber den Ärmern gehe, sondern um den Abbau von Spannungen zwischen Bevölkerungsschichten.

Für die Verbesserung der Situation der Heimarbeiter, von denen viele Frauen waren, setzte sie sich ein und besuchte mehrfach das Oberlinhaus in Potsdam. Ein damals ungewöhnlicher, differenzierter Blick auf „Krüppel“ war ihr von Friedrich von Bodelschwingh nahegebracht worden. Nach dem Tod der Kaiserin-Witwe Augusta 1890 übernahm sie die Schirmherrschaften über das Rote Kreuz und den Vaterländischen Frauenverein, der unter anderem Kindergärten und Suppenstuben betrieb. Auguste Viktoria beschränkte sich nicht lediglich auf die Übernahme von Protektoraten, sie gab Anregungen und legte gemeinsam mit ihren Hofdamen selbst Hand an.

#### „Holsteinische Kuh“

Besonders verbunden war sie dem im Mai 1888 gegründeten Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein, an dessen Entstehung sie direkt beteiligt war. Hervorgegangen sind daraus später die Evangelische Frauenhilfe und der Evangelische Kirchenbauverein. Letzterer förderte ein Vielzahl von Neubauten. Zunächst auf Berlin beschränkt, konnte bereits 1892 die Erlöserkirche in Rummelsburg eingeweiht werden. Bis 1900 waren 49 Kirchen fertiggestellt. Später weitete sich die Tätigkeit aus. In Ostpreußen entstanden die sogenannten Jubiläumskirchen.

Auguste Viktoria setzte sich für Frauenbildung ein. Sie begrüßte die entsprechende Öffnung der preußischen Universitäten. Ihr Hauptargument war, dass Frauen auf diese Weise die Söhne besser unterstützen könnten. Ihrem Bemühen um die Säuglingsfürsorge ist die Entstehung des 1909 eröffneten Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses zu verdanken.

Im Ersten Weltkrieg galt dem Lazarettwesen ihre Aufmerksamkeit. An einen deutschen Sieg glaubte sie bis zum Ende. Der Zusammenbruch der Monarchie und ihrer Welt war für sie nur schwer zu verkraften. Dies hat wohl maßgeblich zu ihrem Tod im Alter von nicht einmal 63 Jahren beigetragen.

Wie weit sich die Wirkmächtigkeit der Erinnerung an die Monarchin erstreckte, ist etwa daran erkennbar, dass Hermann Göring sich gezwungen sah, seine unbeabsichtigt für den 14. Sterbetag Auguste Viktorias geplante Hochzeit zu verschieben. Noch heute führen zahlreiche Einrichtungen ihren Namen, auch über Deutschland hinaus, so das Auguste-Viktoria-Hospital auf dem Jerusalemer Ölberg.

### A. g) Fördermöglichkeiten

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810\\_Leitseiten\\_Foerdermoeglichkeiten.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf)

**A.h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde**

**01) Deutsch in Mitteleuropa: Die meistgesprochene Sprache der Region**  
Von Nelu Bradean-Ebinger

22. 04. 2021



„Mit der sogenannten Osterweiterung hat die deutsche Sprache in der Europäischen Union an Bedeutung gewonnen.“ - Foto: Wikipedia

*Nach Angaben des Bundesministeriums des Innern leben derzeit noch rund 500.000 Deutsche in Ostmittel- und Südosteuropa, die größten Gruppen in Polen (zwischen 150.000 und 350.000), Ungarn (132.000) und Rumänien (37.000). Etwa 40.000 verteilen sich auf Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, die Slowakei, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien.*

Mitteleuropa war seit prähistorischer Zeit von verschiedenen – vor allem indoeuropäischen – Völkern bewohnt. Nach dem Untergang des Weströmischen Reiches im Jahre 476 n. Chr. lebten vor allem verschiedene germanische – Langobarden, Skiten, Gepiden – und slawische Stämme auf dem Gebiet Pannoniens. Das später „deutsch“ genannte Volk, das sich im Laufe des 8. und 9. Jahrhunderts im östlichen Teil des Frankenreiches entfaltete, siedelte nördlich der Alpen. Deutsche gehörten im sogenannten Karpatenbecken also nicht zu den „Ureinwohnern“. Aber schon im Laufe des 9. Jahrhunderts erschienen in Pannonien die ersten ostfränkischen Sippen.

### **Sie kamen als Gäste**

Die ungarische Staatsgründung (1000 n. Chr.) brachte eine Veränderung aus der Sicht der deutschen Ansiedlung, und nach hundertjähriger Abwesenheit ließen sich Deutsche als sogenannte Gäste (lat. *hospites*) wieder in größerer Zahl im Karpatenbecken nieder. Vor allem kamen Ritter, Priester, Mönche und Bauern nach Ungarn und spielten eine bedeutende Rolle in der um die Jahrtausendwende begonnenen Christianisierung Ungarns. Die deutschsprachige Bevölkerung erfüllte wichtige Aufgaben im militärischen, politischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Leben des Landes.

Mitteleuropa umfasste den gesamten Landstrich, der sich vom „barocken Vilnius“ im Norden bis zum „mittelalterlichen Renaissance-Dubrovnik“ im Süden zog und ungefähr alles einschloss, was östlich von Deutschland lag und von seinem kulturellen Erbe her katholisch oder jüdisch geprägt war. Auch wenn der ethnische Pluralismus Mitteleuropas hochgehalten wurde, herrschte zugleich eine sehr klare Ansicht darüber, was es nicht war: christlich-orthodox, islamisch oder russisch.

### **Mitteleuropäischer Kulturraum**

Den Mitteleuropäern ist es bereits vor Jahrhunderten gelungen, innerhalb Europas einen Kulturraum zu begründen, in dem zugleich auch die Keimzellen föderaler Strukturen angelegt waren. In diesem Kulturraum, im Osten von den Karpaten, im Süden vom Balkan begrenzt, bildeten und bilden Böhmen, die Gebiete der heutigen Slowakei und Ungarn sowie Österreich mit ihren deutschen bzw. polnischen Nachbarn den historischen Kern. In böhmischen Gebieten hat die deutsche Kultur eigene Traditionen entwickelt.

In den großen Städten wie in Prag, Berlin, Warschau, Budapest oder Wien war es das Judentum, das bis zu seiner Vernichtung eine kulturtragende und kulturbildende Rolle übernahm. Auch wenn das Judentum in Mitteleuropa durch Emigration und Vernichtung nahezu ausgelöscht wurde und heute kaum noch wahrnehmbar ist, hat es innerhalb der Völker einen Beitrag zur geistigen Entwicklung geleistet, der dem des Christentums an die Seite zu stellen ist. Europa hat sich oft bewusst und zu Recht auf seine jüdisch-christlichen Traditionen berufen. Diese eine Kultur und diese vielen Kulturen bilden für uns das geistige und das materielle Band.

## **Vielfältige deutsche Spuren**

Die Deutschen haben schon eine über tausendjährige Geschichte im mitteleuropäischen Kulturraum. Sie haben ihre Spuren im Laufe der Zeit in vielen Bereichen hinterlassen. Nun stellt sich die Frage: Wie hat sich das deutsche Element entwickelt, welchen wirtschaftlichen und kulturellen Einfluss übte es aus und was für geopolitische Auswirkungen hatte das?

Mitteleuropa wurde als Kulturraum vor allem durch eine gemeinsame Kultur, Mentalität, Weltanschauung usw. geprägt, wobei Latein lange Zeit als Amtssprache galt, bis es im 19. Jahrhundert von der deutschen Sprache als Verkehrssprache abgelöst wurde.

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts lebten in Ostmitteleuropa rund 20 Millionen Deutsche. Davon wurden nach dem 2. Weltkrieg an die 14 Millionen vertrieben. Dennoch ist Deutsch auch heute noch die meistgesprochene und -gelernte Sprache in dieser Region. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes gibt es zurzeit weltweit 15,4 Millionen Deutschlernende, davon die meisten in Europa (11,2 Millionen), wo in Mitteleuropa Deutsch noch immer als wichtige Verkehrssprache gilt (1,9 Millionen in Polen, 600.000 in Tschechien, und 400.000 in Ungarn).

Insgesamt gibt es in Mittel- und Osteuropa mehr als 4,5 Millionen Menschen, welche die deutsche Sprache lernen. Neben den deutschsprachigen Minderheiten, die Deutsch als Muttersprache bzw. als Zweitsprache erlernen, sind es vor allem junge Studenten, Wissenschaftler, Arbeitnehmer, die auf den deutschsprachigen Arbeitsmarkt streben und dazu Deutschkenntnisse benötigen.

## **Deutschsprachige Staaten spielen führende Rolle im Welthandel**

Die Stellung der deutschen Sprache in der Welt fußt vor allem auf wirtschaftlicher Grundlage. Nach dem Bruttosozialprodukt, das alle Muttersprachler zusammen erwirtschaften, rangiert Deutsch auf Platz drei aller Sprachen weltweit. Die deutschsprachigen Staaten spielen eine führende Rolle im vernetzten Welthandel. Die Attraktivität einer Sprache als Fremdsprache hängt mehr von der Wirtschaftskraft der Sprecher ab als von der Sprecherzahl.

Mit der sogenannten Osterweiterung hat die deutsche Sprache in der Europäischen Union an Bedeutung gewonnen. Sie hatte schon traditionell in Mittel- und Osteuropa eine besondere Funktion als Verkehrs- und Schulsprache. Wenngleich in einigen Beitrittsländern Englisch als erste Fremdsprache in den Schulen unterrichtet wird, ist Deutsch auch in diesen Ländern unangefochten die zweite Fremdsprache.

Nach dem „Eurobarometer“, mit dem im Auftrag der EU-Kommission regelmäßig Meinungen und Einstellungen zu europaspezifischen Themen erhoben werden, steht Deutsch in den alten EU-Staaten in der Reihenfolge der Sprachen nach ihrer angenommenen Nützlichkeit an dritter Stelle, in den neuen Beitrittsländern dagegen an zweiter Stelle.

In den mitteleuropäischen Ländern, die seit dem 1. Mai 2004 zur Europäischen Union gehören, wird Deutsch nach Englisch für die nützlichste Fremdsprache gehalten. Nach dem Brexit wird die deutsche Sprache an Bedeutung, Gewicht und Attraktivität gewinnen – obgleich besonders die Westdeutschen ihre Muttersprache verschmähen. Dies wird sicherlich auch ein Argument in der weiteren sprachpolitischen Diskussion der EU sein.

**Nelu Bradean-Ebinger** wurde 1952 in Arad (Banat) geboren. Er wuchs im banatschwäbischen Bogarosch (Bogáros, Bulgarus) auf. Nach dem Besuch des deutschen Lyzeums in Hatzfeld (Zombolya, Jimbolia) studierte er in Budapest Finno-Ugristik, Hungarologie und allgemeine Germanistik (Skandinavistik). Seit 1972 lebt er im Budapester Vorort Budaörs. Er ist Professor am Institut für internationale Beziehungen der Corvinus-Universität, ungarndeutscher Autor (Lyrik, Kurzprosa, historische Romane) und Mitglied des Verbandes Ungarndeutscher Autoren und Künstler (VUDAK).

**BUDAPESTER ZEITUNG** Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

**02) Deutschland und die V4-Gruppe: Neue Dimension der deutschen Mitteleuropapolitik**  
Von Maren Schoening

<https://unser-mitteuropa.com/deutschland-und-die-v4-gruppe-neue-dimension-der-deutschen-mitteuropapolitik/>

11. 04. 2021



Maren Schoening · Bildquelle: *Budapester Zeitung*

**Der Begriff Mitteleuropa ist im Laufe der Geschichte vielfältig als Geschichts- oder Kulturraum und auch als geografische Zuordnung verwendet worden.**

Im Kalten Krieg war Mitteleuropa für viele Intellektuelle in den 1980er Jahren die Hoffnung zur Überwindung der Teilung des Kontinents. Der tschechische Exil-Schriftsteller Milan Kundera beteiligte sich an dieser Diskussion mit seinem Aufsatz „Die Tragödie Zentraleuropas“ von 1983. Er betonte darin die kulturelle Selbstständigkeit Mitteleuropas, die Abgrenzung zu Russland und beklagte, dass der Westen die Länder Zentraleuropas vergessen habe.

Im Rahmen der Wiedervereinigung stand das Thema erneut kurz auf der Agenda mit Forderungen nach einem neutralen Block in der Mitte Europas.

## **Wo stehen wir heute?**

Vor unseren Augen zerfällt eine alte Weltordnung, neue Machtzentren entstehen und die geostrategische Macht wird neu geordnet. Der imperiale Drang Chinas und Russlands verändert das Gesamtgefüge. Diverse Player greifen offen oder verdeckt das westliche Lebensmodell an und haben ein Interesse an der Schwächung Europas.

Daneben stehen globale Herausforderungen vom Klimaschutz, der Ressourcenknappheit, dem demographischen Wandel bis zur Migration sowie die Lösung von Sicherheitsfragen, der Technologiewettbewerb bis zu globalen Handelskonflikten auf der Agenda. Zu unserer eigenen Schwächung trägt auch der Brexit und der demographische Wandel bei.

Mit dem Brexit hat die EU 13 Prozent ihrer Einwohner und rund 15 Prozent ihrer Wirtschaftskraft verloren. Durch den demographischen Wandel sinkt der Anteil der EU an der Weltbevölkerung von rund 12 Prozent im Jahr 1960 auf nur noch prognostizierte 4 Prozent im Jahr 2070. Wir Europäer müssen uns dieser Herausforderungen bewusst sein und unsere eigenen Strategien anpassen. Mir scheint, dass noch nicht alle diese Herausforderungen verstanden haben.

## **Interne Bruchlinien**

Zusätzlich treffen diese Faktoren auf eine schwierige innere Verfasstheit in Europa. Die Ost-West- und die Nord-Süd-Spaltung sind offensichtlich. Der NATO-Beitritt und die Osterweiterung der EU – und damit die Rückkehr von Europäern nach Europa – war eine Kraftanstrengung, die wir nicht unterschätzen dürfen.

Wir müssen uns bewusst sein, dass sich 11 von 27 Mitgliedsländern vor 1989 hinter dem Eisernen Vorhang befanden. Die Abwicklung der europäischen Nachkriegsordnung hat die Menschen und die Politik gefordert. Die Menschen der ehemaligen kommunistischen Länder mussten in einem neuen System zurechtkommen, sich anpassen und in den 1990er Jahren wirtschaftliche Probleme meistern.

Altbundeskanzler Helmut Kohl hat schon in seinem 2014 erschienenen Buch „Aus Sorge um Europa“ bemängelt, dass „die Fehler, die auf dem Weg zu einem geeinten Europa gemacht wurden und die zu gravierenden Fehlentwicklungen geführt haben, darin liegen, dass der europäische Einigungsprozess nach 1998 nur noch halbherzig und nicht mehr mit der notwendigen Klarheit und Zielstrebigkeit weitergegangen wurde“.

## **In Vielfalt geeint**

Beim letzten Deutsch-Ungarischen Forum hatten zwei junge Leute in ihren Statements an die Gäste appelliert, dass Europa wieder mehr zusammenrücken sollte und Kooperationen und solidarischer Miteinander wichtiger denn je sind. Sie forderten mehr Stolz auf die gemeinsamen Ergebnisse als europäische Gemeinschaft und erinnerten auch an das Motto der EU, in Vielfalt geeint zu sein.

Die jungen Leute haben ein gutes Gespür für die aktuelle Lage.

Der innere Zustand hat Auswirkungen auf die Herangehensweise und die Möglichkeit zur Lösung der außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben.

Mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten ist nicht nur ein neuer Wirtschaftsraum entstanden, es sind Menschen und Staaten aufgenommen worden, die ihre

eigene Geschichte und ihre eigenen Erfahrungen mitgebracht haben. Diese Erfahrungen nutzen wir heute zu wenig für die Weiterentwicklung und die Lösung von Herausforderungen. Vielmehr werden die Belange Europas noch immer viel zu sehr westeuropäisch gedacht. Es ist bedauerlich, dass viel zu wenig Menschen im alten Westeuropa Interesse an den Belangen der mittel- und osteuropäischen Länder haben.

Trotz allem haben wir aber auch viel erreicht: Heute können wir in Europa reisen, studieren und arbeiten. Frieden und – zum Teil relativen – Wohlstand haben wir uns gemeinsam erarbeitet. Das sind unsere Erfolge.

Erfolgreich sind auch die wirtschaftlichen Verflechtungen, gerade auch zwischen Deutschland und den V4-Staaten mit einem Warenaustausch, der höher ist als der Warenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich. Im Bereich des Zusammenwachsens bleiben vielfältige Aufgaben. Ich frage mich immer, warum eine Bahnfahrt von Berlin nach Budapest rund 13 Stunden für 870 km und die Fahrt von Berlin nach Paris nur 8,5 Stunden in Anspruch nimmt, obwohl die Städte 1000 km entfernt liegen.

### **Welchen Beitrag sollte Deutschland leisten?**

Wenn Europa künftig in der Weltliga mitspielen und mitgestalten möchte, dann müssen wir die Ost-West-Spaltung beenden. Dafür ist die Überwindung des Denkens in West- und Osteuropa und damit im Denkschema von vor 1989 erforderlich. Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in einer Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2020 den Deutschen ins Stammbuch geschrieben: „Europa, wenn ich es richtig sehe, ist nicht enger zusammengerückt. Und vermutlich tragen auch wir [Anmerkung: die Deutschen] dafür die Verantwortung, nicht nur alle anderen.“

Auch Deutschland muss sich also bewegen und die Länder durch die Augen der anderen sehen. Nur gemeinsam haben wir die Chance, Europa zu einer Gestaltungsmacht zu machen. Das heißt nicht, dass man über Defizite, Unterschiede und Vertragsverletzungen hinwegsieht. Dafür gibt es Regeln, Gerichte und Parlamente. Nötig ist aber die Stärkung des Dialogs auf Augenhöhe, Interesse und Offenheit an der Sicht der anderen Seite und gegenseitiger Respekt.

### **Entwicklung einer Mitteleuropastrategie**

Am 26. September findet die nächste Bundestagswahl statt. Nach der Wahl hat die neue Bundesregierung die Chance zur Stärkung der Beziehungen zwischen Deutschland und den V4-Ländern. Die Entwicklung einer neuen Mitteleuropastrategie mit einer strukturierten Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden europäischen Ordnung könnte ein Signal senden.

Die Autorin ist Vorsitzende des Deutsch-Ungarischen Jugendwerks und mit dem Jugendwerk Co-Ausrichter des Deutsch-Ungarischen Forums. Außerdem ist sie geschäftsführende Gesellschafterin von DialogUngarn. Der Gastbeitrag basiert auf einem Vortrag, den die Autorin am 3. März auf einer Veranstaltung des Deutsch-Ungarischen Instituts hielt.

## **BUDAPESTER ZEITUNG**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATIO

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

### 03) Ratifizierung des EU-Wiederaufbaufonds spaltet Polen Von Olivier Bault

15. 04. 2021



Bildquelle: Visegrád Post

Wird Polen den EU-Wiederaufbaufonds blockieren? Wird diese Blockade die Koalition der Vereinigten Rechten unter der Führung von Jarosław Kaczyńskis Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) zu Fall bringen? Nicht nur in Deutschland steckt die Maschine nach der Blockade fest – vorübergehend? – der Ratifizierung des 750-Milliarden-Euro-Wiederaufbaufonds durch die Richter des Karlsruher Verfassungsgerichts, da sie Zweifel an der Vereinbarkeit der von der EU-Kommission im Namen der 27 aufzunehmenden gemeinsamen Schulden mit den europäischen Verträgen haben. Damit dieses EU-Konjunkturprogramm in Kraft treten kann, muss es jedoch zunächst von den 27 nationalen Parlamenten ratifiziert werden. In Polen ist es auch die Frage der gemeinsamen Verschuldung, die für Uneinigkeit zwischen den Partnern der Regierungskoalition sorgt. Das Hauptproblem ist aber vor allem die Verabschiedung des berühmten „Rechtsstaatlichkeits“-Mechanismus, der die Auszahlung der europäischen Gelder von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der europäischen Werte abhängig machen wird.

#### Die Vereinigte Rechte ist zunehmend uneinig

Die polnische Regierungskoalition vereint unter dem Label „Vereinigte Rechte“ die PiS und zwei kleinere verbündete Parteien, deren Abgeordnete auf PiS-Listen gewählt wurden und in der PiS-Fraktion im Sejm sitzen: die Partei *Solidarna Polska* (Solidarisches Polen) von Justizminister Zbigniew Ziobro und die Partei *Porozumienie* (Einigung) des Ministers für Entwicklung, Arbeit und Technologie Jarosław Gowin. Da die Mehrheit der PiS-Fraktion im Sejm nur wenige Sitze beträgt, würde der Austritt einer dieser beiden Parteien ausreichen, um die absolute Mehrheit zu verlieren. Seit dem Frühjahr 2020 [haben sich jedoch die Konflikte zwischen der PiS und ihren beiden Verbündeten gehäuft.](#)

#### Hochriskante Abstimmung für die Koalition

Die bevorstehende Abstimmung im Sejm über das Gesetz zur Ratifizierung des EU-Wiederaufbaufonds stellt also ein hohes Risiko für die Koalition dar. Justizminister Zbigniew Ziobro und seine Partei *Solidarna Polska* haben deutlich gemacht, dass sie sich dagegenstellen werden. In einem am 7. April von der Wochenzeitung *Gazeta*

*Polska* veröffentlichten Interview sagte der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński jedoch, es eine Niederlage der PiS bei der Abstimmung aufgrund eines Nein oder einer Enthaltung der *Solidarna Polska*-Abgeordneten das Ende der Koalition bedeuten würde. Damit hat Kaczyński der Opposition den Schlüssel zum Sturz der Regierung von Mateusz Morawiecki und möglicherweise zur Herbeiführung vorgezogener Wahlen in die Hand gegeben, denn sie weiß nun, dass sie dafür nur noch *en bloc* gegen das Konjunkturpaket stimmen muss. Dies offen zu sagen, war wahrscheinlich nicht sehr klug, da die PiS die Liberalen und die Linken braucht, um diesem Sanierungsplan zuzustimmen.

### **Der Verrat von Premierminister Morawiecki**

In einem Radiointerview am 12. April erläuterte der Justizminister noch einmal [die Wurzel des Problems](#): Auf den Tagungen des Europäischen Rates im Juli und Dezember 2020 [akzeptierte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki den Mechanismus](#), der EU-Gelder von der Bewertung der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der europäischen Werte durch die Europäische Kommission abhängig macht. Ziobro und seine Partei bestanden auf der Notwendigkeit, diesen Mechanismus zu blockieren, der im Widerspruch zu den europäischen Verträgen steht und der dazu führen wird, dass die Europäische Kommission ein äußerst mächtiges Erpressungsinstrument erhält, das für politische und ideologische Zwecke genutzt werden könnte. „*Der Ministerpräsident hatte dem Sejm mitgeteilt, dass er sein Veto gegen den Gesetzentwurf einlegen würde. Aber am Ende akzeptierte er das Diktat von Brüssel und Berlin*“, sagte Ziobro. Für Ziobro hat Morawiecki die Versprechen, die er den Wählern der Vereinigten Rechten gegeben hat, verraten, indem er einen großen Transfer von Souveränität an die europäischen Institutionen akzeptierte. Ziobro weist auch auf das Risiko hin, dass die polnischen Steuerzahler eines Tages für die Schulden der Griechen aufkommen müssen, weil das EU-Konjunkturprogramm Schulden vorsieht.

### **Ziobro überzeugt, dass der Konditionalitätsmechanismus genutzt wird, um Polen zu beugen**

In einem Interview, das am 22. März in der Wochenzeitung *Sieci* veröffentlicht wurde, sagte der Justizminister, dass er keinen Augenblick daran glaube, dass die politische Erklärung, die der polnische und der ungarische Ministerpräsident auf dem Europäischen Rat im Dezember über die Anwendung des neuen Mechanismus abgegeben haben, dessen Ausnutzung für ideologische Zwecke einschränken werde, um Polen das Sozialmodell aufzuzwingen, das die Linke für die gesamte EU will. In diesem Zusammenhang zitierte er entsprechende Aussagen der [Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Věra Jourová](#), die regelmäßig verspricht, diesen Mechanismus zu nutzen, um „LGBT-Rechte“ durchzusetzen. Drei Tage nach diesem Interview nahm das Europäische Parlament eine Entschließung an, in der es [der Kommission mit einer Klage vor dem Gerichtshof der EU drohte](#), wenn dieser Mechanismus nicht sofort umgesetzt würde, ohne das Ergebnis der [Klage Polens und Ungarns vor dem EuGH](#) abzuwarten. Dies kommt, nachdem [die EU am 11. März in einer Resolution](#), in der Polen der Hauptangeklagte ist, zu einer „Zone der Freiheit für LGBTIQ-Menschen“ erklärt wurde.

### **Kaczyńskis wirtschaftliche Wette**

In dem am 7. April in der *Gazeta Polska* veröffentlichten Interview ist der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński jedoch der Meinung, dass es ein sehr schwerer Fehler wäre, den Wiederaufbaufonds nicht zu ratifizieren, da die für Polen vorgesehenen Mittel unerlässlich sind, um den wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber den reichsten Ländern des Blocks fortzusetzen, was laut Kaczyński eine Voraussetzung dafür ist, die Souveränität und Identität Polens wirksam verteidigen zu können.

Vorausgesetzt natürlich, dass die Zahlung dieser Gelder nicht ausgesetzt wird, wie Ziobro es fürchtet, um Polen zu zwingen, seine Souveränität und Identität aufzugeben, bevor es die von Kaczyński erwartete Wirtschaftsmacht erlangen kann.

---



**Olivier Bault** ist Franzose und lebt seit dem Anfang der 1990er Jahre in Polen; er ist der Korrespondent in Polen für die Visegrád Post und die französische Tageszeitung Présent. Als unabhängiger Journalist berichtet er regelmäßig über das Geschehen in Polen und Europa; er schreibt ebenfalls Beiträge in polnischer Sprache für die polnische Wochenzeitung Do Rzeczy bzw. in englischer Sprache für das Portal kurier.plus des Waclaw-Felczak-Instituts für polnisch-ungarische Zusammenarbeit.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

## 04) 140 Jahre Telefon in Tschechien

Im Jahr 1881 klingelte auf dem Gebiet Böhmens das erste Mal ein Telefon. Das Gespräch über 2,5 Kilometer Entfernung wurde zwischen dem Verwaltungsgebäude der Kohlegrube Hartmann in **Ladowitz** / Ledvice und dem Bahnhof in **Dux** / Duchcov geführt.

Ein Jahr nach dem ersten Telefonanruf zwischen Ladowitz und Dux wurde die erste Fernsprechvermittlungsstelle in den böhmischen Ländern eingerichtet. Sie befand sich im Richter-Haus auf dem Kleinen Ring in der Prager Altstadt. Noch im Jahr 1882 gab das Prager Telefonunternehmen das erste Telefonbuch heraus, das mehrere Dutzend Kontakte aufführte. Die zweite Auflage des Telefonbuchs vom 1. Jänner 1883 wird heute im **Prager Postmuseum** aufbewahrt. [Bitte sehen Sie hier den Bericht von „Radio Prag“](#).

<https://deutsch.radio.cz/140-jahre-telefon-tschechien-8714166>

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 43, 2021*

*Wien/Erlangen, am 12. April 2021*

## 140 Jahre Telefon in Tschechien

11.04.2021



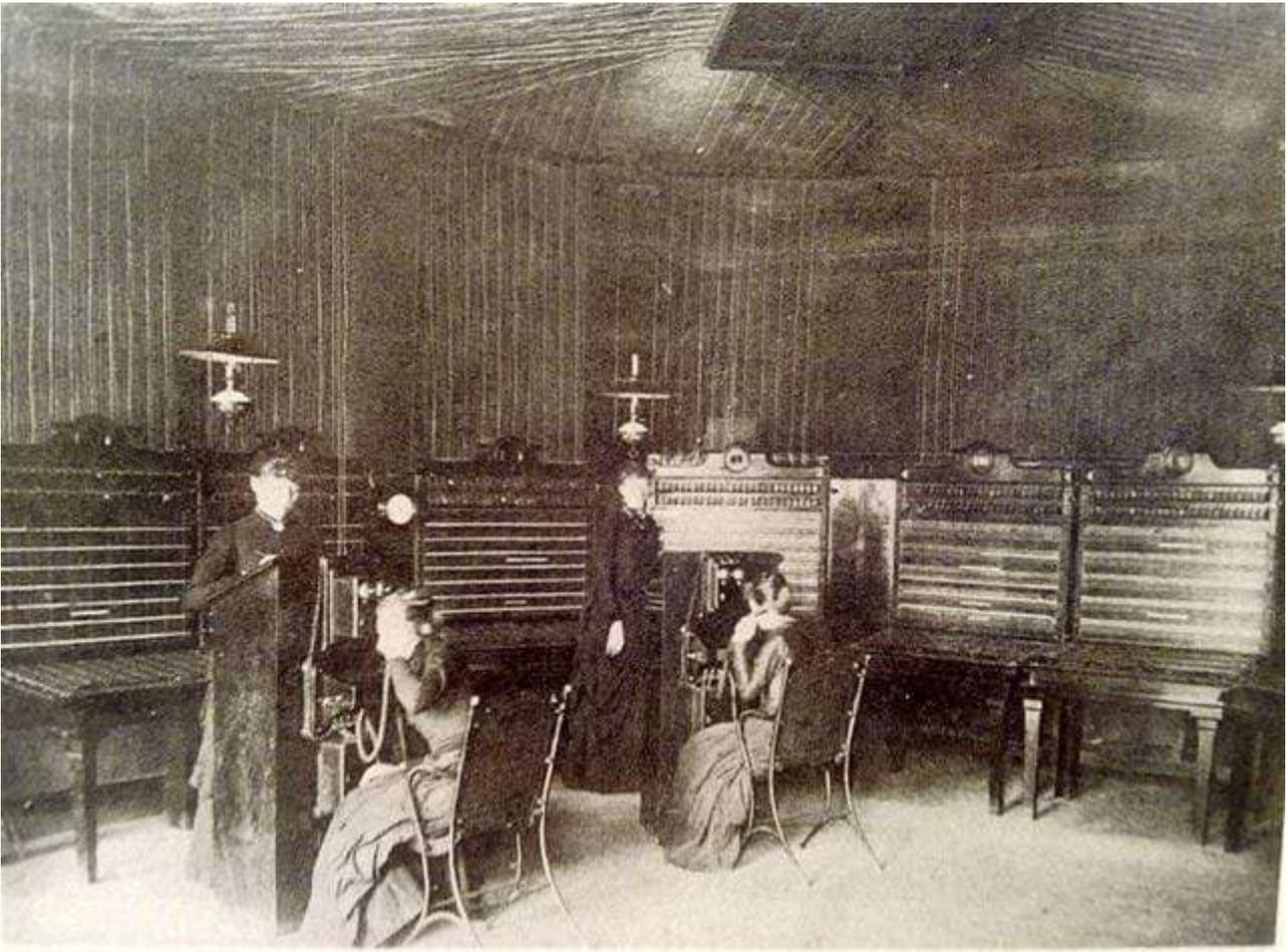
*Illustrationsfoto: AILes, Pixabay / CC0*

Im Jahr 1881 klingelte auf dem Gebiet Böhmens das erste Mal ein Telefon. Das Gespräch über 2,5 Kilometer Entfernung wurde zwischen dem Verwaltungsgebäude der Kohlegrube Hartmann in Ledvice / Ladowitz und dem Bahnhof in Duchcov / Dux geführt.



Alexander Graham Bell führt ein Telefongespräch.-  
Quelle: Library of Congress, gemeinfrei

Die erste Telefonverbindung in Nordböhmen wurde vom sächsischen Unternehmer Richard Hartmann eingerichtet. Der Inhalt des ersten Ferngesprächs ist nicht bekannt. Ganz im Unterschied zum ersten Telefongespräch überhaupt, das der Erfinder des Telefons, Alexander Graham Bell, mit seinem Mitarbeiter Thomas Watson fünf Jahre zuvor führte. Bell rief 1876 dem Sprachrohr im Erdgeschoss eines Hauses in Boston zu: „*Mr. Watson – kommen Sie her – ich brauche Sie.*“ Watson hörte die Worte in einem Raum im Dachboden und traf ein. Die Erfindung des schottisch-amerikanischen Forschers veränderte die Möglichkeiten der Kommunikation von Grund auf.



Fernsprechvermittlungsstelle im Richter-Haus.-  
*Foto aus dem Buch 'Od telegrafu k internetu' von Jan Králík, Verlag Pragma*

Ein Jahr nach dem ersten Telefonanruf zwischen Ladowitz und Dux wurde die erste Fernsprechvermittlungsstelle in den böhmischen Ländern eingerichtet. Sie befand sich im Richter-Haus auf dem Kleinen Ring in der Prager Altstadt. Noch im Jahr 1882 gab das Prager Telefonunternehmen das erste Telefonbuch heraus, das mehrere Dutzend Kontakte aufführte. Die zweite Auflage des Telefonbuchs vom 1. Januar 1883 wird heute im Prager Postmuseum aufbewahrt. Das Telefonieren konnte sich noch weiter verbreiten, nachdem 1911 die ersten Telefonzellen in den Straßen von Prag aufgestellt wurden.

Autor: [Radio Prague International](#)

## 05) Pottenstein: Burg, Schloss, Sommerfrische und Schatz-Mythos in einem

Im Vorland des Adlergebirges, genauer im Tal der Wilden Adler liegt die malerische Gemeinde **Pottenstein** / Potštejn. Die Dominante des Ortes mit etwa 1000 Einwohnern bilden die Ruinen einer mittelalterlichen Burg. Man findet dort aber auch ein Barockschloss, eine 150 Jahre alte Lindenallee sowie Überreste einer Kuranlage aus dem 19. Jahrhundert. Die Umgebung bietet schöne Aussichtspunkte und weitere Wanderziele. [Machen Sie sich mit „Radio Prag“ hier auf die Reise.](#)

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 48, 2021*

*Wien/München, am 20. April 2021*

<https://deutsch.radio.cz/pottenstein-burg-schloss-sommerfrische-und-schatz-mythos-8714973>

## **Pottenstein: Burg, Schloss, Sommerfrische und Schatz-Mythos**

17.04.2021



[volume](#)

Pottenstein: Burg, Schloss, Sommerfrische und Schatz-Mythos

Länge 11:25

Burg Potštejn. - Foto: Jiřina Šmídová, Tschechischer Rundfunk

Nach Ostböhmen wollen wir Sie im heutigen Reiseland Tschechien führen. Im Vorland des Adlergebirges, genauer im Tal der Wilden Adler liegt die malerische Gemeinde Potštejn / Pottenstein. Die Dominante des Ortes mit etwa 1000 Einwohnern bilden die Ruinen einer mittelalterlichen Burg. Man findet dort aber auch ein Barockschloss, eine 150 Jahre alte Lindenallee sowie Überreste einer Kuranlage aus dem 19. Jahrhundert. Die Umgebung bietet schöne Aussichtspunkte und weitere Wanderziele.



Schloss Potštejn|Foto: Patrik Hejduk.- [Wikimedia Commons](#), CC BY-SA 3.0

Pottenstein wurde im Mittelalter als ein Marktflecken unterhalb einer mächtigen Burg gegründet. Diese Dominante auf einem steilen Hügel über der Wilden Adler wurde 1287 erstmals erwähnt, als sie Botho von Bothenstein (Půta z Potštejna) gehörte. Der bekannteste Besitzer der Burg war im 14. Jahrhundert aber Nikolaus von Pottenstein. Der Kastellan des Schlosses von Pottenstein, Vladimír Hulman, erzählt:

*„Dieser Ritter geriet in einen Streit mit König Johann von Böhmen, weil er aus Rache für den Tod seines Vaters einen Prager Bürger erstochen hat. Dafür wurde Nikolaus vom König zu einer hohen Geldbuße verurteilt. Er nutzte die günstige Lage seiner Burg auf dem Berg über dem Handelsweg von Mähren nach Polen und wurde zu einem gefürchteten Räubergesellen. Er überfiel die vorbeikommenden Händler und raubte ihnen Gold, Silber, Edelsteine, kurzum alles, was wertvoll war. Der König entsandte dann seinen Sohn, den damaligen mährischen Markgrafen Karl, um gegen Nikolaus vorzugehen. 1339 belagerte und eroberte Karl mit seinem Heer die Burg. Nikolaus selbst soll beim Einsturz des Turms zu Tode gekommen sein, der von den Soldaten untergraben worden war.“*



Schlossbrunnen.- Foto: Jan Dudík,. Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Nachdem der Markgraf als Karl IV. König von Böhmen wurde, ließ er die Burg 1355–1359 erneuern. Über den Räuberritter Nikolaus ist eine Sage entstanden, die Jahrhunderte lang in der Region überliefert wurde, sagt Vladimír Hulman:

*„Die Menschen dachten, Nikolaus muss sein Geld, Silber und kostbare Gegenstände irgendwo versteckt haben. So entstand die Sage vom Schatz des Nikolaus von Pottenstein.“*

## Vergebliche Schatzsuche

### *FREIHERREN HARBUVAL von CHAMARÉ.*

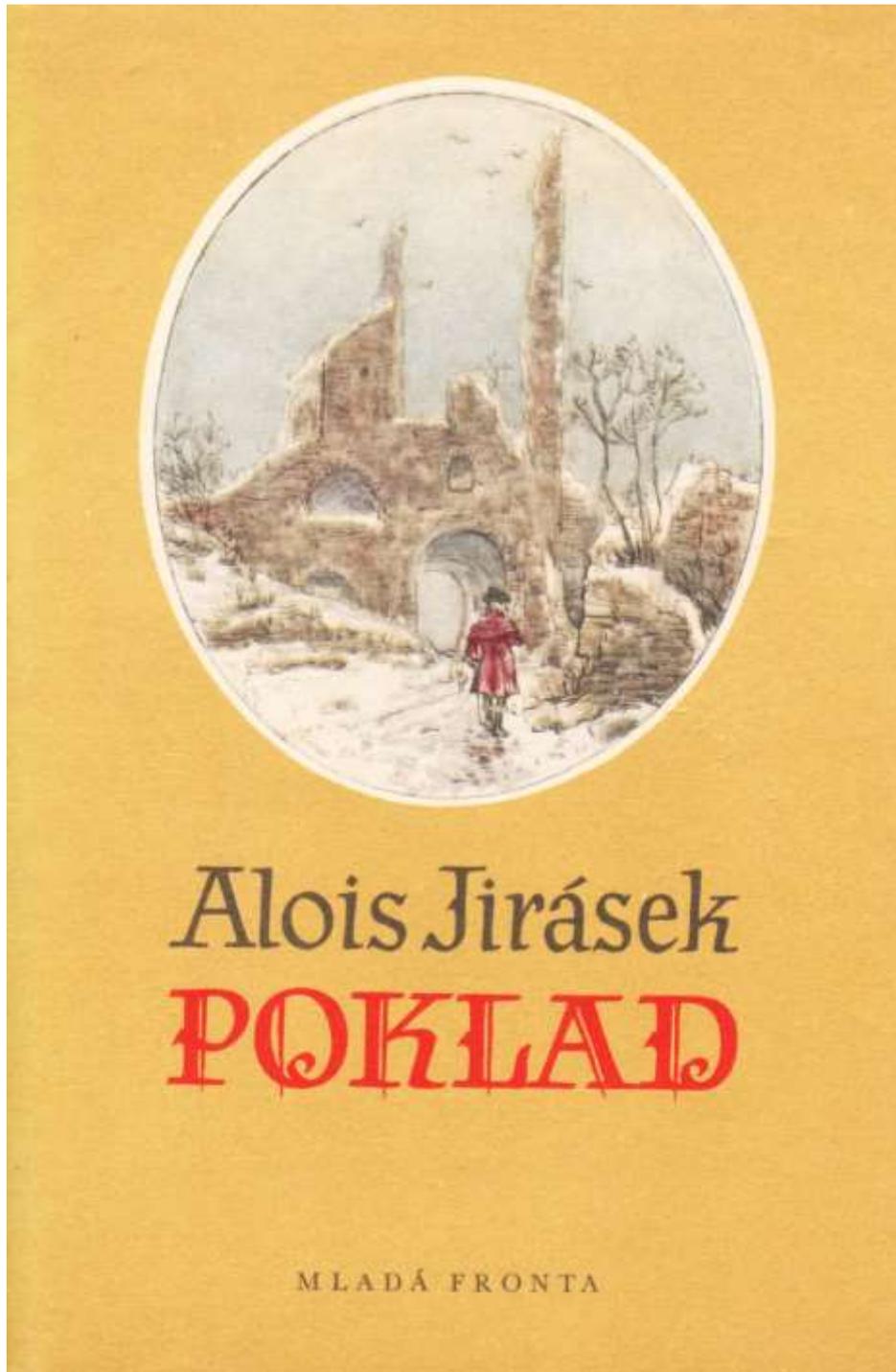


Quelle: Wikimedia Commons, gemeinfrei

Machen wir nun einen Sprung ins 18. Jahrhundert. Der Schatz sollte in dieser Zeit nämlich eine bedeutende Rolle in der Geschichte von Pottenstein spielen. Die Burg wechselte im Laufe der Jahrhunderte häufig ihre Besitzer. Das hatte negative Folgen. Sie wurde dem Verfall preisgegeben und 1673 als Ruine verzeichnet.

Seit 1746 gehörte Pottenstein dem Grafen Johann Ludwig Harbuval de Chamaré, der nach der preußischen Einnahme Schlesiens 1742 von dort emigriert war. Er wollte die Burg nicht mehr bewohnen, sondern baute mehrere Wirtschaftsgebäude im zugehörigen Marktort zu einem Barockschloss um. Beim Rundgang durch den Adelssitz können heute insgesamt 12 Zimmer sowie die Kellerräume besichtigt werden. Eine Besonderheit sind Schlossführungen für Kinder. Und umgeben ist das Gebäude von einem Rosengarten sowie einem englischen Park. Johann Ludwig Harbuval de Chamaré machte sich um die wirtschaftliche Entwicklung Pottensteins sehr verdient. Nachdem er dort Weber angesiedelt hatte, richtete er 1755 eine Weber- und eine Spinnereischule sowie Räumlichkeiten zum Leinwandbleichen ein. Später kam eine Seidenfabrik dazu.

Sein Sohn Jean-Antoine Harbuval de Chamaré führte die Arbeit des Vaters fort. Außerdem verbrachte er fast vierzig Jahre mit der erfolglosen Suche nach dem Schatz. Kastellan Vladimír Hulman:



Alois Jirásek: „Poklad“.- Der Schatz, Quelle: Verlag Mladá fronta

*„Jean Antoine Harbuval Chamaré hat seit Kindheitstagen die Sage vom Schatz gehört. Als Erwachsener begann er, in der Umgebung zu graben und den Schatz zu suchen. Und was hat er gefunden? Nichts. Er hat aber durch Grabungen erhebliche Schäden an der Burg verursacht und deren Verfall beschleunigt.“*

Der Schriftsteller Alois Jirásek setzte dem Grafen in seiner Erzählung „Poklad“ (Der Schatz) ein literarisches Denkmal. Regisseur Zdeněk Troška verfilmte den Stoff 1984 unter dem Titel „Poklad hraběte Chamaré“ (Der Schatz des Grafen Chamaré).

Jean Antoine war aber nicht nur Schatzsucher. Er sei ein gebildeter und technisch begabter Mann gewesen, betont Hulman:



Film „Poklad hraběte Chamaré“.- (Der Schatz des Grafen Chamaré)|Foto: Tschechisches Fernsehen

*„Jean Antoine hat an der Universität in Wien Architektur und Jura studiert. In Pottenstein hat er unter anderem Seide produziert. Er hat hier Seidenspinner gezüchtet und deswegen auch Maulbeerbäume gepflanzt. Bis heute gibt es hier drei dieser Bäume in der Nähe des Parks.“*

1791 hätte er in Pottenstein zudem mit Heißluftballons experimentiert, ergänzt Hulman:

*„Einige Wochen vor dem Start des ersten Heißluftballons in Prag, hat Jean Antoine hier zwei Ballons in die Luft geschickt. Einer davon flog tatsächlich über die Landschaft hinweg.“*

## Bergauf zur Burgruine



Kreuzweg in Potštejn.- Foto: Petr1888, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Vom Ortszentrum führt ein barocker Kreuzweg bis zur Burg Pottenstein. Die Burg-Kastellanin Iva Dostálová erzählt:

*„Den Kreuzweg ließ Anna Barbara, die Gattin von Johann Ludwig Harbuval Chamaré, 1754 erbauen. Sie wollte dadurch die vergebliche Schatzsuche ihres Sohns wiedergutmachen. Der Weg besteht aus 14 Kapellen und führt bergauf zur Burg.“*

Folgt man den Kapellen, geht es an einer mächtigen Burgbefestigung vorbei bis in den Burghof.



Burg Potštejn,-Foto: Jana Házová, Tschechischer Rundfunk

*„Wie majestätisch der Bau und sein Befestigungssystem sind, merkt man bei einem Rundgang. Man kann die Burg auf einem ein Kilometer langen Lehrpfad umgehen. Den Besuchern steht zudem eine App zur Verfügung. Sie zeigt, wie die Befestigung einst ausgesehen hat. Man kann die App außerhalb der Burg öffnen und sich virtuell mitten in die Burg hineintragen lassen.“*

Steigen wir von der Burg nun in das Tal der Wilden Adler hinunter. Ihre Ufer überschattet heute eine imponierende Lindenallee. Soběslav Hlinka vom Pottensteiner Verschönerungsverein weiß mehr:



Lindenallee in Potštejn,- Foto: Jiří Fremuth, Tschechischer Rundfunk

*„Die Linden wurden 1875 angepflanzt, dank dem Einsatz des hiesigen Einwohners Václav Hostinský. Das wirkte als Inspiration für seinen Nachfolger, den Universitätsprofessor Jan Urban Jarník. Dieser hat Anfang der 1880er Jahre den Verschönerungsverein gegründet, dem wir bis heute viele Dinge in Pottenstein verdanken.“*

## Kulturelles Zentrum und Sommerfrische

Aus Initiative des Vereins wurden in Pottenstein etwa eine Sommerbühne, ein Flussbad sowie eine Kureinrichtung mit Badewannen errichtet. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte die Herrschaft den Grafen Dobrženský von Dobrženitz (Dobřenský z Dobřenic). Vor dem Ersten Weltkrieg wandelten sie das Schloss zu einem kulturellen Zentrum um. Die Stadt entwickelte sich zu einer beliebten Sommerfrische:



Potštejn.- Foto: Jiří Fremuth, Tschechischer Rundfunk

*„Die Menschen kamen hierher, um zu entspannen und sich vom regen Stadtleben zu erholen. Die Sommergäste gehörten meistens der Mittelschicht an, es waren Professoren aus Prag, Industrieunternehmer, aber auch Künstler und Schriftsteller. Die Blütezeit war die vor dem Ersten Weltkrieg, aber auch in der Zwischenkriegszeit.“*

Unter den Gästen war auch der Universitätsprofessor Tomáš Garrigue Masaryk. Zweimal besuchte er auf Einladung seines Kollegen Jarník die Sommerfrische und hielt sich dort mit seiner Familie 1882 und 1883 auf.



Waldtal „Modlivý důl“.- Foto: Tschechisches Fernsehen

Dank seiner malerischen Lage und Umgebung war Pottenstein ein beliebtes Ausflugsziel. Und das gilt bis heute. Markierte Wege führen vom Ortszentrum unter anderem in das Naturschutzgebiet im Waldtal „Modlivý důl“. Ein Gedenkstein erinnert dort daran, dass das Tal in der Zeit des Geheimprotestantismus als diskreter Treffpunkt der Böhmisches Brüder diente. Von dort aus erreicht man eine Anhöhe mit den Überresten der Burgruine Velešov und den Aussichtspunkt auf dem Hügel Kaprad'. Soběslav Hlinka:

*„Von hier aus sehen wir die Burg Pottenstein unter uns, als ob wir sie vom Hubschrauber aus beobachten würden. Darunter liegt das Städtchen. In der Ferne sieht man den Massiv Chlum und ganz hinten den Bergkamm des Adlergebirges.“*

Autoren: [Markéta Kachlíková](#) , Jiří Fremuth

## 06) „Vindobona“ soll nach 30 Jahren zurückkehren

Zum letzten Mal fuhr der legendäre „Vindobona“ im Juni 1992 durch das **Waldviertel**. Mehr als drei Jahrzehnte, in der Zeit des Kalten Krieges, war seine Fahrtroute von der österreichischen Hauptstadt über die Hauptstadt der Tschechoslowakei bis nach **Ostberlin**, der Hauptstadt der DDR, gewesen. Und das zu Zeiten, als Europa durch den Eisernen Vorhang getrennt war. Seit dem Jahr 1992 führen die ÖBB ihre internationalen Züge nach **Prag** über die **Nordbahnstrecke**, also über **Lundenburg** / Břeclav und **Brünn**. [Nun aber ist eine Wiedereinführung ernsthaft geplant.](#)

<https://noe.orf.at/stories/3097587>

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 42, 2021*

*Wien, am 08. April 2021*

Verkehr

### **„Vindobona“ soll zurück auf Schiene kommen**

**Der „Vindobona“ war von 1957 bis 1992 auf der Franz-Josefs-Bahn unterwegs und fuhr die Strecke Wien – Prag – Berlin. Heute gibt es eine Direktverbindung in die tschechische Hauptstadt nur noch via Nordbahn. Der „Vindobona“ steht aber vor der Wiedereinführung.**

*06. April 2021, 5.18 Uhr*

Zum letzten Mal fuhr der „Vindobona“ im Juni 1992 durch das Waldviertel. Mehr als drei Jahrzehnte, in der Zeit des Kalten Krieges, war seine Fahrtroute von der österreichischen Hauptstadt über die Hauptstadt der Tschechoslowakei bis nach Ostberlin, der Hauptstadt der DDR, gewesen. Und das zu Zeiten, als Europa durch den Eisernen Vorhang getrennt war. Seit dem Jahr 1992 führen die ÖBB ihre internationalen Züge nach Prag über die Nordbahnstrecke, also über Breclav (Lundenburg) und Brno (Brünn).

30 Jahre nach der letzten Fahrt durch das Waldviertel, konkret ab Dezember 2022, könnte es wieder so weit sein. „Wir arbeiten daran, den ‚Vindobona‘ rund 30 Jahre nach seinem Abzug aus dem Waldviertel wieder zurückzuholen. Entsprechende Gespräche mit dem tschechischen Vizeverkehrsminister Jan Sechter haben in den letzten Tagen bereits stattgefunden und verliefen positiv“, sagte Mobilitätslandesrat Ludwig Schleritzko (ÖVP).

### **Der Plan: Freitags bis montags Wien – Gmünd – Prag**

Technisch und organisatorisch stehe der neuen Verbindung Wien – Prag nichts mehr im Weg. Die Kosten für das neue Zugsangebot müssten sich das Land und der Bund teilen, heißt es aus dem Büro von Landesrat Schleritzko, auf Landesseite wäre das ohne Zusatzkosten auch machbar. In der ersten Phase soll der „Vindobona“ freitags bis montags täglich einmal von Wien nach Prag und retour fahren. Das Angebot richte sich vorerst vor allem an Wochenpendlerinnen und -pendler und Städtetouristen. Werde der Zug genutzt, könnte das Angebot später auch auf die ganze Woche ausgeweitet werden, so der Mobilitätslandesrat.



Büro LR Schleritzko/Wolfgang Andraschek Der „Vindobona“ war jahrzehntelang als einziger internationaler Zug ein Blickfang auf der Franz-Josefs-Bahn

Aus dem Waldviertel könnte man dann außerdem schnell nach Prag gelangen und in einer abgestimmten Umsteigerelation weiter nach Berlin. „Nach der Fertigstellung des Bahnausbaus auf tschechischer Seite, der für 2023/24 geplant ist, können die gleichen Fahrtzeiten zwischen Prag und Wien erreicht werden wie auf der Nordbahn. Von Gmünd aus wäre man dann in zwei Stunden in Prag und in weiteren vier Stunden in Berlin“, so Schleritzko.

### **ÖVP und Grüne für Ausbau der Franz-Josefs-Bahn**

Durch den „Vindobona“ könnte es zur nächsten Aufwertung der wichtigsten Bahnverbindung im Waldviertel kommen, ist Schleritzko überzeugt: „Die Franz-Josefs-Bahn ist das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs im Waldviertel und wird in dieser Position von uns gestärkt. Seit der Elektrifizierung der Bahn gab es keine so großen Investitionen und grundlegenden Streckenveränderungen, wie wir sie mit dem Mobilitätspaket und gerade der Anbindung an die Weststrecke sowie dem selektiven zweigleisigen Ausbau planen.“

In einer Aussendung am Dienstag unterstrichen die Grünen die Notwendigkeit des Ausbaus der Franz-Josefs-Bahn angesichts der möglichen Wiedereinführung des „Vindobona“ als Verbindung zwischen Wien und Prag. „Wenn die von uns geforderten Abkürzungen zwischen Horn und Gmünd gebaut werden, wird die Franz-Josefs-Bahn zur schnellsten Verbindung zwischen Wien und Prag“, sagte Landtagsabgeordnete Silvia Moser (Grüne). Es brauche aber auch die Anbindung der Bezirkshauptstädte Zwettl und Waidhofen an der Thaya an die Franz-Josefs-Bahn, damit „das gesamte Waldviertel von diesem Rückgrat profitieren kann und auch die internationale Anbindung nach Tschechien gestärkt werden kann“, so Moser.

red, noe.ORF.at/[Agenturen](#)

Link: [Vindobona](#) (Wikipedia)

**07) Kloster Seelau ist der „Kraftort des Monats“**

Wo Stille und Natur aufeinandertreffen, ragen zwischen grünen Baumwipfeln die zwei Kirchtürme des **Klosters Seelau / Želiv** (siehe Bild oben) hervor.

<https://www.kloesterreich.at/kloster-stifte/kloster-zeliv-selau/>

Das Gebäude mit Brauerei und Restaurant liegt, eingebettet in Wiesen und Felder ca. 100 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Prag. Die Klosteranlage hat eine bewegte Geschichte hinter sich: in der Mitte des 12. Jahrhunderts als Benediktinerkloster gegründet, gehört sie heute zum Orden der Prämonstratenser. Das klösterliche Areal ist zugleich **nationales Kulturdenkmal** und **Wallfahrtsort**. Wer hierher kommt, findet Ruhe, geistige Erneuerung und körperliche Erholung – alles Faktoren, denen in Krisenzeiten, die wir derzeit durchleben, besondere Bedeutung zukommt. [Hier erfahren Sie mehr über das zu entdeckende Juwel.](#)

[https://drive.google.com/file/d/1p\\_nQmf8xurB4gun28joorfVXC0S4ytjo/view](https://drive.google.com/file/d/1p_nQmf8xurB4gun28joorfVXC0S4ytjo/view)

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 44, 2021*

*Wien, am 13. April 2021*



## KRAFTORT DES MONATS DAS KLOSTER ŽELIV

Wo Stille und Natur aufeinandertreffen, ragen zwischen grünen Baumwipfeln die zwei Kirchtürme des Klosters Želiv (Seelau) hervor. Das Gebäude mit Brauerei und Restaurant liegt umgeben von Wiesen und Feldern rund 100 Kilometer südöstlich der tschechischen Hauptstadt Prag. Die Klosteranlage wurde im 12. Jahrhundert als Benediktinerkloster gegründet, hat eine bewegte Geschichte hinter sich und gehört heute zum Orden der Prämonstratenser. Das klösterliche Areal ist zugleich nationales Kulturdenkmal und Wallfahrtsort. Wer hierherkommt, sucht und findet Ruhe, geistige Erneuerung und körperliche Erholung. Möglich ist das zum Beispiel bei ausgleichenden Tagen im Klosterhotel\*. Nächtigungsgäste werden im Gästetrakt aus dem 18. Jahrhundert untergebracht, der

mit Möbeln im historischen Stil eingerichtet ist. Die Stille hinter den altherwürdigen Klostermauern ermöglicht es, den Alltag draußen zu lassen und sich selbst wieder intensiver zu spüren. Um die innere Einkehr zu fördern, wird eine mehrtägige Klosterauszeit von den Klosterbrüdern des Prämonstratenserordens mit einem spirituellen Programm begleitet. Auf diese Weise taucht man in den Alltag der Gemeinschaft ein. Die vor Ort gelebte Spiritualität wirkt beruhigend auf Körper und Geist und vermittelt das Gefühl, gut und sicher aufgehoben zu sein. Tagesbesucher können das Kloster von Mai bis Oktober besichtigen, es gibt auch Führungen. ○

**TIPP** Auch Fastentage\* werden hin und wieder im Kloster Želiv angeboten. Mehr zum Thema Klosterfasten ab Seite 96! > [zelliv.eu](http://zelliv.eu)

**08) Luthers Echo in Siebenbürgen: 500 Jahre seit dem Reichstag zu Worms**  
Von Ulrich A. Wien

20. 04. 2021



Martin Luther auf dem Reichstag in Worms, Holzstatue in Bistritz, geschnitzt aus gebeiztem Hartholz. Der Sockel trägt den legendären Ausspruch als Inschrift: „Hier stehe ich. Ich kann nicht anders. Gott helfe mir! Amen.“ Über das nahezu lebensgroße Standbild Martin Luthers aus der Evangelischen Stadtpfarrkirche gibt es in Bistritz eine Legende, die besagt, dass es von einem französischen Kriegsgefangenen während des Ersten Weltkriegs geschnitzt worden sei, der es dann der Kirchengemeinde geschenkt habe. Tatsache ist (laut Eintrag im Inventar der Kirchengemeinde), dass das Standbild vom Tiroler Bildhauer Albino Pitscheider (1877-1962) im Jahr 1916 geschaffen wurde und eine Stiftung des sächsischen Bürgermeisters von Bistritz ist.

*Fotograf: Martin Eichler, München*

*Die Siebenbürger Sachsen übernahmen die Reformation aus Wittenberg. Schon sehr früh – um 1520 – und seitdem bis in die Gegenwart fanden Luthers Schriften und Gedanken in Siebenbürgen nachhaltigen Widerhall. Neben Luther gilt vor allem Melanchthon als Impulsgeber. Dessen Schüler, Damasus Dürr, der Pfarrer von Kleinpold, zählte seine Gemeinde um 1570 zu den „lutrischen“. Schon 1565 haben sich die Sachsen an der Confessio Augustana orientiert, und auch die Glaubensformel von 1572 lehnte sich an diese an. Allerdings entfaltete sich die reformatorische Bewegung, sodass unterschiedliche Richtungen sich auf Melanchthon beriefen.*

Der Landtag beschloss 1568 Verkündigungsfreiheit und verstärkte die bestehenden Tendenzen protestantischer Vielfalt. Schließlich beschloss der Landtag 1595 in Weißenburg offiziell die Garantie der erreichten Mehrkonfessionalität und etablierte Siebenbürgen als Pionierregion der Religionsfreiheit. Seit dem Beitritt zum Lutherischen Weltbund vor fast 60 Jahren gehört die Evangelischen Landeskirche A. B. in Rumänien zum großen Weltverband der Lutheraner. Diese Konfessionsfamilie geht zurück auf Wirken und Ausstrahlung des Reformators Martin Luther und der Wittenberger Reformation im 16. Jahrhundert.

Am 17./18. April 1521 kam es zu einer weltgeschichtlichen Begegnung am Rande des Wormser Reichstags, wie sie ungewöhnlicher hätte kaum sein können. Martin Luther, der inzwischen äußerst populäre Universitätsprofessor einer „am Rande der Zivilisation“ gelegenen, erst kürzlich begründeten Landesuniversität Wittenberg und Bestsellerautor, war vom Reichsherold nach Worms geholt worden. Der jüngst vom Papst als Ketzer gebrandete Mönch trat im Bischofshof vor Kurfürsten, Politiker und Zaungäste, vor allem aber vor den Universalmonarchen – Karl V. (1500–1558).

### **Luthers Idee**

Luthers Reise nach Worms hatte einem Triumphzug geglichen; überall war er erwartungsvoll aufgenommen und zum Predigen aufgefordert worden. Die Reichsstände befürchteten Aufruhr. Aber Luther ging es nie um gesellschaftliche Revolution. Seine Analyse sollte „zum Kern der Nuss“ vorstoßen! Er wollte eine Kirchenreform oder Reformation: Ein Leben in der Nachfolge Jesu wie im Urchristentum. Sein Ziel war bedingungsloses und konsequentes Vertrauen in die Gnade Gottes, die sich im stellvertretenden Sühnetod des Heilands Jesus Christus am Kreuz auf Golgatha offenbart hatte. Intellektuell redlich sollte diese unmittelbare Beziehung zwischen Mensch und dem gnädigen Gott sein. Glauben war Vertrauen in Gottes Zusage, die nur dann Heilsgewissheit begründete, wenn sie auch mit vernünftigen Gründen und dem biblischen Zeugnis in Deckung zu bringen war. Inhalt der Verkündigung war für Luther das reine und lautere Evangelium. Und es galt allen Menschen, wofür ganz besonders die Bibel in die jeweilige Muttersprache übersetzt werden musste.



Seitenschiff mit Luther-Gemälde und der Inschrift  
„Ein feste Burg ist unser Gott“, Evangelische Kirche in Heldsdorf.  
*Foto: Martin Eichler, München*

## **Auftritt vor Kaiser und Reich**

Luther hoffte, dass ihm der humanistisch gebildete und reformtheologisch erzogene Herrscher auf dem Wormser Reichstag eine angemessene Diskussionsatmosphäre für seine theologischen Reformansätze ermöglichen würde. Für ihn überraschend wurde er allerdings am ersten Abend ohne Umschweife und bedingungslos aufgefordert zu widerrufen. Erst am nächsten Tag gelang es Luther, mit einer überzeugenden Rede die Propagandahoheit zu erlangen. Mit Freimut stellte er sich vor das Auditorium und berief sich auf sein subjektives Gewissen: „gefangen im Gewissen an dem Wort Gottes, derhalben ich nicht mag noch will widerrufen, weil wider das Gewissen zu handeln beschwerlich, unheilsam und gefährlich ist. Gott helfe mir! Amen.“ Einen großen Teil der Zuhörer hatte Luther mit seiner Rede für sich eingenommen, und auch außerhalb des Saales machten die Menschen „ain gros geschrai“. Es folgte eine „Welle der Lutherbegeisterung“ (Heinz Schilling), die mit weiteren Flugschriften in der Folgezeit die öffentliche Meinung dominierte. Die „causa Lutheri“, die Luther-Sache, die eigentlich auf einem Nebenschauplatz des Reform-Reichstags abgehandelt werden sollte, bestimmte im Nachhinein das historische Bild des Wormser Reichstags von 1521.

Doch Luther hatte den Herrscher Karl V. nicht überzeugt. Auch dieser konnte nicht anders. Denn seine universalen, politischen Pläne konnte er nur mit einer die gesamte Christenheit umfassenden „Katholizität“, einer einheitlichen weltanschaulichen Basis erreichen. Auch er berief sich auf sein Gewissen, auf sein Majestätsbewusstsein, das auf objektiven Institutionen und Traditionen gründete, um das habsburgische Zukunftsmodell Europas voranzutreiben: Plus ultra – immer weiter, so sein Motto.

## **Politik der Habsburger**

Der neue deutsche König, der erwählte Kaiser Karl V. hielt in Worms seinen ersten Reichstag auf deutschem Boden ab. Er war gerade 21 Jahre jung, in Burgund aufgewachsen, bereits regierender Herrscher über Spanien und dessen Weltreich (bis nach Mittel- und Südamerika). Im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation – einer Wahlmonarchie – hatte er sich erfolgreich bei der Königswahl durchgesetzt. Damit schien er der von Gott auserwählte Weltherrscher werden zu können. Aber mit diesem Konzept sowie der konkreten, überdehnten Herrschaft ist er gescheitert – auch wegen der verlorenen religiösen Einheit, die der rastlos reisende Kaiser benötigt hätte, aber durch seine auf diversen Kriegsschauplätzen verzettelte Energie verspielte. Nach der Königswahl war er im Oktober 1520 in Aachen zum deutschen König gekrönt und bestieg als Nachfolger seines Großvaters Maximilian den Thron. Dieser hatte zu Lebzeiten ein Europa überspannendes Netz von Heiratsverbindungen eingefädelt. Die Habsburgerdynastie hatte unverhofft viel Glück: Überall trat zu ihren Gunsten der Erbfall ein (gemäß dem berühmten Satz: *tu felix Austria nube / du glückliches Österreich heirate*). Kriege führten sie im 16. Jahrhundert trotzdem – in jahrzehntelanger Konkurrenz zu Frankreich (auch in Italien) und zu den Osmanen (auch in Afrika und auf dem Balkan). In Ungarn trat 1526 nach dem Schlachtentod König Ludwigs II. Jagiello der Erbfall ein. Aber eine klassische Doppelwahl trübte den politischen Erfolg der Heiratspolitik ein; gekrönt wurde zunächst der Konkurrent, der siebenbürgischen Woiwode Johann Szapolyai: „Hans kunig“ so eine Quelle. Erst mit einmonatiger Verspätung wurde im Dezember 1526 der Habsburger Ferdinand, der Bruder Karls V., gewählt. Weil sich Szapolyai 1528/29 freiwillig den Osmanen unterwarf, konnte er mit deren Unterstützung seinen Herrschaftsraum in Ungarn erhalten. Schließlich blieb Ungarn dreigeteilt: Den Westen und Norden beherrschten die Habsburger mit König Ferdinand, das Zentrum regierten die Osmanen direkt. Der östliche Bereich, das historische Siebenbürgen (mit angegliederten Teilen im Nordwesten, den *Partes adnexae*), bildete das neugebildete Fürstentum Siebenbürgen.

Jede politisch privilegierte Gruppe bildete eine natio: Das waren die natio des ungarischen Adels, die natio der Szekler und die natio der „Saxones“ auf Königsboden (zusammengefasst in der Nationsuniversität der Sachsen). Alle drei Gruppen oder Nationen bildeten einen Regierungsverband: eine unio trium nationum. Diese Art „Ständemonarchie“ oder „Bundesstaat“ wählte den Woiwoden bzw. Fürsten und regierte mit diesem zusammen auf Landtagen und mit der Regierungskanzlei in Weißenburg (Alba Iulia).

### **Erste Reaktionen in Hermannstadt**

In den Jahren nach 1520 erreichten Ideen der Wittenberger Reformation das gebildete Bürgertum und Patriziat in Hermannstadt. Diese hatten Händler (wohl von der Leipziger Messe) in gedruckten Schriften importiert. Die Quellen berichten über Reaktionen in der Bevölkerung, in den ratsführenden Schichten, bei den irritierten Geistlichen, aber auch bei den Menschen in umliegenden Dörfern. Zettel mit spöttischen Versen gegen die bisherige Religionspraxis von Prozessionen oder geistlichen Bruderschaften wurden an die Kirchentüren geheftet. Andererseits sind muttersprachliche Predigten in Privathäusern gehalten worden, in denen auch deutsche (evangelische) Lieder gesungen wurden. Vermutlich haben auch evangelische Predigten in den Nebenkirche der Stadt stattgefunden. Dazu kam ein Kirchenstreik gegen den Priester in Baumgarten (Bongard) bei Schellenberg. Außerdem beunruhigte die nachlassende Bereitschaft, für kirchliche Zwecke zu stiften oder in Testamenten entsprechende Bestimmungen zu treffen, die kirchliche und weltliche Obrigkeit. 1525/26 erreichten schließlich die Gegenreaktionen von obrigkeitlicher Seite ihren ersten Höhepunkt: Auch vom ungarischen König wurden den „Lutheranern“ strenge Strafen angedroht. Im August 1526 wendete sich das Blatt: Die ungarische Elite (inklusive der mitkämpfenden Bischöfe) war auf dem Schlachtfeld bei Mohács fast vollständig ausgelöscht worden. Daher überlagerten auseinanderstrebende und sich in einem Bürgerkrieg äußernde politische Interessen die religiösen Kontroversen. Die reformatorische Bewegung in Hermannstadt „versandete“ (Adolf Schullerus). Eine offizielle Einführung der Reformation wie beispielsweise in den Reichsstädten Süddeutschlands unterblieb. So ist zwar eine politische Delegation zum Reichstag 1530 nach Augsburg geschickt worden. Deren Auftreten ist in den Reichstagsprotokollen aber nicht erwähnt; und die Verlesung der Confessio Augustana hat sie verpasst, weil sie erst danach vor Ort eintraf.

### **Unterschwellige Entwicklungen**

Doch die Ideen blieben weiterhin unter der Oberfläche wirksam. Erste Studenten aus Siebenbürgen studierten an der Universität Wittenberg. Der spätere Ratsherr und Reformator Kronstadts, Johannes Honterus, hatte im Ausland (Regensburg, Krakau und Basel) höchstwahrscheinlich bis 1532 die reformatorische Bewegung kennengelernt und importiert. Kronstadt wurde für die offizielle Einführung der Reformation in Siebenbürgen entscheidend: Sie ist die allererste Stadt des christlichen, d. h. evangelischen Europas, über der die Sonne aufgeht, schreibt Johannes Honterus selbstbewusst in seiner Kosmographie. Der Rat von Kronstadt ergriff 1542 die Initiative. Als Motiv zur Kirchenbesserung wurde auch die Kritik der orthodoxen Gemeinden und Gläubigen an der westkirchlichen Religionspraxis erwähnt. Damit erfolgte ein nicht unwesentlicher Verweis auf die Mehrkonfessionalität, die in dieser Überlappungszone von Ost- und Westkirche bereits längst existierte. 1543 wurden die wichtigsten Drucke veröffentlicht (Reformatio Coronensis ecclesiae, Constitutio Scholae Coronensis, Gesangbuch), und die humanistische Stadtreformation ergriff von Kronstadt aus die gesamte Nationsuniversität. Besonders die beiden ersten Superintendenten Paul Wiener und Matthias Hebler haben Luthers Theologie im Einflussbereich der Nationsuniversität dauerhaft verankert. Der Sieg der Osmanen in Buda am 29. August 1541 hatte – mit kleinen Unterbrechungen – die antireformatorische Politik der Habsburger für 150 Jahre gestoppt. Im Einflussbereich des Osmanischen Reiches mussten die Anhänger

einer „Religion des Buches“ zwar Sonderabgaben leisten, aber die Hohe Pforte hielt sich meistens aus den internen religiösen Angelegenheiten der nicht-muslimischen Untertanen heraus. Es entstand das den Osmanen souveräne und tributpflichtige Fürstentum Siebenbürgen. In ihm entwickelte sich innerhalb der kommenden fünf Jahrzehnte eine „Pionierregion der Religionsfreiheit“.

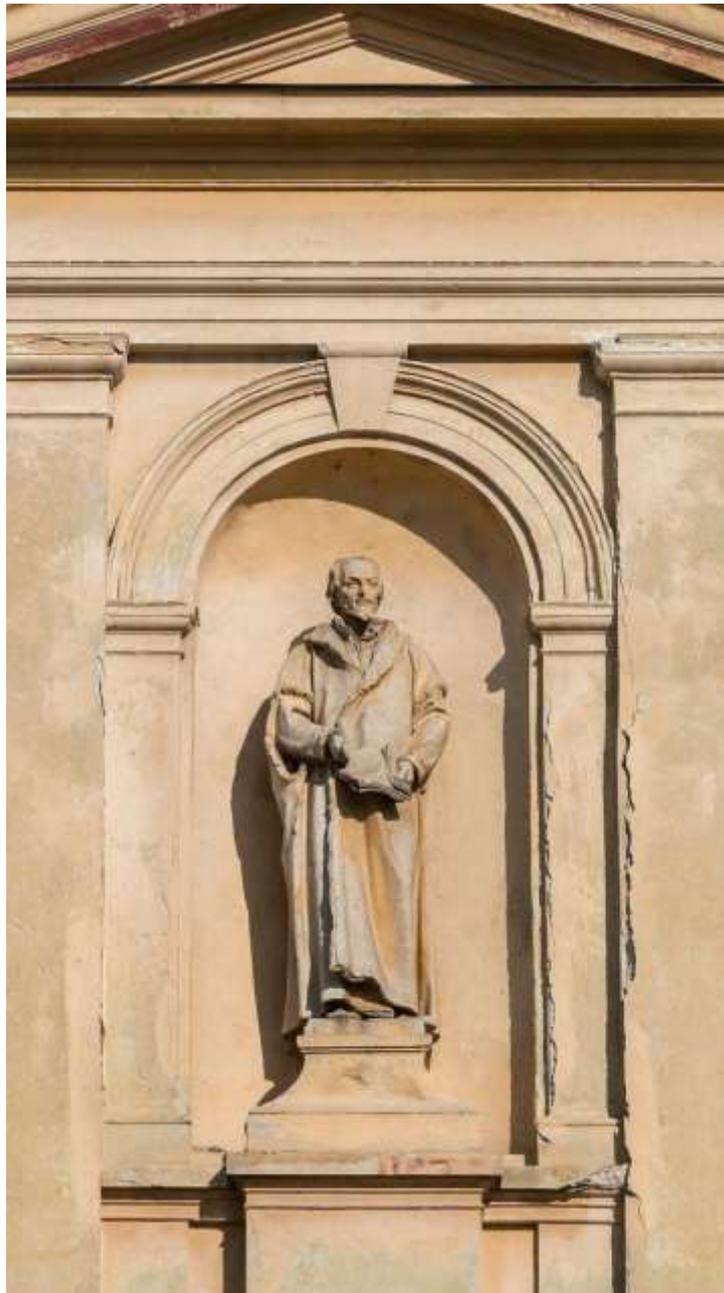


Vor der Schwarzen Kirche in Kronstadt befindet sich das Denkmal für Johannes Honterus, 1898 vom Berliner Bildhauer Harro Magnussen geschaffen. Honterus (1498–1549) war der bedeutendste siebenbürgische Humanist und Reformator. Er bewirkte den Wechsel der Siebenbürger Sachsen zum evangelischen Glauben. Auch als Reformator des Schulwesens und als Verleger war er von großer Bedeutung. *Fotograf: Martin Eichler, München*

### Reformation in Kronstadt 1542/43

Wittenberg war das früheste und entscheidende Ausstrahlungszentrum für die Reformation in Siebenbürgen. Dieses „Importgut“ wurde fast zeitgleich als „Exportgut“ sogar in die rumänische und ungarische Sprache übersetzt. Neben Martin Luther und dem Wittenberger Stadtpfarrer Johannes Bugenhagen befürwortete auch Philipp Melanchthon (1497–1560) die Kronstädter Reformation schriftlich. Vor allen anderen Reformatoren war der humanistische Gelehrte und Bildungsexperte „Melanchthon als Impulsgeber“ (Armin Kohle) jahrzehntelang die wichtigste reformatorische Persönlichkeit für Siebenbürgen. Die *Reformatio Coronensis ecclesiae* wurde in Wittenberg sofort nachgedruckt mit einem Vorwort von Melanchthon. Auch die Schulordnung nahm Melanchthons Ideen (dem Nürnberger Modell folgend) auf. Dadurch wurde die bereits jahrhundertlang enge Verbindung von Schule und Kirche nun auf eine solide und bis ins 20. Jahrhundert fortdauernde Basis gestellt. Denn die Wittenberger Reformation war nicht zuletzt eine Bildungsbewegung. Luther hatte für ein allgemeines Schulwesen, sogar für Mädchenbildung in einer Flugschrift an die „Ratsherrn aller Städte deutsches Landes“ plädiert. Darüber hinaus wurden seine Katechismen weltweit gelesen und gelernt. Honterus bereitete mit der 1539 in Kronstadt begründeten Druckerei der Reformation die Bahn. Dort wurden zunächst humanistische Schulbücher gedruckt. Anschließend verließen kirchliche Reformtexte, Katechismen und Agenden sowie Gesangbücher die Druckerpresse und wurden verbindlich gemacht.

Bemerkenswert ist die spirituelle Offenheit der Kronstädter Reformation. Obwohl sie sich generell am Wittenberger Vorbild ausrichtete, ging sie eigene Wege. Die Reformation war auch eine Singbewegung und fand besonders durch die vielen neuen religiösen Lieder und Gesangbücher lebhaft Aufnahme und Verbreitung in der breiten Masse der Bevölkerung. Lieder wurden vor allem zum auswendig gelernten Glaubensgut und tief verinnerlichten Seelentrost. Obwohl es schon rund 20 Jahre Wittenbergische Liedtradition gab, entschied sich Kronstadt zunächst anders. Es behielt seinen eigenen Gesangbuchschatz konsequent bei und druckte ihn in späteren Gesangbuchausgaben immer wieder nach. Das erste Gesangbuch (1543) von Andreas Moldner zeigt eine eigengeartete Herzensfrömmigkeit. Dazu zählen eine klare Absage an die altgläubige Rom-Orientierung christlicher Gemeinde. Sie ist aber vor allem in als bedrohlich empfundenen Zeiten für das Wirken des Heiligen Geistes offen und sieht sich in der Nachfolge Christi zu konsequentem Lebensstil und sittlichem Handeln verpflichtet. Damit griff die Kronstädter Reformation Ideen der Böhmisches Brüder und der Täufer auf. Auch ließ sie in den Anfangsjahren die für Luther zentrale Rechtfertigungslehre, die besonders Gottes gnädige Barmherzigkeit gegenüber den notorischen Sündern herausstellte – das Heil allein aus Gnade –, unerwähnt. Stattdessen wurde die sittlich tugendhafte Haltung und Lebensweise beispielsweise von Valentin Wagner, dem Nachfolger des 1544 zum Pfarrer eingesetzten Reformators Johannes Honterus, in den Mittelpunkt gerückt: „So wird dich Gott und deine Tugend in den Himmel tragen.“



Statue Philipp Melancthons an der Schule in Wolkendorf im Burzenland.

*Foto: Martin Eichler, München*

### **Melancthon als prägende Gestalt**

Während seiner vier Jahrzehnte dauernden Lehre in Wittenberg hat Melancthon unter anderem hunderte Studenten aus Siebenbürgen und Ungarn weit mehr geprägt als Luther. Philipp Melancthons Rhetorik-Lehrbuch hat nachhaltigen Einfluss auf die reformatorische Predigt in diesem Raum ausgeübt. Seine Theologie und sein brieflicher Rat waren vielfach gefragt, nicht zuletzt im Blick auf die seit Ende der 1550er Jahre in Siebenbürgen strittige Abendmahlslehre. Auch in dieser Hinsicht war seine deutungsoffene Antwort wesentlich: Beide theologischen Richtungen (die Schweizerische und die Wittenbergische) beriefen sich auf den Praeceptor Germaniae et Hungariae (Lehrer Deutschlands und Ungarns). Die sächsischen Pfarrer in Klausenburg, Franz Hertel (Davidis) und Kaspar Helth übernahmen mit ihrer Gemeinde zunächst die Theologie der Schweizerischen Reformation und nach 1566 sogar die Ideen der italienischen und polnischen Antitrinitarier, welche der Hofarzt Giorgio Biandrata nachdrücklich förderte.

## **Vier rezipierte Religionen – Die Entstehung der Pionierregion der Religionsfreiheit**

Die theologischen Positionen im Protestantismus des 16. Jahrhunderts waren in Bewegung. Die Weiterentwicklungen führten zu Vermittlungsbemühungen, Unsicherheiten, aber auch zu Gegensätzen. Das Fürstentum Siebenbürgen wurde in den 1560er Jahren als protestantischer Staat wahrgenommen, in dem die katholische Kirche verkümmerte und die rumänischen Orthodoxen durch den Landtagsbeschluss von 1568 zur Aufgabe ihrer religiösen Praxis genötigt werden sollten. Praktisch gestattete der Landtag den Pfarrern 1568 und 1571 Verkündigungsfreiheit, womit aber zunächst kein klares Profil verbunden war. Der mit der antitrinitarischen Richtung sympathisierende Fürst Johann II. Sigismund Szapolyai suchte eine Harmonisierung zu erreichen. Ob seine Strategie auf eine einheitliche unitarische Landeskirche hinauslief? Es ist zu vermuten. Aber das Projekt blieb Fragment, denn der Fürst starb im März 1571. Wenige römisch-katholische Gemeinden blieben – meist im Szeklerland – noch erhalten. Die den Osmanen genehmen, katholischen Báthory-Fürsten bemühten sich mit vielfältigen Maßnahmen, den Sog der antitrinitarischen Bewegung zu brechen. Neben dem Neuerungsverbot in religiöser Hinsicht nötigte Stephan Báthory die Synode und den neuen in Birtihalm residierenden Superintendenten Lucas Unglerus zur Anerkennung der Confessio Augustana. Doch die 1572 von Unglerus verfasste Glaubensformel versuchte einen Spagat: Einerseits sollte dem Willen des Fürsten formell entsprochen werden, andererseits aber sollten die Formulierungen viel Auslegungsspielraum lassen, um vor allem in der Sakramentstheologie divergierende Positionen äußerlich zusammenzuhalten. „Eine konfessionelle Klärung vollzogen sie nicht mit“ (Robert Kolb). Einen gewissen Abschluss der organisatorischen und begrifflichen Klärung erzwang der Fürst Sigismund Báthory mit einem für die Verfassungsgeschichte Siebenbürgens und Gesamteuropas denkwürdigen Landtags-Beschluss, indem er 1595 die zum Landtag in Weißenburg Versammelten militärisch belagerte. Diese beschlossen die Anerkennung von vier Konfessionen im Landtag als religio recepta. Gewissermaßen grundgesetzlich verankert wurde die Existenzgarantie für Katholiken, Anhänger der Confessio Augustana, Calvinisten und „Arianer“ (Unitarier). Die politisch nichtprivilegierten rumänischen Orthodoxen wurden nun aber „toleriert“. Diese Konstellation darf man allerdings nicht idealisieren. Denn Siebenbürgen war keine Insel der Toleranz. Die jeweiligen Landesfürsten förderten in der Folgezeit immer die eigene Konfession zum Nachteil der anderen. Trotzdem kann Siebenbürgen als Pionierregion der Religionsfreiheit bezeichnet werden, die bis ins 18./19. Jahrhundert hinein ihresgleichen sucht. Im Vergleich zu anderen Regionen Europas waren die Regelungen weder so weitgehend noch so dauerhaft gesichert. Die bereits am Ende des Mittelalters erprobte, weitgehend friedliche Mehrkonfessionalität Siebenbürgens der Frühen Neuzeit hat sich als Markenzeichen bis in die Gegenwart der weltweiten Ökumene erhalten. Auch das in Hermannstadt angesiedelte Institut für Ökumenische Forschung sieht sich dieser Tradition verpflichtet.

1817 wurde auch in Siebenbürgen an den Beginn der Wittenberger Reformation und Luthers 95 Thesen erinnert. Vor der Kontrastfolie des finsternen Mittelalters wurde durch Superintendent Daniel Georg Neugeboren im Geist der Aufklärung die Toleranzgeschichte Siebenbürgens als Frucht von Luthers Reformation erinnert – und damit eine das künftige Geschichtsbild prägende Deutung vorgenommen. Luthers theologisches Freiheitskonzept wurde im 19. Jahrhundert kulturprotestantisch, manchmal sogar freisinnig verstanden. Luther wurde als deutscher Nationalheld konstruiert. An diese Vorstellungen lehnte sich die siebenbürgisch-sächsische Lutherverehrung an, setzte aber eigene Akzente, die an die Frühzeit der Kronstädter Reformation anknüpften. Deren sittlicher, die christlichen Tugenden herausstellender Charakter fand in der Nächstenliebe, die in diakonischen Einrichtungen verwirklicht wurde, ein zeitgemäßes Echo. In diesem Sinne wurden „lebendige Denkmäler“ begründet. 1883 – im Gedenken an Luthers 400. Geburtstag – gab es zwei solcher Initiativen: das „Lutherhaus“ genannte Waisenhaus in Hermannstadt und

die Idee der evangelischen Krankenpflegeanstalt in Hermannstadt, die 1887 schließlich eingeweiht werden konnte. In diese Linie ist auch der Reformations-Dank des Jahres 1917 einzuordnen: 200.000 Kronen spendeten die Gemeindeglieder der Landeskirche für die dringend nötige Erweiterung des Landeskirchlichen Waisenhauses in Birthälm.

Durchaus gegensätzlich verlief die Rückbesinnung auf die Reformation in den Jahrzehnten nach dem Ersten Weltkrieg. Einerseits beeinflusste die sogenannte Lutherrenaissance auch die theologisch redliche Luther-Rezeption, die von Bischof Viktor Glondys und Bischofsvikar Friedrich Müller-Langenthal gefördert wurde. Andererseits wurde ein nationalistisch verengtes Verständnis von Volkskirche radikalisiert. Bischofsvikar Dr. Franz Herfurth meinte 1918, das allgemein geteilte kulturprotestantische Selbstverständnis folgendermaßen definieren zu können: „Die sächsische Mutter führt ihr Kind früh zu Gott und kettet sein Herz an Familie und Volk. Evangelisch sein und sächsisch sein sind Wechselbegriffe. Recht und Brauch und Sprache haben uns zum Volk, der deutsche Glaube hat uns zur Gemeinschaft der Kirche, beides zur Volkskirche zusammengeschmiedet.“ Dieser „deutsche Glaube“ wurde ein Vierteljahrhundert später durch den Pfarrer im Landeskonsistorium Andreas Schreiner in nationalsozialistischen Sinne als „Volksreligion“ verstanden und präzisiert: Es sei weder Verrat noch Verleugnung des Christentums, wenn „mit Rücksicht auf das vorwiegend völkische Gemeinschaftsempfinden in unserer Landeskirche die [...] Bezeichnung ‚evangelisch A. B.‘ fallen“ gelassen würde, „um uns einfach eine ‚deutsche‘ Kirche zu nennen“. In „dogmatisch nachlässiger Haltung“ sollte das Augsburgische Bekenntnis der Landeskirche nur noch als formaljuristisches Feigenblatt dienen. Kein Wunder, dass die Landeskirche 1945 dem Vorwurf als „hitleristische Organisation“ ausgesetzt und vom Verbot bedroht war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben Bischof Müller-Langenthal und die Professoren am Theologischen Institut die Landeskirche bewusst an der als Grundlage wiederentdeckten Theologie Luthers ausgerichtet. Dabei sollte vor allem die betonte Unterscheidung der kirchlichen und staatlichen Kompetenzen im Sinne von Luthers Zwei-Reiche-Lehre den Zugriff des Staates auf das innerkirchliche Leben weitestgehend zurückdrängen. Je nach Gelegenheit geschah das mit Vorsicht, aber auch mit an Luthers Vorbild orientiertem Freimut. In der bedrückenden Lage des Jubiläumsjahres 1983 griff dies auch Bischof Albert Klein in seinem Kanzelwort auf. Er erinnerte nicht nur an Luthers Bibelübersetzung, seinen Katechismus und das „Herzstück“: die Kreuzestheologie. Darüber hinaus verwies er auf die diakonische Grundfunktion von Kirche und das protestantische Resistenzpotential, den christlichen Freimut: „Im Glauben an Jesus Christus hat Martin Luther die Befreiung von Menschenfurcht und Todesangst erfahren. Er ist nicht müde geworden, die evangelischen Gemeinden zum Bekenntnis der Wahrheit Gottes und zum Dienst der Liebe aufzurufen und so die Freiheit eines Christenmenschen zu bewähren.“

### **Anmerkung der Redaktion:**

Der Beitrag greift neue Forschungsergebnisse auf, die in zwei Neuerscheinungen präsentiert werden:

Ulrich A. Wien (Hg.): „Common Man, Society and Religion in the 16th century / Gemeiner Mann, Gesellschaft und Religion im 16. Jahrhundert. Frömmigkeit, Moral und Sozialdisziplinierung im Karpatenbogen“. Göttingen 2021 (Refo500 Academic Studies 67). ISBN: 9783525571002

**Seite 189 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788 vom 22.04.2021**

Ulrich A. Wien (Hg.): „Themenheft: 500 Jahre Rezeption der Reformation in Siebenbürgen und Ungarn: Anfänge und Netzwerke von Konfessionspluralismus in der Überlappungszone von West- und Ostkirche“. Berlin 2021 (Journal of Early Modern Christianity 8/1). ISSN 2196–6648 oder: e-ISSN 2196–6656.

[Dieser Beitrag erschien zuerst in der Siebenbürgischen Zeitung.](#)

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

## 09) Slowenische Diplomatin vertritt ihr Heimatland in Nationaltracht

22. 04. 2021



Lea Stančič, in Nationaltracht, überreicht ihr Beglaubigungsschreiben an die Präsidentin der Republik Moldau · Foto: Demokracija

Am 14. April 2021 überreichte die Botschafterin der Republik Slowenien Lea Stančič in slowenischer Nationaltracht das Beglaubigungsschreiben des Präsidenten der Republik Slowenien, Borut Pahor, an die Präsidentin der Republik Moldau, Maia Sandu.

Stančič wurde wegen ihres Auftritts bei dieser protokollarischen Veranstaltung in Tracht zahlreichen Angriffen und Spott von linker Seite, vor allem in den sozialen Netzwerken, ausgesetzt.

Es hieß unter anderem, sie wolle Slowenien damit in eine Art nationalistisches Gedankengut erweckende, reaktionäre Vergangenheit im Gefolge von Viktor Orbáns Diplomaten zurückführen.

Das Gegenteil ist richtig: wir sollten stolz auf unsere slowenischen Wurzeln und Traditionen sein!



Foto: Božo Cerar persönliches Archiv

Der langjährige Diplomat Dr. Božo Cerar, zuletzt Botschafter in den USA, unterstützte seine Kollegin, indem er uns ein Archivfoto von sich in Tracht während seines diplomatischen Dienstes schickte und es widmete: „zur Unterstützung meiner Kollegin Lea Stančič“.

**DEMOKRACIJA**

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

## 10) Kroatien verkauft den Hafen Rijeka nicht an China Von Goran Andrijanić

15. 04. 2021



Fotoquelle: Trimarium.pl

**Um den chinesischen Einfluss in Süd-Mitteuropa zu stoppen, hat Kroatien auf Druck der EU und der USA eine 2,7 Milliarden Euro teure Ausschreibung mit China abgebrochen, schreibt Goran Andrijanić für das Portal Trimarium.pl**

Viele haben vielleicht eine wichtige Nachricht Anfang Januar übersehen, als Kroatien mit den Folgen eines starken Erdbebens in der Provinz Banovina zu kämpfen hatte. Kroatien verhinderte damals, dass China den Zuschlag für einen der wichtigsten Häfen an der nördlichen Adria erhielt – ein Schritt, der große Auswirkungen auf Mittel- und Südeuropa haben könnte.

### **Was steckte hinter dieser Entscheidung?**

Das Management des Hafens Rijeka gab keine offiziellen Gründe an, aber vertraulichen Quellen zufolge sollte die Lizenz an ein Konsortium chinesischer Unternehmen vergeben werden, das das beste Angebot vorgelegt hatte. Wie jedoch mehrere kroatische Medien berichteten, war der Druck aus den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu groß, sodass die Ausschreibung abgesagt wurde.

Bei der Ausschreibung im Wert von rund 2,7 Mrd. Euro ging es um die Vergabe von Lizenzen für einen Containerterminal für einen Zeitraum von 50 Jahren. Gemäß den Ausschreibungsbedingungen würde der Lizenznehmer den Terminal entwickeln und verwalten. Die größte kroatische Tageszeitung Vecernij List erklärte, dass das Angebot Chinas zwar besser sei als das der Niederlande, aber politische Erwägungen ausschlaggebend für die Blockade Chinas seien, wie immer, wenn es um strategische Wirtschaftsfragen geht.

„Der Druck aus den USA und der EU, China die 50-jährige Lizenz im Hafen von Rijeka zu verweigern, war enorm“, schrieb die Zeitung und fügte hinzu, dass die USA und die EU China aufgrund strategischer Regionen nicht im Hafen Rijeka haben wollten.

Ivan Brodić, der Chefredakteur des kroatischen Portals Energypress, glaubt, dass die Ausschreibung gestoppt wurde, weil man bemerkt habe, dass Kroatien durch den Einfluss des chinesischen Kapitals zu sehr gefährdet wäre.

„Das chinesische Unternehmen, das von der kommunistischen Partei kontrolliert wird, würde langfristig einen bedeutenden Teil des Hafens von Rijeka verwalten. Der Hafen ist wichtig, weil er in Zukunft über die Eisenbahn mit Mitteleuropa verbunden ist. Er würde dadurch eine ernsthafte Konkurrenz für den slowenischen Hafen Koper und das italienische Triest werden, in denen chinesische Unternehmen bereits präsent sind“, erklärte er.

Es scheint, dass westlichen politischen Kreisen bewusst wird, dass China Südeuropa und den Mittelmeerraum wirtschaftlich komplett dominieren will. Dieser Teil Europas ist besonders wichtig für die bekannte „Neue Seidenstraße“, durch die China einen einheitlichen eurasischen Markt schaffen will, den es selbst dominiert.

Das Entscheidende an diesem Projekt ist, dass das Potenzial von Rijeka durch den Bau einer neuen Eisenbahnlinie, die vom Hafen bis zur ungarischen Grenze führt, gestärkt werden könnte. Dies ist ein Aspekt, der für alle Drei-Meere-Staaten von Bedeutung ist.

Rijeka ist derzeit mit einer von den Ungarn im 19. Jahrhundert gebauten Eisenbahn mit Mitteleuropa verbunden. Die kroatische Regierung hat jedoch den Bau einer neuen Eisenbahn zur ungarischen Grenze zu einem ihrer wichtigsten strategischen Ziele gemacht. Die Idee, dass China in Rijeka einsteigt, war mit dem Bau dieser Eisenbahn verbunden. Laut kroatischen Medien sind die Chinesen sehr an dem Bau und später an der Übernahme der Eisenbahn im Rahmen der Lizenz interessiert. Einige Regierungsminister, darunter der kroatische Wirtschaftsminister Oleg Butković, sind jedoch der Meinung, dass es für Kroatien besser wäre, den Bau mit Hilfe der EU zu vollenden.

Es ist derzeit noch unbekannt, ob die Verhinderung des Zugangs Chinas zum Hafen von Rijeka auch eine Entscheidung über die Beschleunigung des Baus der lebenswichtigen Eisenbahninfrastruktur, die zur Entwicklung Mitteleuropas beitragen wird, bedeutet.

Bekannt ist hingegen, dass der Westen, wenn er den chinesischen Einfluss in diesem Teil Europas begrenzen will, neue Investitionen in der Region initiieren muss.

Quelle: [Trimarium.pl](http://Trimarium.pl) (Autor: Goran Andrijanić) / [Remix News](http://Remix News)

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

## 11) Neuordnung des Balkans?

Von Zoltán Kottász

20. 04. 2021



### ***Durch eine Neuziehung der Grenzen auf dem Balkan könnte die Büchse der Pandora geöffnet werden***

Die Neuziehung der Grenzen des Westbalkans würde von den Großmächten sicherlich nicht unterstützt werden, da dies die Büchse der Pandora öffnen würde. Tibor Ördögh, Assistenzprofessor an der Nationalen Universität für den Öffentlichen Dienst, reagierte auf die Nachricht in der Presse, dass Slowenien, das ab Juli die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird, einen Gebietstausch auf dem Westbalkan vorgeschlagen hat.

Ein in der slowenischen Presse veröffentlichtes „inoffizielles“ Dokument der slowenischen Regierung – angeblich von Premierminister Janez Janša an den Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, Anfang des Jahres geschickt – schlägt vor, die Grenzen in der Region neu zu ziehen, und argumentiert, dass ohne eine Lösung der ausstehenden ethnischen und territorialen Streitigkeiten die EU-Integration der Länder in der Region ein Traum bleiben wird. Nach ihrem Vorschlag könnte sich der von Albanern bewohnte Kosovo an Albanien und die Republika Srpska an Serbien anschließen. – 95% der Bevölkerung des Kosovo wollen die Vereinigung mit Albanien. Ähnlich ist die Situation in Albanien. Und es gibt de facto keine Grenze zwischen den beiden, so wird betont.

Die von Kroaten bewohnten bosnischen Gebiete würden an Kroatien angegliedert, was der bosnischen Bevölkerung die Möglichkeit gäbe, selbst zu entscheiden, ob sie der EU oder der Türkei beitreten will, die unter der muslimischen Bevölkerung immer mehr an Einfluss gewinnt. Bosnien hat insgesamt fünf Präsidenten, 14 Parlamente und 136 Minister – das

Dayton-Abkommen von 1995, das den Krieg beendete, beendete zwar den bewaffneten Konflikt, ließ das ethnisch geteilte Land aber unregierbar.

Janez Janša hat kürzlich abgestritten, dass es einen slowenischen Plan gibt, aber Sarajevo hat einen formellen Protest bei Ljubljana eingelegt. Zagreb erklärte, dass es das internationale Recht respektiere.

Letzte Woche nannte der russische Außenminister Sergej Lawrow den Vorschlag für Grenzänderungen ein gefährliches Spiel und sagte, dass der einzige Weg zur Beilegung der Differenzen zwischen Serbien und seiner ehemaligen südlichen Provinz Kosovo der Dialog sei. Ein von der EU vermittelter Dialog über die Regelung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo, das sich 2008 einseitig von Serbien abspaltete, begann 2013, aber es wurden keine nennenswerten Fortschritte erzielt.

- Ich kann der Vereinigung von Kosovo und Albanien nicht zustimmen und ich respektiere die territoriale Souveränität von Bosnien und Herzegowina. Frieden und Stabilität sind unsere Priorität

- sagte der serbische Präsident Aleksandar Vucic kürzlich.

Die Idee eines Gebietstausches wurde schon vor Jahren diskutiert: Die drei überwiegend serbischen Bezirke des nördlichen Kosovo wären an Serbien abgetreten worden, und die drei überwiegend albanischen Bezirke des Presevo-Tals in Südserbien wären an den Kosovo übertragen worden. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte damals, dass die Grenzen unantastbar seien.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer*

**A. i) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)**

*Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!*

**01) Westpreußen: Heimatkreis Marienwerder**

Kleine Weichselzeitung



Das alte evangelische Gemeindehaus, vor etwa 40 Jahren war es noch vorhanden. Früher diente sein schöner großer Saal auch für Theateraufführungen und andere kulturelle Veranstaltungen.



Heute befindet sich ein Kulturzentrum an der Stelle des alten Gemeindehauses. Es enthält auch einen z. B. als Kino nutzbaren Saal.

44

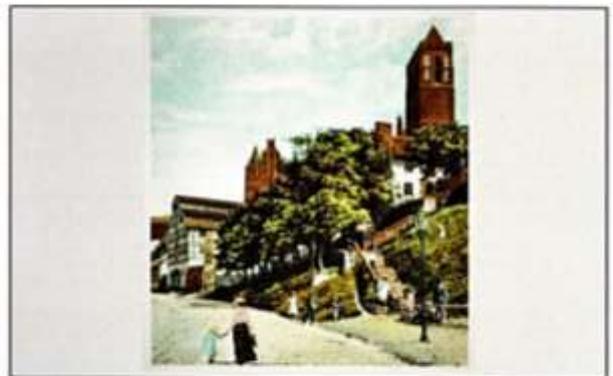


Mitteilungsblatt  
des Heimatkreises Marienwerder / Wjpe e.V.  
Paterstadt: Cella

53. Jahrgang

Cella, den 1. April 2021

Nummer 2



**D**iese kolorierte Postkarte der Kaffeetreppe in Marienwerder ist mehr als 100 Jahre alt. Lange liegen sie zurück die Erinnerungen, bei manchem von uns aufgefrischt durch Besuche in der alten Heimat in den letzten Jahrzehnten. Die Kaffeetreppe war früher zu Ostern für viele der Ausgangspunkt von der Stadt in die Niederung für einen Osterspaziergang zur Weichsel, oder auch für eine Fahrt mit der Kleinbahn vom nahen Mareese dorthin, es waren ja einige Kilometer. Auf der Weichsel konnte noch Eis sein, oder sie war schon "vom Eise befreit". Die bis heute gut erhaltenen Deichanlagen aus deutscher Zeit haben den Fluß schon lange gebändigt. Scha.

1

Kleine Weichselzeitung

## Bücher und Karten zu Stadt und Kreis Marienwerder

Bestellungen an: **Franz Lüß** Erikaweg 21; 29229 Celle; Tel. 01736390190. Die Art der Bezahlung entnehmen Sie bitte aus der beiliegenden Rechnung. Die Preise enthalten nicht das Porto, das Porto kommt hinzu.

Titel (teils als Photokopien):	Preis in Euro
Marienwerder Stadt, 336 S., 1983, Gründer und Dr. Neumann	17
Stadt und Kreis Marienwerder (Bildband), 392 S., 1993, Dr. W. Krüger	17
Das Gymnasium Marienwerder, 371 S., 1964, Hans Dühning	17 *
Marienwerder Land, 504 S., 1995, Dr. Neumann und Gründer	25 (einschl. Porto)
Westpr. Hozzaga, 112 S., 3. Aufl. 1999, O. Moss und Sibylle Dreher	8
Aus dem Musikleben der Dorfgemeinde, 39 S., 1995	
Einwohnerverzeichnis 1921	12*
Einwohnerverzeichnis 1935	13*
Marienwerder, Geschichte der Stadt. Zur Erinnerung an die Volksabstimmung am 11.07.1920, E. Warnicke	5*
Marienwerder Westpr., Ein Führer durch die Stadt und Umgeb. 1926	5*
Die Domburg Marienwerder, 51 S., B. Schmid	5*
Marienwerder, 13 S., Führer zu großen Baudenkmälern, B. Schmid	5*
Garnsee, Die Geschichte der Stadt und der Dörfer Garnsee, Gr. Oßlau, Seubersdorf und Zgahren, 87 S., 1934, E. Warnicke	5*
Wiens, Schicksalsjahr 1945, 147 S.	9
Schloß Marienburg in Preußen, 87 S., 1934, B. Schmid	6*
Die Marienburg, 64 S., 1937, J. v. Eichendorff	5*
Chronik des Kirchspiels Naderzinnen, 438 S., H. Jantz	10
Aufzeichnungen über unser kl. Marienburger Würde, 92 S., Traute Lietz	10
Erinnerungen werden wach... (Ein Danziger besucht seine Heimat) 199 S., H. Ponczek	10
Stadtplan Marienwerder (Original), mit dt. Straßennamen (1938)	4
Alter Stadtplan von Marienwerder (um 1810)	4
Stadtplan Zentrum von Marienwerder	4*
Kreis Karte, schw. / w.	4*

Der Stadtplan kann auf Vereinbarung farbig Original geliefert werden, der Preis beträgt etwa 13 bis 14 Euro. Karten werden gefaltet verschickt. \* Nur als Kopie erhältlich

### Inhalt:

Mitteilungen des Heimatkreistages:	3
Neues aus Marienwerder	4
Vor 320 Jahren Krönung Friedrich III. Zum König in Preußen	5
Vor 150 Jahren Kaiserkrönung Reichsgründung	7
Nachruf Künstlerin Helene Stritzke	9
100. Geburtstag Limborth Markowski	11
Erinnerungen:	
Fluchtbericht von Ruth König: Evakuierung 1945 Bericht von Ina Lange aus Ekerwalde	13
Preußischer Adel	18
Farbklebeisen	21
Goldene Hochzeit Ehepaar Schudel	25
Post an KWZ	26
Sprache Westpreußens	28
Familiennachrichten: Garnsee/Marienwerder/Landkreis Marienwerder	30
2	

Kleine Weichselzeitung

## MITTEILUNGEN DES HEIMATKREISTAGES



### Liebe Heimatfreunde!

Wie bereits aus bisher nicht erfolgten Vorankündigungen und dem für alle verfügbaren Pandemiegeschehen zu ersehen, ist für

**dieses Jahr keine Reise in die alte Heimat planbar.**

Auch ein **Treffen in Celle,**

wie es turnusmäßig etwa im Mai diesen Jahres dran wäre, ist nicht möglich.

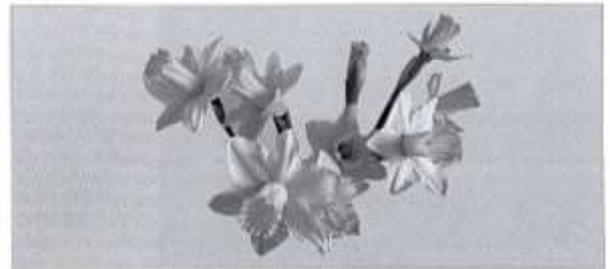
Wir werden uns auf jeden Fall bemühen im nächsten Jahr wieder ein kleines Treffen in Celle veranstalten zu können.

Bezüglich einer Reise in die alte Heimat werden wir, wenn sich eine Möglichkeit ergibt, kurzfristig Kontakt zum Interessentenkreis aufnehmen sowie in der KWZ die näheren Informationen bringen.

Herzliche Grüße an alle Heimatfreunde verbunden mit dem Wunsch für ein frohes Osterfest, einen schönen Frühling 2021.

Franz Lüß Heimatkreisvertreter

Hanno Schacht Schriftleiter KWZ





# Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

## 02) Heimatkreis Schneidemühl



Die neue Heimatstube im bekannten Gebäude

## Editorial

Sehr geehrte Leser des Heimatbriefes, liebe Landsleute,

Schneidemühl war eine Stadt der Eisenbahner durch die Kreuzung der Schienenwege in alle Himmelsrichtungen mit einem großen Umsteigebahnhof sowie dem Reichsbahnausbesserungswerk. Von Andrzej Niškiewicz übernehme ich gerne eine kurze Rezension des polnischsprachigen Buchs zur Geschichte des RAW, weil ich vermute, dass es noch Interessenten an dem Thema Eisenbahn gibt, wie augenscheinlich auch Polen, die sich mit dieser Historie beschäftigen. In diesem Buch allerdings wird vor allem die Zeit nach 1945 beschreiben. Im Moment ist es leider unmöglich, sich das Buch von dort abzuholen. Wir wollen aber doch weiterhin auf eine baldige Normalisierung der Lage hoffen und auf die unproblematische Überquerung der Oder, so wie sie in den vergangenen Jahren möglich war.

Liebe Leser, seit langem sind wir es gewohnt, einen Beitrag des Schneidemühl-Chro-

nisten Heinz Haase im HB zu finden. Für diesen HB haben wir leider keinen Beitrag von ihm, der Gesundheitszustand erlaubte es ihm nicht, einen solchen zu erarbeiten. Wir dürfen jedoch zuversichtlich sein, dass im nächsten HB wieder ein „Heimatbild“ erscheint. Auch an dieser Stelle, lieber Heinz Haase, unsere herzlichen Wünsche für baldige Genesung!

Die Liebe zur Heimat und der Heimatbrief sind die Kräfte für unseren Zusammenhalt. Es ist wunderbar, wenn uns immer wieder Beiträge und Leserbriefe erreichen, die einen interessanten und lebendigen Heimatbrief ermöglichen. Dafür allen Schreibern großen Dank!

Jetzt in der österlichen Zeit wünscht der Vorstand allen Lesern frohe Wochen mit Zuversicht und der Freude an der sich wieder belebenden Natur und ebenso auch an der hoffentlich baldigen Rückkehr zu dem gewohnten und verständnisvollen Umgang der Menschen untereinander.

*Herzlich grüßt Ihr Manfred Dosdall*

Der Schneidemühler Heimatkreis im Internet: [www.schneidemuehl.net](http://www.schneidemuehl.net)

### Impressum

Der Schneidemühler Heimatbrief ist das Organ des Heimatkreises Schneidemühl e.V.  
Abendrothstraße 16, 27474 Cuxhaven

#### Vorsitzender

Horst Vahldick  
Richard-Wagner-Str. 6  
23556 Lübeck  
Telefon: 0451/476009

#### Schriftleitung

Manfred Dosdall (md)  
Münchehofer Str. 1a  
15374 Müncheberg  
Telefon: 033432/71505  
[mdosdall@freenet.de](mailto:mdosdall@freenet.de)

#### Redaktionsschluss

jeweils am 1. des Vormonates. Alle Einsender erklären sich einer evtl. notwendigen redaktionellen Bearbeitung ihrer Beiträge durch die Redaktion einverstanden.

#### Gestaltung

Christian Sender  
Zu den Höfen 2  
31691 Seggebruch  
E-Mail: [heimatbrief.schneidemuehl@gmail.com](mailto:heimatbrief.schneidemuehl@gmail.com)

#### Bezieherkartel - Rückfragen

Rosemarie Pohl  
Hebbelstraße 2  
49716 Meppen  
Telefon: 05931/12424  
Mobil: 0157 882 39 228  
Email: [rosipohl36@gmail.com](mailto:rosipohl36@gmail.com)

#### Druck

Druckerei GmbH Carl Küster  
Dieterichsstraße 35a, 30159 Hannover  
Telefon: 0511/321107

#### Bezugspreis Heimatbrief

Jahresabonnement 25,00 € bei 6 Ausgaben  
Das Bezugsgeld ist im Voraus zu überweisen

#### Bankverbindung

Empfänger: Heimatkreis  
Schneidemühl e.V.  
BIC: BRLADE21CUX, Stadtparkasse  
Cuxhaven  
IBAN: DE76 2415 0001 0000 1953 13

#### Familienanzeigen

Gegen eine Spende

Der Heimatbrief ist überparteilich und überkonfessionell.

## Literatur über Schneidemühl

Literatur über Schneidemühl ist noch erhältlich! Diese Bücher können über Rosemarie Pohl bezogen werden:

Rosemarie Pohl, Hebbelstr. 2, 49716 Meppen, Tel. Nr. 05931 12424, E-Mail: rosipohl36@gmail.com

### **Neu! Geringer Bestand!**

**Warum war ich bloß ein Mädchen?** Gabi Köpp, Preis: 13,00 Euro, Das Trauma einer Flucht 1945 (aus Schneidemühl) fest gebunden, 157 Seiten, Ausgabe 2010

### **Zeittafel zur Geschichte der Stadt**

**Schneidemühl**, Preis: 5,00 Euro, Zusammengestellt von Egon Lange, DIN A 4, Wichtige Daten beginnend im Jahre 3000 v.Chr. bis 1945

**Bollwerk Schneidemühl, Grenzmarkführer, Ausgabe 1937**, Preis: 1,00 Euro von Hans Jakob Schmitz, DIN A 6, 51 Seiten

**Bis zuletzt in Schneidemühl, ein Tatsachenbericht 1945**, Preis: 10,00 Euro von Dr. Joseph Stukowski, DIN A 5, 134 Seiten Neuauflage

**Der Junge von Überbrück**, Erlebnisbericht von Georg Schmidt, Jahrgang 1924, über Kindheit und Jugend in Schneidemühl, Ackerstraße, über sein Schicksal als Soldat an der Ostfront, als Kriegsgefangener und Heimkehrer. Hrsg. Stephan Schmidt, fest geb. 145 Seiten. Preissenkung, jetzt 3,00 Euro

**Bildband „Es war so eine Stadt“** Schneidemühl auf alten Postkarten, Preis: 25,00 Euro, fest geb. 400 Seiten, neue Polnische Ausgabe in Deutscher Sprache

**Aus der Festung in die Altmark**, bewegender Bericht des Schneidemühlers Ulrich Ernst Prigann, Großdruck, Preis: 5,00 Euro 169 Seiten

**Märchen aus Posen und Westpreußen**, Sonderheft der Grenzmarkischen Heimatblätter 1937, Preissenkung: jetzt 1,00 Euro, fest gebunden, 109 Seiten

**Lothar Fischer, Jahrgang 1927**, Erinnerungen 1927-1948, Broschüre, Großdruck, Preis: 3,00 Euro, 75 Seiten

**St. Antonius Kirche in Schneidemühl**, Broschüre von Horst Junk, Preis: 1,00 Euro

**Stadtplan von Schneidemühl**, Ausgabe 1938, Preis: 1,00 Euro

### **Adressbuch der Stadt Schneidemühl**

mit den Orten der Umgebung von 1938, 466 Seiten Preis: 15,00 Euro, Ausgabe: „Der Gesellige, Schneidemühl“ Juni 1938

1. Teil: Namentliches Verzeichnis der Einwohner
2. Teil: Straßenverzeichnis (mit den Namen der Einwohner in jedem Haus)
3. Teil: Gewerbeverzeichnis nach Straßenzügen
4. Teil: Behörden und öffentliche Einrichtungen
5. Teil: 17 Orte der Umgebung, von Borkendorf

**Ein Händedruck mit Schneidemühl** Alfons Kutz, Preis: 15,00 Euro, Handgeschriebene Erinnerungen und wunderschöne Zeichnungen, fest gebunden, 100 Seiten (gebraucht, aber gut erhalten)

### bis Uschhauland (Neuauflage)

#### **Edith als Kind durch den Krieg**

Erinnerungen an eine Kindheit in Schneidemühl und anschließende Flucht, von Edith Kraatz, geb. Kapitke, Dirschauer Straße, 130 Seiten Das Buch ist als eBook und für Amazon-Kindle für ca. 4 Euro erhältlich.

#### **Erlebnisberichte einer Schneidemühlerin**

Die Milchstraße wiedergesehen in Schneidemühl/Pila

Von Ingeborg Linder, 130 Seiten, mit vielen Fotos Preis: 10,80 Euro

Im Mittelpunkt des Buches steht Schneidemühl, die einstige Grenz- und Regierungsstadt in Ostpommern. Die Autorin schildert zunächst ihre Kindheit in der dortigen Milchstraße und damit auch die Lebensverhältnisse in der Vorkriegs- und Nachkriegszeit.

Im zweiten Teil des Buches berichtet die Autorin von ihren zahlreichen Reisen in ihre Heimatstadt, auch mehrmals mit dem „Heimatkreis“ und zuletzt mit der „Freien Prälatur“. Bei der Spurensuche erinnert sie sich an dort Erlebtes, und sie begegnet an der Vergangenheit interessierten polnischen Bewohnern. So hat die Autorin seit 1971 verfolgen können, wie sich die 1945 zerstörte Stadt Schneidemühl zunehmend von der unterscheidet, die in ihrer Erinnerung bewahrt ist.

#### **Nachdrucke**

##### **Aus Pommernland und Generalgouvernement**

Briefe und Erinnerungen 1943-1945

Von Ingeborg Linder, 248 Seiten (erschienen 2009) Preis: 10,80 Euro

Der Vater der Autorin erlebt den 2. Weltkrieg als Soldat. Die Feldpostbriefe der letzten Kriegsjahre blieben in der Familie erhalten. Die Briefe des Vaters schildern die damalige Situation im Generalgouvernement, einem der besetzten Teile Polens, und in der Tschechoslowakei. In seinen Briefen sind immer wieder pessimistische Zukunftsprognosen und Warnungen vor dem Einmarsch der Russen enthalten. Die Briefe der Mutter wiederum erzählen von dem Leben in der bedrohten Stadt Schneidemühl und schließlich von der Flucht nach Korbach in Nordhessen. Zwischen den Briefen sind

**Seite 201 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788 vom 22.04.2021**

Kommentare, Erlebnisse der Herausgeberin sowie Dokumente und Fotos eingefügt. Dies alles, sowie die im Anhang beschriebene Suche nach dem verschollenen Vater stellen zuverlässige Zeugnisse jener Zeit dar.

**Von Pommern nach Hessen –**

Momentaufnahmen aus Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit 1936 – 1956

Von Ingeborg Linder, 198 Seiten (erschienen 2016) Preis: 10,80 Euro

In Schneidemühl liegt schon über allem der

Schatten des Nationalsozialismus und später der des Krieges. Hier wächst die Autorin auf, bis sie 1945 mit Mutter und Schwester zu den Großeltern nach Korbach in Hessen flüchten muss. Dort erlebt sie im März 1945 den Einmarsch der Amerikaner und den langsamen Aufbau einer neuen staatlichen Ordnung sowie das Wiedererwachen des gesellschaftlichen Lebens. Erinnerungen, Fotos und Dokumente machen deutsche Alltags-Geschichte anschaulich.

**Seiten 14 bis 16 im Schneidemühler Heimatbrief vom März/April 2021**

## B. a) Vortragsveranstaltungen

- 01) Kaliningrad und Berlin überlagern sich in einem fantastischen Instantopia  
Ein Film von Maurice de Martin. Mit Live-Chat.  
»Sound of Vast and Empty Spaces«

YouTube-Premiere

Donnerstag, 08. April 2021, 18:00 Uhr | Film: »Sound of Vast and Empty Spaces« -

Deutsches Kulturforum östliches Europa



Das nie fertiggestellte »Haus der Räte« in Kaliningrad durchs Kameraobjektiv betrachtet. An der Stelle der Bauruine, die nun abgerissen werden soll, stand bis 1967 die Ruine des Königsberger Schlosses, das im Zweiten Weltkrieg schwer zerstört wurde. Foto: © Ivan Parshikov, Kaliningrad 2021

Der experimentelle Kurzfilm entstand aus dem Art-Projekt »Radio Instantopia«, das Maurice de Martin im Corona-Jahr 2020 mit zwanzig jungen Kreativen aus Kaliningrad und Berlin durchgeführt hat. Geschichte(n), Kommunikation, Übersetzungsprozesse, moderne und historische Medien waren die Themen, über die sich die Teilnehmer *online – offline – in between the lines* austauschten. Die eindrucksvollen individuellen künstlerischen Resultate des Projekts sind auf der Webseite [radio-instantopia.org](http://radio-instantopia.org) zu sehen. Der Film zieht ein künstlerisches Resümée: Auf einer Straßenbahnfahrt *à la Tarkowski* wird der Zuschauer durch instantopische Landschaften geführt – eindruckliche Szenen, die die Existenz in Lockdown-Zeiten dokumentieren.

»Radio Instantopia« wurde im Jahr 2020 von ORWOhaus e.V. (Berlin-Marzahn) in Kooperation mit der Galerie »Vorota« (Kaliningrad) unter der künstlerischen Leitung von Maurice de Martin durchgeführt. Finanziert wurde das Projekt von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (Förderprogramm »Vielstimmige Erinnerung - gemeinsames Erbe - europäische Zukunft: Kultur und Geschichte der Deutschen und ihrer Nachbarn im östlichen Europa«).

Wie geht es weiter? Der Erfolg des deutsch-russischen Projekts hat die Partner in Kaliningrad beflügelt, so dass die Kaliningrader Galerie »Vorota« mit Maurice de Martin »Radio Instantopia« im Jahr 2021 als soziales Projekt fortsetzt, großzügig gefördert mit Mitteln des Fonds des Präsidenten der Russischen Föderation. Partner in Deutschland sind das Deutsche Kulturforum östliches Europa (Potsdam) und der Kulturstandort Schloss Biesdorf (Berlin-Marzahn).

**Die so entstandene Filmreportage erlebt nun ihre Premiere auf dem [YouTube-Kanal des Kulturforums](#). Der Film kann dort auch nach der Premiere jederzeit abgerufen werden. Nur zur Beteiligung am Live-Chat während der Premiere wird ein YouTube- oder Google-Konto benötigt.**

Eine Online-Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa

#### **Pressekontakt**

Dr. Klaus Harer  
Deutsches Kulturforum östliches Europa  
Berliner Straße 135 Haus K1  
14467 Potsdam  
Tel. +49 (0)331 20098-44  
[harer@kulturforum.info](mailto:harer@kulturforum.info)  
[www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info)

---

Deutsches Kulturforum östliches Europa  
Berliner Straße 135 | Haus K1  
14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-0  
Fax +49 (0)331 20098-50  
[presse@kulturforum.info](mailto:presse@kulturforum.info)  
[www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info)

**02) Heimat ist eine Wundertüte.**  
Roland Begenats späte Liebe zur Memel

Neue Podcast-Episode ab sofort online:

<<https://www.kulturforum.info/de/publikationen-2/podcasts/8384-podcast-heimat-ist-eine-wundertuete-roland-begenats-spaete-liebe-zur-memel>>

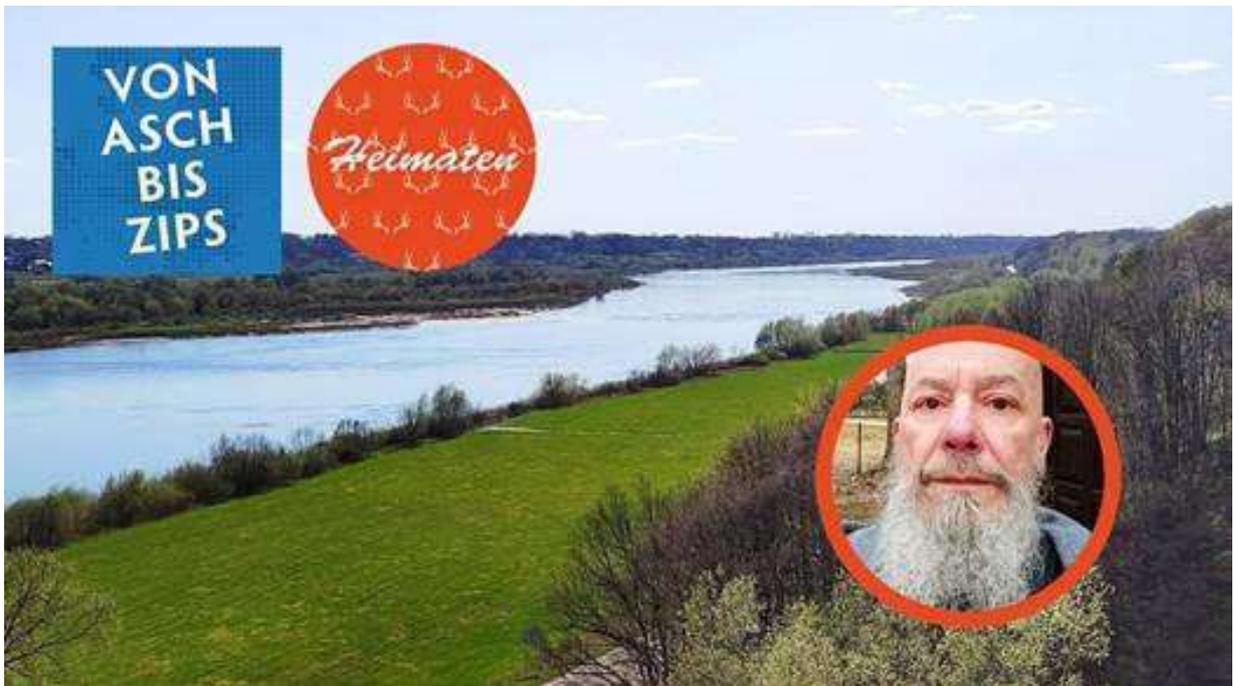


Abbildung: Die Memel, litauisch Nemunas, an der die Dörfer Skirsnemunė und Smalininkai liegen, mit einem Porträt von Roland Begenat. *Beide Fotos: © Roland Begenat*

Heimat ist eine Wundertüte.  
Roland Begenats späte Liebe zur Memel  
Neue Podcast-Episode ab sofort online

Start des »Heimaten«-Zyklus auf unserem Podcast-Kanal »Von Asch bis Zips«

Kann man zurückkehren an einen Ort, an dem man noch nie war? Ja, man kann – wenn die Großmutter so anschaulich und begeistert von ihrer Heimat erzählt hat, dass sie schon beim ersten Besuch vertraut erscheint. Roland Begenat hat sich erst als Erwachsener auf die Suche nach der Herkunft seiner Familie an die Memel begeben, hat die Geburts- und Wohnorte seiner Vorfahren im heutigen Litauen und im Oblast Kaliningrad besucht – und sich mehr und mehr in Land und Leute verliebt. Heute lebt er auf der litauischen Seite der Memel in dem Dorf Skirsnemunė, in dem seine Großmutter ihre Jugend verbrachte, und zieht demnächst um nach Schmallingken/Smalininkai, wo sein Vater aufwuchs. »Heimat«, das weiß Roland Begenat, »ist eine Wundertüte, aus der sich jeder das nimmt, was er braucht«.



Roland Begenat ist der erste Gesprächspartner im Zyklus »Heimaten«, der in loser Folge auf unserem Podcast-Kanal Von Asch bis Zips fortgesetzt wird. Heimat steht für Geborgenheit, Identität, für bewahrte, aber auch bewusst gebrochene Traditionen, manchmal für eine Utopie, häufig für Nostalgie. Gerade für Menschen, die ihre (erste) Heimat verlassen mussten, kann sie zu einem Sehnsuchtsort werden. In mehreren Episoden wollen wir die »Heimaten« von Deutschen im östlichen Europa vorstellen.

Autorin des Zyklus ist Renate Zöllner, die auch als Redakteurin der Kulturkorrespondenz östliches Europa tätig ist. 2015 publizierte sie den Band *Was ist eigentlich Heimat? Annäherung an ein Gefühl*. Moderiert und produziert hat den Podcast Vera Schneider, redaktionell betreut wurde er von Renate Zöllner unter Mitarbeit von Susanne Krause, die auch das Interview mit Roland Begenat führte.

Der Podcast ist sofort auf unserem Spotify-Kanal Von Asch bis Zips abrufbar.

<https://open.spotify.com/show/1DjHqcJPiXTyxfO6gr2rlm>

Die Nutzung des Streamingdienstes Spotify ist in der Basis-Version kostenfrei, eine Registrierung ist erforderlich. Alternativ steht der Podcast auch auf unserer Website zur Verfügung.

### **Pressekontakt**

Dr. Vera Schneider

Deutsches Kulturforum östliches Europa  
Berliner Straße 135 Haus K1  
14467 Potsdam  
Tel. +49 (0)331 20098-23  
[schneider@kulturforum.info](mailto:schneider@kulturforum.info)

---

Deutsches Kulturforum östliches Europa  
Berliner Straße 135 | Haus K1  
14467 Potsdam

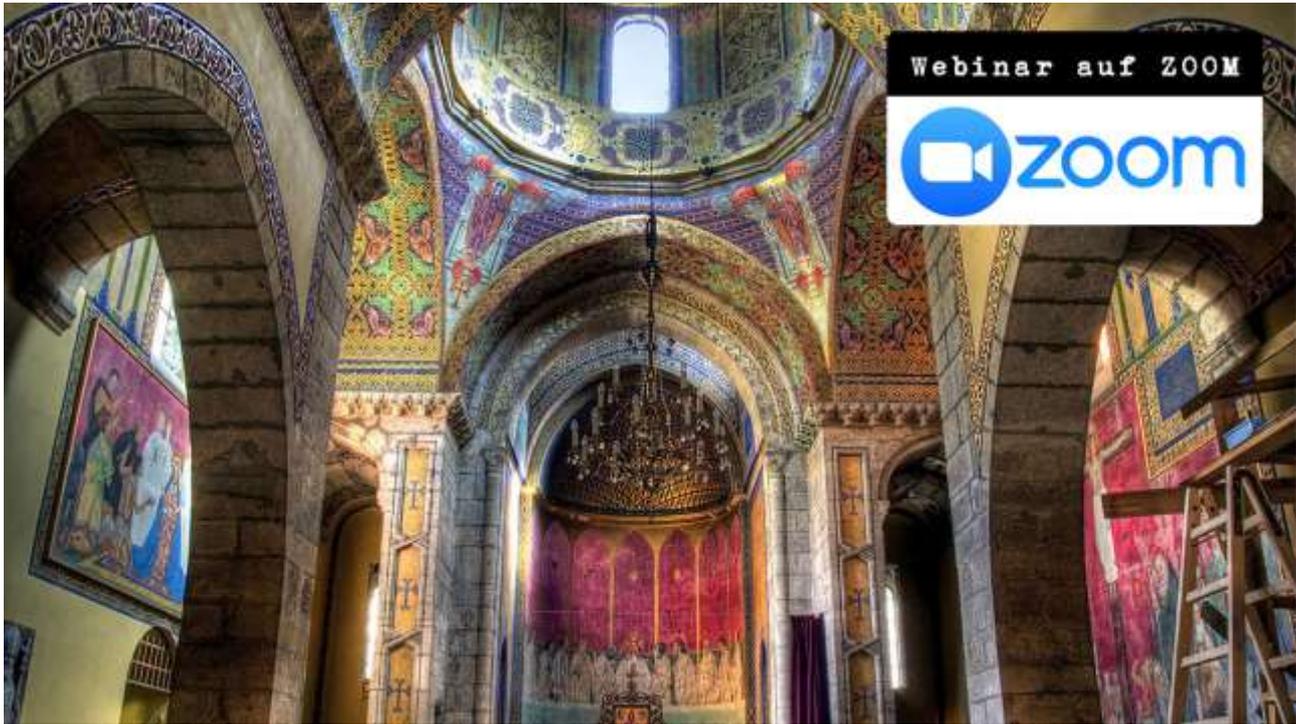
Tel. +49 (0)331 20098-0  
Fax +49 (0)331 20098-50  
[www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info)

**03) Drinnen oder draußen? Bedeutung religiöser und ethnischer Zugehörigkeiten in der frühen Neuzeit**

Zernack-Colloquium online

**Donnerstag, 15. April 2021, 18:00 Uhr**

**Deutsches Kulturforum östliches Europa**



Innenraum der armenischen Kathedrale in Lemberg/Lwiw. Hier bildeten armenische Kaufleute zwischen 14. und 16. Jahrhundert eigene Organisationsstrukturen mit einer Selbstverwaltung. [wikimedia.org](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Armenian_Cathedral_Lviv.jpg) |  
Fotograf: Robin Schuil, 2009

**Drinnen oder draußen?**

**Historische Debatten um politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe in Mittel- und Osteuropa**

**Zweites Klaus-Zernack-Colloquium 2021**

***Die Bedeutung religiöser und ethnischer Zugehörigkeiten in der frühen Neuzeit***

Hier gelangen Sie direkt zum [Zoom-Webinar](#).

**Mit:**

Jürgen Heyde, Historiker, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

*Ethnische Gruppenbildung in der Vormoderne*

**und**

Stephan Theilig, Historiker, Campus Oberbarnimschulen Eberswalde:

*Türken, Mohren und Tataren – Bilder des Anderen. Muslimische Lebenswelten in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert*

**Moderation:** Ariane Afsari, Deutsches Kulturforum östliches Europa; Agnieszka Zawadzka, Zentrum für Historische Forschung Berlin

**Jürgen Heyde** studierte Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Mittlere Geschichte in Gießen, Mainz, Warschau und Berlin. Der Namensgeber dieses Colloquiums, Professor Klaus Zernack, war sein Doktorvater, 2009 erfolgte Heydes Habilitation. Seit März 2016 ist er außerplanmäßiger Professor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; vorher war er wissenschaftlich u. a. am Deutschen Historischen Institut Warschau und am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa – GWZO Leipzig tätig und forschte vor allem zur ethnischen Gruppenbildung in der Vormoderne, zur Migrationsgesellschaft und transkulturellen Verflechtung.

**Stephan Theilig** studierte Geschichte, Spanische Philologie und Informatik an der Universität Potsdam und arbeitete als wissenschaftlicher Führungsreferent und Museumpädagoge für das Deutsche Historische Museum. Von 2014 bis 2019 war er wissenschaftlicher Leiter des Brandenburg-Preußen Museums in Wustrau. Promoviert wurde er an der Humboldt Universität zu Berlin im Fach Translationswissenschaft zum Thema der heutigen Veranstaltung. Seit 2019 Lehrer für Geschichte und Spanisch am Campus Oberbarnimschulen Eberswalde.

Unsere Gäste beleuchten die sich verändernden rechtlichen Grundlagen für Inklusion und Exklusion sowie Diskurse um Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen oder auch Selbstaussgrenzung von denselben. Ebenso betrachten sie die – unter Umständen abweichende – gesellschaftliche Praxis und Bewegungen der Selbstermächtigung.

Weitere Themen: <https://www.kulturforum.info/de/beitrag/8345-zernack-colloquium-2021-drinnen-oder-draussen>

Die diesjährige Vortragsreihe wird aufgrund der pandemischen Lage zumindest vorläufig online stattfinden; Nachfragen bitte hier: [info@cbh.pan.pl](mailto:info@cbh.pan.pl)

Eine Kooperation zwischen dem [Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften \(ZFH\)](#), dem [Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle](#) und dem [Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam](#).

### **Kontakt**

Dr. Iwona Dadej

E-Mail: [Iwona.Dadej@cbh.pan.pl](mailto:Iwona.Dadej@cbh.pan.pl)

Ariane Afsari

E-Mail: [afsari@kulturforum.info](mailto:afsari@kulturforum.info)

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Berliner Straße 135 | Haus K1

14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-0

Fax +49 (0)331 20098-50

[deutsches@kulturforum.info](mailto:deutsches@kulturforum.info)

[www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info)



Mit Simultanübersetzung ins Deutsche

[www.UTP.berlin](http://www.UTP.berlin)

#### 04) Wieviel Populismus steckt im Regime von Viktor Orban Vortrag: Dr. Dominik Héjj

Mit Simultanübersetzung ins Deutsche

[www.UTP.berlin](http://www.UTP.berlin)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,  
Wir laden unsere Zuhörer zum Vortrag ein: **16. April 2021 um 18.00 Uhr.**

##### **Dr. Dominik Héjj**

Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Ungarn. Doktor der Geisteswissenschaften auf dem Gebiet der Politikwissenschaft. Senior Analyst am Mitteleuropa-Institut in Lublin.  
Hochschullehrer, arbeitet mit der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität in Warschau zusammen. Gründer des Portals [www.kropka.hu](http://www.kropka.hu), das der ungarischen Politik gewidmet ist.

##### **Thema: *Wie viel Populismus steckt im Regime von Viktor Orban?***

In meiner kurzen Vorlesung möchte ich die Frage beantworten, was für den Populismus der Fidesz-KDNP-Koalition charakteristisch ist. Ich würde gern eine Reise durch zwei Arten des Populismus vorschlagen, und zwar: den rhetorischen Populismus und den praktischen Populismus.

Als Beispiel für den rhetorischen Populismus kann die Haltung der ungarischen Regierung gegenüber der Europäischen Union als solcher dienen, aber nur aus Budapester Sicht.

Ein solcher Vorbehalt ist wichtig, weil der ungarische Ministerpräsident – stark vereinfacht gesagt – etwas völlig anderes über die Lage Europas in Brüssel sagt, und etwas völlig anderes in Budapest. Der vorherrschende Trend in der ungarischen Außenpolitik besteht darin, die *nomen omen* rhetorische Ebene von der pragmatischen Zusammenarbeit zu trennen.

Der praktische Populismus hingegen wäre ohne eine ausreichende Wählerbasis nicht machbar. Mit der Aussage, dass nichts über dem Willen des Volkes stehen kann, appellierte der Fidesz an dessen organische Freiheit und Souveränität. Allerdings sollten wir die Definition des „Volkes“ auf die Wähler der Partei beschränken. Aber ist die Forderung nach der Rolle des Volkes ein Ausdruck der Sorge um die Zivilgesellschaft gewesen? Sicherlich nicht.

Worin bestehen diese beiden Arten von Populismus, wie wurden sie zu einem Instrument der Politik gemacht? Ich hoffe, dass es uns gemeinsam, auch in der Fragerunde, gelingen wird, dies herauszufinden.

Moderation: **Dr. Piotr Olszówka**

Für die Teilnahme an unserem Treffen installieren Sie bitte das ZOOM-Programm:  
<https://us04web.zoom.us/j/945711291?pwd=bFAzYWJzeC9tNGNCY0R1aWdrYW1VZz09#success>

Współfinansowane przez/Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

## **05) Wo liegt Oberschlesien?**

Online-Präsentation Jahrbuch Polen 2021 Oberschlesien am 19.04.2021

mit Marcin Wiatr, Jan Opielka und Andrea Polanski / Moderation: Andrzej Kaluza und Julia Röttjer

**Montag, 19. April 2021, um 18 Uhr**

Anmeldung zum ZOOM-Meeting:

[https://zoom.us/webinar/register/WN\\_yKHI-s0RSrmYxR-cYk\\_7Dg](https://zoom.us/webinar/register/WN_yKHI-s0RSrmYxR-cYk_7Dg)

Die Präsentation ist auch auf Facebook zu sehen (dazu muss man kein aktiver FB-Nutzer sein, einfach klicken und schauen, aktiver Nutzer können im Chat Fragen stellen):

[www.facebook.com/deutschespoleninstitut](http://www.facebook.com/deutschespoleninstitut)

Das neue **Jahrbuch Polen 2021 Oberschlesien** erscheint in den nächsten Tagen. Bestellung: [verlag@harrassowitz.de](mailto:verlag@harrassowitz.de)

Mehr zum Jahrbuch: <https://www.deutsches-polen-institut.de/publikationen/jahrbuch-polen/jahrbuch-polen-2021/>

Das Jahrbuch und die Präsentation sind Beiträge zum **DPI-Jahresthema Oberschlesien**: <https://www.deutsches-polen-institut.de/jahresthema/>

Der Jahrbuchtext von **Józef Krzyk "Abschied von der Kohle"** ist bereits als Polen-Analyse Nr. 271 erschienen:

<https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/271/PolenAnalysen271.pdf>

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Einladung an weitere interessierte Personen senden.

Viele Grüße  
Andrzej Kaluza

Dr. Andrzej Kaluza  
Deutsches Polen-Institut  
Residenzschloss / Marktplatz 15  
64283 Darmstadt  
0049 (0) 6151-420220  
[kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de)

**06) Beteiligung der polnischen Polizei des Generalgouvernements am Holocaust.  
Quellen, Fragen, Kontroversen**

Online-Vortrag von Prof. Dr. Jan Grabowski (Ottawa) in englischer Sprache.

**Mittwoch, 21. April 2021, 18:15 Uhr**

Das Deutsche Polen-Institut ist Kooperationspartner der Online-Veranstaltung des Fritz-Bauer-Instituts zur Geschichte und Wirkung des Holocausts in Frankfurt am Main und lädt herzlich ein

Veranstaltung über den Videodienst »Zoom Meetings«. Zur Teilnahme schicken Sie bitte eine

E-Mail mit dem Betreff »Vortrag am 21.04.2021« an: [h.hecker@fritz-bauer-institut.de](mailto:h.hecker@fritz-bauer-institut.de)

Die Zugangsdaten erhalten Sie rechtzeitig zugesandt.

Darüber hinaus können Sie den Vortrag als Livestream auf YouTube verfolgen

<https://youtu.be/Zs88jaH1pfo>

Die polnische Polizei des Generalgouvernements wurde Ende 1939 auf Befehl der deutschen Besatzer gebildet. Sie setzte sich zunächst aus Beamten der Staatspolizei aus der Vorkriegszeit zusammen, zu denen später Kandidaten aus der Kriegsrekrutierung hinzukamen. Bald begann die »blaue Polizei«, zahlreiche Einschränkungen und Verbote gegen polnische Juden durchzusetzen. Die Rolle der polnischen Polizei des Generalgouvernements wuchs mit der zunehmenden Intensität der deutschen Terrorpolitik. Der Vortrag wird sich mit der Frage der Täterschaft, Komplizenschaft und Beteiligung polnischer Polizisten am Holocaust beschäftigen.

Prof. Dr. Jan Grabowski ist Professor für Geschichte an der Universität Ottawa. Sein Buch Polish »Blue« Police and the Extermination of the Polish Jewry wurde durch den Social Sciences and Humanities Research Council Canada ermöglicht.

Mit besten Grüßen

Dr. Andrzej Kaluza

Dr. Andrzej Kaluza

Deutsches Polen-Institut

Residenzschloss / Marktplatz 15

64283 Darmstadt

0049 (0) 6151-420220

[kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de)

Sie können jederzeit aus dem Einladungsverteiler entfernt werden:

Bitte schreiben Sie an [dpi@dpi-da.de](mailto:dpi@dpi-da.de)

**Online-Debatte zum Medienbild der Corona-Krise in Deutschland und Polen am 28.04.2021**



**07) Das Bild der Krise. Wie schrieben die deutsche und die polnische Presse über das jeweilige Nachbarland im ersten Halbjahr 2020?**

*Es diskutieren online:*

*Dr. Prof. Dr. Waldemar Czachur, Universität Warschau*

*Dr. Agnieszka Łada, stv. Direktorin des Deutschen Polen-Instituts*

*Bastian Sendhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Polen-Instituts*

*Moderation: Małgorzata Kopka-Piątek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP)*

**Mittwoch, 28. April, 14:00 Uhr**

*In Zeiten von Social Media, Populismus und Fake News ist die Glaubwürdigkeit der politischen Berichterstattung in den traditionellen Printmedien immer stärker in Frage gestellt. Medienmacher\*innen, Politiker\*innen und wohlmeinende Kommentator\*innen der politischen Debatte empfehlen daher die (Rück-)Besinnung auf Fakten und eine entsprechend rationale und objektive Berichterstattung. Auch in den deutsch-polnischen Beziehungen und im Kommunikationsprozess über den Nachbarn gewinnen diese Fragen zunehmend an Bedeutung. Im Rahmen einer Analyse deutscher und polnischer Tages- und Wochenzeitungen im ersten Halbjahr 2020 haben Agnieszka Łada und Bastian Sendhardt untersucht, „wie“ und „mit welchen (rhetorischen) Mitteln“ sich deutsche und polnische Medien ihr Bild vom jeweiligen Nachbarland während der ersten Corona-Welle machten. Welche Themen hierbei im Vordergrund standen und welche Deutungsrahmen in diesem Zusammenhang verwendet wurden, möchten im Rahmen der Online-Debatte vorstellen und diskutieren:*

*Dr. Prof. Dr. Waldemar Czachur, Universität Warschau*

*Dr. Agnieszka Łada, stv. Direktorin des Deutschen Polen-Instituts*

*Bastian Sendhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Polen-Instituts*

**Seite 212 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788 vom 22.04.2021**

*Moderation: Małgorzata Kopka-Piątek, Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP)*

*Die Debatte wird simultan gedolmetscht (Deutsch–Polnisch).*

*Teilnahme auf: [https://zoom.us/webinar/register/WN\\_SNpImp8RSXaujV-AGhhKFg](https://zoom.us/webinar/register/WN_SNpImp8RSXaujV-AGhhKFg)  
(Registrierung notwendig)*

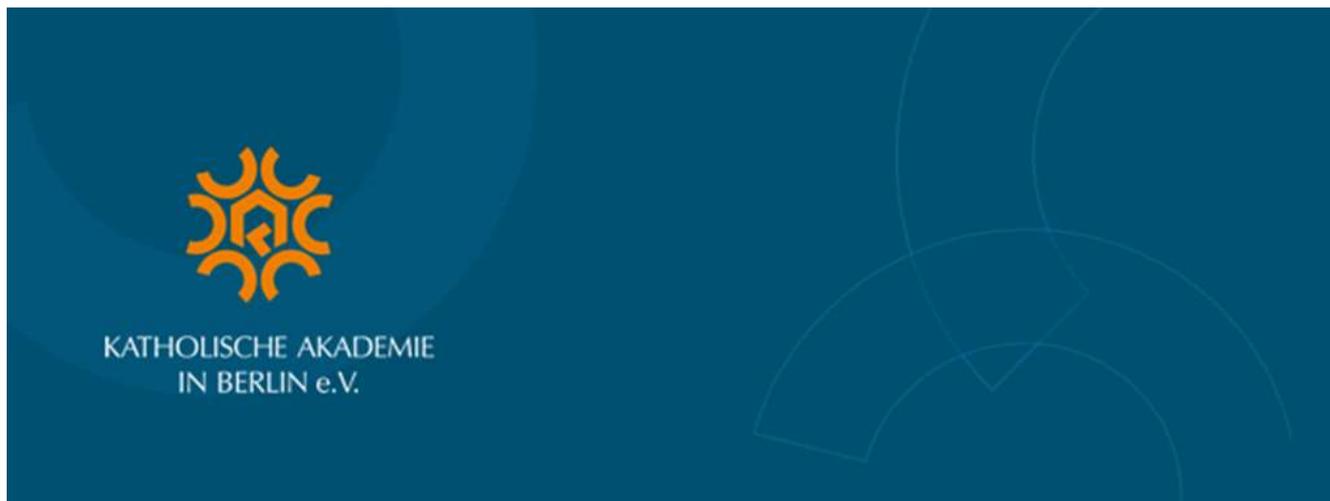
*: [www.facebook.com/deutschespoleninstitut](http://www.facebook.com/deutschespoleninstitut) (DEUTSCH)*

*: <https://www.facebook.com/InstytutSprawPublicznychISP> (POLNISCH)*

*Mehr Informationen: [sendhardt@dpi-da.de](mailto:sendhardt@dpi-da.de)*

*Dr. Andrzej Kaluza  
Deutsches Polen-Institut  
Residenzschloss / Marktplatz 15  
64283 Darmstadt  
0049 (0) 6151-420220  
[kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de)*

*Sie können jederzeit aus dem Einladungsverteiler entfernt werden:  
Bitte schreiben Sie an [dpi@dpi-da.de](mailto:dpi@dpi-da.de)*



Katholische Akademie in Berlin e.V.  
Hannoversche Str. 5  
10115 Berlin

Tel.: +49 30 28 30 95-0  
Fax: +49 30 28 30 95-147  
E-Mail: [information@katholische-akademie-berlin.de](mailto:information@katholische-akademie-berlin.de)

**08) 150 Jahre Deutsches Reich. Im Streit der Interpretationen zwei nach zwölf. Gespräch über Gott und die Welt**

Montag, 12. April 2021, : 12:02 – 13:00 Uhr  
Ort: Teilnahme nur Online möglich!

Wie wird Geschichte erzählt und vor allem diejenige des Deutschen Reiches? Eine Frage, über die aktuell gestritten wird, was kein Nachteil ist. Im Gegenteil. Wer meinte, dass die Deutschen dem Kaiserreich weithin gleichgültig oder argwöhnisch achselzuckend gegenüber stünden, muss anerkennen: das Deutsche Reich ist Gegenstand eines Streits der Interpretationen, der viele Themen umfasst: die Geschichte der Demokratie, des Nationalismus und des Nationalsozialismus, des Ineinanders von kaiserzeitlichen Reform- und Beharrungskräften und von Inklusionen und Exklusionen. Einmal mehr wird die Wirksamkeit von historischen Konstruktionen und geschichtlichen Narrativen deutlich, die in einer demokratischen Kultur eine ständige Durchsicht und Relektüre verdienen. Wolfgang Schäuble hat erst kürzlich betont: „*Manch aktuelle Debatte gewänne mit dem entsprechenden historischen Bewusstsein an Tiefenschärfe.*“ Im Streit der Interpretationen geht es auch um diese „Tiefenschärfe“.

Hedwig Richter ist Professorin für Neuere und neueste Geschichte an der Universität der Bundeswehr München. Zuletzt: [Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich](#), Berlin 2021; [Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart](#), München 2020.

Die Veranstaltung wird mittels der Videokonferenzplattform ZOOM durchgeführt. Mit der Teilnahme am Meeting akzeptieren Sie die Datenschutzrichtlinien vom Anbieter (<https://zoom.us/de-de/privacy.html>). Eine

**Seite 214 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 788 vom 22.04.2021**

Anmeldung per E-Mail an [information@katholische-akademie-berlin.de](mailto:information@katholische-akademie-berlin.de) ist nicht erforderlich, hilft uns aber bei der Vorbereitung.

Sie können dem Zoom-Meeting [hier](#) beitreten.

<https://zoom.us/j/94870903010?pwd=VUlucmpiYVN3ZkVhVXI6TFItR2NIUT09>

Meeting-ID: 948 7090 3010

Kenncode: 687318



Literaturhaus Berlin  
Fasanenstraße 23  
10719 Berlin  
+49 (0)30 887 286 0  
[info@literaturhaus-berlin.de](mailto:info@literaturhaus-berlin.de)

## **09) »ausgesprochen – von Plaudereien und Plappereien«**

**Sonntag, 25. April 2021, 11:00 Uhr**

LesArt im Jungen Literaturhaus digital: Erlesene Sonntage · Mit Kathleen Rappolt

Da gibt es eine Frau, die redet und redet und redet und redet – ununterbrochen.  
Doch wovon spricht sie eigentlich?  
Familien mit Kindern ab 6 Jahren sind herzlich dazu eingeladen, die Ohren zu spitzen und dem zu lauschen, was Kathleen Rappolt vom Berliner Zentrum für Kinder- und Jugendliteratur LesArt über diese Frau zu erzählen weiß.

Eine Anmeldung ist erforderlich bis zum 23.4.2021 unter: [info@lesart.org](mailto:info@lesart.org) →  
Nach erfolgter Anmeldung bekommen Sie den Zoom-Zugangscode zugesandt.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit LesArt – Berliner Zentrum für Kinder- und Jugendliteratur

Eintritt frei, Spenden willkommen! · Zur Programmseite →

## **10) PARATAXE**

**Donnerstag, 29. April 19:00 Uhr**

Li-Be digital LIVE · Hila Amit und Ali Abdollahi im Gespräch mit Martin Jankowski. Lesung der deutschen Passagen: Bastienne Voss und Karim Chérif.

Den kostenlosen LIVE-Video stream sehen Sie ab 29.4.2021, 19:00 Uhr hier → und auf unserem YouTube-Kanal →

In welchen Sprachen schreibt Berlin? Berliner Autor\*innen, die in anderen Sprachen als Deutsch schreiben, lädt die stadtweite Lesereihe PARATAXE regelmäßig und an wechselnden Orten zu Gespräch, Lesung und Übersetzung ein.

Hila Amit, geboren 1985, studierte Kreatives Schreiben an der Universität Tel Aviv und promovierte in Gender Studies an der University of London. Ihr erster Roman »Moving On From Bliss«, erschienen 2016. Ihr zweites Buch, »A Queer Way Out«, handelt von LGBT-Israelis in der Diaspora und wurde 2019 mit dem Buchpreis der Association of Middle East Women's Studies ausgezeichnet. Sie ist Mitgründerin von Anu نحن نحن: Jews and Arabs Writing in Berlin und kuratiert Literaturveranstaltungen, die jüdische und nicht-jüdische Menschen aus dem Mittleren Osten zusammenbringen.

Ali Abdollahi, geboren 1968 in Birjand, ist als Dichter, Literaturkritiker und Übersetzer tätig. Er hat bereits acht Gedichtbände veröffentlicht, die zu den gefragtesten Werken moderner iranischer Lyrik zählen. Seit mehreren Jahren übersetzt er aus dem Deutschen ins Persische, unter anderem die Werke von Tucholsky, Heine und Rilke. Seit 2004 ist er der iranische Partner von [www.lyrikline.org](http://www.lyrikline.org). Momentan lebt er als freier Schriftsteller in Berlin und arbeitet an einer Anthologie persischer Dichtung im europäischen Exil sowie an einem Soloband.

Ein Abend in Deutsch und Englisch mit einigen Passagen in hebräischer und persischer Sprache – und mit deutschen Übersetzungen! Es moderiert der Schriftsteller Martin Jankowski (Berliner Literarische Aktion →).

Eintritt frei, Spenden willkommen! · Zur Programmseite →

## Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg  
[Info@topographie.de](mailto:Info@topographie.de)  
[www.topographie.de](http://www.topographie.de)  
Ruf: 030-254 509-0  
Fax: 030-254-09-99

### 11) Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht

**Dienstag, 27. April 2021 19:00 Uhr**

Ausstellungseröffnung im Livestream:  
[www.topographie.de/livestream](http://www.topographie.de/livestream)  
Eine Teilnahme vor Ort ist nicht möglich.

#### Begrüßung

Dr. Andrea Riedle  
Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin

#### Grußworte

Christine Lambrecht  
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

Dr. Klaus Lederer  
Senator für Kultur und Europa des Landes Berlin

Zur Ausstellung

Prof. Dr. Sybille Steinbacher  
Direktorin des Fritz Bauer Instituts, Frankfurt/M.

Dr. Monika Boll  
Kuratorin der Ausstellung

**B. b) Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.**

**01) Nachwuchsworkshop der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission  
DUHK „Genozid in Geschichte und Recht“**

Veranstalter

Deutsch-Ukrainische Historikerkommission / Німецько-українська комісія істориків

Gefördert durch

DAAD / Німецька служба академічних обмінів

PLZ

80539

Ort

München

Land

Deutschland

Vom - Bis

14.09.2021 - 15.09.2021

Deadline

15.05.2021

Von

Lena Lopatschow, Historisches Seminar, Abt. Geschichte Ost- und Südosteuropas, Ludwig-Maximilians-Universität München

- [de](#)
- [uk](#)

**Nachwuchsworkshop der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission**

Call for Applications: Die Deutsch-Ukrainische Historikerkommission lädt Nachwuchswissenschaftler:innen zum internationalen Workshop "Genozid in Geschichte und Recht" ein (Berlin, 14.-15. September 2021). Motivationsschreiben und Projektexposés werden erbeten bis zum 15. Mai 2021.

- [de](#)
- [uk](#)

**Nachwuchsworkshop der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission DUHK  
„Genozid in Geschichte und Recht“**

Berlin, 14.-15. September 2021

Motivationsschreiben und Projektexposés werden erbeten bis zum 15. Mai 2021.

Der Workshop wird geleitet von Prof. Dr. Tanja Penter (Heidelberg) und Prof. Dr. Gelinada Grinčenko (Kharkiv).

Die Einstufung von Massenverbrechen als Genozid, gemäß der von Raphael Lemkin entworfenen UN-Genozidkonvention (1948), ist heute zum Politikum geworden und wird von unterschiedlichen Opfergruppen für sich reklamiert. Auch die Ukrainer beanspruchen für ihre fast vier Millionen Opfer der großen Hungersnot (1932-1933), dass diese einen Genozid am ukrainischen Volk darstellt, verursacht durch das sowjetische Regime unter der Führung von Stalin. Unter Präsident Viktor Juščenko wurde der Holodomor im Jahr 2006 in der

Ukraine per Parlamentsbeschluss zum Genozid am ukrainischen Volk erklärt. Seither versucht die Ukraine, diese Anerkennung auch international zu erreichen, wie jüngst in einem entsprechenden Antrag beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages.

Im Rahmen des Workshops für deutsche und ukrainische Doktorand:innen und fortgeschrittene Masterstudierende aus den Geschichts- und Rechtswissenschaften möchten wir das Thema anhand ausgewählter historischer Fallbeispiele (z.B. Armenier, Herero und Nama, Juden, Sinti und Roma, Tutsi/Ruanda, Bosniaken/Srebrenica u.a.) breit und interdisziplinär diskutieren.

Unter anderem möchten wir besprechen, welche Anwendung das Genozidkonzept in den Geschichts- und Rechtswissenschaften gefunden hat, in welchem historischen Kontext die UN-Völkermordkonvention nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts entstand, welche wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten sie hervorgerufen hat und ob eine Erweiterung des Völkermordbegriffes in der UN-Konvention für die Zukunft wünschenswert wäre.

Die Deutsch-Ukrainische Historikerkommission lädt Nachwuchswissenschaftler:innen dazu ein, an einem internationalen Workshop in Berlin teilzunehmen, um dort ihre Ideen und Projekte (Master-, Dissertationsprojekte) zu präsentieren und zu diskutieren. Der Workshop wird aus Expertenvorträgen, den Präsentationen der Forschungsprojekte und anschließenden Diskussionen bestehen.

Insgesamt stehen bis zu 8 Plätze zur Verfügung. Die Gruppe soll sich möglichst zu gleichen Teilen aus Teilnehmern aus Deutschland und der Ukraine zusammensetzen. Die Veranstaltung findet auf Englisch statt. Die ausgewählten Teilnehmer des Nachwuchsworkshops erhalten zugleich die Möglichkeit, an der anschließend geplanten, ebenfalls in Berlin stattfindenden internationalen Jahreskonferenz der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission „The Holodomor in Academic and Public Debates: Ukrainian and European Perspectives“ teilzunehmen.

Übernachtungs- und Verpflegungskosten werden von der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission übernommen. Für eine Anreise aus der Ukraine wird eine Mobilitätspauschale von 700,- € gewährt, für Anreisende innerhalb Deutschlands werden die Kosten für eine Bahnfahrt 2. Kl. erstattet.

Wir möchten Interessierte bitten, eine englischsprachige Bewerbung mit Lebenslauf, einem kurzen Motivationsschreiben sowie einem Exposé ihres Forschungsvorhabens (max. 300 Wörter), gebündelt zu einer PDF-Datei bis zum 15. Mai 2021 an folgende Adresse zu schicken: [duhk@lrz.uni-muenchen.de](mailto:duhk@lrz.uni-muenchen.de).

Das Programm des Workshops wird bekanntgegeben, wenn die Bewerberauswahl abgeschlossen ist. Der Workshop wird als Präsenz-Veranstaltung geplant, kann aber je nach Entwicklung der Covid-19-Pandemie digital oder hybrid durchgeführt werden.

## **Kontakt**

Lena Lopatschow/Лена Лопачов, M.A.  
Koordinatorin/Координаторка  
Tel.: +49 89 2180-3056  
[Lena.Lopatschow@lmu.de](mailto:Lena.Lopatschow@lmu.de)

Ludwig-Maximilians-Universität München  
Deutsch-Ukrainische Historikerkommission

Historisches Seminar  
Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas  
Geschwister-Scholl-Platz 1  
80539 München  
Deutschland

<http://www.duhk.org/>

---

Zitation

Nachwuchsworkshop der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission. In: H-Soz-Kult, 16.04.2021, [www.hsozkult.de/event/id/event-97103](http://www.hsozkult.de/event/id/event-97103).

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact [hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de](mailto:hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de).

**C.a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland**

**01) Newsletter | Digitaler Ausstellungsbesuch im März/April 2021**

Kommunale Galerie Berlin

Frühling 2021 | Neue Ausstellungen in der Kommunalen Galerie Berlin

**Kommunale Galerie Berlin <info@kommunalegalerie-berlin.de>**

---

## Kommunale Galerie Berlin

---

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde der Kommunalen Galerie Berlin,**

mit einer digitalen Eröffnung und drei neuen Ausstellungen in der Galerie möchten wir Sie zu einem Frühlingsbesuch einladen.

Aufgrund der aktuellen Regelungen ist der Galeriebesuch derzeit nur nach vorheriger Anmeldung per Telefon und unter Vorlage eines tagesaktuell bescheinigten, negativen Ergebnisses eines Corona-Antigen-Schnelltestes möglich. Es gilt die Pflicht eine FFP2-Gesichtsmaske zu tragen.

Einen Termin können Sie montags bis freitags von 12 bis 16 Uhr unter Tel 030 9029-16704 buchen.

Für Ihren Besuch steht jeweils ein Zeitfenster von 1 Stunde innerhalb der regulären Öffnungszeiten zur Verfügung. Diese sind Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr, Mittwoch 10 bis 19 Uhr. Am Wochenende ist die Galerie vorerst geschlossen.

Es gilt die aktuelle SARS-CoV-2 Infektionsschutzverordnung des Landes Berlin. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/aktuell/>

Wir freuen uns über Ihren Besuch!

**Das Team der Kommunalen Galerie Berlin**



Andreas Göx/Hannes Wanderer, Time Out, Wilmersdorf, 2003

## **01) Time Out | Leere Läden in Berlin : revisited**

Fotografie von Andreas Göx und Hannes Wanderer

### **Ausstellung**

20. April bis 20. Juni 2021

Nicht McDonald's oder H&M, nicht Edeka oder Vodafone, nicht Media Markt oder Deutsche Bank, die mit Abstand größte Ladenkette in Berlin heißt "Zu vermieten" und ihr Slogan ist "Provisionsfrei". Die Läden sind winzig oder riesengroß, gepflegt oder verkommen, uralt oder hochmodern und alles

dazwischen. Sie sind in den Geschäftszentren und in den Wohngebieten, in der Innenstadt und in den Randbezirken, sie sind überall und es werden immer mehr. Jeder kennt sie, kaum einer hat sie gesehen.

Die Fotografien von Hannes Wanderer und Andreas Göx, die um die Jahrhundertwende entstanden sind, zeigen besondere *Einzelstücke, Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten,*

*Widersprüche und Kontraste sowie die Ambivalenz der Leerstands-Ästhetik - ganz Berlin in allen Facetten zwischen Konformität und Chaos.*

Weitere Informationen [hier](#):

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/aktuell/time-out-leere-laeden-in-berlin-revisited>



## 02) co:exist - ein multilog aus stadt, mensch und natur

### **Ausstellung**

27. April bis 13. Juni 2021

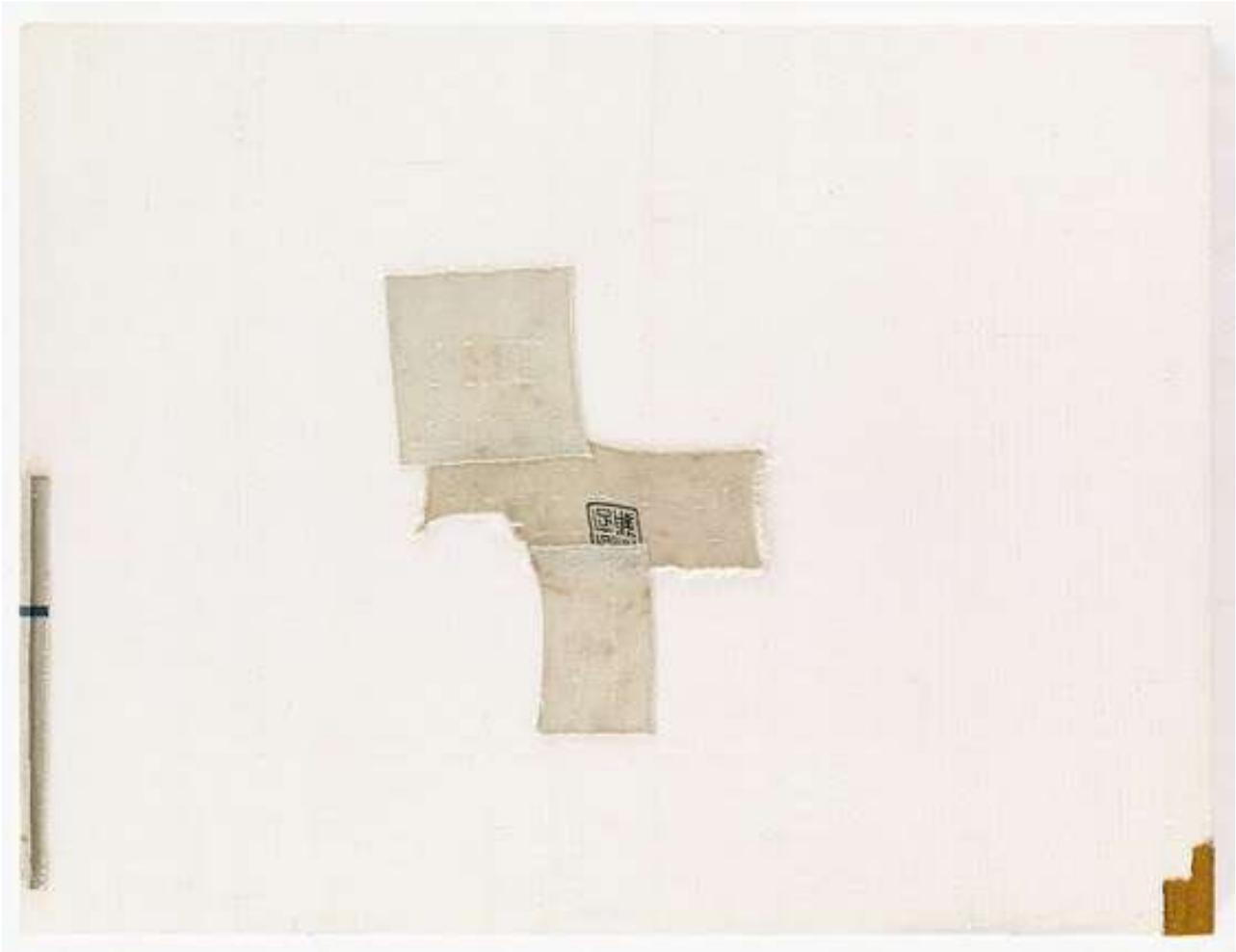
**Eröffnung DIGITAL am Sonntag, 25.04.2021**

**12 Uhr: live aus der Kommunalen Galerie Berlin über Instagram**

**@kommunalekurator.innen**

**18 Uhr: Kurator\*innen-Gespräch über zoom:**

<https://us02web.zoom.us/j/86354236563?pwd=VVVGMUN1LzFMQkh1T1ZTRVc2c3R1dz09>



Meeting-ID: 863 5423 6563 / Kenncode: 289704

Natur, Menschen und bebaute Umgebung teilen sich endliche Ressourcen. Aber in welcher Beziehung stehen sie zueinander? In welchen Konstellationen begegnen sie sich? 17 künstlerische Positionen untersuchen Weisen des Zusammenlebens im urbanen Raum, loten Zwischenräume aus und befragen Formen des Zusammenspiels zwischen Symbiose, Synchronizität und Entfremdung.

Elf jugendliche Kurator\*innen aus vier Schulen des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf haben seit Herbst 2020 in ihrer Freizeit den Prozess einer Ausstellung von der Idee zur Umsetzung gemeinsam mit drei Kunstvermittler\*innen selbst gestaltet; sie haben recherchiert, konzipiert, initiiert, verhandelt und organisiert. Die Ausstellung versteht sich dabei als ein vielstimmiger Multilog mit offenem Ausgang und als der Versuch eines hierarchiefreien Miteinanders – im Galerieraum und draußen in der Stadt: co:exist!

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/vorschau/coexist/>

## uli fischer - Zeit Zeichen

### Ausstellung

27. April bis 6. Juni 2021

Suchen, spüren, finden, berühren, sehen, ertasten, applizieren, komponieren, zusammenfügen, vernähen, auftrennen. Uli Fischer tritt in seiner vielschichtigen künstlerischen Praxis in Kommunikation mit vorgefundenen textilen Materialien, das durchdrungen ist von Zeit und Geschichte. Seine Werke spielen mit unseren Sehgewohnheiten und ästhetischen Erfahrungshorizonten – sie führen uns über die Epochen des Abstrakten Expressionismus und der Arte Povera in die Gegenwart. Allerdings geht er dem Bedürfnis nach Abstraktion nicht malerisch, sondern anhand der im Material vorhandenen Spuren des Gebrauchs und des Taktilen nach: Seine Bild-Objekte holen vor allem das bildnerische Wesen von textilem Material auf die Leinwand.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/vorschau/uli-fischer-zeit-zeichen/>



Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin,  
Abteilung Jugend, Familie, Bildung, Sport und Kultur,  
Fachbereich Kultur

---

### Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176  
10713 Berlin

t +49 30 9029 16704

[info@kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info@kommunalegalerie-berlin.de)  
[www.kommunalegalerie-berlin.de](http://www.kommunalegalerie-berlin.de)

#### Öffnungszeiten

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr  
Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Eintritt frei

© Kommunale Galerie Berlin

**03) „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“ Brandenburg-Preußen  
Museum Wustrau:  
Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der  
Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021**

Andrea Seehausen  
Büro- und Innenleitung  
Brandenburg-Preußen Museum  
Eichenallee 7a  
16818 Wustrau  
Tel. 033925-70798  
Fax 033925-70799  
museum@bpm-wustrau.de  
www.brandenburg-preussen-museum.de  
Brandenburg-Preußen Museum  
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung  
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)  
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

**08.03.2021**



**Brandenburg-Preußen Museum**  
Wustrau

Wustrau, 8. März 2021

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“

Liebe Freunde und Freundinnen unseres Museums,

„Hoffnungsglück“ grünt in der Tat: Ab dem 9. März 2021 dürfen wir wieder für Sie öffnen, allerdings weiterhin unter Corona-Regeln: Bitte tragen Sie im Museum eine FFP-2-Maske oder eine medizinische Einmalschutzmaske und halten Sie bitte 1,50 Meter Sicherheitsabstand zu anderen Besuchern. Ihre Kontaktdaten hinterlassen Sie bitte an der Kasse, diese werden wie im vergangenen Jahr 28 Tage aufbewahrt. Neu in diesem Jahr: Wir müssen Sie bitten, vor Ihrem Besuch per E-Mail unter [museum@bpm-wustrau.de](mailto:museum@bpm-wustrau.de) oder telefonisch unter 033925-70798 ein Zeitfenster für Ihren Besuch zu reservieren. Geplant ist auch die Möglichkeit der Reservierung eines Zeitfensters auf unserer Homepage. Der Zugang zum Museum ist zahlenmäßig begrenzt. Gruppenbesuche, Führungen und Veranstaltungen sind derzeit leider nicht möglich. Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch noch einmal auf unserer Website [www.brandenburg-preussen-museum.de](http://www.brandenburg-preussen-museum.de) oder per Telefon, denn alle Lockerungen stehen immer unter dem Vorbehalt, dass die Infektionslage sich weiterhin bessert oder zumindest gleich bleibt.

Der wissenschaftliche Leiter Christian Arpasi und unser wissenschaftlicher Volontär Simon Spill legen derzeit intensiv Hand an den Aufbau der neuen Sonderausstellung: **(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung**, die wir vom 21. März bis 5. Dezember 2021 zeigen werden.

Altes Spielzeug ruft nicht nur Kindheitserinnerungen wach. Es erzählt von der Zeit und aus der Gesellschaft, in der es entstanden ist. So ist es auch mit dem Spielzeug aus der Kaiserzeit. Wie ein Spiegel vermittelt es ein Bild der durch die Industrialisierung gewandelten Lebens- und Arbeitswelten. Nähere Informationen fügen wir diesem Brief hinzu. Ein Vortragsprogramm können wir leider erst planen, wenn die Verhältnisse sich nachhaltig stabilisiert haben. Wir freuen uns sehr darauf, Sie wiederzusehen.

Bitte bleiben Sie gesund! Das wünscht Ihnen herzlich  
Ihr Team des  
Brandenburg-Preußen Museums



# [K]EIN KINDERSPIEL

Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

21.03. bis 05.12.2021



BRANDENBURG  
PREUßEN  
MUSEUM

BRANDENBURG-PREUßEN MUSEUM  
EICHENALLEE 7A  
16818 WUSTRAU  
WWW.BPM-WUSTRAU.DE  
TEL: 033925-70798

Ein Projekt im Rahmen des Themenjahres  
100 Jahre Brandenburg 2018. Jubiläum  
der Vereinigung in Deutschland in  
Bonn 1871.

Kulturland Brandenburg 2021 wird gefördert durch die  
Ministerien für Wirtschaft, Energie und Kultur  
sowie das Ministerium für Infrastruktur und  
Landwirtschaft des Landes Brandenburg.

Mit finanzieller Unterstützung der  
Brandenburgischen Sparkassen und  
der Sparkassenverbände des Landes  
Brandenburg.

2021 Zukunft der  
Vergangenheit



für Brandenburg

100 Jahre  
Brandenburg  
ILB

**04) Ausstellung: Adeliges Leben im Baltikum. Herrenhäuser in Estland und Lettland**

**Dienstag, 30. März bis Freitag, 30. April 2021**

Europäische Akademie Mecklenburg-Vorpommern e.V.  
Eldenholz 23, 17192 Waren (Müritz)

**Bitte vereinbaren Sie einen Besichtigungstermin!**



Herrenhaus Kolk/Kolga. Foto: © Thomas Helms, Schwerin

Der im 19. Jahrhundert geprägte Begriff Baltikum bezog sich ursprünglich ausschließlich auf das ehemalige Herrschaftsgebiet des Deutschen Ordens, Alt-Livland, bzw. die vormaligen Ostseeprovinzen des russischen Reiches, im Wesentlichen das Territorium der heutigen Staaten Estland und Lettland. Die seit den Ordensrittern ins Land gekommenen deutschen Adligen gehörten bis Anfang des 20. Jahrhunderts zur Oberschicht. Der deutschbaltische Adel besaß bis zu 70 Prozent der Landfläche in Alt-Livland und übten damit auch wirtschaftliche und politische Macht aus.

Die Ausstellung stellt an Hand ausgewählter Beispiele adelige Gutsanlagen mit dem Herrenhaus im Zentrum und ihre Geschichte vor. Einige der ältesten Herrenhäuser gingen aus umgebauten Burgen der Ordensritter hervor. Noch im 18. Jahrhundert wurde ein Großteil der Gebäude aus Holz errichtet. Die meisten der erhaltenen Herrenhäuser entstanden im 19. Jahrhundert in den verschiedenen Spielarten des Historismus. Der Gutshof umfasste Speicherräume und Ställe für Reit- und Arbeitstiere, aber auch Wohnräume für Bedienstete und verschiedene Wirtschaftsgebäude. Im 18. Jahrhundert

umgab das Herrenhaus ein Park im Stil des Barock, später in Form eines englischen Landschaftsgartens.

Mit der Entstehung der Nationalstaaten Estland und Lettland nach dem Ersten Weltkrieg endete die herausgehobene Stellung der deutschen Oberschicht. Von dem erhaltenen bauhistorischen Erbe wartet neben einigen Dutzend herausragend rekonstruierter Beispiele die Mehrzahl auf ihre Instandsetzung und eine sinnvolle neue Nutzung.

**Bitte vereinbaren Sie einen Termin unter:**

E-Mail: [e.wilk@ea-mv.com](mailto:e.wilk@ea-mv.com)

oder

Tel. + 49 (0)3991 1537-11

*Die Ausstellung **Adeliges Leben im Baltikum. Herrenhäuser in Estland und Lettland** wurde vom Deutschen Kulturforum östliches Europa und dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg erstellt. Das Konzept entwarf Dr. Agnese Bergholde-Wolf, die auch die Texte verfasste. Der Großteil der gezeigten Fotos befindet sich im Bildarchiv des Herder-Instituts.*

---

### **Pressekontakt**

Dr. Claudia Tutsch  
Deutsches Kulturforum östliches Europa  
Berliner Straße 135 | Haus K1  
14467 Potsdam  
Tel. +49 (0)331 20098-14  
Fax +49 (0)331 20098-50  
[tutsch@kulturforum.info](mailto:tutsch@kulturforum.info)  
[www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info)

C. b) Ausstellungen außerhalb des Raumes von Berlin



- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:  
*Franziskanerkloster  
Klosterstraße 21  
48231 Warendorf*
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*  
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*  
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*  
02581 92777-14
- *per E-Mail:*  
[sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de](mailto:sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de)



**01) Augenblicke«. Gemälde und Zeichnungen**  
von Rolf Löhrmann

*22. April bis 20. Juni 2021*

Flucht, Vertreibung und Migration: Themen, die seit den neuen Flüchtlingswellen, mit hunderttausenden Schutz suchender Menschen in den vergangenen Jahren eine neue Aktualität in Deutschland erreicht haben. Die Sonderausstellung mit Werken des Malers und Grafikers Rolf Löhrmann (geb. 1950 in Hannover) widmet sich dem Thema Menschen auf der Flucht in intensiver Weise.

Die Motive der seit 2017 entstandenen Arbeiten findet der Künstler in den Printmedien oder in den Weiten des Internets. Fast alle Arbeiten basieren auf sogenannten Schnappschüssen: spontane Fotos ohne jegliche Inszenierung. Die Authentizität der Aufnahmen ist dabei von besonderer Bedeutung. Oftmals sind es nur Details, die Rolf Löhrmann aus dem Gesamtgeschehen herausgreift und in großformatige Acrylbilder und Tuschzeichnungen umsetzt. Durch künstlerische Verfremdung und Überhöhung macht Löhrmann auf das Leid der oftmals traumatisierten Menschen aufmerksam.

In dem Bestreben wider das Vergessen liegt die Schnittmenge zwischen den Arbeiten Rolf Löhrmanns und dem Westpreußischen Landesmuseum, das in seiner Dauerausstellung unter anderem auch den Themenkomplex Flucht und Vertreibung der aus Westpreußen stammenden Menschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dokumentiert und für die Nachwelt sichtbar macht.

**BEGLEITVERANSTALTUNGEN ZUR SONDERAUSSTELLUNG:**

---

*Öffentliche Führungen und Künstlergespräche mit Rolf Löhrmann:*

19. Mai.2021 um 16.00 Uhr

20. Juni 2021 um 15.00 Uhr

---

Lesung mit **Dr. Andreas Kossert**

17. Juni um 18.00 Uhr

»Flucht eine Menschheitsgeschichte«

[\(weitere Informationen\)](#)

---

Alle Veranstaltungen finden statt, sofern es die Coronaschutzauflagen zulassen. Bitte beachten Sie dazu die jeweils aktuellen Ankündigungen auf unserer Homepage

- [Dauerausstellung](#)
- [Ausgewählte Abteilungen](#)
  
- [Sonderausstellung](#)
- [Die nächsten Ausstellungen](#)
- [Frühere Sonderausstellungen](#)
- [Virtuelle Rundgänge](#)
- [Katalog-Archiv](#)
  
- Öffnungszeiten:  
*Dienstag – Sonntag*  
*10 – 18 Uhr*
- Eintritt:  
*Eintrittspreis 4,00 €*  
*ermäßigt 2,50 €*  
*Familienkarte 7,00 €*
  
- [Leih-Ausstellungen](#)
  
- [Übersichtsplan über die Museumsräume \(PDF\)](#)
  - [Führungen durch die Ausstellungen](#)
  - [Nächste Sonderführungen](#)
  
- [Aktuelle Ausstellung in Krockow](#)

Abonnements des museums



- [Newsletter und Veranstaltungsprogramm](#)

[Impressum](#)

[Haftungsausschluss und Datenschutzerklärung](#)

[Sitemap](#)

Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

Ministerium für  
Kultur und Wissenschaft  
des Landes Nordrhein-Westfalen



**LWL**

Für die Menschen.  
Für Westfalen-Lippe.



**WARENDORF**  
DIE @STADT

**Trägerin des Museums:  
KULTURSTIFTUNG  
WESTPREUSSEN**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde des Westpreußischen Landesmuseums,

seit Anfang 2021 bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Teile unserer Dauerausstellung virtuell zu besuchen und zu entdecken. Dieses neue Angebot findet erfreulicherweise regen Zulauf.

In den vergangenen Wochen konnten wir Ihnen bereits die Ausstellungsbereiche Handel und Industrie sowie Religion und Konfessionen vorstellen. Ab sofort haben Sie die Möglichkeit, sich in den Bereichen ALLTAGSKULTUR UND LANDLEBEN des historischen Westpreußen umzuschauen. Dazu gehört auch eine Betrachtung der Kaschubei bzw. der Kaschuben. Diese Volksgruppe hat seit Jahrhunderten ihre eigene Sprache und eigene Kultur bewahrt.

Wir freuen uns, mit dieser neuen Präsentation Ihr Bild des Westpreußischen Landesmuseums und seiner Sammlungen weiter ergänzen zu können. Neben der Möglichkeit, die Rundgänge über unsere Homepage zu unternehmen, können Sie uns auch auf Facebook und Instagram besuchen. Dort versorgen wir Sie fortlaufend mit Eindrücken und Neuigkeiten aus unserem Haus.

Es grüßt Sie herzlich das Team des  
Westpreußischen Landesmuseums



Links: Dr. Martin Steinkühler (wissenschaftlicher Mitarbeiter)  
Rechts: Thomas Hölscher (Museumstechniker) hat die virtuellen Rundgänge technisch umgesetzt

## 02) Oberschlesien am Scheideweg

**Sonnabend, 20. März 2021, 15:00 Uhr**

Zum **100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien** wird am **Sonnabend, dem 20. März 2021 um 15 Uhr** – leider nur digital - die neue Schau „Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg“ eröffnet. [Das Oberschlesische Landesmuseum \(Bahnhofstr. 62, D 40883 Ratingen\)](#) widmet diesem wichtigen historischen Ereignis eine eigene Sonderausstellung. Sie erzählt von den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen der Volksabstimmung. Weitere Veranstaltungen, darunter eine international besetzte wissenschaftliche Tagung am 11./12. Juni 2021 und ein Begleitfilm, den das Kulturreferat für Oberschlesien gemeinsam mit der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen und der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus erarbeitet hat, werden das Begleitprogramm im Jubiläumsjahr darstellen.

*Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 28, 2021*

Wien, am 08. März 2021



Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg  
Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien  
20. März bis 31. Dezember 2021

### **Digitale Ausstellungseröffnung am 20. März 2021 um 15 Uhr auf YouTube**

Nach dem ersten Weltkrieg brach die altbekannte Ordnung Europas zusammen. Die Revolution fegte die Monarchien hinweg. Auf den Trümmern der Imperien der Habsburger, der Hohenzollern und der Romanows begannen neue, auf nationalen Ideen basierende Staaten zu entstehen, die nach ethnischer Homogenität strebten. Dort, wo die Bevölkerung ethnisch heterogen zusammengesetzt war, kam es zu regionalen Konflikten um Land, staatliche Zugehörigkeit und nationale Identität.

Der Hauptschauplatz dieser Ereignisse war Mittel- und Ostmitteleuropa. Auch die Polen in den preußischen Ostprovinzen forderten den Anschluss ihrer Heimatgebiete an den gerade entstandenen polnischen Staat. Weitere bewaffnete Konfrontationen schienen unvermeidlich und sollten durch Volksabstimmungen verhindert werden. Der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Versailler Friedensvertrag, der auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker beruhte, wurde zum Fundament der zu schaffenden neuen Ordnung in Europa.

So standen die Bewohner Oberschlesiens vor einem Dilemma: „Polen oder Deutschland?“ Vor diese Entscheidung gestellt, stimmten am 20. März 1921 knapp 60 Prozent der Wähler für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland und 40 Prozent votierten für eine Abtretung an Polen. Die Abstimmung wurde von mehreren Aufständen begleitet. Ein von Wojciech Korfanty angeführter Aufstand im Mai 1921 sollte die vollständige Angliederung an Polen durchsetzen, vermochte die Teilung Oberschlesiens im Juni 1922 aber nicht zu verhindern. Auf Beschluss der Pariser Botschafterkonferenz wurde Oberschlesien geteilt. 29 Prozent des Landes mit dem größten Teil des ober-schlesischen Industriegebiets fiel an Polen. Die Teilung Oberschlesiens hatte weitreichende Folgen. Die Grenze durchschnitt eine jahrhundertlang gewachsene multiethnische, multikulturelle und mehrsprachige Region.

**Am 20. März 2021 jährt sich die Volksabstimmung in Oberschlesien zum 100. Mal. Das Oberschlesische Landesmuseum widmet diesem wichtigen historischen Ereignis eine eigene Sonderausstellung. Sie erzählt von den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen der Volksabstimmung und präsentiert erstmals in dieser Zusammenstellung Exponate aus mehreren Museen in Polen, die durch Objekte aus der Sammlung des Oberschlesischen Landesmuseums ergänzt werden. Zu sehen sind Fahnen, Abzeichen, Waffen, Dokumente zur Abstimmung, Ausweise, Orden, eine Wahlurne sowie historische Fotografien und vieles mehr.**

Die Ausstellung schärft zugleich den Blick auf die heutige Zeit. Die polnisch-deutsche Auseinandersetzung um Oberschlesien von vor hundert Jahren ist ein exemplarisches Beispiel dafür, zu welchen tragischen Konsequenzen ethnisch-nationale Konflikte führen können. Denn ein mit der ethnisch-nationalen Frage verbundenes Gewaltpotential besteht nach wie vor, wie der blutige Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien in den 1990er Jahren oder – in jüngster Zeit – die Konflikte in der Ostukraine und um die Region Berg-Karabach zeigen. Die Beschäftigung mit diesem historischen Ereignis mahnt uns bis heute, zwischenstaatlichen Interessenausgleich, Minderheitenschutz und den respektvollen Umgang der Völker Europas ernst zu nehmen.

### **Weitere Highlights im Jubiläumsjahr**

Am 11./12. Juni 2021 findet in der Stiftung Haus Oberschlesien eine international besetzte **wissenschaftliche Tagung** zum Plebiszit in Oberschlesien statt.

Außerdem wird der 35-minütige **Bildungsfilm „Ein europäischer Konflikt. Der Abstimmungskampf um Oberschlesien 1921“** – eine Co-Produktion des Kulturreferenten für Oberschlesien, der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen, der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, dem Oberschlesischen Landesmuseum und der Arche-Noah Filmproduktion – rechtzeitig zur Ausstellungseröffnung fertiggestellt sein.

<http://oberschlesisches-landesmuseum.de/ausstellungen/vor-ort/1225-ab-dem-20-3-2021-polen-oder-deutschland-oberschlesien-am-scheideweg.html>

### **03) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold**

Liebe Museumsfreunde!



Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage [www.russlanddeutsche.de](http://www.russlanddeutsche.de), um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24  
32756 Detmold  
Ruf: 05231-921 6900  
museum@russlanddeutsche.de  
<https://www.russlanddeutsche.de>

**Kulturreferat:**

Ruf: 05231-921 6913  
Mobil: 0162-646 2913  
[e.warkentin@russlanddeutsche.de](mailto:e.warkentin@russlanddeutsche.de)

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt

A. Besprechungen

- 01) Visual Culture and Politics in the Baltic Sea Region, 1100-1250. By Kersti Markus. Translated [from Estonian] by Aet Varik. (134 Abb. in Schwarz-Weiß und mehrfarbig). Leiden, Boston: Brill (2020). XVIII, 411 Seiten.  
= East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450-1450. Volume 63.  
ISBN 978-90-04-426-0 (hardback). € 139,00; \$ 169,00  
ISBN 978-90-04-42617-7 (e-book)

Die estnische Kunsthistorikerin Kersti Markus, Professorin an der Universität Tallinn (in Tallinn, dt. Reval), hat mit diesem inspirierenden und tiefeschürfenden Buch unsere Kenntnis der Geschichte der Ostseeländer während einer wichtigen Epoche des Mittelalters erheblich bereichert. Durch die lange politische und kulturelle Zäsur im 20. Jahrhundert war die übergreifende Erforschung der Region notgedrungen auf ein Minimum beschränkt, das hat sich aber seit dem Zerfall der Sowjetunion und der Wiedergeburt der baltischen Staaten geändert und ein lebhafter Wissensaustausch über die nationalen Grenzen hinweg findet seit einigen Jahrzehnten statt. In diesem Forschungsstrauß nimmt Markus' Arbeit einen hervorragenden Platz ein, denn sie ist durch ihre Sprachkenntnisse und Vertrautheit mit nicht nur der baltischen, sondern auch der deutschen und skandinavischen Geschichts- und kunsthistorischen Forschung in der Lage, einen überregionalen Blick auf die Ereignisse zu werfen. Sie hat an den Universitäten Tartu (in Tartu, dt. Dorpat), Wien und Stockholm (wo sie im Jahr 2000 promoviert wurde) sowie am Schwedischen Institut in Rom studiert und war für ein Jahr Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung in Deutschland. Das auf Estnisch verfasste Manuskript wurde von Aet Varik in flüssiges Englisch übersetzt und von Markus reich illustriert. Die Mehrzahl der vielen Abbildungen sind Aufnahmen, die sie während ihrer Forschungsreisen in den betreffenden Ländern gemacht hat, außerdem gibt es Karten und andere Illustrationen von Anu Printsman, Marika Mägi, Henri Papson und Tiia Taevere, denen im Vorwort gebührend gedankt wird.

Es ist das Anliegen von Markus, die oft spärlichen schriftlichen Quellen durch Sichtung und Analyse der visuellen Quellen zu ergänzen, um dadurch zu einem vollständigeren Bild der Geschehnisse im Ostseeraum von 1100 bis 1250, also von dem Ersten Kreuzzug (1099) bis zum Übergang von der romanischen zu der gotischen Periode im Ostseeraum, zu gelangen. Dabei geraten vor allem die vielen Kirchen mit ihren unterschiedlichen Entstehungsgeschichten, ihrer Gestaltung und ihrer religiös-politischen Symbolkraft ins Blickfeld, denn die Bildsprache verrät vieles, was die überlieferten schriftlichen Quellen nicht vermitteln können oder vermittelt haben. Kunst und Architektur sind visuelle Propagandainstrumente, um Macht und Status einer sozialen Schicht zu demonstrieren. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch, dass es nicht genügt, die bekannte Chronik Heinrichs von Livland aus den 1220er Jahren, die Hauptquelle für die Eroberung und Christianisierung Livlands, nach rückwärts zu projizieren, denn die Lage gestaltete sich zuvor anders. Während die bisherige Forschung zum großen Teil unter dem Einfluss der genannten Chronik und der deutschen und deutsch-baltischen Geschichtsschreibung das deutsche Element und den deutschen Blickwinkel besonders hervorgehoben hat, macht Markus darauf aufmerksam, dass es in der betreffenden Zeit die Dänen der Waldemar-Dynastie (1157-1241) waren, die die Ostsee beherrschten. Erst später, im 14. und 15. Jahrhundert, haben die Deutschen diese Rolle übernommen.

Folgerichtig beginnt die Untersuchung nach einem Blick auf den Forschungsstand mit einer Darstellung der visuellen Quellen in Dänemark, wobei vor allem die Rundkirchen das Interesse auf sich ziehen, denn ihr Vorbild war die Grabeskirche in Jerusalem, die sie imitierten, und ihre Aufgabe war es, göttliches Recht und erbliches Königtum anstelle von Wahlkönigtum mit Hilfe des christlichen Gottes zu manifestieren. Durch sie sollte die politische Macht des Königs mit Hilfe des christlichen Gottes glorifiziert werden. Der Fall Jerusalems (1187) erzeugte eine neue Kreuzzugsstimmung in Skandinavien mit entsprechender Bautätigkeit. Es gibt dort etwa 34 solcher Rundkirchen, davon 19 in Dänemark, 13 in Schweden und 2 in Norwegen. Ausführlich befasst sich die Verf. zunächst mit denen in Dänemark, ihrer Entstehung, Lage, Gestaltung, Ausschmückung und Funktion unter Beachtung der neuesten Literatur zum Thema. Dann geht sie in einem ebenfalls aufschlussreichen Kapitel zu Schweden über, wo sich ebenfalls hervorragende Beispiele für Rundkirchen finden. Die kunsthistorischen Aspekte werden dabei immer unter Berücksichtigung der geographischen Lage der Kirchen und der politischen Situation in den betreffenden Ländern erörtert. So werden beispielsweise die engen Verflechtungen zwischen dem einflussreichen dänischen Hvide-Clan mit der schwedischen königlichen Dynastie der Sverker, die sich auch in den Kirchenbauten zeigten, dargestellt.

Nachdem die Verwendung der visuellen Propaganda zum Zweck der Akzeptanz der neuen theokratischen Ordnung unter der christlichen Bevölkerung in Dänemark und Schweden und als Aufforderung zur Teilnahme an den Kreuzzügen untersucht worden ist, richtet Markus in einem vierten Kapitel ihren Blick auf Gotland mit der überaus wichtigen Stadt Visby. Für den bedeutenden Handel mit den Ländern jenseits der Ostsee, namentlich mit den orthodoxen russischen Fürstentümern, sowie für die Kreuzfahrten gegen die heidnische Bevölkerung in Estland und Livland war Visby von zentraler Bedeutung. Dort wurde übrigens auch Eisen verarbeitet und zu Schwertern für die Kreuzfahrer geschmiedet. Markus schildert, wie visuelle Quellen die wetteifernden Kräfte auf einem neutralen Gebiet widerspiegeln, geht auf unterschiedliche Auffassungen zwischen Land- und Stadtbevölkerung ein und erörtert ausführlich die Entstehung, Gestaltung und Funktion der wichtigsten Kirchen. Als symbolische Vertreter der um Einfluss wetteifernden Skandinavier und Deutschen können die Olafs- und Marienkirchen in Visby genannt werden. Dabei wird auch auf die wissenschaftliche Diskussion zwischen Paul Johansen und Leonid Arbusow eingegangen. Erwähnt werden unter anderem auch die Nicolaikirche der Russen und die Johanniskirche des Bischofs von Livland. Umstritten unter Historikern verschiedener Nationen sind besonders viele Fragen wegen der imposanten Heilig-Geist-Kirche (Helge-Ands-Kirche), von der heute nur Ruinen übriggeblieben sind. Ihre visuelle Botschaft war eindeutig: Das Himmlische Jerusalem erwartet diejenigen, die sich im Namen Christi auf die lange und unsichere Fahrt in die Länder jenseits der Ostsee begeben.

In dem abschließenden, umfangreichen Kapitel über die Manifestierung des Christentums in Livland und Estland kann Markus auf frühere eigene Veröffentlichungen in verschiedenen Sprachen zurückgreifen. Die weitgehende Nichtbeachtung des skandinavischen Kontextes in der bisherigen Forschung wird dabei besonders hervorgehoben und eine Alternative zu der vorherrschenden Deutung der Eroberung der östlichen Ostseeländer mit Hilfe nicht nur schriftlicher, sondern auch visueller und archäologischer Quellen angeboten. Um das große Thema nicht ausufern zu lassen, konzentriert sie sich auf die Entwicklung in den beiden größten Städten Riga und Reval, in denen der deutsche bzw. der dänische Einfluss bei der Errichtung von Fortifikationen besonders bemerkbar ist. Das geschieht zum Teil in mehreren einleuchtenden Einzeluntersuchungen, die in der laufenden Darstellung eingebunden sind. Auf die dänischen Kreuzzüge gegen die Esten 1196-1197, 1206 und 1219 wird hingewiesen. Im letztgenannten Jahr siegte ein dänisches Kreuzfahrerheer unter König Waldemar II. in der Schlacht bei Lyndanisse (auf Estnisch Lindanise), im heutigen Reval. Der Legende nach geschah es durch die Hilfe einer roten Fahne mit weißem Kreuz, die vom

Himmel fiel, der heutigen dänischen Nationalflagge Danebrog. Ein Jahr später unternahm der schwedische König Johan Sverkersson einen Feldzug gegen das westliche Estland bei Wiek.

In den beiden abschließenden Abschnitten dieses Kapitels: „Gründung einer Stadt aus deutscher Sicht: Riga“ (S. 274-304) und „Gründung einer Stadt aus dänischer Sicht: Tallinn“ (S. 304-348), schildert Markus unter Heranziehung der internationalen Forschungspalette ihre Sicht auf die Entstehung dieser beiden wichtigsten Städte im östlichen Ostseeraum zu jener Zeit. Auch die deutsche Forschung, wie beispielsweise die von Friedrich Benninghoven und Bernhart Jähmig, wird dabei beachtet. Über die recht spärlichen schriftlichen Quellen hinaus spielen vor allem die archäologischen Ausgrabungsfunde eine wichtige Rolle, außerdem als visuelle Quellen unter anderem das Stadtsiegel von Riga und Abbildungen auf estnischen Brakteaten. Die beiden Städte wurden nach verschiedenen Mustern aufgebaut. In Riga errichteten die Deutschen ihre Siedlungen neben denen der Liven. Sowohl der Dom, d. h. die Marienkirche, und die Stadtkirche, die Petrikirche, wurden schon während des ersten Jahrzehnts des 13. Jahrhunderts erbaut und es wurde eine Mauer um das Territorium herumgezogen. In Reval befestigten die Dänen ihre Position auf dem großen Kalksteinfelsen, dem Domberg (estnisch Toompea), während die Esten in ihren Siedlungen wenige hundert Meter südlich davon beim Antonshügel (estnisch: Tönismägi) verblieben. Die Stadt war nicht durch eine Mauer umgeben. Es lag im dänischen Interesse, die alte Handelsroute der Ostseeküste entlang nach Nowgorod zu sichern und Reval zu einem politischen Machtzentrum im Finnischen Meerbusen auszubauen, zu einem Gegengewicht zu Riga, dessen Russlandhandel über den Fluss Düna (lettisch Daugava, russisch Sapadnaja Dwina) verlief. In beiden Fällen wird in diesem Kontext auch auf die Wehranlagen, die kirchlichen Bauten, die Rolle der Klöster und die vielschichtigen Beziehungen zwischen den Eroberern sowie auf ihre Strategie in den okkupierten neuen Territorien eingegangen. Vielfach stellt Markus ihre von der bisherigen Forschung abweichenden Gedanken und neuen Forschungsergebnisse vor

Das Buch endet mit einem Nachwort über Kunst und Politik in einem Grenzgebiet, einer nicht weniger als 42 Seiten umfassenden Bibliographie und einem Verzeichnis der Orts- und Personennamen. Nicht zuletzt die Fülle von nützlichen Übersichten und kritischen Beobachtungen entlang des roten Fadens der visuellen Kultur und Politik macht die Arbeit von Markus zu einer bemerkenswerten Leistung.

*Prof. Dr. Sven Ekdahl, Berlin*

**02) Wilfried Heller: Rumänien. Bilder aus einer verlorenen Zeit. Eine fotografische Landeskunde Rumäniens vor und nach der Wende. (3 Karten, 1 Tabelle, 738 Farbfotos). Hermannstadt – Bonn: Schiller Verlag 2020. 255 Seiten. ISBN 978-3-946954-77-4. € 24,80.**

Wilfried Heller, 1942 im heute nicht mehr bestehenden Dorf Littmitz, Kreis Elbogen (Böhmen) geboren, Geograph und emeritierter Professor für Sozial- und Kulturgeographie mit Schwerpunkten Raumstrukturwandel und Migrationsforschung in Deutschland und Südosteuropa legt hier ein Werk vor, dass weder eine wissenschaftliche geographische Länderkunde noch einen traditionellen Bildband über ein Land darstellt. Wenn der Leser trotzdem das Buch, vom Autor als „Fotobuch“ bzw. „fotografische Landeskunde“ bezeichnet, nach der Lektüre nicht enttäuscht beiseitelegt, dann liegt das sicherlich an darin niedergelegten reichen Kenntnissen des Autors, die er auch in weiteren Publikationen zu Rumänien unter Beweis gestellt hat.

Im einleitenden Abschnitt **„Wie es zu diesem Fotobuch kam“** (S. 7-8) erläutert Heller die Herkunft der Fotos – sie „stammen aus vier persönlichen Forschungsreisen und drei Exkursionen des Autors mit Geographiestudierenden der Universität Göttingen der Jahre 1971 und 1989“. Er beschreibt die technischen und politischen Schwierigkeiten von Fotoaufnahmen vor dem „Umsturz“ 1989/90, die Reisemöglichkeiten seit Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und Rumänien im Jahre 1967, die jedoch durch Einschränkungen beim Fotografieren (Sperrgebiete, staatliche Begleitung der einreisenden Gruppen) begleitet wurden.

Das Fotobuch bringt insgesamt 738 Fotografien, von denen 570 Fotos auf die „sozialistische“ Zeit entfallen. Diese Fotos werden ergänzt durch 168 Fotos aus dem „ersten post-sozialistischen Jahrzehnt“. Bis auf 14 Aufnahmen handelt es sich jeweils um Aufnahmen von Heller selbst. „Im Buch soll dargestellt werden, wie sich die Herrschaftszeit von Nicolae Ceaușescu, dem Führer der rumänischen kommunistischen Partei, und die Phase der gesellschaftlichen Transformation in den Fotografien widerspiegeln. Für die Auswahl der Fotografien waren vor allem die Themen ‚Landschaften‘, ‚Ländliche Siedlungen‘, ‚Städte‘ und ‚Menschen‘ bestimmend. Ziel des Autors ist die Erarbeitung einer auf diese Themen bezogenen Landeskunde, die sich auf Fotografien stützt. Dabei ist es auch ein Anliegen, bei der Beschäftigung mit diesen Themen eine ganzheitliche Sicht zu berücksichtigen und somit Natur und Gesellschaft zusammenzubringen“ (S. 8).

**„Die Gliederung des Fotobuches“** (S. 8-13) wird im nächsten Abschnitt behandelt. „Die Fotografien werden entsprechend den historischen Regionen des Landes angeordnet, weil diese in der fachwissenschaftlichen Literatur, in den Medien und in der Öffentlichkeit in Rumänien geläufig ist“. Aus praktischen Gründen, um nämlich Flächen und Einwohnerzahlen berechnen zu können, werden die seit 1968 gültigen Grenzen der Verwaltungskreise (Județe) verwendet, was sich dann auch in „Tabelle 1: Historische Regionen Rumäniens: Flächen und Bevölkerung 1970, 1989 und 2017“ niederschlägt (s. Tab. 1 im Anhang zu dieser Rezension). Weiterhin gehören in diesen Abschnitt drei Karten, „damit die Zuordnung der Fotografien und der durch sie abgebildeten Landschaften, Siedlungen und Menschen zu den historischen Regionen erleichtert wird“ (s. Karte 1 im Anhang dieser Rezension).

Die zehn **„Historischen Regionen“** werden auf den Seiten 14 bis 247 behandelt: Transsylvanien/Siebenbürgen (S. 14-63), Banat (S. 64-83), Kreischgebiet (S. 84-91), Sathmar (S. 92-103), Maramuresch (S. 104-119), Bukowina (S. 120-135), Moldau (S. 136 bis 159), Muntenien (S. 160-203), Oltenien (S. 204-215) und Dobrudscha (S. 216-247). Die Untergliederungen der zehn Texte zu den „Historischen Regionen“ sind nicht einheitlich, sondern gehen von den Charakteristika der einzelnen historischen Regionen aus. In den Kopfzeilen der Seiten ist für jede Historische Region ein unterscheidendes Farbband eingefügt (s. Inhaltsverzeichnis hier im Anhang der Rezension). Als Beispiel für die Regionen seien hier die Historischen Regionen Transsylvanien/Siebenbürgen und Dobrudscha dargestellt. Der Abschnitt Transsylvanien/Siebenbürgen gliedert sich also in folgende Abschnitte: - Naturraum, geologische Depression, - Die Frage des Namens, - Sieben Stühle, - Weitere Zuwanderer und Auswanderungen, - Landschaftliche Indikatoren der Ab- und Auswanderungen, - Straßen- und Angerdörfer, - Wehrkirchen, - Gemengelage der landwirtschaftlichen Nutzflächen, - Rumänen, Ungarn, Roma, - Fläche, Bevölkerungsrückgang, - Starke Handwerkerzünfte, Bodenschätze, - Salzvorkommen, - Mehr Stadtbevölkerung, - Günstige Verkehrsverbindungen, differenzierte

landwirtschaftliche Entwicklung, - Almwirtschaft, Transhumanz, Tourismus. Und die Untergliederung für den Text zur Historischen Region Dobrudscha stellt sich folgend dar: - Von den Griechen und Römern der Antike zu den Dobrudscha-deutschen, - Lage, Grenzen, Fläche und naturräumliche Gliederung der Dobrudscha, - Naturraum und Landwirtschaft im südlichen Teil der Dobrudscha, - Ländliche Siedlungen der südlichen Dobrudscha, - Konstanz – das Zentrum der Dobrudscha, - Der Donau-Schwarzmeer-Kanal, - Andere Städte der südlichen Dobrudscha und der Badetourismus am Schwarzen Meer, - Hügelland und niedriges Mittelgebirge im Nordwesten der Dobrudscha, - Donaudelta.

**Im Anhang zu dieser Rezension werden u.a. das gesamte Inhaltsverzeichnis, die Tabelle 1 und die Karte 1 abgedruckt, um die Gliederung des Fotobuches in die zehn „Historischen Regionen“ deutlich zu machen.**

Das Resümee (S. 248-252) nach der Abhandlung der zehn historischen Regionen fasst Ziele und Ergebnisse des Fotobuches zusammen. Der Gliederung des Resümees folgend seien hier die wichtigsten Aussagen zusammengefasst.

Im Unterabschnitt „Vielfalt an Natur- und Kulturlandschaften auf vergleichsweise engem Raum“ kommt der Heller einleitend noch einmal auf seine Arbeitsmotive zurück. So äußert er u.a.: „Als Humangeograf interessierte sich der Autor vornehmlich für landeskundliche Themen, d.h. für die Natur- und Kulturlandschaft und für die Menschen, die dort leben und sie nutzen“. Und weiter führt er aus: „Ein wesentliches Ziel landeskundlich motivierter Reisen besteht darin, die unterschiedlichen Siedlungs- und Wirtschaftsregionen des besuchten Landes zu erfassen. Dies bedeutet, die Gestaltung dieser Regionen zu begreifen durch eine Berücksichtigung des Zusammenhangs von naturräumlichen Gegebenheiten, der Bevölkerungsstruktur sowie von wirtschaftlicher, sozialer und politischer Entwicklung. Dabei sind die Geschichte sowie die Verkehrslage der Regionen zu berücksichtigen. Rumänien bietet sich in dieser Hinsicht als Studienobjekt gut an, weil es auf relativ kleinem Raum durch vielfältige Siedlungs- und Wirtschaftsregionen gegliedert ist. Diese Vielfalt wird gezeigt durch die natur- und kulturräumlichen Gegebenheiten, die sich in den Fotos des Buches widerspiegelt“.

Im zweiten Unterabschnitt „Landschaften“ werden Tiefländer, Hügelländer und Ebenen, Gebirge und das Donaudelta mit ihren Charakteristika in physisch-geographischer Ausstattung, Raumnutzung und Erscheinung dargestellt.

„Ländliche Siedlungen“ – so der dritte Unterabschnitt - zeigen auf: „Die Gestalt der ländlichen Siedlungen steht im Zusammenhang mit naturräumlichen Rahmenbedingungen, verschiedenen Volkstumsgruppen, der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage in der Gründungszeit der Siedlungen und der Erreichbarkeit der nächstgelegenen Städte, d.h. vor allem städtischer Arbeitsplätze. Die Siedlungen können nach gewachsenen und geplanten Siedlungen gegliedert werden“.

Unter die gewachsenen Siedlungen zählen die Reihensiedlungen, Streusiedlungen und lockeren Haufendörfer und die Reihensiedlungen im Donaudelta; zu den geplanten Siedlungen rechnen die mittelalterlichen Anger- und Straßendörfer in Siebenbürgen, frühneuzeitliche Dörfer mit Schachbrettgrundriss im Banat. Auch die Hausformen der ländlichen Siedlungen sind hier zu nennen: das Prinzip der geschlossenen Hofanlage in Siebenbürgen, oder teilweise „Hausformen ökologisch bedingt, z.B. steile Dächer in den niederschlagsreichen westlichen Gebirgen, Schindeldächer im holzreichen Gebirge und in den Piedmontgebieten oder fehlende Scheunen in trockenen Gebieten - wie etwa im Banat

- , weil dort das Erntegut im Freien oder unter einfachen Bedachungen aufbewahrt werden kann“.

Im Unterabschnitt „Städte“ wird resümiert: „Die Gestalt und die räumliche Verteilung der Städte sind im Zusammenhang mit ihren natürlichen Standortfaktoren, der territorialgeschichtlichen Entwicklung und ihren Funktionen zu sehen“. Daraus folgert der Autor sieben Gruppen von Städten: als erstes „Städte, die in feudalistischer Zeit, d.h. in der Zeit der Adelherrschaft des Mittelalters, als stark befestigte Kaufmanns- und Handwerkssiedlungen gegründet wurden und an Fernhandelsstraßen gelegen waren: Teile ihres äußeren Erscheinungsbildes spiegeln noch heute die ehemaligen Funktionen wider. Beispiele solcher Städte sind Kronstadt, Hermannstadt und Klausenburg in Siebenbürgen“, bis hin zur letzten Gruppe „Städte, die in sozialistischer Zeit neu aufgebaut wurden, z.B. Neu-Orșova [*Neugründung nach Staudammflutung der alten Siedlung, Anm. R.H.*] , bzw. Städte, die in dieser Zeit durch den Bau von großen Industriebetrieben von Dörfern und Kleinstädten zu großen Mittelstädten wuchsen, z.B. Slatina in Oltenien“.

Im Unterabschnitt „Räumliche Entwicklungsungleichgewichte in Rumänien und sozialistische Industrialisierung“ fasst als Ergebnis zusammen: „Trotz der natur- und kulturräumlichen Vielfalt auf relativ engem Raum war auch in sozialistischer Zeit eine deutliche Zweiteilung Rumäniens hinsichtlich des Entwicklungsniveaus zu erkennen, und zwar zwischen den Siedlungen in den Regionen, die ehemals zur k.u.k.Donaumonarchie gehörten, nämlich Siebenbürgen, das Banat, das Kreischgebiet, Sathmar, die Maramuresch und die Bukowina einerseits und den Siedlungen in den Regionen des sog. Altreichs Rumänien, d.h. der Moldau, Muntenien, Oltenien und der Dobrudscha andererseits“. Anschließend wird ausgeführt, dass die „sozialistische Landesentwicklungspolitik“ diese „räumlichen Ungleichgewichte“ und auch die „Entwicklungsunterschiede zwischen Stadt und Land“ langfristig nicht abbauen konnte und „gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land“ nicht schaffen konnte. „Tatsächlich wurde im Sozialismus die Industrie der führende Zweig der Volkswirtschaft. Jedoch wurde besonders die Produktions- und Investitionsgüterindustrie und nicht die Konsumgüterindustrie gefördert. Vor allem das quantitative Wachstum der Wirtschaft wurde angestrebt, sodass seit den 1970er Jahren die eigenen Rohstoffe des Landes, d.h. Kohle, Erdöl, Erze, für die Industrie nicht mehr ausreichten und seither Rohstoffe importiert wurden. Ein übermäßiger Anteil der produzierten landwirtschaftlichen Güter musste exportiert werden, um die notwendigen Devisen zu erwirtschaften. Die Folge davon waren in den 1980er Jahren Rationierungen von Lebensmitteln, sogar von Brot und Weizenmehl“.

„Ziele der sozialistischen Entwicklungspolitik für Stadt und Land“ waren, „mit der Industrialisierung sollten die Städte erneuert und erweitert werden. Denn für die Arbeitskräfte der Industrie, die zunehmend in die Städte zogen, mussten Wohnraum und die notwendigen Versorgungseinrichtungen geschaffen werden. Die Innenstädte wurden modernisiert, neue Stadtteile und Satellitenstädte entstanden am Stadtrand... Auch in den Kleinstädten wurden Wohnblockviertel errichtet. Um eine zu große Bevölkerungskonzentration in den Städten zu vermeiden, sollten auch die ländlichen Siedlungen entwickelt und attraktiver gestaltet werden“ (hierzu Begriffe wie „Rurbanisierung“ und „Systematisierung“). Eine solche - nicht finanzierbare - Umgestaltung der Dörfer hätte das ursprüngliche Dorfbild zerstört.

In einem weiteren Unterabschnitt wird „Die Rolle der Zuzugsrestriktionen für Großstädte und die Praxis der sozialistischen Landentwicklung“ dargestellt. Die Restriktionen betrafen nicht benötigte Arbeitskräfte. „So sollten diese Restriktionen also weniger das Bevölkerungswachstum bremsen als vielmehr der Wirtschaft zu größerer Effizienz verhelfen. Durch diese selektive, gesteuerte Zuwanderung wurden soziale Kosten gespart, z.B. im Wohnungsbau, da für ökonomisch unerwünschte Zuwanderer eben kein Wohnraum geschaffen werden musste“. Der Autor konnte auch feststellen, dass auch im Bereich der Stadtentwicklung die Realität nicht dem politischen Anspruch entsprach: „Denn die staatlichen Investitionen bevorzugten solche Regionen und Städte, die ohnehin schon besser entwickelt waren. Es war leichter und billiger, dort zu investieren, wo schon eine gut funktionierende Wirtschaft vorhanden war... Diese räumliche Differenzierung bedeutete auch unterschiedlich hohe Löhne für die Arbeitskräfte“.

Im Unterabschnitt „Das räumliche Muster der Städteverteilung und verstärkte Fortsetzung der regionalen Disparitäten nach dem Umsturz“ kommt der Autor zu einer interessanten Feststellung: „Charakteristisch für die Standorte der großstädtischen Zentren ist die Lage entlang von Hauptverkehrsachsen, die eine Kooperation der Zentren erleichtern. In diesem Zusammenhang sind vor allem zu nennen: zum einen die Städteachse von Bukarest über Ploiești nach Kronstadt und von dort nach Hermannstadt, zum anderen die Achse von Bukarest über Pitești nach Hermannstadt und von dort in nördlicher Richtung weiter nach Klausenburg bzw. in westlicher Richtung nach Temeswar...“ „So lässt sich zusammenfassend feststellen, dass trotz des Anspruchs der sozialistischen Landesentwicklung auf Durchführung einer möglichst gleichmäßigen räumlichen Entwicklung des Landes in der Praxis aber eine Wachstumspolitik die räumlichen Unterschiede eher noch vergrößerte“.

Die Zukunft sieht der Autor hier kritisch: „Nach dem Umsturz wurde diese Politik verstärkt fortgesetzt. Die räumlichen Ungleichgewichte wurden weiter verschärft. Sichtbare Zeichen sind aktuell die Abwanderung von Millionen von Menschen vom Land in die Großstadt und vor allem ins Ausland. Die Gebiete des Altreichs, d.h. die Moldau, Muntenien, Oltenien und die Dobrudscha, sind von diesen Abwanderungen stärker betroffen als die anderen Gebiete Rumäniens, obwohl diese von Hunderttausenden von Deutschen und Ungarn, die dort lebten, innerhalb weniger Jahre nach dem Umsturz verlassen wurden“.

Nicht zuletzt spielt für Heller der Mensch in den verschiedenen Minderheiten eine große Rolle. Im Unterabschnitt „Vielzahl von Volksgruppe und ihre Spuren“ führt er aus: „Multiethnizität ist seit jeher ein Kennzeichen der Bevölkerungsstruktur Rumäniens in mehr oder weniger allen Teilen des Landes, vor allem aber im urbanen Bereich... Die jüdische und die Roma-Bevölkerung waren in allen Landesteilen anzutreffen. Im Jahre 1930 gehörte fast jeder vierte Einwohner Rumäniens einer Minderheit an“. Nach Darlegung der Entwicklungen im Zweiten Weltkrieg – Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, starke Abwanderungen vor allem nach dem Umsturz - kommt Heller zu dem Ergebnis: „Nach dem Umsturz von 1989/90 nahmen die Auswanderungen unter den Angehörigen der Minderheitenpopulationen geradezu sprunghaft zu, so dass heute nur noch Ungarn und Roma größere Minderheiten darstellen“. Er schließt sein Resümee mit den Zeilen: „Insgesamt umfasst der Anteil der Minderheiten heute weniger als ein Zehntel der Bevölkerung Rumäniens. Jedoch zeugen noch zahlreiche sichtbare Zeichen, wie z.B. Friedhöfe, Synagogen, Moscheen, Kirchen sowie Kirchen- und Fliehburgen von der traditionellen demografischen und kulturellen Vielfalt Rumäniens. Diese zu pflegen sollte

nicht nur die Aufgabe des rumänischen Staates und der betroffenen Minderheiten, sondern auch ein gesamteuropäisches Anliegen sein“.

Die „**Literaturhinweise**“ (S. 253-254) beginnen mit vier rumänischsprachigen Titeln, darunter drei Statistik-Jahrbüchern für die Jahre 1971, 1990 und 2017. Im vierten Titel trifft der Rezensent auf eine Reihe von Autoren, die er 1971 bei einer Exkursion des Osteuropa-Instituts, Abt. Landeskunde, an der Freien Universität Berlin, als fachliche Betreuer unter der Federführung der Akademie der Wissenschaften Rumäniens, kennen- und schätzen gelernt hat: Șerban Dragomirescu, Petre Gâștescu und Ana Popova. Arbeiten von Wilfried Heller machen einen gewichtigen Teil der Literaturhinweise aus. Die Literaturhinweise werden ergänzt durch **Hinweise auf Internettex**t**e**: Thema, Adresse, Datum des Abrufs werden genannt.

Der Rezensent hat vor dem Hintergrund mehrerer eigener Besuche in Rumänien – neben der oben genannten Exkursion der Abt. Landeskunde des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, besuchte er als Leiter von mehreren Studienreisen des Westpreußischen Bildungswerkes das Land, das Fotobuch von Wilfried Heller mit viel Freude gelesen und durchgearbeitet. Seine Anmerkungen sollen als Hinweise für eine mögliche Neuauflage gesehen werden.

Das Werk wird eingeleitet durch drei **Karten**, „damit die Zuordnung der Fotografien und der durch sie abgebildeten Landschaften, Siedlungen und Menschen zu den historischen Regionen erleichtert wird. Die orographische Grundlage der Karten ist jeweils gleich und zeigt jeweils vier Höhenstufen. Meiner Meinung nach könnten die Karten 1 und 2 zusammengefasst werden, indem für die dargestellten Begriffe „Historische Regionen“ und „Relief-Regionen“ zwei verschiedene Farben genutzt werden. Karte 3, die die im Fotobuch genannten Städte Rumäniens in Auswahl zeigt, und daher unvollständig ist, könnte bei der Darstellung der zehn Historischen Regionen durch Regionalkarten ergänzt werden. Tabelle 1 sollte der Karte mit den „Historischen Regionen“ gegenübergestellt werden. Ich vermisse Karten zu weiteren Themen wie Geologie, Geomorphologie, Klima, Vegetation, Bodengüte - im WIKIPEDIA-Beitrag Rumänien gibt es eine Karte „Fruchtbarkeitsziffer“ – Siedlungsgeschichte, Ethnien usw. Zur Geologie (s. S. 14 li) und zur Geschichte Rumäniens sind zusätzlich auch Zeittafeln vorstellbar.

Der Autor verwendet die rumänischen und die deutschen **Ortsnamen**, in bestimmten Regionen auch die ungarischen Namen. Sinnvoll wäre es, Listen mit Namenskonkordanzen für Orte, Flüsse usw. in diesen Sprachen zu bringen. Überlegenswert wäre es auch, eine Tafel mit den Ausspracheregeln einzusetzen. Ich habe ältere geographische Landeskunden gesehen, in denen die Aussprache schwieriger nichtdeutscher Namen in Lautschrift gebracht wurde.

Die **Fotos** sind zum großen Teil hervorragend. Ich beneide den Autor darum, dass er seine Fotos auf diese Weise „unsterblich“ gemacht hat. Anfangs hat es mich irritiert, dass die Nummerierung der Fotos nicht linear erfolgt, sondern offensichtlich Gestaltungsmerkmalen der Druckseiten folgt. Etliche Fotos hätten aufgehellt werden müssen. Und nicht für alle textlichen Darstellungen gibt es Fotos: Heller hat es also vermieden, fehlende Fotos zu seinen eigenen Fotos (bis auf 14 Fotos von zwei Kollegen) hinzuzufügen. Die Erläuterungen zu den Fotos wären bei einem eigenen traditionellen Bildband oftmals nicht ausreichend, beispielsweise bei Gebäuden. Auch die Dorfformen (S. 21 li) wie Reihendorf, Angerdorf,

Waldhufendorf lassen sich besser mit Grundrisszeichnungen erklären. Bei nicht wenigen Fotos wurde der thematische Bezug nicht klar.

In den **Texten** fehlen Quellenangaben. Das ist schade. Rumänien wird i.d.R. isoliert gesehen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den übrigen Comecon-Staaten kommen nicht ins Bild. Ein Vergleich wird offenbar auch nicht angestrebt. Dem Rezensenten fallen im Vergleich zu Polen ganz wesentliche Unterschiede im Wohnungsbau, bei der Industrialisierung, der Struktur der Landwirtschaft auf. Bei der Erwähnung des unbedingt notwendigen Exports landwirtschaftlicher Erzeugnisse als Devisenbringer für den Ankauf von Rohstoffen zur Entwicklung der Industrie in der Zeit vor dem „Umsturz“ hätte sich der Rezensent auch eine Erklärung für den Verbleib der Industrieproduktion gewünscht. Der Rezensent erinnert sich an die Auslastung der Werften in Polen und in der DDR durch sowjetische Großaufträge für deren Fischfangflotten. Das Problem dabei war nur, dass dafür im Westen Rohstoffe mit raren Devisen eingekauft werden mussten, ein nötiger Gegenwert nicht erreichbar war, aber die Werften hatten Aufträge, oft im Gegensatz zur Zeit nach der „Wende“, oder – wie Heller es ausdrückt – nach dem „Umsturz“.

Auf Seite 216 re (3. Absatz) fand der Rezensent auch einen Hinweis auf Westpreußen, neben der kruden Bezeichnung „Deutscher Orden“ für den Deutschen Orden (S. 16 li), der ja als Hospitalorden 1190 bei der Belagerung von Akkon gegründet worden war und erst später durch Ritter ergänzt wurde. Aber: Warthegau und Westpreußen (zu dieser Zeit „Reichsgau Danzig-Westpreußen“) sind Begriffe für zwei unterschiedliche geographisch-politische Räume, sie können also nicht synonym verwendet werden!

Das Fotobuch von Wilfried Heller weckt nicht nur Erinnerungen bei denen, die Rumänien schon bereist haben oder sogar Bürger dieses Staates waren, das Fotobuch kann durchaus als geographischer Einstieg in eine wissenschaftlich begründete Landeskunde angesehen werden. So ist dem Buch eine weite Verbreitung und gute Entwicklung im aufgezeigten Sinne zu wünschen. Dem Autor Wilfried Heller gebührt dafür ein tiefempfundener Dank.

*Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin*

Anhang zur Rezension Wilfried Heller, Rumänien:

## INHALT

5

## INHALT

Wie es zu diesem Fotobuch kam.....	7
Gliederung des Fotobuches.....	8
Karte 1: Historische Regionen Rumäniens und ihre räumliche Gliederung nach Höhenlagen .....	9
Tabelle 1: Historische Regionen Rumäniens: Flächen und Bevölkerung 1970, 1989 und 2017 .....	10
Karte 2: Relief-Regionen Rumäniens .....	11
Erläuterungsblatt zu Karte 2 (Relief-Regionen Rumäniens) .....	12
Karte 3: Städte Rumäniens, die im Fotobuch genannt werden .....	13
<b>TRANSILVANEN / SIEBENBÜRGEN</b>	
Naturraum, geologische Depression .....	14
Die Frage des Namens .....	14
Sieben Stühle .....	16
Weitere Zuwanderungen und Auswanderungen.....	20
Landschaftliche Indikatoren der Ab- und Auswanderungen .....	20
Straßen- und Angerdörfer .....	21
Wehrkirchen .....	27
Gemengelage der landwirtschaftlichen Nutzflächen .....	31
Rumänen, Ungarn, Roma .....	32
Fläche, Bevölkerungsrückgang .....	38
Starke Handwerkerzünfte, Bodenschätze .....	40
Salzvorkommen .....	52
Mehr Stadtbevölkerung .....	52
Günstige Verkehrsverbindungen, differenzierte landwirtschaftliche Entwicklung .....	54
Almwirtschaft, Transhumanz, Tourismus .....	62
<b>BANAT</b>	
Name, Naturraum, Ressourcen .....	64
Bewegte Geschichte .....	67
Ländliche Siedlungen, multi-ethnische Strukturen, Roma-Villen .....	70
Fläche und Bevölkerungszahl des Banats und die Bedeutung von Städten .....	78
Regionale Disparitäten .....	83
<b>KREISCHGEBIET (CRIȘANA)</b>	
Lage, Siedlungsgeschichte .....	84
Großwardein (Oradea) und wirtschaftliche Grundlagen des Kreischgebiets .....	84
Weitere Entwicklung und Migration .....	85
<b>SATHMAR (SATU MARE)</b>	
Lage, räumliche Differenzierung und Landwirtschaft .....	92
Städte, Kolonisation, multi-ethnische Strukturen, Sozialismus .....	97
Abbau von Arbeitsplätzen und Abwanderungen .....	100
Bautätigkeit durch Arbeitsmigranten im Oascher Land: kein neues Phänomen .....	100
Offizielle Einwohnerzahlen, deutsche Restbevölkerung und eine Sathmarer Besonderheit.....	103
<b>MARAMUREȘ</b>	
Größe, Lage .....	104
Natur- und Kulturlandschaft .....	105
Holz – das charakteristische Baumaterial .....	112
Von der Subsistenzwirtschaft zur spezialisierten Landwirtschaft .....	114
Gründung und Entwicklung von Bergbaustädten – auch mit deutschen Kolonisten .....	116
Multi-ethnisches Gebiet .....	117
Die Bedeutung der Förderung und Verarbeitung von Buntmetallen für die Städte .....	117
Abholzungen .....	118
Attraktiv für den Tourismus .....	118
Migration .....	118

**BUKOWINA**

Klöster - Weltkulturerbe .....	120
Natur- und Kulturlandschaft .....	123
Landwirtschaft und schmucke Gehöfte .....	127
Schwarze Keramik, bemalte Ostereier und andere Attraktionen .....	130
Die „Große Politik“, Bauern, Bergleute und Handwerker .....	132
Gründungen von Städten und anderen Orten .....	133
Multi-ethnische Bukowina .....	133
Mehr ländliche als städtische Bevölkerung, Städtenetz .....	134
Erstaunliche Zunahme der Bevölkerungszahl in der rumänischen Statistik .....	135

**MOLDAU**

Lage, Grenzen und ein Problem der Bevölkerungsstatistik .....	136
Historischer Hintergrund .....	136
Günstige Bedingungen für die Entwicklung der Landwirtschaft .....	138
Holz, Gestein und Wasser als Faktoren der Wirtschafts- und Stadtentwicklung (am Beispiel Piatra Neamt) .....	145
Industrialisierung und Migrationen in der sozialistischen Zeit .....	149
Jassy - die Moldaumetropole .....	149
Galatz - Hafen-, Handels- und Industriestadt an der Unteren Donau .....	155
Vaslui - das neugestaltete Zentrum einer Mittelstadt .....	156
Botoşani - ein alter Marktort in einem Abwanderungsraum .....	158

**MUNTENIEN (GROSSE WALACHEI)**

Größe, Lage, Grenzen .....	160
Landschaftsräume .....	160
Lage der Siedlungen .....	168
Vom Fürstentum Walachei bis zum Fürstentum Rumänien .....	171
Vom Fürstentum und Königreich Rumänien bis zum Zweiten Weltkrieg .....	173
Bukarest in sozialistischer Zeit .....	177
Umland Bukarest .....	184
Piteşti und Umland .....	194

**OLTENIEN (KLEINE WALACHEI)**

Landschaftsräume, Lage der Siedlungen .....	204
Landwirtschaft .....	207
Jahrmärkte .....	209
Craiova - das Zentrum Olteniens .....	211
Râmnicu Vâlcea und Târgu Jiu - Städte im Übergang vom Karpatengebirge zum Hügelland und zu den Ebenen .....	212
Drobeta Turnu Severin an der Donau, das „Eiserne Tor“ und die neue Stadt Orşova .....	213
Slatina - die Kreisstadt einer benachteiligten Region .....	215
Olteniens regionale Disparitäten .....	215

**DOBROUDSCHA UND DONAUDELTA**

Von den Griechen und Römern der Antike bis zu den Dobrudscha-Deutschen .....	216
Lage, Grenzen, Fläche und naturräumliche Gliederung der Dobrudscha .....	217
Naturraum und Landwirtschaft im südlichen Teile der Dobrudscha .....	219
Ländliche Siedlungen der südlichen Dobrudscha .....	227
Konstanza - das Zentrum der Dobrudscha .....	228
Der Donau-Schwarzmeer-Kanal .....	230
Andere Städte der südlichen Dobrudscha und Badetourismus am Schwarzen Meer .....	232
Hügelland und niedriges Mittelgebirge im Nordwesten der Dobrudscha .....	235
Donaudelta .....	238
Resümee .....	248
Literaturhinweise .....	253

Karte 1: Historische Regionen Rumäniens und ihre räumliche Differenzierung nach Höhenlagen



Tabelle 1: Historische Regionen Rumäniens: Flächen und Bevölkerung 1970, 1989 und 2017

Historische Regionen	Flächen in km <sup>2</sup> <sup>1</sup>	Einwohnerzahlen in 1.000 <sup>2</sup>			Veränderungen der Einwohnerzahlen in %	
		1970	1989	2017	1970-1989	1989-2017
Transsilvanien / Siebenbürgen	56 836	4 098,5	4 760,4	4 416,0	+ 16,2	- 7,3
Banat	24 847	1 407,0	1 740,2	1 544,7	+ 9,6	- 5,8
Kreischgebiet (Crişana)	7 535	607,0	660,3	617,9	+ 8,8	- 6,4
Sathmar (Satu Mare)	4 405	374,0	416,8	389,1	+ 11,4	- 6,6
Maramuresch	6 215	458,1	556,1	523,9	+ 23,6	- 5,8
Bukowina	8 555	616,0	698,7	749,7	+ 13,4	+ 7,3
Moldau	37 515	3 666,7	4 093,0	4 211,8	+ 11,6	+ 2,9
Muntenien (Große Walachei)	46 941	5 926,2	6 860,9	6 572,8	+ 15,8	- 4,2
Oltenien (Kleine Walachei)	29 166	2 187,4	2 453,8	2 184,6	+ 12,2	- 11,0
Dobrudscha und Donaudelta	15 485	763,3	1 011,9	1 009,2	+ 32,6	- 0,3
Rumänien insgesamt	237 500	20 252,5	23 151,6	22 201,7	+ 14,3	- 4,1
Davon: Ländliche Bevölkerung		12 787,7	10 839,8	9 728,2	- 15,2	- 10,3
Städtische Bevölkerung		7 464,8	12 311,8	12 473,5	+ 64,9	+ 1,3

Quellen für Tabelle 1:

- für 1970: Anuarul Statistic al Republicii Socialiste România 1971: Direcție Centrală de Statistică. București 1972
- für 1989: Anuarul Statistic al României 1990. Comisia Națională pentru Statistică. București 1990
- für 2017: Anuarul Statistic al României 2017. Institutul Național de Statistică. București 2018

<sup>1</sup> Es existieren keine exakten, verbindlich festgelegten quantitativen Angaben über die Flächen und Grenzen der historischen Regionen. Deshalb werden in dieser Tabelle aus praktischen Gründen für die Grenzen der historischen Regionen die Grenzen der seit 1968 gültigen Verwaltungskreise (Județe) verwendet. Bei Zugrundelegung dieser Grenzen können nämlich hinsichtlich der Flächen und Einwohnerzahlen Berechnungen durchgeführt werden. Demgemäß setzen sich die historischen Regionen nach den folgenden Verwaltungskreisen zusammen: 1. Die Verwaltungskreise von Transsilvanien / Siebenbürgen sind Alba, Bistrița-Năsăud, Braşov, Cluj, Covasna, Harghita, Hunedoara, Mureş, Sălaj und Sibiu; 2. Banat: Arad, Caraş-Severin und Timiş; 3. Kreischgebiet: Bihor; 4. Sathmarer Gebiet: Satu Mare; 5. Maramuresch: Maramureş; 6. Bukowina: Suceava; 7. Moldau: Bacău, Botoşani, Galaţi, Iaşi, Neamţ, Vaslui und Vrancea; 8. Muntenien: Argeş, Brăila, Buzău, Bucureşti-Ilfov, Călăraşi, Dâmboviţa, Giurgiu, Ialomiţa, Prahova und Teleorman; 9. Oltenien: Dolj, Gorj, Mehedinţi, Olt und Vâlcea; 10. Dobrudscha und Donaudelta: Constanţa und Tulcea.

<sup>2</sup> Die rumänische Statistik unterscheidet bei der Publikation von Einwohnerzahlen zwischen 1. der Bevölkerung, die ihren offiziellen Wohnsitz in Rumänien hat, und zwar einschließlich derjenigen Personen, die im Ausland leben und arbeiten („Populația rezidentă“), und 2. der Bevölkerung, die tatsächlich und permanent in Rumänien lebt („Populația după domiciliu“). Gemäß der ersten Variante beträgt die Bevölkerungszahl Rumäniens im Jahre 2017 etwa 22,2 Millionen Einwohner, nach der zweiten Variante etwa 19,6 Millionen. Somit kann man davon ausgehen, dass im Jahr 2017 mindestens etwa 2,6 Millionen Menschen rumänischer Staatsangehörigkeit, d. h. etwa 12 %, im Ausland lebten und arbeiteten. In den Statistiken der UN und der EU werden die Zahlen der zweiten Variante verwendet. Im vorliegenden Buch werden für die Berechnungen die Zahlen der ersten Variante genutzt, weil nur diese nach Regionen und administrativen Einheiten (d. h. nach Verwaltungskreisen [Județe] und Städten) aufgeschlüsselt publiziert werden. D. h.: Eine räumlich differenzierte statistische Betrachtung Rumäniens ist anhand der Zahlen der ersten Variante leichter möglich.

## B. Besprechungen in Arbeit

- 01) Maria Werthan (Hrsg.): Starke Frauen gestalten. Tagungsband 2019. (4 Abb. in SW). (Berlin) Osteuropa Zentrum Berlin-Verlag (2020). 298 Seiten.  
ISBN 978-3-89998-336-4. € 9,90.  
*Rezensentin: Frau Sibylle Dreher, Berlin*
- 02) Breslau – Freizeit und Konsum. (zahlreiche historische und aktuelle Abb. im Text, Abb. auf den Klapp-Umschlagseiten). Hg. von Heinke Kalinke, Tobias Weger, Łukasz Bieniasz (Berlin/Boston) de Gruyter (2021). 313 Seiten.  
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 81.  
ISBN 978-3-11-070298-9. € 49,95.  
*Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin*

## C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

- 01) Klaus Benesch: Mythos Lesen. Buchkultur und Geisteswissenschaften im Informationszeitalter. (Bielefeld) [transcript] (2021). 94 Seiten.  
= Wie wir lesen – Zur Geschichte, Praxis und Zukunft einer Kulturtechnik. Band 2.  
ISBN 978-3-8376-5655-8. € 15,00.  
PDF-ISBN 978-3-8394-5655-2.
- 02) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.  
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.  
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 03) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.  
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 05) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann. (Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.  
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

- 06)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.  
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).  
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.  
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.  
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.  
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 07)** Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.  
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.  
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
- 08)** Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).  
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
- 09)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).  
400 Seiten.  
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 10)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.).  
(Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5.  
€ 24,90.
- 11)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).  
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.  
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.  
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 12)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).  
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.  
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.  
*Rezensionsexemplar als e-Book liegt vor.*

- 13)** Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche). Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.  
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.
- 14)** Belarus-Reisen. Empfehlungen aus der deutschen Wissenschaft. Herausgegeben von Thomas M. Bohn und Marion Rutz. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2020. IX, 270 Seiten.  
ISBN 978-3-447-11559-9. € 19,80.  
Ebook ISBN 978-3-447-39058-3.

*Lesen und schreiben!*



## IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:  
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,  
12167 Berlin  
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.  
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.  
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung\\_Europas.png](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png)

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

---

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:  
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

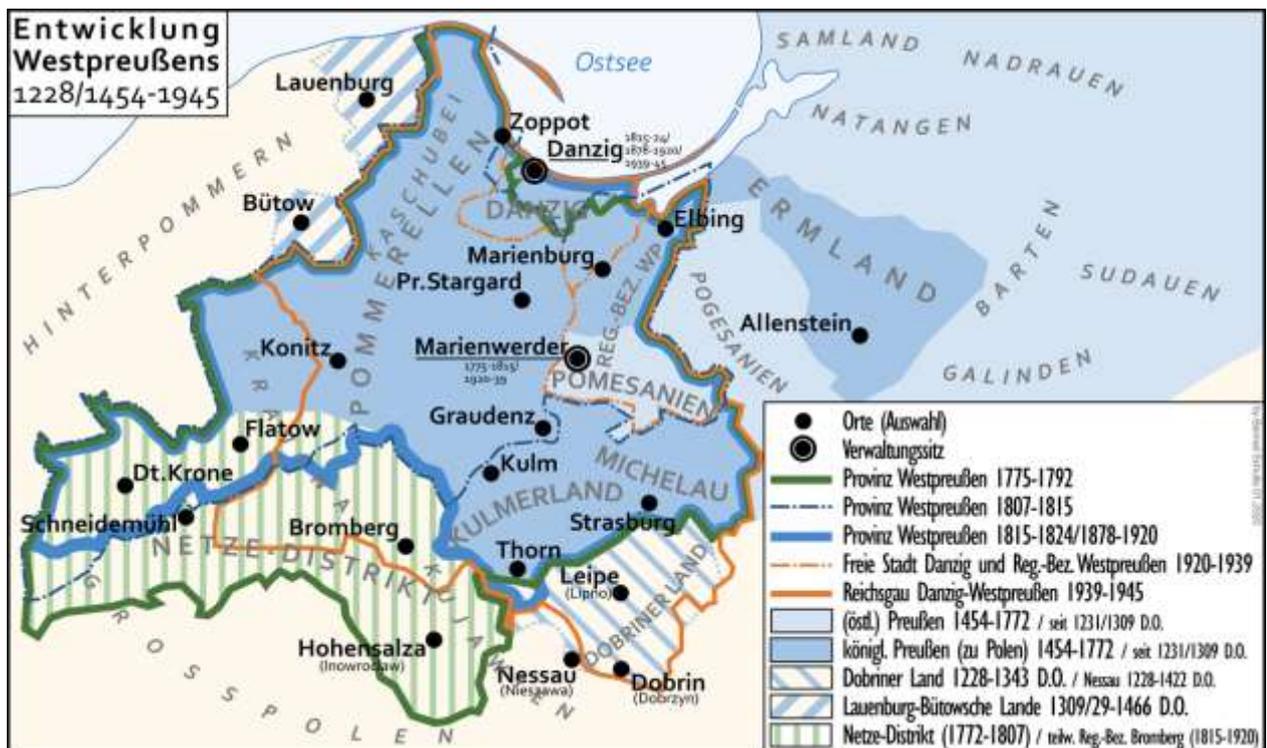
s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa  
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920